

27.08.2014

---

## **Verteilung des Wohlstands in der Schweiz**

Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 10.4046 von Jacqueline Fehr vom 07.12.2010

---

# Zusammenfassung

Der vorliegende Bericht befasst sich mit der Verteilung des Wohlstandes in der Schweiz. Der Fokus liegt auf der Diskussion der folgenden Punkte:

- Entwicklung der Einkommen, Vermögen und ihrer Bestandteile,
- Verteilung der Einkommen und Vermögen,
- Umverteilung der Einkommen und Vermögen,
- Entwicklung und Struktur der Konsumausgaben.

## Rahmenbedingungen

Die letzten Jahre waren weltweit geprägt von den Auswirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Auch die Schweiz verzeichnete im Jahr 2009 eine Rezession. Die BIP-Kontraktion fiel jedoch schwächer aus als die ihrer wichtigen Handelspartner. Die anschliessende wirtschaftliche Erholung in der Schweiz ging einher mit einer steigenden Beschäftigungsquote und sinkender Arbeitslosigkeit (die allerdings trotzdem deutlich über ihren Tiefstwerten zu Beginn des neuen Jahrtausends liegt). Auch die Reallöhne stiegen in den vergangenen Jahren. Allerdings haben die Erwerbstätigen in der Schweiz je nach Lohnsegment und Region unterschiedlich von dieser wirtschaftlichen Entwicklung profitiert. Vereinzelt (unteres und mittleres Lohnsegment im Kanton Tessin) waren Reallohnsenkungen zu verzeichnen.

Die Schweizer Aktienmärkte sind in den letzten zwei Jahren – dem weltweiten Trend folgend – stark gestiegen und haben Ende 2013 neue Höchststände erreicht. Sowohl der Swiss Performance Index als auch der Swiss Market Index haben ihre früheren Höchstwerte von Mitte 2007 bis Ende 2013 wieder überschritten. Allerdings dürften die privaten Haushalte weniger von den Entwicklungen der Aktienmärkte profitiert haben, da sie im Gesamten nur einen geringen Teil ihrer Vermögenswerte in Aktien und kollektiven Kapitalanlagen halten. Der überwiegende Teil der Bruttovermögen wird in Immobilien gehalten. Die Brutto-Immobilienwerte stiegen zwischen 2000 und 2012 real um 59% und mit ihnen die Hypotheken um 48%. Die Zunahme der Immobilienvermögen dürfte insbesondere eine Folge der starken Preissteigerungen auf den Immobilienmärkten sein. Die Transaktionspreise für Wohneigentum haben insbesondere in der West-, Süd- und in Teilen der Zentralschweiz stark zugenommen.

Nach Abzug der Hypothekar- und sonstigen Kreditverbindlichkeiten besaßen die Schweizer Haushalte 2012 ein Netto-Vermögen von rund 3 Billionen Franken. Dies entspricht dem fünffachen des Schweizer BIP des Jahres 2012.

## Einkommen der Haushalte

Das durchschnittliche Bruttoeinkommen der schweizerischen Haushalte betrug 9565 Franken pro Monat (Durchschnitt der Jahre 2009-2011). Die anteilmässig bedeutendsten Komponenten des Bruttoeinkommens sind Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit (66,0%) sowie Renten und Sozialleistungen (20,2%). Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit machen 9,8% des Bruttoeinkommens aus.

Das mittlere Bruttoeinkommen des einkommensstärksten Fünftels war 2009-2011 mit 16'277 Franken fast viermal so hoch wie jenes der Einkommensschwächsten (4201 Franken). Die Differenzierung nach Einkommensgruppen lässt mit steigender Einkommensklasse einerseits eine deutliche absolute und anteilmässige Abnahme der Transfereinkommen (Renten und Sozialleistungen, monetäre Transfereinkommen von anderen Haushalten) und andererseits eine Zunahme der Erwerbs- und der Vermögenseinkommen erkennen. Den Transfereinkommen kommt also vor allem in den unteren Ein-

kommensquintilen eine grosse Bedeutung zu. So macht im untersten Einkommensquintil das Transfereinkommen durchschnittlich etwas über die Hälfte des Bruttoeinkommens aus. Es handelt sich dabei in erster Linie um Renten und Ergänzungsleistungen der AHV/IV (1. Säule). Deren Anteil am gesamten Transfereinkommen ist im untersten Einkommensquintil mit 62,7% besonders hoch und nimmt mit steigender Einkommensklasse ab, was durch einen höheren Anteil an Renten aus der beruflichen Vorsorge (2. Säule) kompensiert wird. Letztere machen im obersten Einkommensquintil durchschnittlich 50,5% der Transfereinkommen aus.

Obwohl das durchschnittliche Bruttoeinkommen der schweizerischen Haushalte unter Berücksichtigung der Teuerung zwischen 1998 und 2009-2011 um rund 7% zugenommen hat, zeigt die Zusammensetzung des Bruttoeinkommens global betrachtet in diesem Zeitraum wenig Entwicklung. Zu beobachten ist generell eine relativ starke Abnahme bei den Vermögenserträgen. Abgenommen haben auch die Ewerbseinkommen in den unteren Einkommensgruppen; diese Entwicklung wurde jedoch durch eine Zunahme der Transfereinkommen kompensiert.

### **Obligatorische Ausgaben**

Im Durchschnitt gaben die schweizerischen Haushalte 2009-2011 29,3% ihres Bruttoeinkommens für die obligatorischen Ausgaben (Steuern, Sozialversicherungen usw.) aus. Überdurchschnittlich hohe Ausgaben hatte das oberste Einkommensquintil mit 32,3%, anteilmässig die tiefsten das 2. Quintil mit 25,9% des Bruttoeinkommens. Das nach Abzug dieser obligatorischen Ausgaben verbleibende verfügbare Einkommen betrug durchschnittlich 6766 Franken und bewegt sich für die fünf Einkommensgruppen zwischen 3033 und 11'024 Franken.

Die Entwicklung der obligatorischen Ausgaben zwischen 1998 und 2009-2011 zeigt insgesamt eine stetige anteilmässige Zunahme seit der Jahrtausendwende. Besonders ausgeprägt ist die Zunahme der Belastung im obersten Einkommensquintil sowie, seit 2000–2002, im einkommensschwächsten Fünftel, bedingt vor allem durch den proportional stärkeren Anstieg der Prämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung. Allerdings handelt es sich bei den Ausgaben für die Krankenpflegeversicherung um eine Bruttobetrachtung. Zu berücksichtigen gilt, dass insbesondere die unteren Einkommensgruppen Prämienverbilligungen erhalten.

Mit der anteilmässigen Zunahme der obligatorischen Ausgaben der Haushalte in der Schweiz geht eine anteilmässige Abnahme der verfügbaren Einkommen einher: Das durchschnittliche verfügbare Einkommen nimmt während der Beobachtungsperiode teuerungsbereinigt zwar leicht zu (+4%), jedoch weniger stark als das durchschnittliche Bruttoeinkommen (+7%).

### **Konsumausgaben**

2009-2011 beliefen sich die gesamten Konsumausgaben der schweizerischen Haushalte im Mittel auf 5437 Franken pro Monat. Dabei sind die Konsumausgaben des obersten Einkommensfünftels mit 7551 Franken pro Monat mehr als doppelt so hoch wie diejenigen des untersten Einkommensfünftels (3458 Franken). Gleichzeitig nimmt der Anteil der Konsumausgaben am Bruttoeinkommen mit zunehmendem Einkommen deutlich ab: von 82,3% (unterstes Einkommensquintil) auf 46,4%.

Die Ausgaben für Wohnen und Energie stellen mit 27,5% der gesamten Konsumausgaben den wichtigsten Konsumposten im Budget der Haushalte dar, gefolgt von den Ausgaben für Verkehr (13,8% der Konsumausgaben). Die Struktur der Konsumausgaben variiert stark mit dem Einkommensniveau. In finanziell weniger gut gestellten Haushalten (unterstes Einkommensfünftel) belasten die Ausgaben zur Deckung der materiellen Grundbedürfnisse das Budget überproportional: Nahrungsmittel- und Wohnkosten (ohne Wohnungseinrichtung) machen 2009-2011 zusammen fast die Hälfte der gesamten Konsumausgaben aus (16,2% bzw. 32,6%, d.h. insgesamt 48,8%). Im Gegensatz dazu gab das

wohlhabendste Fünftel durchschnittlich nur 9,0% seiner gesamten Konsumausgaben für Nahrungsmittel und 25,7% für das Wohnen aus. Entsprechend grösser ist der Anteil, der für weitergehende Bedürfnisse wie auswärtige Verpflegung und Übernachtung oder Unterhaltung, Erholung und Kultur übrig bleibt.

Die Zusammensetzung des Konsums variiert auch mit der Haushaltsgrösse und -zusammensetzung. Erwartungsgemäss geben Familienhaushalte mit Kindern anteilmässig mehr für Nahrungsmittel und Bekleidung aus als Alleinlebende, die ihrerseits prozentual mehr Geld für Wohnen und Energie aufwenden als Paar- und Familienhaushalte. Das Budget für Gast- und Beherbergungsstätten ist in Parhaushalten vergleichsweise am höchsten.

## **Sparen**

Gesamthaft sparen Haushalte 12,4% ihres Bruttoeinkommens. Je höher das Einkommen ist, desto grösser ist der Anteil dieses Sparbetrags: Die einkommensstärksten Haushalte konnten durchschnittlich rund ein Fünftel ihres Bruttoeinkommens sparen. Insgesamt betrachtet hat die Entwicklung des Sparbetrags im Beobachtungszeitraum keine grösseren Veränderungen erfahren.

## **Ungleichheit vor und nach staatlichen Transfers**

Das Primäreinkommen der reichsten 20% der Bevölkerung ist je nach Jahr zwischen 19- und 33-mal so hoch wie dasjenige der ärmsten 20%, das verfügbare Einkommen ist dagegen nur zwischen 3,8- und 4,7-mal so hoch. Bei Personen in Erwerbshaushalten fallen die Unterschiede zwischen den Einkommen vor und nach staatlichen Transfers deutlich geringer aus.

Auch andere Ungleichheitsmassen lassen eine deutliche Ungleichheitsreduktion von den marktabhängigen Primäreinkommen (Erwerbs- und Vermögenseinkommen) zu den verfügbaren Einkommen (Einkommen nach Berücksichtigung staatlicher Transferleistungen und -ausgaben) erkennen. Wenngleich der Grad der Ungleichheit in den verschiedenen Einkommensstufen im Zeitraum von 1998 bis 2011 insgesamt betrachtet weitgehend stabil blieb, zeigen sich dennoch Tendenzen einer Veränderung der Ungleichheit, die je nach verwendetem Ungleichheitsmass unterschiedlich ausfällt. Gini-Koeffizient und Quintilverhältnis S80/S20 zeigen im betrachteten Zeitraum insgesamt weder für Personen in Erwerbshaushalten noch für die Gesamtbevölkerung eine grosse Variation der Ungleichheit: Tendenziell sind eine leichte Abnahme bis 2001 sowie eine leichte Zunahme der Ungleichheit in den Jahren 2003 bis 2007 zu beobachten. Von 2007 bis 2009 nahm die Ungleichheit tendenziell wieder ab. Seit 2009 ist hingegen wieder eine, wenn auch geringe, tendenzielle Zunahme der Ungleichheit in den Einkommen vor staatlichen Transfers erkennbar. Diese Schwankungen werden mit der staatlichen Umverteilung jedoch nicht auf die Nachtransfereinkommen übertragen: Nach Umverteilung bleibt die Ungleichheit in den jüngeren Beobachtungsjahren nahezu konstant.

## **Internationaler Vergleich**

2012 belief sich das verfügbare Median-Äquivalenzeinkommen in der Schweiz, ausgedrückt in Kaufkraftstandards auf 24'643. Damit liegt es im europäischen Vergleich auf dem dritten Platz hinter Luxemburg (26'660) und Norwegen (25'731). Die Schweiz weist ein 2,6-mal so hohes medianes verfügbares Äquivalenzeinkommen auf wie Portugal (9'561), ein 1,6-mal so hohes wie Italien (15'350) und ein 1,3-mal so hohes wie Deutschland (18'996) und Frankreich (18'696).

In der Schweiz war 2012 die Summe der verfügbaren Äquivalenzeinkommen des reichsten Einkommensfünftels 4,4-mal so hoch wie jene des ärmsten Einkommensfünftels. In Europa variiert dieser Indikator zwischen 3,2 und 7,2 (EU-27: 5,1). Auch wenn man den Gini-Index heranzieht, liegt die

Schweiz im europäischen Vergleich in Bezug auf die Ungleichheit in der Einkommensverteilung unterhalb des Durchschnitts.

### **Regionale Verteilung der Einkommen**

Eine regionale Analyse mithilfe der Steuerdaten des Bundes zeigt auf, dass auf kantonaler Ebene das reine Äquivalenzeinkommen 2010 im Mittel zwischen 38'585 Franken (Jura) und 69'377 Franken (Zug) variiert. Deutlich überdurchschnittliche Einkommen weisen auch die Kantone Zürich, Nidwalden und Schwyz, ausgeprägt tiefe Werte die Kantone Wallis, Uri und Bern auf. Bei einer Analyse auf Gemeindeebene zeigt sich ausserdem, dass in den alpinen und voralpinen Regionen der Schweiz sowie im Jurabogen die Einkommen unterdurchschnittlich ausfallen. Im Norden der Schweiz (Region Zürich, Zug, Aargau und Basel), in der Genferseeregion und in gewissen Tourismusregionen sind die Einkommen der Haushalte hingegen überdurchschnittlich.

Im Durchschnitt haben über den Zeitraum 2003-2010 hinweg die Einkommen der obersten Einkommensklassen am deutlichsten zugenommen: Das Einkommen des 95%-Perzentils stieg im betroffenen Zeitraum gesamthaft und preisbereinigt um 5,8%, dasjenige des 75%-Perzentils um 3,1% und das Medianeinkommen um 2,3%. Das 25%-Perzentil hatte hingegen eine reale Einkommensreduktion von 0,7% zu verzeichnen. Der stärkste Einkommenszuwachs war über den Zeitraum 2003-2010 in den Kantonen Schwyz, Obwalden, Zug und Basel-Stadt zu beobachten, die schwächste Entwicklung verzeichneten die Kantone Genf sowie die beiden Halbkantone des Appenzells. Aufgrund der unterschiedlichen Zuwachsraten in den verschiedenen Einkommensgruppen hat die Ungleichheit, gemessen am Gini, in den meisten Kantonen im Zeitraum 2003-2010 leicht zugenommen.

### **Verteilung der Vermögen**

Mithilfe der Vermögenssteuerdaten lassen sich – wenn auch mit Einschränkungen – die regionalen Disparitäten in der Verteilung der Vermögen analysieren. Gemäss Vermögenssteuerdaten betrug 2010 das durchschnittliche Reinvermögen 290'000 Franken. Allerdings sind die Differenzen über die Kantone hinweg ausgeprägt: So beträgt das durchschnittliche Reinvermögen im Kanton Jura lediglich 127'000 Franken, im Kanton Solothurn 135'000 Franken und im Kanton Fribourg 149'000 Franken, während es im Kanton Zug 658'000 Franken, in Schwyz 874'000 Franken und in Nidwalden 885'000 Franken sind. Auch innerhalb der Kantone (über die verschiedenen Vermögensklassen hinweg) sind die Vermögen sehr ungleich verteilt, was sich in entsprechend hohen Gini-Indizes niederschlägt.

Am stärksten haben die Vermögen über den Zeitraum 2003-2010 in den Kantonen Schwyz, Obwalden und Nidwalden zugenommen, am schwächsten war die Entwicklung in den Kantonen Neuchâtel, Basel-Landschaft und Glarus. In Neuchâtel war die Zunahme des Reinvermögens sogar so gering, dass sie nach Berücksichtigung der Teuerung negativ ausfiel.

### **Wohlbefinden und Lebensqualität**

Die materielle Lage ist zwar ein wichtiger – nach breiter Ansicht dennoch nur ein – Teilaspekt des persönlichen Wohlbefindens bzw. der gesamten Lebensqualität. Immaterielle Faktoren wie Gesundheit, Bildung, soziale Netze, Umweltfaktoren oder Sicherheit rücken als weitere Dimensionen eines breiten Wohlfahrtsansatzes zunehmend ins Zentrum des politischen und öffentlichen Interesses und ergänzen wirtschaftliche Kennziffern wie das BIP oder das verfügbare Einkommen. Um Einblicke in das Wohlbefinden der Bevölkerung zu erlangen, wird unter anderem die Frage nach der Lebenszufriedenheit herangezogen. Gemäss der SILC-Befragung des BFS waren 2012 in der Schweiz 76.4% der Bevölkerung mit ihrem Leben sehr zufrieden. 2007 waren es noch 75.3%.

Es zeigt sich, dass die subjektiv wahrgenommene Lebensqualität stark mit dem verfügbaren Einkom-

men korreliert. Während bei den 20% ärmsten der Bevölkerung nur 67% eine hohe Lebenszufriedenheit aufweisen, sind es bei den obersten 20% rund 86%. Die Lebenszufriedenheit unterscheidet sich somit deutlich stärker nach Einkommens- als nach Altersgruppen oder Sprachregionen

### **Grenzen der Wohlstandsanalysen**

Regional unterschiedliche Lebenshaltungskosten: Bei einem regionalen Vergleich von Einkommen und Vermögen könnte man voreilig schliessen, dass die regionalen Disparitäten innerhalb der Schweiz beträchtlich sind. Allerdings sollte bei regionalen Verteilungsanalysen nicht vergessen werden, dass ein Einkommensfranken in Uri nicht gleich viel Wert ist wie ein Einkommensfranken in Genf. Denn gemäss einer neuen Studie der Credit Suisse lebt es sich in Uri am günstigsten. Auffällig ist, dass auf den ersten neun Plätzen ausschliesslich Kantone der Zentral- und Ostschweiz vertreten sind. Besonders teuer ist das Leben in den beiden Stadtkantonen Basel-Stadt und Genf. Als Grund werden hier die hohen Wohnkosten, die sich vor allem in den Landeszentren stark auf die Budgets der Mittelstandshaushalte niederschlagen, genannt. Aufgrund des starken Gefälles bei den Lebenshaltungskosten ist die ungleiche regionale Einkommensverteilung teilweise zu relativieren: In reicheren Regionen sind die Lebenshaltungskosten in der Tendenz höher als in ärmeren Nachbarsregionen. Werden die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten berücksichtigt, fallen die Wohlstandsunterschiede somit geringer aus, als die reinen – auf nominalen Werten basierenden – Einkommensdaten suggerieren.

Verteilungsgerechtigkeit kann man auch aus einer lebenszeitlichen Perspektive betrachten: Studienergebnisse zeigen, dass über eine lebenszeitliche Perspektive Einkommen deutlich gleichverteilter sind, als über eine Jahresperspektive, da sich Phasen mit hohem Einkommen durch Phasen mit niedrigem Einkommensbezug teilweise ausgleichen. Über einen Lebenszyklus hinweg sind die Einkommen von Personen also mobil, man spricht in diesem Zusammenhang von Einkommensmobilität. Eine neue Studie aus dem Kanton Zürich deckt eine durchwegs hohe Einkommensmobilität auf: So verbleiben beispielsweise über den betrachteten Horizont 2001-2010 lediglich 54% der Haushalte im untersten Einkommensquintil, die restlichen 46% der Haushalte steigen in eine höhere Einkommensklasse auf. Immerhin 5% der in 2001 zur ärmsten Einkommensschicht gehörenden Haushalte befinden sich 2010 bei den Top-20%-Einkommensbeziehern. Umgekehrt findet auch Einkommensmobilität nach unten statt: Nur 62% der im Jahr 2001 einkommensstärksten Haushalte befinden sich auch noch 2010 im Top-Einkommenssegment. Noch höher ist die Durchlässigkeit bei den mittleren Einkommensgruppen.

Sämtliche Staatsaktivitäten verursachen Verteilungswirkungen und sind damit ein potenzielles Instrument der Umverteilungspolitik: Eine neuere Studie für die Schweiz kommt zum Schluss, dass die Ausgabenseite des Staates im Querschnittsvergleich eine bedeutende Determinante der gesamten Umverteilung ist. Ein Grossteil der gesamten Umverteilung ist allerdings intrapersonell: Im Durchschnitt sind ältere Haushalte ausgeprägte Leistungsempfänger, während ihnen zu Zeiten der Erwerbsphase ein bedeutender Teil des Vorsteuereinkommens entzogen wird. Vor allem die Umverteilung über Sozialversicherungsbeiträge und -leistungen dient hauptsächlich dazu, über eine lebenszeitliche Perspektive Einkommensunterschiede zu glätten und weniger dazu, Umverteilung im klassischen Sinne zu betreiben.

# Inhalt

<b>Zusammenfassung</b>	<b>ii</b>
<b>Inhalt</b>	<b>vii</b>
<b>Abbildungsverzeichnis</b>	<b>viii</b>
<b>Tabellenverzeichnis</b>	<b>xi</b>
<b>1 Einleitung</b>	<b>1</b>
<b>2 Rahmenbedingungen</b>	<b>3</b>
2.1 Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung .....	3
2.2 Partizipation der Erwerbsbevölkerung an der wirtschaftlichen Entwicklung.....	5
2.3 Partizipation der Kapitalbesitzer an der wirtschaftlichen Entwicklung .....	7
2.4 Entwicklung der Immobilienpreise .....	11
<b>3 Einkommen und Ausgaben der Haushalte</b>	<b>14</b>
3.1 Einkommen der Haushalte .....	15
3.2 Obligatorische Ausgaben und Konsum .....	22
3.2.1 Vom Brutto- zum verfügbaren Einkommen: obligatorische Ausgaben .....	22
3.2.2 Entwicklung und Struktur der Konsumausgaben .....	26
3.2.3 Wohn- und Mobilitätskosten .....	29
3.2.4 Sparen .....	30
<b>4 Einkommensverteilung und -ungleichheit</b>	<b>33</b>
4.1 Ungleichheit vor und nach staatlichen Transfers .....	33
4.1.1 Quintilverhältnis S80/S20 .....	33
4.1.2 Lorenzkurve und Gini-Koeffizient .....	35
4.1.3 Umverteilung bei Erwerbshaushalten .....	37
4.2 Entwicklung der Einkommensungleichheit .....	37
<b>5 Internationaler Vergleich</b>	<b>39</b>
5.1 Verteilung des verfügbaren Äquivalenzeinkommens .....	39
5.2 Ungleichheit in der Verteilung des verfügbaren Äquivalenzeinkommens.....	40
<b>6 Regionale Verteilung der Einkommen</b>	<b>42</b>
6.1 Untersuchte Einkommen .....	42
6.2 Verteilung der Einkommen .....	47
6.2.1 Die regionalen Einkommensunterschiede .....	47
6.2.2 Einkommensungleichheit in den Kantonen .....	50
6.2.3 Einkommensungleichheit in den Gemeinden .....	53
6.3 Entwicklung der Einkommensverteilung .....	54
6.3.1 Gesamtschweizerische Entwicklung .....	54
6.3.2 Entwicklung auf Kantons- und Gemeindeebene .....	58
<b>7 Verteilung der Vermögen</b>	<b>63</b>
7.1 Untersuchte Vermögen .....	63
7.2 Verteilung der Vermögen .....	65
7.3 Entwicklung der Vermögensverteilung .....	71
<b>8 Immaterieller Wohlstand: Wohlbefinden und Lebensqualität</b>	<b>76</b>
<b>9 Grenzen der Wohlstandsanalysen</b>	<b>79</b>
9.1 Regionale Unterschiede in den Lebenshaltungskosten – Reich in Uri oder arm	

	<b>in Genf?</b> .....	<b>79</b>
<b>9.2</b>	<b>Einkommensmobilität – Heute arm, morgen reich?</b> .....	<b>82</b>
<b>9.3</b>	<b>Umverteilung: Sämtliche Staatsaktivitäten zählen</b> .....	<b>84</b>
	<b>Glossar</b> .....	<b>87</b>
	<b>Literatur</b> .....	<b>90</b>

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2.1:	Bruttoinlandprodukt der Schweiz und wichtiger Handelspartner, jährliche Änderung in Prozent.....	3
Abbildung 2.2:	Aufteilung des BIP-Wachstums in BIP-Wachstum je Einwohner und Bevölkerungseffekt .....	4
Abbildung 2.3:	Entwicklung des BIP je Einwohner nach Kantonen, 2008-2011 .....	4
Abbildung 2.4:	Zerlegung der Wachstumsrate des BIP je Einwohner: gewichtete, linearisierte (*) Anteile am Total der Wachstumsrate.....	5
Abbildung 2.5:	Arbeitslosenquote Jan. 2000 – Dez. 2013 .....	6
Abbildung 2.6:	Reallohnänderung (*) 2004-2010 nach Perzentilen des Bruttolohns und Grossregionen .....	6
Abbildung 2.7:	Monatlicher Bruttolohn in Franken (P10, Median, P90) nach Grossregionen, 2010 .....	7
Abbildung 2.8:	Entwicklung verschiedener Aktienindizes, Total Return (31.12.2003 = 100).....	8
Abbildung 2.9:	Entwicklung verschiedener Aktienindizes, jährliche Brutto-Gesamtrenditen .....	8
Abbildung 2.10:	Renditen von CHF-Anleihen verschiedener Schuldnerkategorien mit einer Laufzeit von 8 Jahren (monatlich), in Prozent.....	9
Abbildung 2.11:	Bruttovermögen und Verschuldung der privaten Haushalte, zu Preisen von 2012 und in Mrd. Franken.....	9
Abbildung 2.12:	Bruttovermögen, Verschuldung und Nettovermögen der privaten Haushalte, zu Preisen von 2012 und in Mrd. Franken.....	10
Abbildung 2.13:	Veränderung der realen Nettovermögen der privaten Haushalte .....	11
Abbildung 2.14:	Entwicklung der Transaktionspreise für Eigentumswohnungen zwischen 2000 und 2012 .....	12
Abbildung 2.15:	Entwicklung der Miet- und Immobilienpreise (Angebotsmieten bzw. -preise) 2000- 2012, nach Regionen (2000=100) .....	13
	Übersichtsgrafik «Komponenten des Haushaltsbudgets» .....	16
Abbildung 3.1:	Zusammensetzung des Bruttoeinkommens nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 2009-2011, alle Haushalte.....	17
Abbildung 3.2:	Zusammensetzung des Bruttoeinkommens nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 2009-2011, Erwerbshaushalte .....	18
Abbildung 3.3:	Zusammensetzung der Transfereinkommen nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 2009-2011, alle Haushalte .....	19
Abbildung 3.4:	Entwicklung der Zusammensetzung des Bruttoeinkommens nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 1998 bis 2009-2011, alle Haushalte .....	19
Abbildung 3.5:	Entwicklung der Zusammensetzung des Bruttoeinkommens nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 1998 bis 2009-2011, Erwerbshaushalte .....	20
Abbildung 3.6:	Zusammensetzung des Bruttoeinkommens nach Haushaltstyp und Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 2009-2011, alle Haushalte .....	21
Abbildung 3.7:	Zusammensetzung des Bruttoeinkommens nach Haushaltstyp und Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 2009-2011, Erwerbshaushalte.....	21
Abbildung 3.8:	Obligatorische Ausgaben und verfügbares Einkommen nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 2009-2011, alle Haushalte .....	22



Abbildung 3.9: Obligatorische Ausgaben und verfügbares Einkommen nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 2009-2011, Erwerbshaushalte .....	23
Abbildung 3.10: Zusammensetzung der obligatorischen Ausgaben nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 2009-2011, alle Haushalte .....	24
Abbildung 3.11: Entwicklung der obligatorischen Ausgaben nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 1998 bis 2009-2011, alle Haushalte .....	24
Abbildung 3.12: Verfügbares Einkommen nach Haushaltstyp und Einkommensquintil, 1998 und 2009-2011, alle Haushalte .....	25
Abbildung 3.13: Zusammensetzung der obligatorischen Ausgaben nach Haushaltstyp und Einkommensquintil, zusammengelegte Stichproben 2009-2011, alle Haushalte.....	25
Abbildung 3.14: Zusammensetzung der obligatorischen Ausgaben nach Haushaltstyp und Einkommensquintil, zusammengelegte Stichproben 2009-2011, Erwerbshaushalte .....	26
Abbildung 3.15: Zusammensetzung der Konsumausgaben nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 2009-2011, alle Haushalte.....	27
Abbildung 3.16: Zusammensetzung der Konsumausgaben nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 1998 bis 2009-2011, alle Haushalte .....	28
Abbildung 3.17: Zusammensetzung der Konsumausgaben nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 1998 bis 2009-2011, Erwerbshaushalte .....	28
Abbildung 3.18: Konsumausgaben nach Haushaltstyp und Einkommensquintil, 1998 und 2009-2011, alle Haushalte .....	29
Abbildung 3.19: Verfügbares Einkommen, Konsumausgaben und Sparbetrag pro Monat nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 2009-2011, alle Haushalte .....	31
Abbildung 3.20: Verfügbares Einkommen, Konsumausgaben und Sparbetrag pro Monat nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 2009-2011, Erwerbshaushalte .....	32
Abbildung 3.21: Entwicklung der verfügbaren Einkommen und des Sparbetrags, zusammengelegte Stichproben 1998 bis 2009-2011, alle Haushalte .....	32
Abbildung 4.1: Entwicklung der Primär- und der verfügbaren Äquivalenzeinkommen 1998 bis 2011, Gesamtbevölkerung .....	34
Abbildung 4.2: Entwicklung der Quintilverhältnisse (S80/S20) 1998 bis 2011, Gesamtbevölkerung ..	34
Abbildung 4.3: Entwicklung der Quintilverhältnisse (S80/S20) 1998 bis 2011, Personen in Erwerbshaushalten .....	35
Abbildung 4.4: Lorenzkurve der Einkommensverteilung 2011, Gesamtbevölkerung .....	35
Abbildung 4.5: Lorenzkurve der Einkommensverteilung 2011, Personen in Erwerbshaushalten .....	36
Abbildung 4.6: Entwicklung der Gini-Koeffizienten 1998 bis 2011, Gesamtbevölkerung .....	36
Abbildung 4.7: Entwicklung der Gini-Koeffizienten 1998 bis 2011, Personen in Erwerbshaushalten ..	37
Abbildung 5.1: Median des verfügbaren Äquivalenzeinkommens, 2012 .....	40
Abbildung 5.2: Quintilverhältnis S80/S20 des verfügbaren Äquivalenzeinkommens, 2012 .....	41
Abbildung 6.1: Anteile der berücksichtigten Veranlagungen, 2010.....	43
Abbildung 6.2: Verteilung der berücksichtigten Steuerpflichtigen nach Kantonen, 2010 .....	44
Abbildung 6.3: Durchschnittliches jährliches Wachstum der Zahl der Einkommen 2003 bis 2010 .....	44
Abbildung 6.4: Anteil der normal veranlagten Steuerpflichtigen ohne Belastung durch die direkte Bundessteuer, 2010.....	45
Abbildung 6.5: Mittelwerte der reinen Äquivalenzeinkommen nach Kantonen, 2010 .....	48
Abbildung 6.6: Medianwerte der reinen Äquivalenzeinkommen nach Kantonen, 2010.....	48
Abbildung 6.7: Durchschnittliches reines Äquivalenzeinkommen in den Gemeinden, 2010 .....	49
Abbildung 6.8: Medianwerte der reinen Äquivalenzeinkommen nach Gemeinden, 2010 .....	49
Abbildung 6.9: Verteilung der reinen Äquivalenzeinkommen in den Kantonen, 2010 .....	50
Abbildung 6.10: Gini-Koeffizienten der reinen Äquivalenzeinkommen nach Kantonen, 2010 .....	51
Abbildung 6.11: Vergleich der Mittelwerte und der Ungleichheiten der reinen Äquivalenzeinkommen der Kantone, 2010 .....	52
Abbildung 6.12: Gini-Koeffizienten der reinen Äquivalenzeinkommen nach Gemeinden, 2010.....	53
Abbildung 6.13: Vergleich der Mittelwerte und der Ungleichheiten der reinen Äquivalenzeinkommen der Gemeinden, 2010 .....	54

Abbildung 6.14: Entwicklung der durchschnittlichen reinen Äquivalenzeinkommen in der Schweiz, 2003 bis 2010 (zu Preisen von 2010) .....	55
Abbildung 6.15: Jährliche Veränderung der durchschnittlichen reinen Äquivalenzeinkommen in der Schweiz, 2003 bis 2010 (zu Preisen von 2010) .....	55
Abbildung 6.16: Entwicklung der reinen Äquivalenzeinkommen in der Schweiz, Medianwerte 2003 bis 2010 (zu konstanten Preisen, Referenzjahr 2010) .....	56
Abbildung 6.17: Jährliche Veränderung der Medianwerte der reinen Äquivalenzeinkommen in der Schweiz 2003 bis 2010 (zu konstanten Preisen, Referenzjahr 2010) .....	56
Abbildung 6.18: Entwicklung der Verteilung der reinen Äquivalenzeinkommen 2003 bis 2010 (zu Preisen von 2010) .....	57
Abbildung 6.19: Entwicklung der Gini-Koeffizienten der reinen Äquivalenzeinkommen in der Schweiz 2003 bis 2010 .....	58
Abbildung 6.20: Jährliche Veränderung der Gini-Koeffizienten der reinen Äquivalenzeinkommen in der Schweiz 2003 bis 2010 .....	58
Abbildung 6.21: Durchschnittliche jährliche Veränderung der nominalen Mittelwerte der reinen Äquivalenzeinkommen 2007 bis 2010, nach Kantonen und Gemeinden .....	60
Abbildung 6.22: Durchschnittliche jährliche Veränderung der nominalen Medianwerte der reinen Äquivalenzeinkommen 2007 bis 2010, nach Kantonen und Gemeinden .....	61
Abbildung 6.23: Durchschnittliche jährliche Veränderung des Gini-Koeffizienten der reinen Äquivalenzeinkommen 2007 bis 2010, nach Kantonen und Gemeinden .....	62
Abbildung 7.1: Verteilung der berücksichtigten Vermögenseinheiten nach Kantonen, 2010 .....	63
Abbildung 7.2: Durchschnittliches jährliches Wachstum der Zahl der Vermögenseinheiten, 2003 bis 2010 .....	64
Abbildung 7.3 : Durchschnittliches kantonales Vermögen, in 1000 Franken, 2010 .....	66
Abbildung 7.4: Ungleichheiten in der Verteilung der kantonalen Vermögen, 2010 .....	67
Abbildung 7.5: Anteil der kantonalen Null-Vermögen, 2010 .....	68
Abbildung 7.6: Gini-Koeffizienten der kantonalen Vermögen, 2010 .....	69
Abbildung 7.7: Vergleich der Mittelwerte und der Ungleichheiten der kantonalen Vermögen, 2010 ....	70
Abbildung 7.8: Entwicklung der Mittelwerte der kantonalen Vermögen in der Schweiz 2003 bis 2010 (zu Preisen von 2010) .....	71
Abbildung 7.9: Jährliche Veränderung der Mittelwerte der kantonalen Vermögen in der Schweiz 2003 bis 2010 (zu Preisen von 2010) .....	71
Abbildung 7.10: Entwicklung der Verteilung der kantonalen Vermögen 2003 bis 2010 (zu Preisen von 2010) .....	72
Abbildung 7.11: Durchschnittliche jährliche Veränderung der nominalen Mittelwerte der kantonalen Vermögen 2003 bis 2010 .....	73
Abbildung 7.12: Entwicklung der Gini-Koeffizienten der kantonalen Vermögen in der Schweiz, 2003 bis 2010 .....	74
Abbildung 7.13: Jährliche Veränderung der Gini-Koeffizienten der kantonalen Vermögen in der Schweiz 2003 bis 2010 .....	74
Abbildung 7.14: Durchschnittliche jährliche Veränderung der Gini-Koeffizienten der kantonalen Vermögen, 2003 bis 2010 .....	75
Abbildung 8.1: Anteil der über 15-jährigen Personen, die mit ihrem Leben im Allgemeinen sehr zufrieden sind, Entwicklung 2007-2012 .....	76
Abbildung 8.2: Zufriedenheit bezüglich der persönlichen Situation, nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen 2012 .....	77
Abbildung 8.3: Anteil der Bevölkerung mit hoher Zufriedenheit bezüglich der persönlichen Situation, Veränderungsraten 2007-2012 .....	78
Abbildung 9.1: Frei verfügbares Einkommen in den Schweizer Kantonen, synthetischer Index 2011 .....	80
Abbildung 9.2: Steuerbares Reineinkommen und Lebenshaltungskosten am Beispiel von 30 Gemeinden rund um Lausanne bzw. Bern .....	81
Abbildung 9.3: Einkommensmobilität über den Zeitraum 2001-2010 im Kanton Zürich .....	83
Abbildung 9.4: Einkommensmobilität nach Altersgruppen, 2001-2010 .....	83

Abbildung 9.5: Ausgaben- und Einnahmenseitige Umverteilung (in Äquivalenzfranken), Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, 2005 .....	85
Abbildung 9.6: Einkommen vor und nach Umverteilung (in Äquivalenzfranken), Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, 2005 .....	86

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 3.1: Übersicht der Einkommenskomponenten und Einkommensstufen* .....	15
Tabelle 6.1: Grösse der Steuerhaushalte (Steuerpflichtige) mit einer normalen Veranlagung, 2010 und Entwicklung seit 2003 .....	46
Tabelle 7.1: Konzentration der Vermögensmasse auf die hohen kantonalen Vermögen, 2010 .....	68
Tabelle 9.1: Lebenshaltungskosten und verfügbares Einkommen, idealtypische Haushalte, nach verschiedenen Wohnorten, 2011 .....	80

# 1 Einleitung

2004 wurde – in Erfüllung des Postulates Fehr (01.3246) – die Studie „Verteilung des Wohlstandes in der Schweiz“ (ECOPLAN 2004) publiziert. Das ebenfalls angenommene Postulat Fehr (10.4046) verlangt nun eine Aufdatierung dieses sogenannten „Wohlstandberichts“. Konkret wird der Bundesrat beauftragt, „regelmässig über die tatsächliche Verteilung des Wohlstandes in der Schweiz Bericht zu erstatten. Dabei soll insbesondere ersichtlich sein, wie sich die Einkommens- und Vermögensverhältnisse nach Abzug aller Steuern und Abgaben unter Einbezug der Wohn- und Mietkosten entwickeln.“

Der vorliegende Bericht wurde von der Eidgenössischen Steuerverwaltung in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik erstellt. Der Fokus liegt auf der Diskussion

- der Entwicklung der Einkommen, Vermögen und ihrer Bestandteile,
- deren Primärverteilung und
- Umverteilung sowie
- der Entwicklung und Struktur der Einkommensverwendung.

Neben gesamtschweizerischen Auswertungen werden punktuell auch Analysen auf regionaler Ebene vorgenommen. Für die Analysen werden die Daten der Haushaltsbudgeterhebung (HABE) von 1998-2011, die Erhebung über die Einkommen und Lebensbedingungen der Haushalte in der Schweiz (SILC) sowie die Steuerdaten des Bundes (Zeitreihen 2003-2010) herangezogen (siehe Box).

Der Bericht gliedert sich wie folgt: In Kapitel 2 werden die Rahmenbedingungen, welche die Entwicklung des Wohlstandes der Schweizer Bevölkerung während den letzten Jahren bestimmt haben, besprochen. Neben der allgemeinen wirtschaftlichen Diskussion wird der Fokus auf die Arbeits-, Kapital- und Immobilienmärkte gelegt.

Das 3. Kapitel des Berichts gibt zunächst einen Überblick der finanziellen Situation der privaten Haushalte. Dieser umfasst auf der Einkommenseite die Zusammensetzung des Bruttoeinkommens und die Entwicklung zentraler Einkommenskomponenten (Kapitel 3.1), auf der Ausgabenseite die Struktur und Entwicklung der obligatorischen Ausgaben, der Konsumausgaben und des Sparbetrags (Kapitel 3.2).

Die Informationen zu Einkommen und Abgabenbelastung der privaten Haushalte liefern den Hintergrund für die Analyse der Einkommensungleichheit im 4. Kapitel des Berichts. Ausgehend von verschiedenen Phasen im Prozess staatlicher Umverteilung werden hierzu drei Einkommensstufen unterschieden und ihre Entwicklung für den Zeitraum von 1998 bis 2011 betrachtet. Zentral ist dabei die Frage, inwieweit Ungleichheiten durch staatliche Transfers kompensiert werden. Das Ausmass der Einkommensungleichheit vor und nach Umverteilung wird anhand verschiedener Ungleichheitsmasse untersucht.

Kapitel 5 vergleicht die Einkommen sowie die Einkommensdisparitäten in der Schweiz mit denjenigen von EU-Ländern. Kapitel 6 zeigt die regionale Einkommensverteilung sowie die regionalen Disparitäten innerhalb der Schweiz mithilfe der Steuerdaten auf.

In Kapitel 7 erfolgt eine Verteilungsanalyse zu den steuerbaren Vermögen in der Schweiz. In Kapitel 8 wird der immaterielle Wohlstand, die sogenannte Lebensqualität, als umfassendes Mass des Wohlergehens thematisiert. In Kapitel 9 werden schliesslich die Grenzen der Interpretation von Wohlstandsanalysen diskutiert.

## Bemerkungen zu den verfügbaren Datengrundlagen

Die für die vorgestellten Analysen verwendeten Datengrundlagen basieren teils auf Registerdaten (Steuerdaten des Bundes), teils auf Stichprobenerhebungen (Haushaltsbudgeterhebung (HABE) und Erhebung über die Einkommen und die Lebensbedingungen (SILC)). Letztere erlauben eine Extrapolation auf die Gesamtbevölkerung aufgrund von Stichproben.

Die Datengrundlagen werden in den entsprechenden Analysekapiteln jeweils kurz vorgestellt. Detaillierter auf methodische Aspekte dieser Erhebungen einzugehen würde den Rahmen dieses Berichts sprengen. Diesbezüglich sei auf die methodische Referenzdokumentation<sup>1</sup> der jeweiligen Erhebungen verwiesen.

Im Zusammenhang mit Einkommensanalysen ist bei den Stichproben dennoch auf einige Punkte hinzuweisen:

- Die Erfassung von Informationen zu den ärmsten und reichsten Einkommensprozenten der Bevölkerung ist immer mit erhebungstechnischen Schwierigkeiten verbunden. Die geringere Inklusionswahrscheinlichkeit dieser Einkommen wird allerdings bei der Gewichtung der Daten berücksichtigt.
- Die Streuung (Variabilität) der Schätzwerte ist in den reichsten Einkommensprozenten naturgemäss höher, da hohe Einkommen nicht nach oben begrenzt sind. Informationen zur Variabilität der Schätzwerte sind jeweils in den Abbildungen vermerkt (vgl. dazu auch Kasten «Genauigkeit der Schätzwerte» auf Seite 14 dieses Berichts).
- Wie verschiedene Resultate zeigen (siehe bspw. Kapitel „Sparen“), finanzieren Rentnerinnen und Rentner ihren Lebensunterhalt zum Teil durch Vermögensverzehr. Leider gibt es bis anhin keine Daten zur Vermögensverteilung auf Ebene der privaten Haushalte. Beim Vergleich von Haushalten vor und nach der Pensionierung fehlt somit vor allem bei Rentnerhaushalten eine wichtige Komponente für die Beurteilung der finanziellen Situation. Daher werden im Bericht neben der Gesamtbevölkerung nur die Erwerbshaushalte detaillierter untersucht.

---

<sup>1</sup> Für die HABE: Bundesamt für Statistik (2008), Die Einkommens- und Verbrauchserhebung mit neuer Methode. Neues Gewichtungsmode, Resultate 2000-2003 und Studie zur Altersvorsorge. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik, Seiten 5-12 (im Statistikportal abrufbar unter Bundesamt für Statistik > Infothek > Erhebungen, Quellen > 20 - Haushaltsbudgeterhebung (HABE) > Methodische Grundlagen).

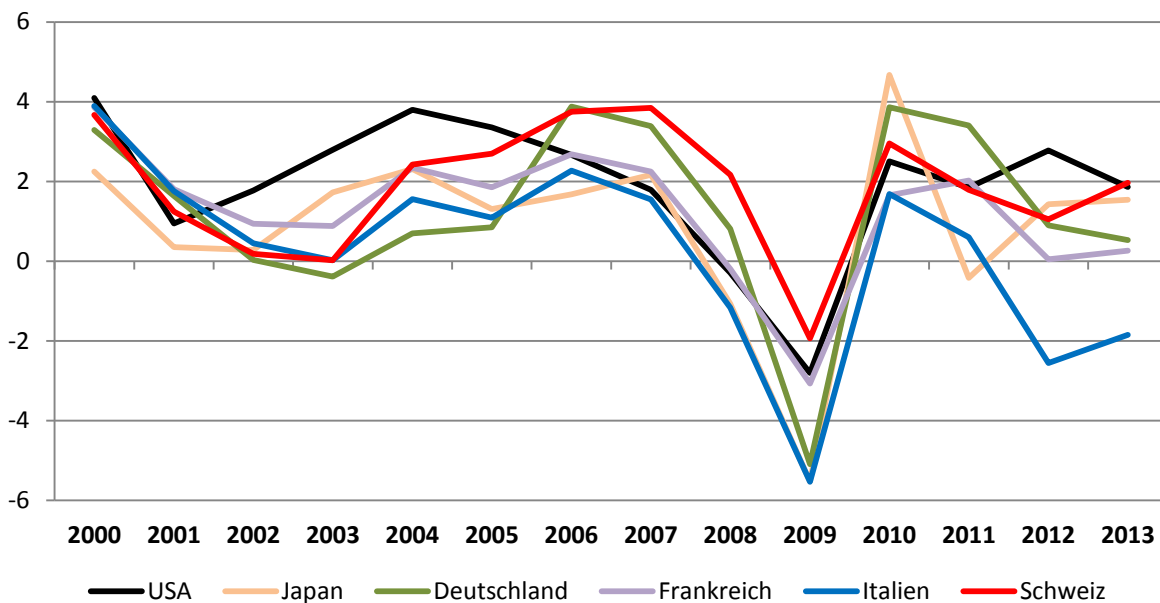
Für SILC: Bundesamt für Statistik > Infothek > Erhebungen, Quellen > Einkommen und Lebensbedingungen in der Schweiz (SILC) > EU-SILC.

## 2 Rahmenbedingungen

### 2.1 Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Die letzten Jahre waren weltweit geprägt von den Auswirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Auch die Schweiz verzeichnete im Jahr 2009 eine Rezession. Die BIP-Kontraktion fiel jedoch schwächer aus als die ihrer wichtigen Handelspartner (vgl. Abbildung 2.1).

**Abbildung 2.1: Bruttoinlandprodukt der Schweiz und wichtiger Handelspartner, jährliche Änderung in Prozent**



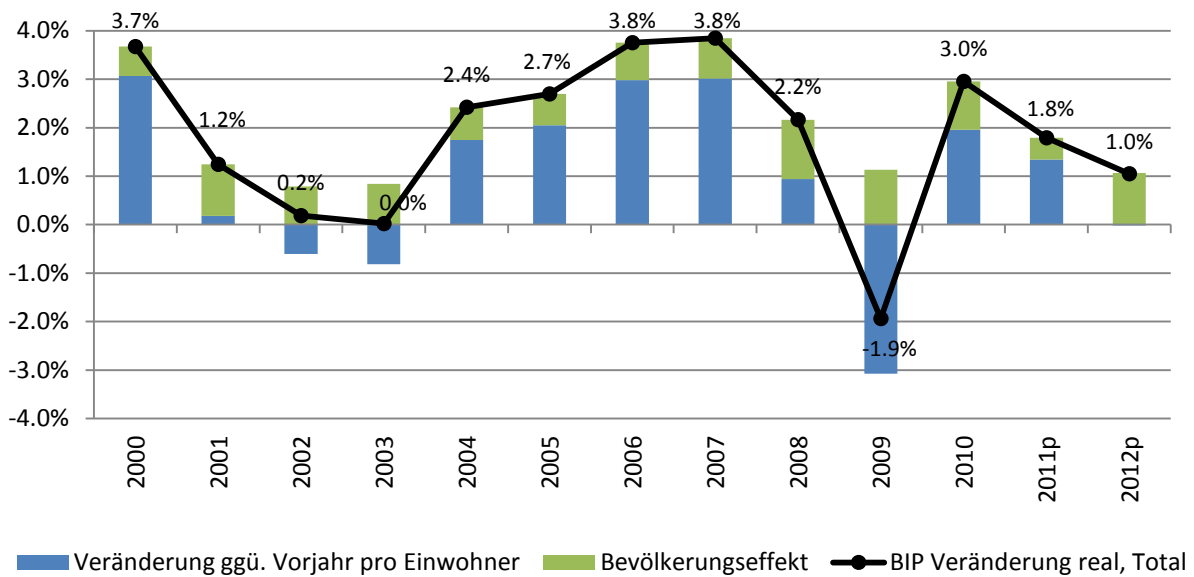
Quelle: Schweizerische Nationalbank (2014a).

Da die Bevölkerung in den letzten Jahren gewachsen ist, fällt die Veränderung des realen BIP pro Kopf jeweils tiefer aus als die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (vgl. Abbildung 2.2). Weil jedoch das Bevölkerungswachstum gleichzeitig auch den Konsum stützt, ist davon auszugehen, dass insbesondere in den Krisenjahren 2008 und 2009 das Bevölkerungswachstum zur wirtschaftlichen Stabilität beigetragen hat. Mit dem Bevölkerungswachstum stieg ausserdem die Erwerbsquote, womit von ersterem auch ein positiver Beitrag auf die Wertschöpfung pro Kopf ausging (vgl. Abbildung 2.4).

Das BIP pro Kopf lag mit 74'010 Franken im Jahr 2012 preisbereinigt nur 0.1% höher als im Jahr 2008. Gegenüber 2000 ist hingegen ein Zuwachs von insgesamt 10.0% zu verzeichnen.

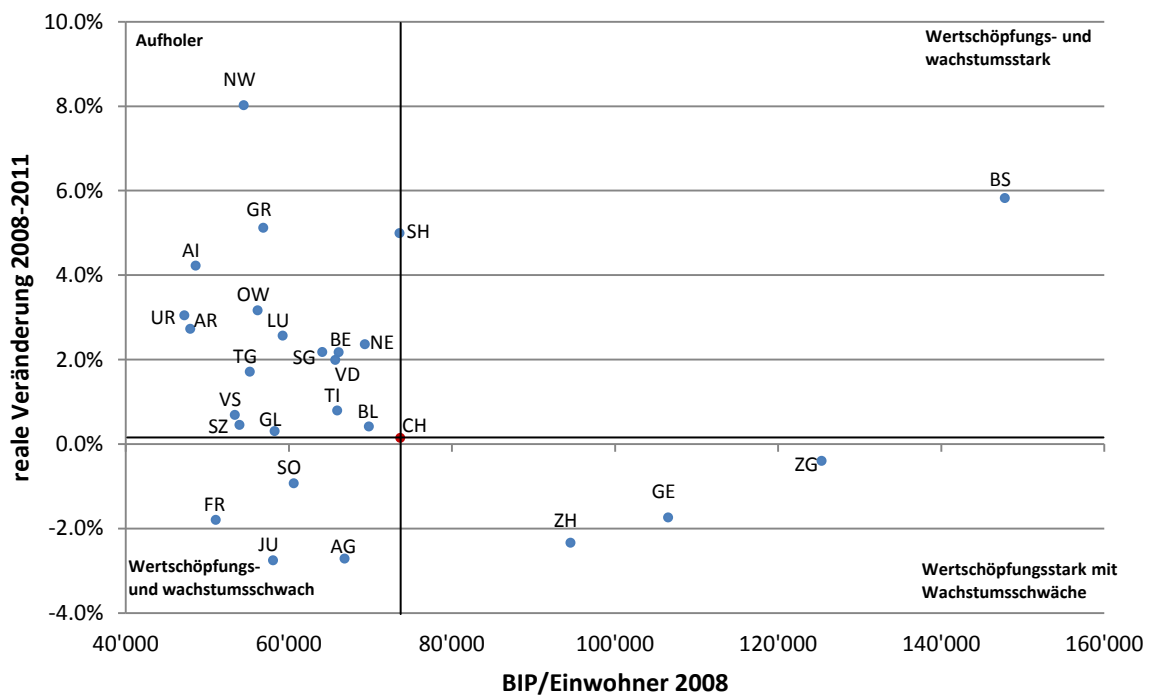
Bei einer regionalen Betrachtung zeigt sich, dass die BIP-Entwicklung je Einwohner zwischen 2008 und den neusten verfügbaren Zahlen aus dem Jahr 2011 stark divergierte. Die Kantone mit unterdurchschnittlicher Wertschöpfung konnten zum Teil deutliche Wachstumsraten verzeichnen, während die wirtschaftsstarken Kantone – Zürich, Genf und Zug – mit Ausnahme von Basel-Stadt negative Wachstumsraten auswiesen (vgl. Abbildung 2.3).

**Abbildung 2.2: Aufteilung des BIP-Wachstums in BIP-Wachstum je Einwohner und Bevölkerungseffekt**



Quelle: BFS (2013a); Seco (2013); eigene Berechnungen. Bemerkung: Bevölkerungseffekt entspricht Differenz von BIP-Wachstum und Wachstum des BIP pro Kopf.

**Abbildung 2.3: Entwicklung des BIP je Einwohner nach Kantonen, 2008-2011**

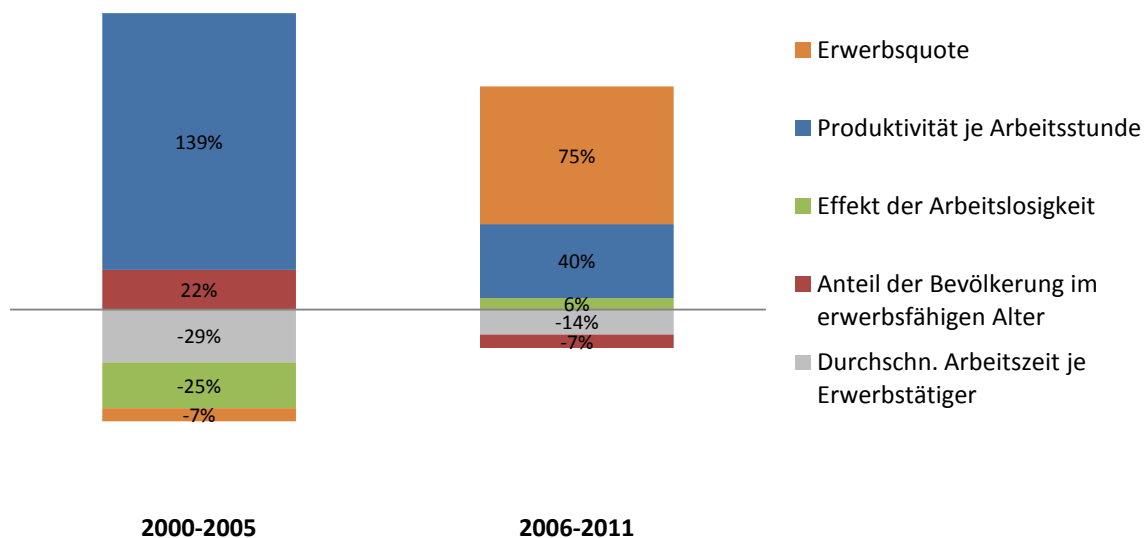


Quellen: BFS (2013b); eigene Berechnungen.

## 2.2 Partizipation der Erwerbsbevölkerung an der wirtschaftlichen Entwicklung

Bei einer Zerlegung der Wachstumsraten pro Kopf zeichnet sich eine Strukturveränderung ab: War im Zeitraum 2000-2005 die Zunahme der Arbeitsproduktivität (vgl. Glossar → Arbeitsproduktivität) der massgebliche Treiber der wirtschaftlichen Entwicklung, ist das Wachstum in den Jahren 2006-2011 hauptsächlich der Zunahme der Erwerbsquote zu verdanken (vgl. Abbildung 2.4). Die Erwerbsquote der Schweizer-Staatsbürger nahm von 81.7 auf 82.9 und die der Bürger von EU-28/EFTA-Staaten von 83.1 auf 85.7 Prozent zu.

**Abbildung 2.4: Zerlegung der Wachstumsrate des BIP je Einwohner: gewichtete, linearisierte (\*) Anteile am Total der Wachstumsrate**



(\*) Berechnung:

$\Delta BIP = \Delta A + \Delta B + \Delta C + \dots$  (gemäss Zerlegung BFS 2013d)  
 $\sum \Delta BIP = \sum \Delta A + \sum \Delta B + \sum \Delta C + \dots$  (Summierung über die entsprechenden Perioden)  
 Beitrag A =  $\sum \Delta A / \sum \Delta BIP$ ; Beitrag B =  $\sum \Delta B / \sum \Delta BIP$ ; Beitrag C =  $\sum \Delta C / \sum \Delta BIP$ ; ...

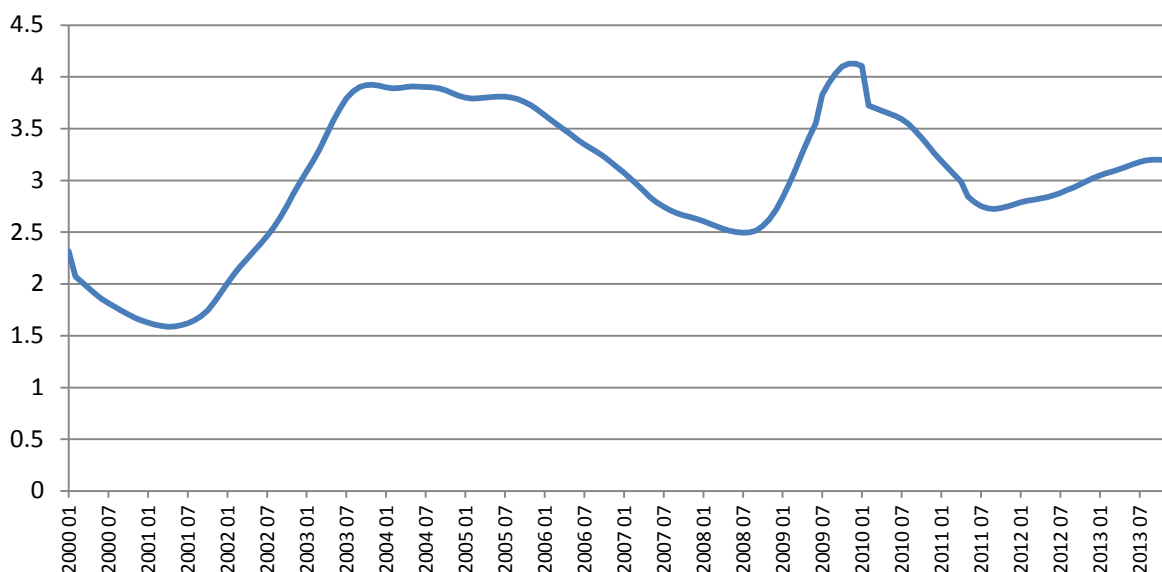
Quelle: BFS (2013d); eigene Berechnungen.

Zwischen Januar 2006 und Dezember 2011 sank die Arbeitslosenquote – nach einem zwischenzeitlichen Anstieg infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise – von 3.6% auf 2.8% und lag Ende 2013 saisonbereinigt bei 3.2% (vgl. Abbildung 2.5). Somit zeigen die gesamtwirtschaftlichen Zahlen und die Arbeitsmarktdaten zwar eine Erholung nach der Finanz- und Wirtschaftskrise, allerdings lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote Ende 2013 immer noch leicht über der von Mitte 2008 und deutlich über der zu Beginn des neuen Jahrtausends.

Das wirtschaftliche Umfeld schuf zwar Raum für Realloohnerhöhungen. Allerdings variieren die Lohnsteigerungen stark nach Regionen und Lohnsegment (vgl. Abbildung 2.6). Betrachtet werden im Folgenden verschiedene Lohnsegmente, dargestellt durch den 10. Perzentilwert, den 50. Perzentilwert und den 90. Perzentilwert (vgl. Glossar → Perzentile). Im untersten Lohnbereich (vorliegend das 10%-Perzentil) betrug die Reallohnentwicklung über den Zeitraum 2004-2010 zwischen -1.8% (Tessin) bis zu +3.4% (Zentralschweiz). Im mittleren Lohnsegment (dargestellt durch den Medianlohn), aber insbesondere im Top-Lohnsegment war das Reallohnwachstum deutlich höher. Sowohl in der Genferseeregion als auch in der Nordwestschweiz und Zentralschweiz konnte das 90. Perzentil über den betroffenen Zeitraum Reallohnsteigerungen von rund 8% verbuchen.

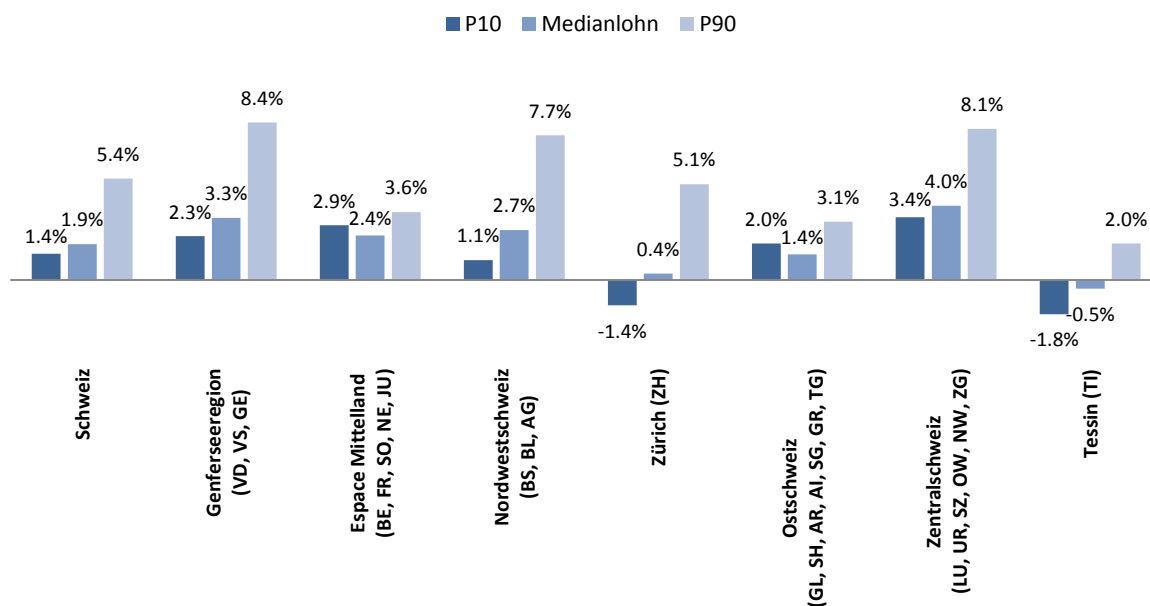


**Abbildung 2.5: Arbeitslosenquote Jan. 2000 – Dez. 2013**



Quelle: SNB (2014a). Bemerkung: Saisonbereinigte Zahlen.

**Abbildung 2.6: Reallohnänderung (\*) 2004-2010 nach Perzentilen des Bruttolohns und Grossregionen**

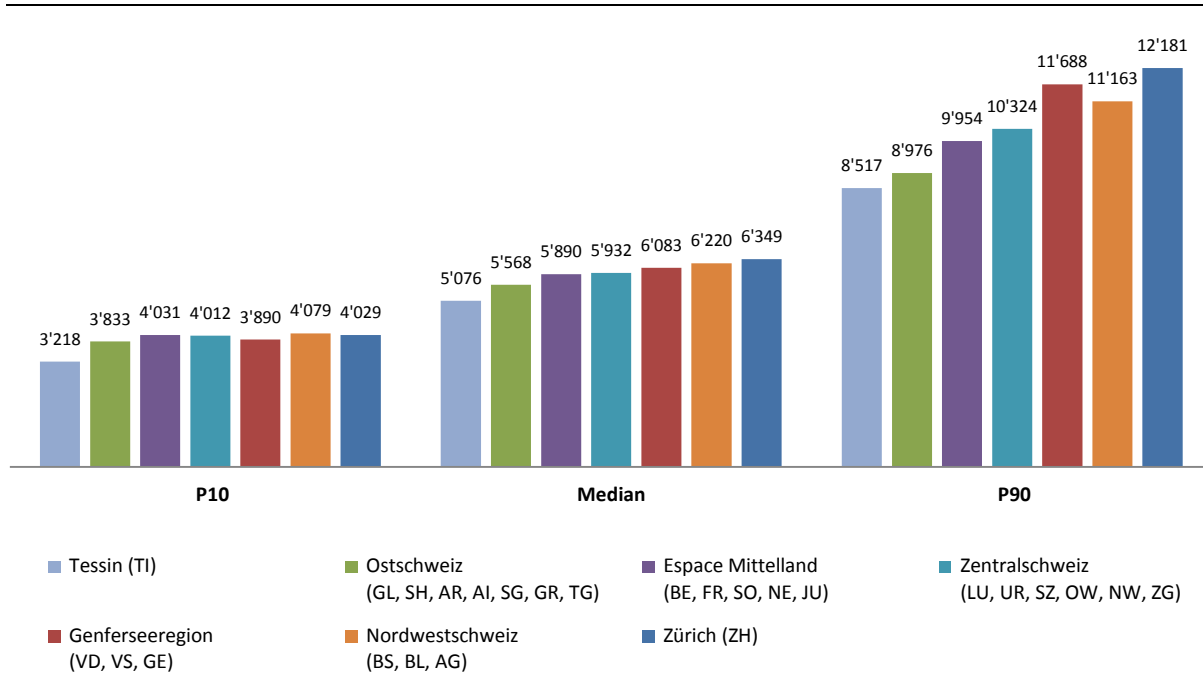


(\*) Veränderung des realen, standardisierten Monatslohns (Vollzeitäquivalent basierend auf 4 1/3 Wochen à 40 Arbeitsstunden)

Quellen: BFS (2013e); BFS (2013f); eigene Berechnungen.

Auch in der absoluten Höhe zeigen sich regional zum Teil deutliche Unterschiede. Während im Tessin, in der Ostschweiz und im Mittelland die Bruttolöhne 2010 in allen Lohnsegmenten im Vergleich zur Gesamtschweiz unterdurchschnittlich waren, liessen sich in der Nordwestschweiz und in Zürich überdurchschnittliche Löhne erzielen. In der Genferseeregion waren lediglich die Bruttolöhne der Top-10% überdurchschnittlich, während die Bruttolöhne im Tieflohnbereich umgekehrt unterdurchschnittlich ausfielen (vgl. Abbildung 2.7).

**Abbildung 2.7: Monatlicher Bruttolohn in Franken (P10, Median, P90) nach Grossregionen, 2010**



Quelle: BFS (2013e). Bemerkung: Standardisierter Monatslohn (basierend auf 4 1/3 Wochen à 40 Arbeitsstunden).

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass die positive wirtschaftliche Entwicklung der letzten zehn Jahre durch die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise getrübt wurde. Die anschliessende wirtschaftliche Erholung in der Schweiz ging einher mit einer steigenden Beschäftigungsquote, sinkender Arbeitslosigkeit (die allerdings trotzdem deutlich über ihren Tiefstwerten zu Beginn des neuen Jahrtausends liegt). Auch die Reallöhne stiegen in den vergangenen Jahren. Allerdings haben die Erwerbstätigen in der Schweiz je nach Lohnsegment und Region unterschiedlich von dieser wirtschaftlichen Entwicklung profitiert.

## 2.3 Partizipation der Kapitalbesitzer an der wirtschaftlichen Entwicklung

In den letzten zwei Jahren sind die Schweizer Aktienmärkte – dem weltweiten Trend folgend – stark gestiegen. Sowohl der Swiss Performance Index als auch der Swiss Market Index haben ihre früheren Höchstwerte von Mitte 2007 bis Ende 2013 wieder überschritten (vgl. Abbildung 2.8).

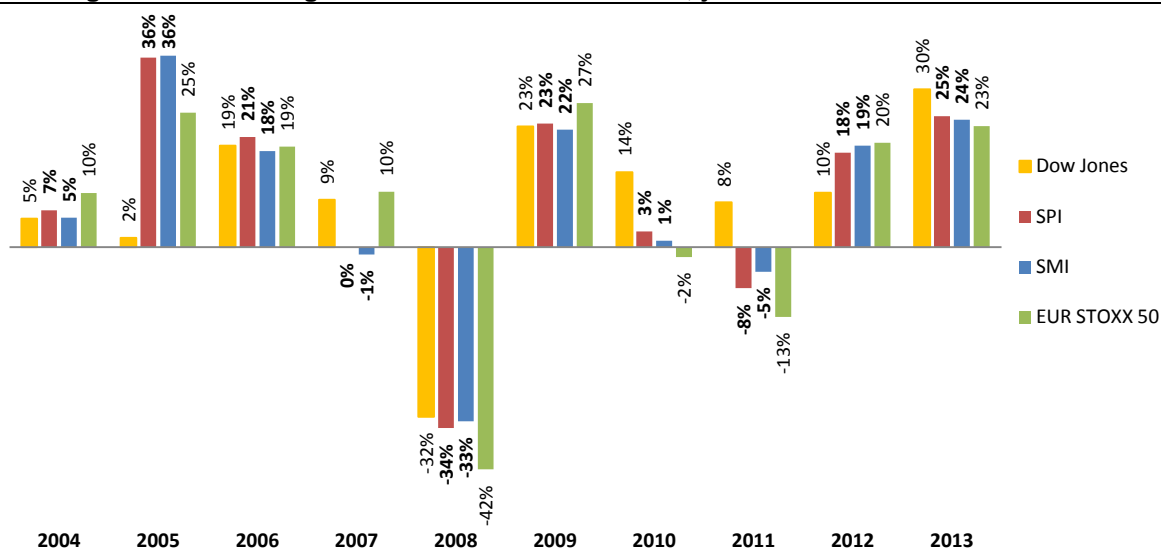
Die aus einem Vergleich der Jahresendwerte erlangten Brutto-Gesamtrenditen zeigen eine von Jahr zu Jahr stark schwankende Veränderung auf. Nach einem Einbruch im Jahr 2008 folgte eine Erholung im Jahr 2009. Über den Horizont 2010-2011 betrachtet waren wiederum insgesamt negative Renditen auf den Schweizer Aktienmärkten zu verzeichnen. In den beiden Jahren 2012 und 2013 sind die Brutto-Gesamtrenditen des SPI und SMI hingegen wieder hoch ausgefallen; sie betragen jeweils zwischen 18% und 25% jährlich (vgl. Abbildung 2.9).

**Abbildung 2.8: Entwicklung verschiedener Aktienindizes, Total Return (31.12.2003 = 100)**



Quellen: SIX Swiss Exchange (2014a;b); stox.com; ycharts.com; eigene Berechnungen. Bemerkung: Es handelt sich jeweils um den Total Return Index (Reinvestition aller Dividendenerlöse und sonstigen Erträge) bzw. beim EUR STOXX 50 um den Gross Return Index. Zugrunde liegende Indexwerte in nationaler Währung.

**Abbildung 2.9: Entwicklung verschiedener Aktienindizes, jahrlche Brutto-Gesamtrenditen**



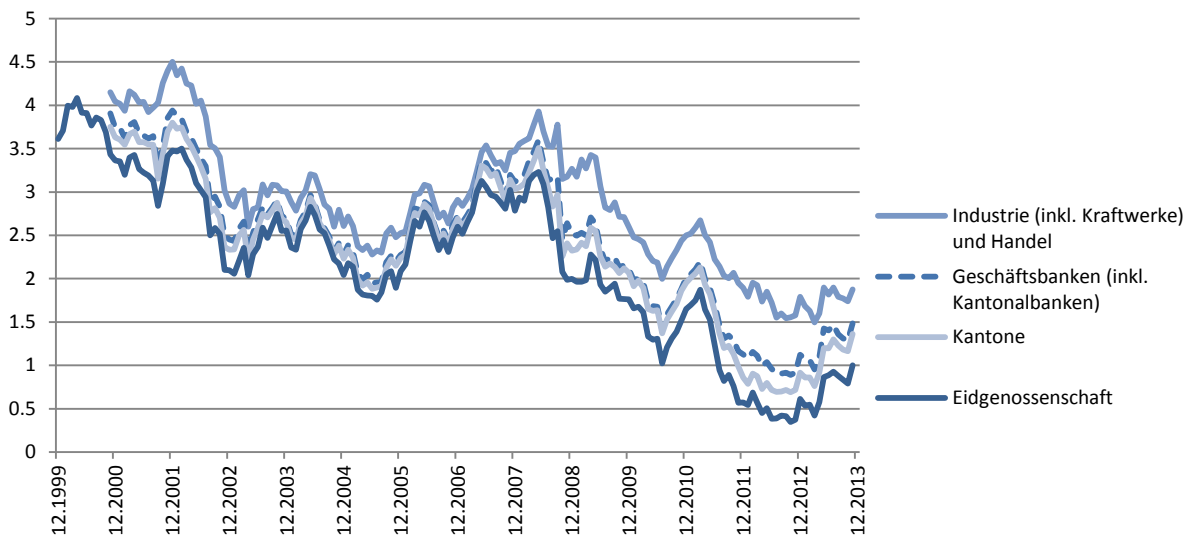
Quellen und Bemerkungen: siehe Abbildung 2.8. Berechnung der Brutto-Gesamtrenditen anhand der Kurs-Jahresendwerte.

Die schweizerischen Anleihenmärkte waren ihrerseits geprägt von einem sinkenden Zinsniveau. Seit Mitte 2008 nahmen die Renditen von Anleihen mit achtjähriger Laufzeit je nach Kategorie um 2.1 bis 2.2 Prozentpunkte ab. Die Renditen der Bundesobligationen sanken beispielsweise von 3.231 im Juni 2008 auf 1.001 Prozent im Dezember 2013 (vgl. Abbildung 2.10).

Die Entwicklungen auf den Aktien- und Anleihenmarkten zeigen auf, dass die Veränderung der Privatvermögen der Schweizer Haushalte in den letzten Jahren massgeblich von ihrer Anlagestrategie abhängt. Abbildung 2.11 gibt die inflationsbereinigten Bruttovermogenspositionen sowie die Schuldenpositionen der privaten Haushalte wieder. Dabei wird ersichtlich, dass der überwiegende Teil der Bruttovermögen in Immobilien gehalten wird. Als zweitwichtigste Vermögensposition folgen die Ansprüche gegenüber Versicherungen und Pensionskassen und an dritter Stelle die kurzfristigen Einlagen. Aktien, Anteilen an kollektiven Kapitalanlagen und strukturierten Produkten kommt hingegen lediglich eine

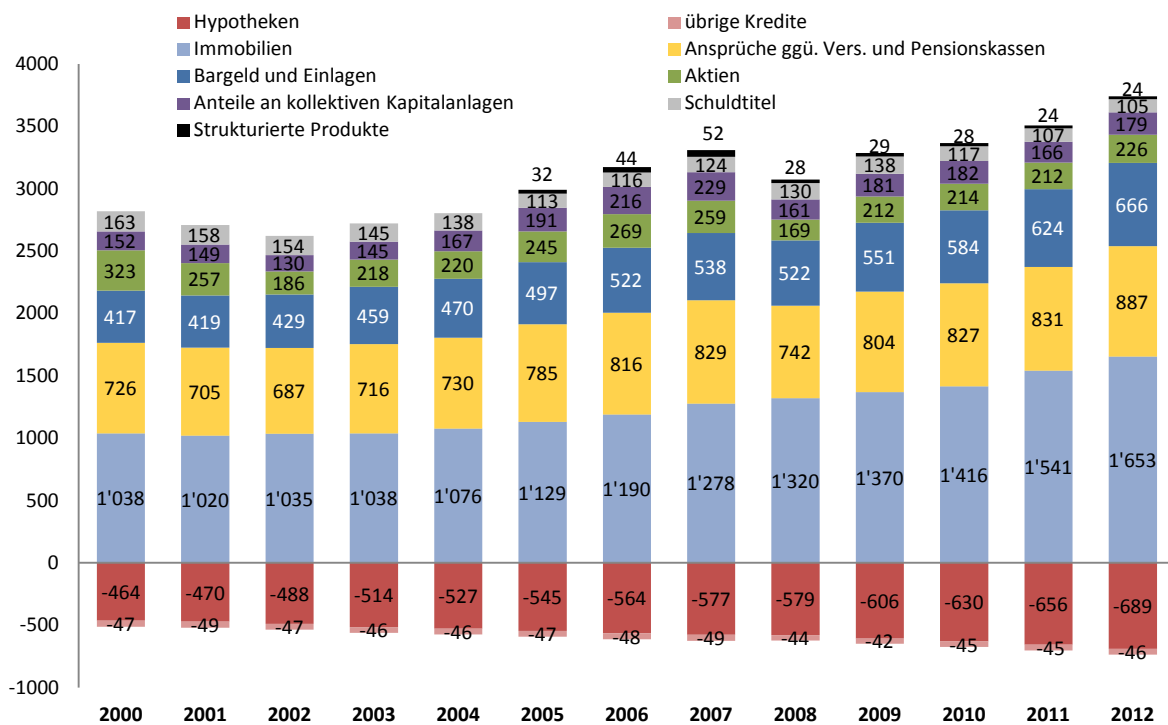
nachrangige Bedeutung zu. Auch die Vermögenswerte in Form von Schuldtiteln waren in den letzten Jahren rückläufig. Den Vermögenswerten stehen Verbindlichkeiten gegenüber. Die bedeutendste Schuldenposition bilden die Hypothekarverbindlichkeiten. Diese nahmen insbesondere im Zeitraum 2007-2012 deutlich zu. Da jedoch die Brutto-Immobilienvermögen im gleichen Zeitraum noch stärker stiegen, sank das Verhältnis von Hypothekarverschuldung und Brutto-Immobilienvermögen im genannten Zeitraum von 45% auf 42%.

**Abbildung 2.10: Renditen von CHF-Anleihen verschiedener Schuldnerkategorien mit einer Laufzeit von 8 Jahren (monatlich), in Prozent**



Quelle: SNB (2014a).

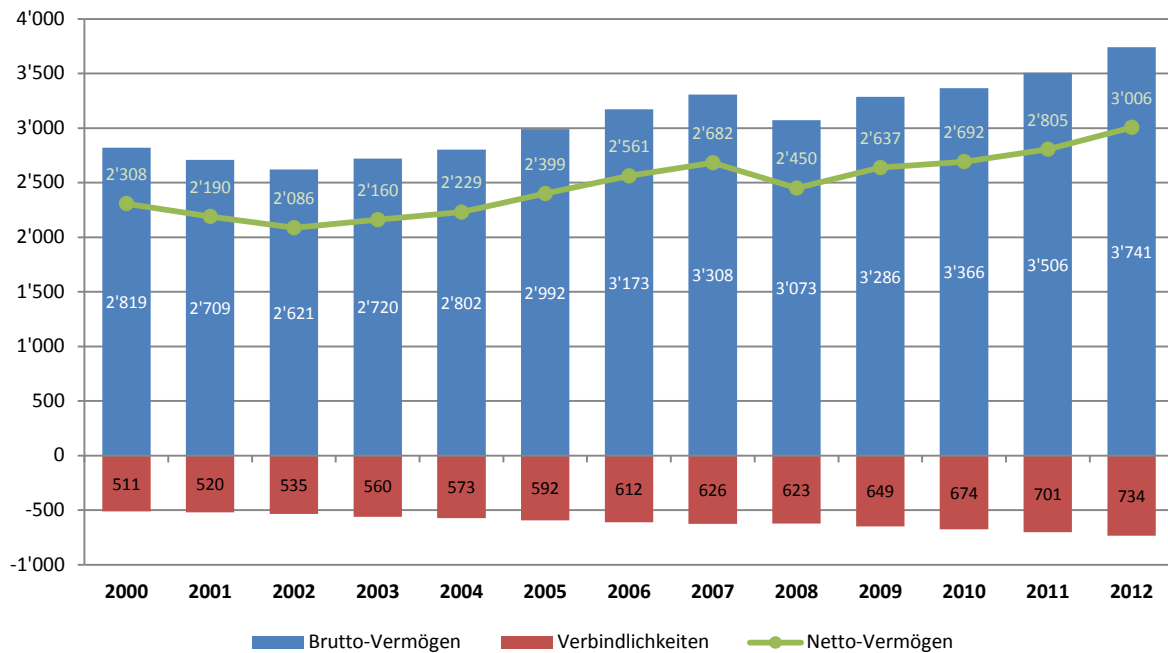
**Abbildung 2.11: Bruttovermögen und Verschuldung der privaten Haushalte, zu Preisen von 2012 und in Mrd. Franken**



Quelle: SNB (2014b); BFS (2013f); eigene Berechnungen. Bemerkung: Die Kategorie „Strukturierte Produkte“ wird in der SNB-Statistik erst ab 2005 ausgewiesen.

Durch Abzug der Verschuldung vom Brutto-Vermögen erlangt man die Netto-Vermögenspositionen der privaten Haushalte (vgl. Abbildung 2.12). Über den Zeitraum 2000-2012 waren lediglich in den Jahren 2001, 2002 und 2008 Einbrüche zu verzeichnen. Die Schweizer Haushalte besaßen 2012 ein Nettovermögen von rund 3 Billionen Franken. Dies entspricht dem fünffachen des Schweizer BIP aus dem Jahr 2012.

**Abbildung 2.12: Bruttovermögen, Verschuldung und Nettovermögen der privaten Haushalte, zu Preisen von 2012 und in Mrd. Franken**



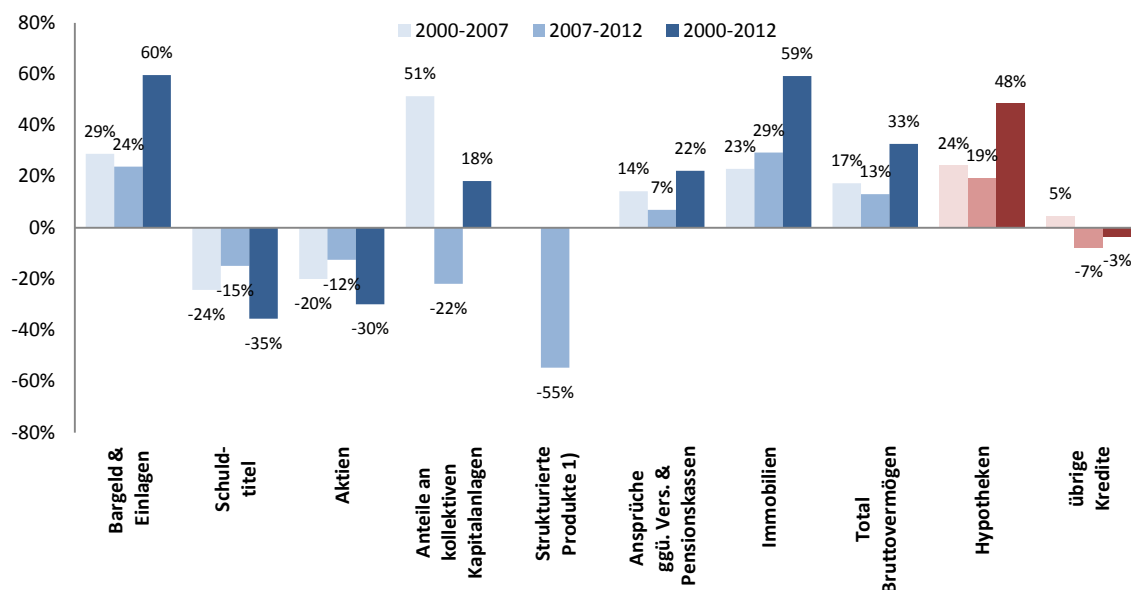
Quelle: SNB (2014b); BFS (2013f); eigene Berechnungen.

Da private Haushalte nur einen kleinen Teil ihrer Vermögenswerte in Aktien halten, ist zu vermuten, dass die Schweizer Haushalte nur in geringem Masse und allenfalls indirekt (über die Ansprüche gegenüber Versicherungen und Pensionskassen sowie kollektive Kapitalanlagen) von Wertsteigerungen an den Aktienmärkten profitiert haben. Tatsächlich zeigt sich, dass die in Form von Aktien gehaltenen Nettovermögenswerte (in Preisen von 2012) sowohl über den Zeitraum 2000-2007 als auch über den Zeitraum 2007-2012 abgenommen haben, dies obwohl die gesamten Bruttovermögenswerte zwischen 2000 und 2012 real um 33% gestiegen sind (vgl. Abbildung 2.13). Unklar bleibt bei dieser Betrachtung, wie sich dieses Phänomen auf die beiden Faktoren Portfolioumschichtungen und Wertveränderungen aufteilt.

Stark zugenommen hat in den letzten Jahren hingegen die grösste Vermögensposition: Die Brutto-Immobilienwerte stiegen zwischen 2000 und 2012 real um 59% und mit ihnen die Hypotheken um 48%. Auch die kurzfristigen Einlagen stiegen mit 60% im betreffenden Zeitraum überdurchschnittlich, was auf Portfolioumschichtungen hindeutet.

Aufgrund der zunehmenden Bedeutung des Immobilienmarktes für die Vermögenssituation der privaten Haushalte (der Anteil der Immobilien am gesamten Bruttovermögen betrug 2012 44.2%) und der immer stärker in der Öffentlichkeit diskutierten Miet- und Immobilienpreissteigerungen der letzten Jahre wird der Immobilienmarkt im nächsten Abschnitt vertiefter analysiert.

**Abbildung 2.13: Veränderung der realen Nettovermögen der privaten Haushalte**



Quellen und Berechnungen: vgl. Abbildung 2.10.

1) Die Kategorie „Strukturierte Produkte“ wird in der SNB-Statistik erst ab 2005 ausgewiesen.

## 2.4 Entwicklung der Immobilienpreise

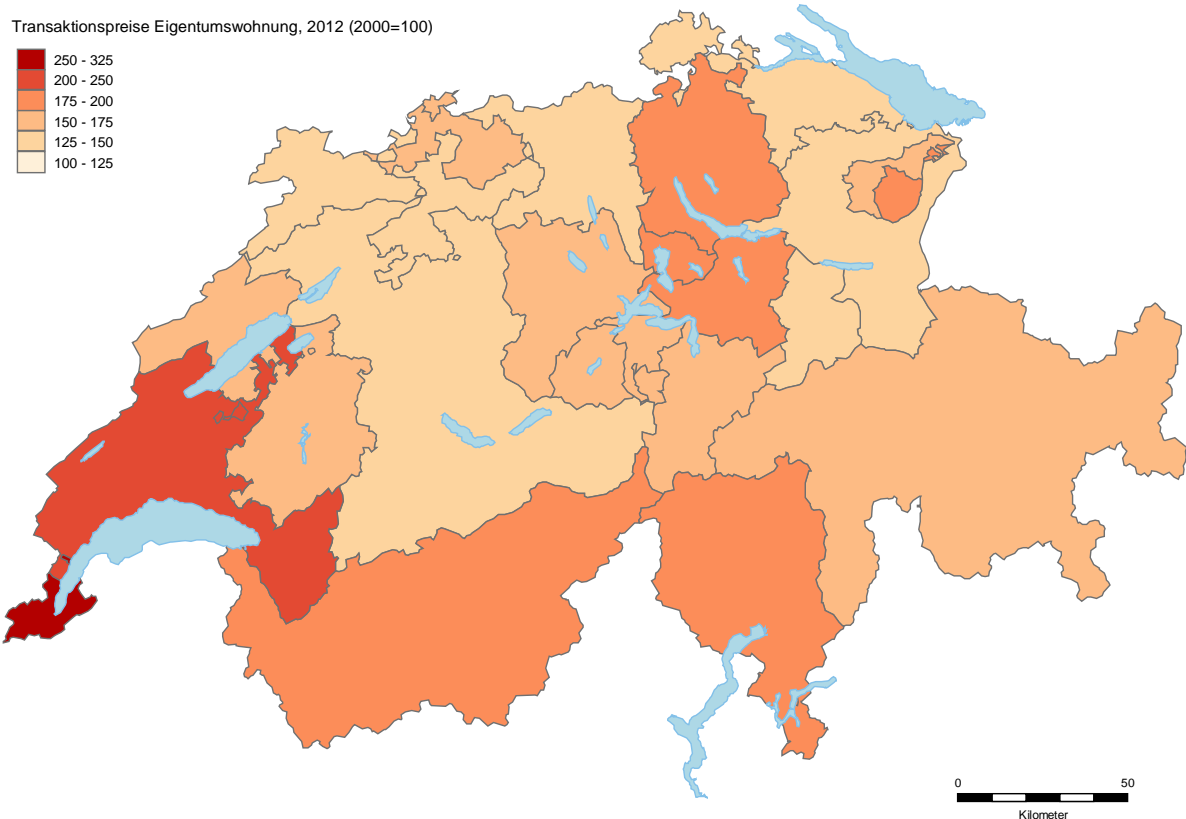
Eine Diskussion über die Bedeutung der Immobilienpreisentwicklung der letzten Jahre ist aufgrund zweier Punkte schwierig: Erstens, weil die Preisentwicklung teilweise auf kleinräumigen Bereichen sehr unterschiedlich verlaufen. Zweitens weil auch innerhalb identischer Regionen keine genauen Aussagen über die tatsächlichen, beobachtbaren Immobilienpreissteigerungen gemacht werden können; aufgrund unterschiedlicher Berechnungsmethoden ergeben sich je nach Anbieter der Preisindizes zum Teil deutliche Abweichungen.<sup>2</sup> Vorliegend werden für die Abbildung der Preisentwicklung von Eigentumswohnungen die Indizes von Wüest und Partner herangezogen. Diese basieren auf Transaktionsdaten, sind qualitätsbereinigt und auf kantonaler Ebene verfügbar.

Abbildung 2.14 zeigt, dass sich die Transaktionspreise für Wohneigentum (Glossar → Transaktionspreise) insbesondere in der West-, Südschweiz und in Teilen der Zentralschweiz stark zugenommen haben. So haben sich gemäss Index (2000 = 100) die Wohneigentumspreise in Genf zwischen 2000 und 2012 mehr als verdreifacht (Indexstand 2012 = 324), in der Waadt (216) und im Tessin (198) stiegen die Preise auf das Doppelte. Es folgen Zürich (189), Zug (187), Schwyz (186) und Appenzell-Innerrhoden (182), welche allesamt Wachstumsraten von mehr als 80% über den betroffenen Zeitraum aufweisen. Das „Schlusslicht“ bildet der Kanton Glarus mit einem Indexstand von 127.

Verglichen mit den hohen Preissteigerungen im Wohneigentumsbereich fielen die Zunahmen der Bestandsmieten moderat aus. Betrug die durchschnittliche Netto-Monatsmiete einer Vierzimmer-Wohnung gemäss BFS (2013g) im Jahr 2000 noch 1198 Franken, waren es 2011 1506 Franken. Dies entspricht einer nominalen Preissteigerung von 26%. Die höchsten Preissteigerungen waren im betreffenden Zeitraum mit +36% im Wallis zu finden, das geringste Wachstum verzeichnete der Kanton Jura (+16%).

<sup>2</sup> Eine Sammlung von Angebots- und Transaktionspreisindizes verschiedener Anbieter findet sich in BWO (2014).

**Abbildung 2.14: Entwicklung der Transaktionspreise für Eigentumswohnungen zwischen 2000 und 2012**

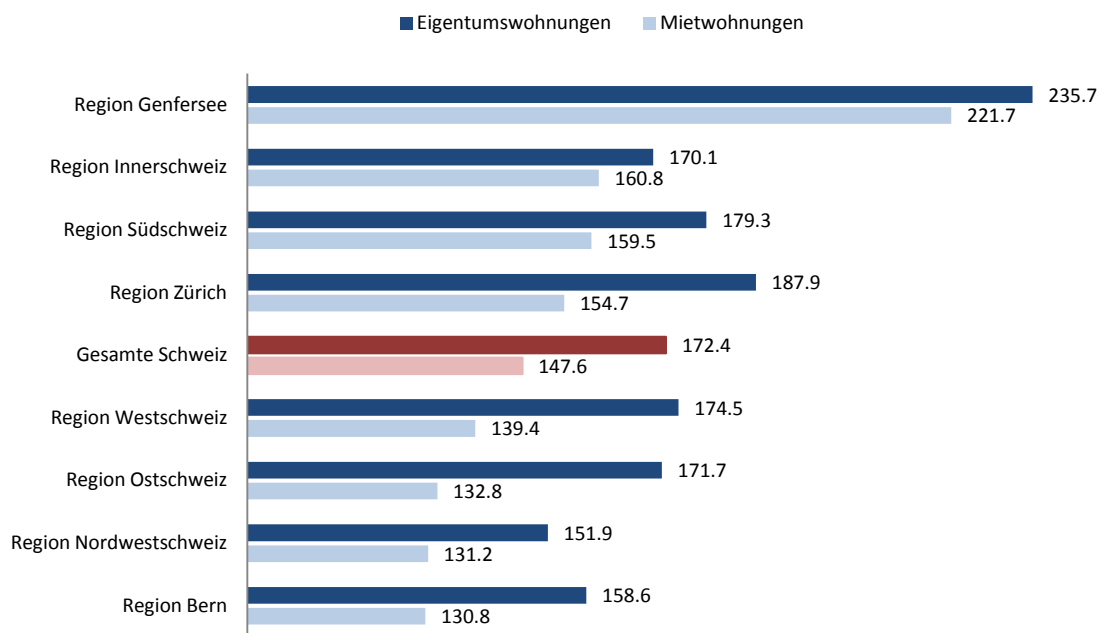


Datenquelle: Wüest und Partner (verfügbar in EFV 2013); eigene Darstellung mithilfe von BFS – GEOSTAT und Pisati (2007).

Die moderate Entwicklung der Bestandsmieten dürfte eine Folge des Mietrechts sein, welches Bewohner von Mietwohnungen vor starken Mietsteigerungen schützt. Hingegen zeigen Indizes von sog. Angebotsmieten (also von frei auf dem Markt verfügbaren Wohnungen; vgl. Glossar → Angebotspreise), dass die Entwicklung ähnlich verlief wie diejenige auf dem Wohneigentumsmarkt. Die Preissteigerungen beliefen sich zwar auf etwas tieferem Niveau, fallen allerdings deutlich ausgeprägter aus, als die Entwicklung der Bestandsmieten vermuten liesse (vgl. Abbildung 2.15). Insbesondere in der Genferseeregion (+122%), der Südschweiz und der Innerschweiz (je rund +60%) stiegen die Angebotsmieten seit 2000 stark an. Die Divergenz zwischen Bestands- und Angebotsmieten zeigt auf, dass nicht alle Mieter von den Immobilienpreissteigerungen der letzten Jahre gleich betroffen waren. Mieter, welche seit längerer Zeit die gleiche Wohnung nutzen, konnten im Durchschnitt mit moderaten Mietpreissteigerungen rechnen, während Mieter, die einen Wohnungswechsel vorgenommen haben, zum Teil mit deutlicheren Preissteigerungen konfrontiert waren.

Da in den Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) die Bestandsmieten Eingang finden und nicht die Mietpreise neu angebotener Wohnungen, dürfte die persönliche Teuerung insbesondere für Mieterhaushalte, die in den letzten Jahren ihre Wohnung gewechselt haben, höher ausgefallen sein als der LIK. Je nach Region kann die „persönliche Teuerung“ dieser Haushalte somit deutlich spürbarer ausgefallen sein, als die offiziellen Zahlen vermuten lassen.

**Abbildung 2.15: Entwicklung der Miet- und Immobilienpreise (Angebotsmieten bzw. -preise) 2000-2012, nach Regionen (2000=100)**



Quellen: SNB (2014a). Originalquelle: Wüest & Partner. Bezüglich Definition der Regionen siehe: [wuestundpartner.com/online\\_services\\_classic/allgemeine\\_informationen/raeumliche\\_gliederung/pdf/regionenkarte.pdf](http://wuestundpartner.com/online_services_classic/allgemeine_informationen/raeumliche_gliederung/pdf/regionenkarte.pdf)



### 3 Einkommen und Ausgaben der Haushalte

Im Folgenden werden die zentralen Einkommens- und Ausgabenkomponenten der Haushaltsbudgets und deren Entwicklung von 1998 bis 2011 untersucht. Es wird dabei auch der Frage nachgegangen, ob in bestimmten Einkommensgruppen einzelnen Einkommens- oder Ausgabenkomponenten eine besondere Bedeutung zukommt. Abschliessend wird analysiert, welchen Teil des Budgets Haushalte sparen.

Die Auswertungen basieren auf den Daten der Haushaltsbudgeterhebung (HABE) des BFS, die detaillierte Angaben zu den Einkommen und Ausgaben der Privathaushalte erhebt (vgl. Kasten «Datenquelle und Stichproben»)<sup>3</sup>. Die Analysen der Einkommen und Ausgaben der Haushalte erfolgen auf Haushaltsebene, d.h. es wird jeweils das Haushaltseinkommen ausgewiesen. Tabelle 3.1 gibt eine Definition der verschiedenen Einkommensstufen, auf denen die Statistiken basieren.

Die Ergebnisse werden jeweils nach Einkommensfünfteln (vgl. Glossar → Quintile) und, wo möglich, nach Haushaltsgrosse differenziert.<sup>4</sup> Die Einteilung in Einkommensquintile stösst generell auf breite Akzeptanz und ist homogener als jene, die auf relativen Grenzen (bspw. 70% bis 150% des Medianeinkommens) beruhen.<sup>5</sup>

Die Frankenbeträge werden jeweils zu Preisen des letzten Beobachtungsjahres angegeben. Dies ermöglicht die Analyse der realen Entwicklung der Einkommen bzw. Ausgaben im Zeitverlauf.

#### Datenquelle und Stichproben

Die Auswertungen basieren auf den Daten der Haushaltsbudgeterhebung (HABE) des BFS. Diese wird in der heutigen Form seit 1998 durchgeführt (ab 2000 jährlich mit reduzierter Stichprobengrösse) und erhebt detaillierte Angaben zu den Einkommen und Ausgaben der Privathaushalte. Da die Grösse der jährlichen Stichprobe der HABE (zum Beispiel 3087 Haushalte im Jahr 2011) keine vertieften Analysen zu kleinen Bevölkerungsgruppen zulässt, werden ab dem Jahr 2000 für gewisse Analysen jeweils drei aufeinanderfolgende Jahre zusammengelegt, so dass die Stichprobe vergrössert und folglich die Qualität der Ergebnisse verbessert werden kann. Die Stichprobe des Jahres 1998 ist dreimal so gross wie in den folgenden Jahren und wird daher nicht mit anderen Stichproben zusammengelegt. Daraus resultieren momentan fünf Stichproben mit je rund 9000-11'000 auswertbaren Haushalten: die HABE 1998, die HABE 2000-2002, die HABE 2003-2005, die HABE 2006-2008 und die HABE 2009-2011.

Um einen aussagekräftigen Vergleich über den gesamten Zeitraum zu gewährleisten, werden die verschiedenen Einkommens- und Konsumkomponenten deflationiert, d.h. zu Preisen des letzten Beobachtungsjahres angegeben.

Detailliertere Angaben zur Erhebung sind im Statistikportal des BFS abrufbar:  
<http://www.habe.bfs.admin.ch>

<sup>3</sup> Alle vorgestellten Ergebnisse wurden nach dem für 2008 revidierten Auswertungskonzept der Haushaltsbudgeterhebung (HABE) berechnet. Detailliertere Angaben zur Erhebung sind im Statistikportal des BFS abrufbar: <http://www.statistik.admin.ch> → Infothek → Erhebungen, Quellen.

<sup>4</sup> Die Einteilung in Einkommensquintile (vgl. Glossar → Quintile) erfolgte zur Vergleichbarkeit von Wohlfahrtsniveaus unterschiedlicher Haushaltstypen auf Basis des Bruttoäquivalenzeinkommens (vgl. Glossar → Äquivalenzeinkommen) der jeweiligen Grundbevölkerung. Sie beziehen sich auf die Personenebene. Alle weiteren Angaben zu Einkommen und Ausgaben der Haushalte (Kapitel 3) basieren hingegen auf dem Einkommen des gesamten Haushalts, d.h. ohne Äquivalenzgewichtung. Die Haushaltsebene bildet in diesen Fällen die Analysegrundlage.

<sup>5</sup> Für spezifische Analysen haben auf relativen Grenzen basierende Einkommensgruppen jedoch durchaus ihre Berechtigung, bspw. wenn die anteilmässige Entwicklung der Einkommensgruppen im Vordergrund steht (vgl. BFS 2013i).

### Genauigkeit der Schätzwerte

Alle auf der Basis einer Stichprobe ermittelten Schätzungen sind mit einer Unsicherheit behaftet, da lediglich ein Teil der Population (Stichprobe) verwendet wurde, um ein Merkmal der Gesamtbevölkerung zu schätzen. Diese Fehlermarge kann quantifiziert werden, indem ein 95%-Vertrauensintervall berechnet wird, das umso enger ist, je genauer die Resultate sind. Mit dem Begriff des *Vertrauensintervalls* wird ausgedrückt, dass sich der wahre Wert der Merkmale der Gesamtpopulation mit sehr grosser (95%-iger) Wahrscheinlichkeit innerhalb des Intervalls befindet.

Alternativ dazu wird auch der *Variationskoeffizient* aufgeführt. Er ist definiert als Quotient aus geschätzter Standardabweichung eines zu schätzenden Parameters und dessen geschätztem Wert (vgl. Glossar → Variationskoeffizient und Vertrauensintervall).

**Tabelle 3.1: Übersicht der Einkommenskomponenten und Einkommensstufen\***

+ Erwerbseinkommen	
+ Einkommen aus Vermögen und Vermietung	
<b>= Primäreinkommen</b>	<b>Vortransfereinkommen</b>
+ Renten und Sozialleistungen	} <b>Transfereinkommen</b>
+ Monetäre Überweisungen von anderen Haushalten	
<b>= Bruttoeinkommen</b>	
- Obligatorische Transferausgaben	} <b>Transferausgaben</b>
- Monetäre Überweisungen an andere Haushalte	
<b>= Verfügbares Einkommen</b>	<b>Nachtransfereinkommen</b>
- Übrige Versicherungen, Gebühren und Übertragungen	
- Konsumausgaben	
+ Sporadische Einkommen	
<b>= Sparbetrag</b>	

\* Einkommenskomponenten gemäss Definition der Haushaltsbudgeterhebung (HABE), Definition der Transfereinkommen und -ausgaben (rechte Spalte) in Anlehnung an BFS 2012b.

© BFS, Neuchâtel 2014

## 3.1 Einkommen der Haushalte

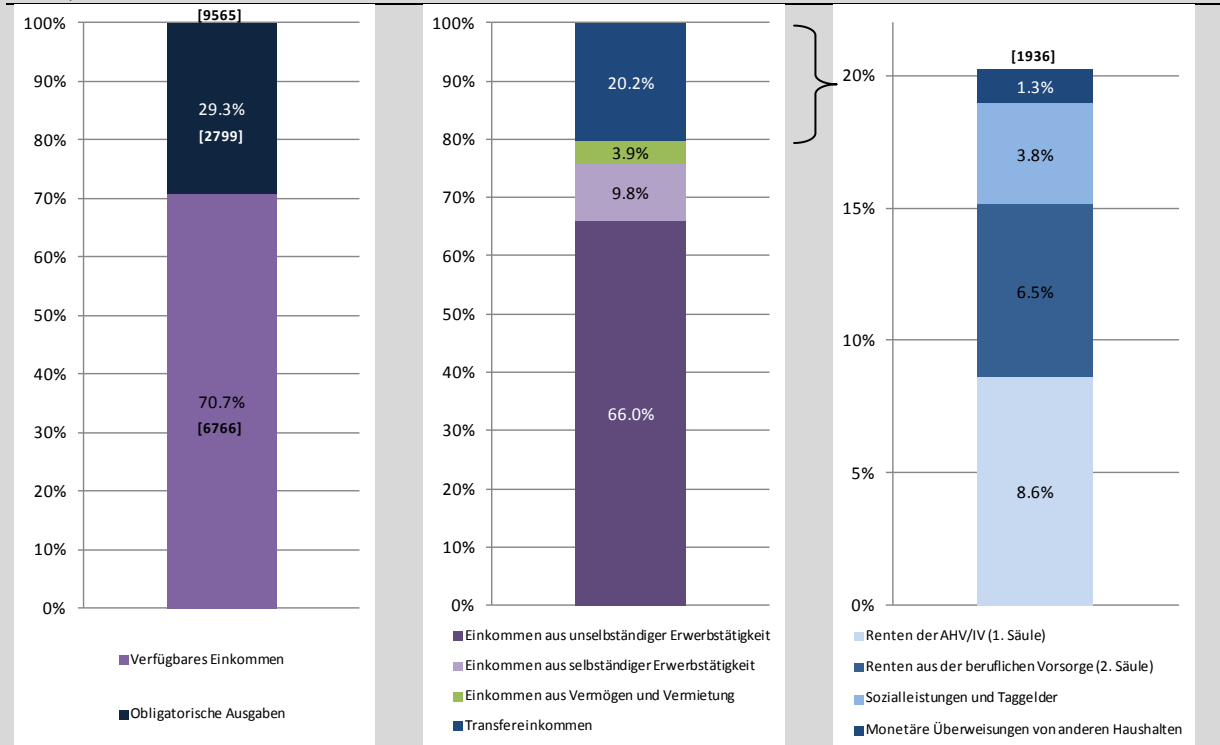
Das durchschnittliche Bruttoeinkommen<sup>6</sup> der schweizerischen Haushalte beträgt 2009-2011 9565 Franken pro Monat. Die anteilmässig bedeutendsten Komponenten des Bruttoeinkommens sind Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit (66,0%) sowie Renten und Sozialleistungen (20,2%, vgl. Übersichtsgrafik und Abbildung 3.1). Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit machen 9,8% des Bruttoeinkommens aus.

<sup>6</sup> Gemäss Definition der HABE; vgl. Glossar → Bruttohaushaltseinkommen.

## Übersichtsgrafik «Komponenten des Haushaltsbudgets»

### Haushaltseinkommen 2009–2011

Bestandteile, in % des Bruttoeinkommens (in Eckklammern: Frankenbeträge (Mittelwerte) zu Preisen 2011)

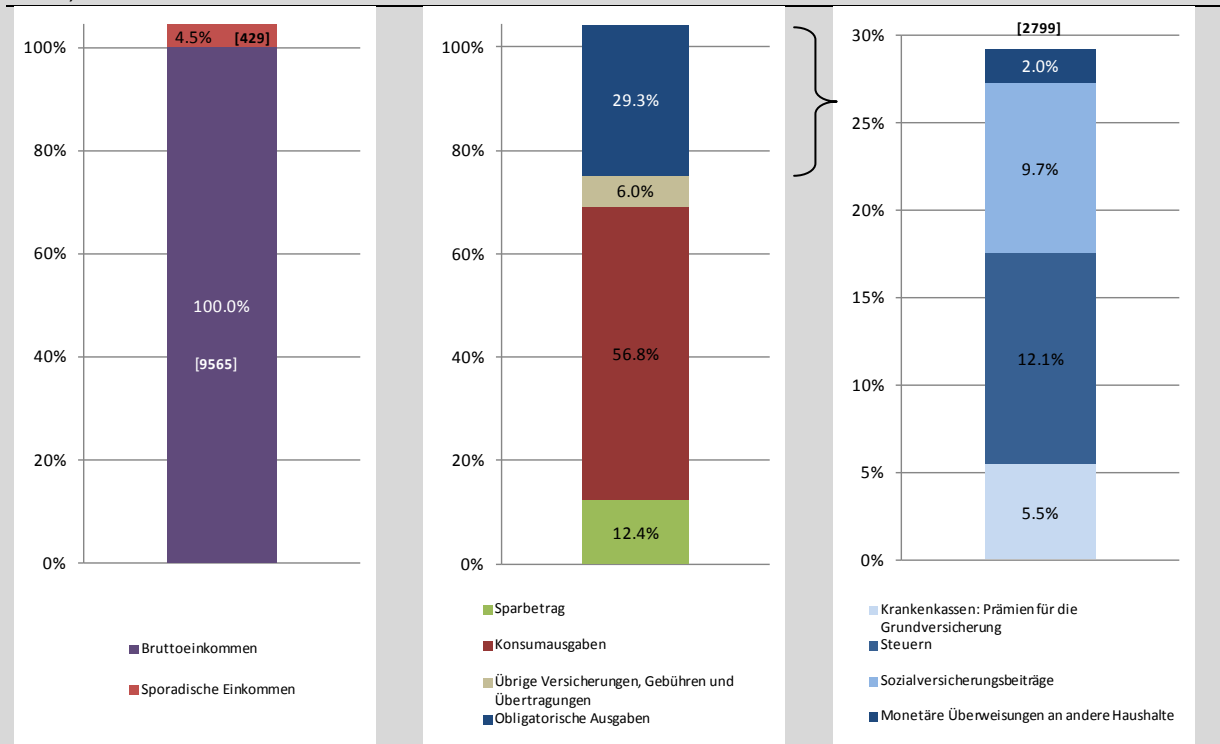


Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

© BFS, Neuchâtel 2014

### Haushaltsbudget 2009–2011

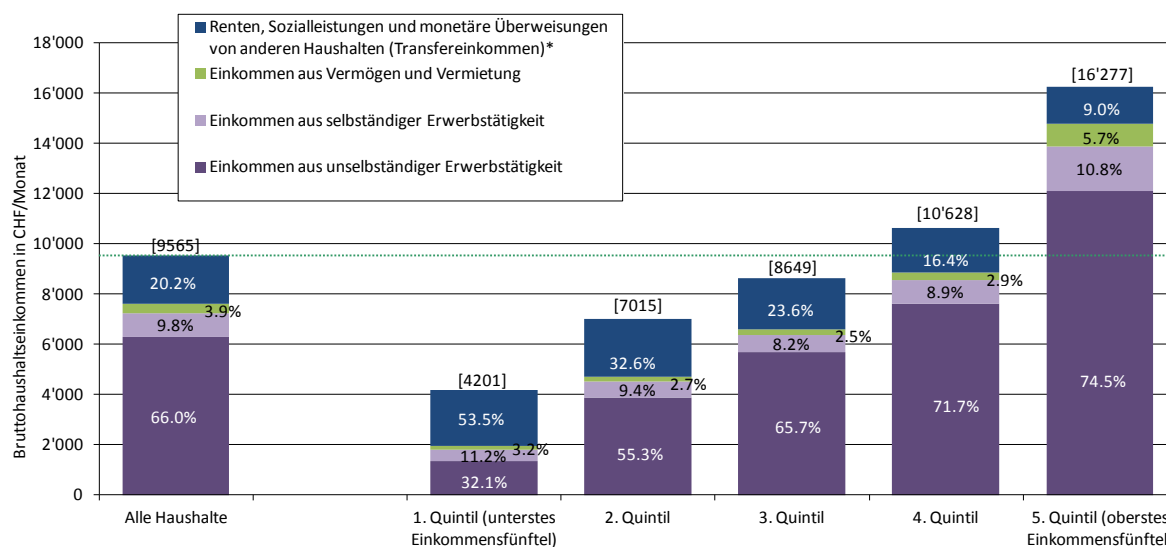
Bestandteile, in % des Bruttoeinkommens (in Eckklammern: Frankenbeträge (Mittelwerte) zu Preisen 2011)



Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

© BFS, Neuchâtel 2014

**Abbildung 3.1: Zusammensetzung des Bruttoeinkommens nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 2009-2011, alle Haushalte**  
in % des Bruttoeinkommens (in Eckklammern: Frankenbeträge (Mittelwerte) zu Preisen 2011)



(In Klammern): Wert mit starker Streuung: Variationskoeffizient > 10%.

\* vgl. Legende zu Abbildung 3.3.

Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

© BFS, Neuchâtel 2014

Erwerbshaushalte verfügen im Durchschnitt über ein höheres Bruttoeinkommen als Rentnerhaushalte<sup>7</sup>. Im Vergleich von Rentner- und Erwerbshaushalten unterscheiden sich die Einkommensstrukturen primär durch das erwartungsgemäss geringe Erwerbseinkommen der Rentnerhaushalte: Bei den Rentnerhaushalten macht das Transfereinkommen den grössten Teil des Bruttoeinkommens aus.

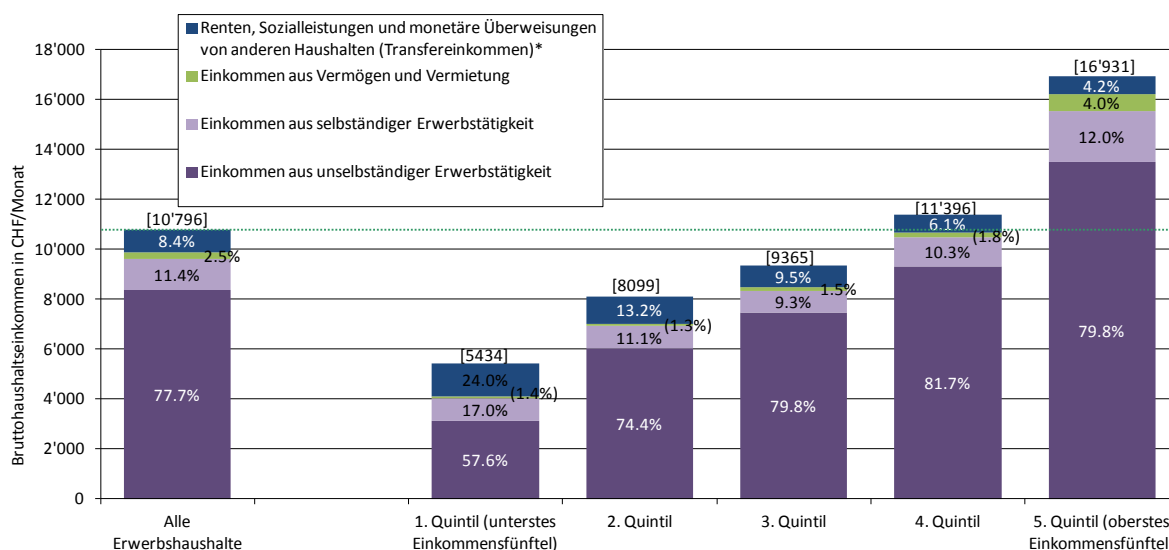
Wie die Resultate der HABE beim Sparbetrag zeigen (siehe auch Kapitel Sparen), finanzieren Rentnerinnen und Rentner ihren Lebensunterhalt zum Teil durch Vermögensverzehr. Das Vermögen wurde aber bei der HABE nicht erhoben. Beim Vergleich von Haushalten vor und nach der Pensionierung fehlt somit vor allem bei Rentnerhaushalten eine wichtige Komponente für die Beurteilung der finanziellen Situation. Daher werden im Folgenden neben der Gesamtbevölkerung nur die Erwerbshaushalte detaillierter untersucht. Deren Bruttoeinkommen beträgt 2009-2011 durchschnittlich 10'796 Franken, 77,7% davon aus unselbständiger und 11,4% aus selbständiger Erwerbsarbeit. Renten und Sozialleistungen (z.B. FZ, EO, IV, ALV) machen 8,4% des Bruttoeinkommens aus, Einkommen aus Vermietung und Vermögen 2,5% des Bruttoeinkommens (vgl. Abbildung 3.2).

Die Differenzierung nach Einkommensgruppen lässt mit steigender Einkommensklasse einerseits eine deutliche absolute und anteilmässige Abnahme der Transfereinkommen (Renten und Sozialleistungen, monetäre Transfereinkommen von anderen Haushalten) und andererseits eine Zunahme der Erwerbs- und der Vermögenseinkommen erkennen. Letzteres zeigt, dass die Bezügerinnen und Bezüger hoher Einkommen zusätzlich über wesentlich grössere finanzielle Reserven verfügen als die unteren und mittleren Einkommensgruppen.

Bei einer Analyse sämtlicher Haushalte macht das gesamte Erwerbseinkommen aus selbständiger und unselbständiger Arbeit im untersten Einkommensfünftel 43,3% des Bruttoeinkommens aus, während sich der entsprechende Anteil in den übrigen Einkommensgruppen zwischen 65% und 85% bewegt. Bei den Erwerbshaushalten sind diese Unterschiede erwartungsgemäss weniger ausgeprägt. Deren Erwerbseinkommen macht je nach Einkommensgruppe zwischen 75% und 92% des Bruttoeinkommens aus.

<sup>7</sup> Als *Rentnerhaushalte* gelten alle Haushalte, deren → Referenzperson (vgl. Glossar) eine AHV-, IV- oder Frührente bezieht und nicht erwerbstätig ist. Alle übrigen Haushalte werden als *Erwerbshaushalte* klassiert (inklusive Referenzpersonen in Ausbildung).

**Abbildung 3.2: Zusammensetzung des Bruttoeinkommens nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 2009-2011, Erwerbshaushalte**  
in % des Bruttoeinkommens (in Eckklammern: Frankenbeträge (Mittelwerte) zu Preisen 2011)



(In Klammern): Wert mit starker Streuung; Variationskoeffizient > 10%.

\* vgl. Legende zu Abbildung 3.3.

Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

© BFS, Neuchâtel 2014

In Abbildung 3.1 werden die Unterschiede in der Höhe des Einkommens zwischen den Einkommensgruppen ersichtlich. So ist das mittlere Bruttoeinkommen des einkommensstärksten Fünftels 2009-2011 mit 16'277 Franken fast viermal so hoch wie jenes der Einkommensschwächsten (4201 Franken). Bei den Erwerbshaushalten fallen die Bruttoeinkommen in allen Gruppen etwas höher aus (vgl. Abbildung 3.2)

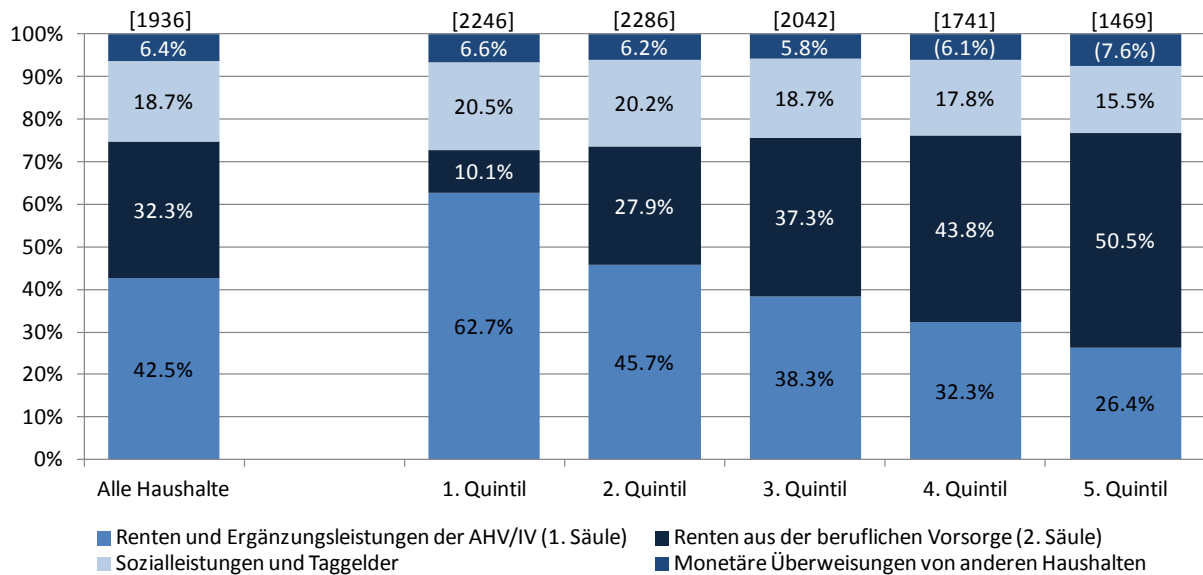
Den Transfereinkommen kommt vor allem in den unteren Einkommensquintilen eine grosse Bedeutung zu (vgl. auch Abbildung 3.1). Obwohl sich deren absoluten Beträge in den drei unteren Einkommensquintilen nicht stark unterscheiden, nimmt ihr Anteil am Bruttoeinkommen mit zunehmender Einkommenshöhe rapide ab. So macht im untersten Einkommensquintil das Transfereinkommen durchschnittlich etwas über die Hälfte des Bruttoeinkommens aus. Es handelt sich dabei in erster Linie um Renten und Ergänzungsleistungen der AHV/IV (1. Säule). Deren Anteil am gesamten Transfereinkommen ist im untersten Einkommensquintil mit 62,7% besonders hoch und nimmt mit steigender Einkommensklasse ab, was durch einen höheren Anteil an Renten aus der beruflichen Vorsorge (2. Säule) kompensiert wird (Abbildung 3.3). Letztere machen im obersten Einkommensquintil durchschnittlich 50,5% der Transfereinkommen aus.

Sozialleistungen und Taggelder (z.B. der Arbeitslosen-, Unfall- oder Militärversicherung, der Krankenpflegeversicherung, der Sozialhilfe) sowie monetäre Transfereinkommen von anderen Haushalten (Alimente und weitere Unterstützungsleistungen) sind weitere Bestandteile der Transfereinkommen. Monetäre Überweisungen von anderen Haushalten variieren im Durchschnitt je nach Einkommensgruppe zwischen 5,8% und 7,6% der Transfereinkommen. Der Anteil der Sozialleistungen und Taggelder am Transfereinkommen sinkt mit zunehmender Einkommenshöhe von 20,5% im untersten auf 15,5% im obersten Einkommensquintil.

Obwohl das durchschnittliche Bruttoeinkommen der schweizerischen Haushalte unter Berücksichtigung der Teuerung zwischen 1998 und 2009-2011 um rund 7% zugenommen hat, zeigt die Zusammensetzung des Bruttoeinkommens global betrachtet in diesem Zeitraum wenig Entwicklung (Abbildung 3.4). Zu beobachten ist generell eine relativ starke Abnahme bei den Vermögenserträgen sowie, in den unteren Einkommensgruppen, bei den Erwerbseinkommen, die durch eine Zunahme der Transfereinkommen kompensiert wird. Letztere tritt beim untersten Einkommensfünftel am deutlichsten zu

Tage und erklärt sich vermutlich zum Teil auch durch die konjunkturelle Abschwungphase nach der Jahrtausendwende, die in Folge einer höheren Arbeitslosigkeit den anteilmässigen Beitrag des Erwerbseinkommens am Bruttoeinkommen in dieser Einkommensgruppe reduzierte.

**Abbildung 3.3: Zusammensetzung der Transfereinkommen nach Einkommenshöhe, zusammengesetzte Stichproben 2009-2011, alle Haushalte**  
in % der Transfereinkommen (in Eckklammern: Frankenbeträge (Mittelwerte) zu Preisen 2011)



(In Klammern): Wert mit starker Streuung: Variationskoeffizient > 10%.

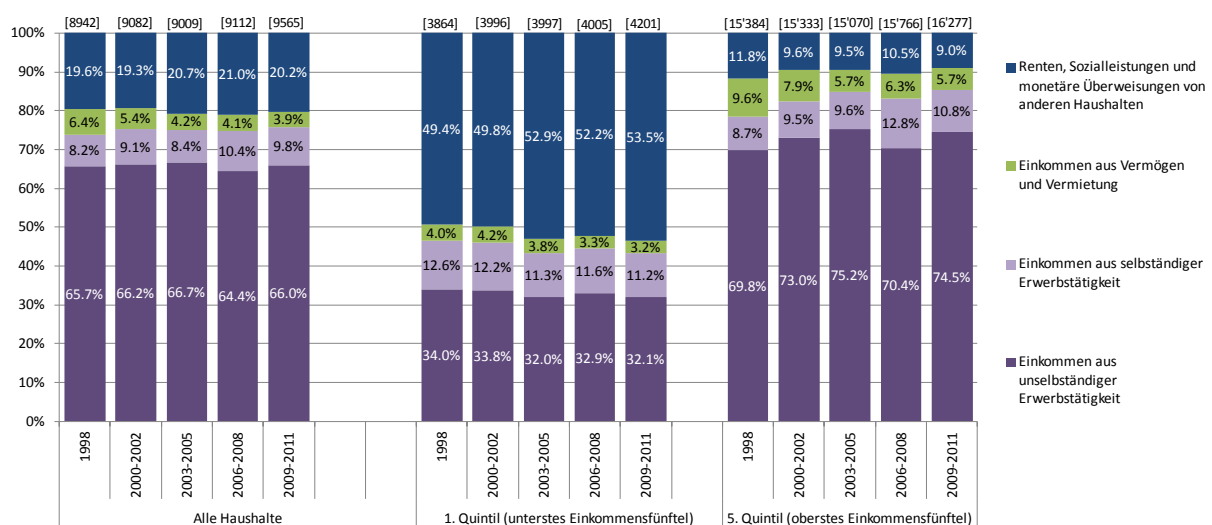
«Sozialleistungen und Taggelder»: Taggelder der EO, ALV, SUVA, Krankenpflege- und Militärversicherung, weitere Sozialleistungen wie kantonale Prämienverbilligungen für die obligatorische Krankenpflegeversicherung, Mietzuschüsse, Familienzulagen, Stipendien und Sozialhilfe.

«Monetäre Überweisungen von anderen Haushalten»: Alimente und andere Unterstützungsleistungen in bar von anderen Haushalten.

Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

© BFS, Neuchâtel 2014

**Abbildung 3.4: Entwicklung der Zusammensetzung des Bruttoeinkommens nach Einkommenshöhe, zusammengesetzte Stichproben 1998 bis 2009-2011, alle Haushalte**  
(in Eckklammern: Frankenbeträge (Mittelwerte) zu Preisen 2011)



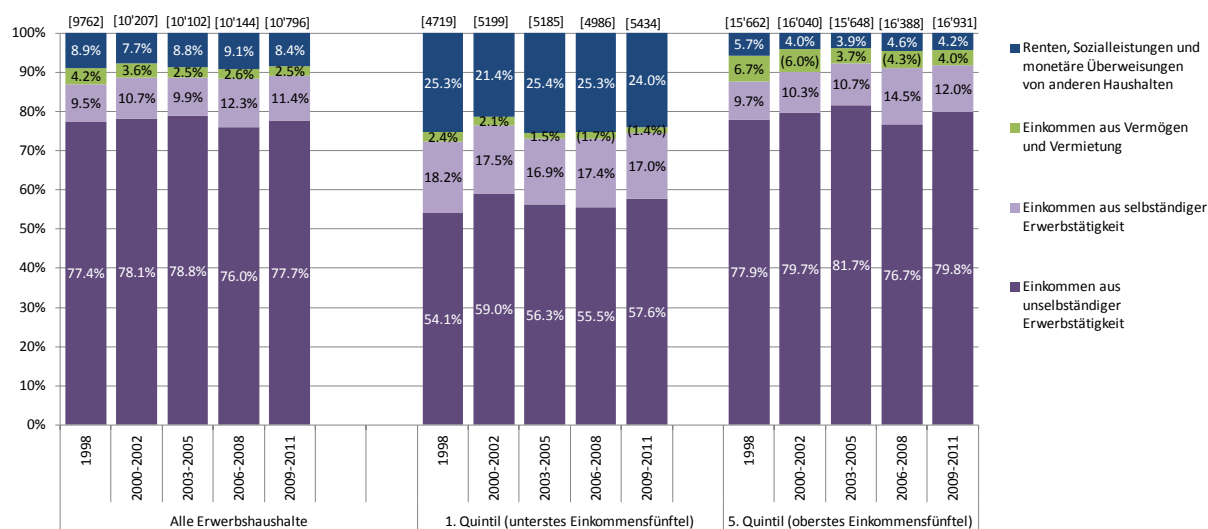
Wegen Rundungsdifferenzen können aufaddierte Werte leicht von 100% abweichen.

Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

© BFS, Neuchâtel 2014

Bei den Erwerbshaushalten sind in der Zusammensetzung der Einkommen keine klaren Entwicklungstendenzen auszumachen. Zu beachten ist hier wie auch in der Gesamtbevölkerung die – wenn auch geringe – prozentuale Abnahme der Transfereinkommen in der letzten Beobachtungsperiode 2009-2011 (Abbildung 3.5), was auf ein gestiegenes Bruttoeinkommen zurückzuführen ist und als Zeichen einer – trotz Finanz- und Wirtschaftskrise – stabilen Wirtschaftslage gedeutet werden kann.

**Abbildung 3.5: Entwicklung der Zusammensetzung des Bruttoeinkommens nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 1998 bis 2009-2011, Erwerbshaushalte**  
(in Eckklammern: Frankenbeträge (Mittelwerte) zu Preisen 2011)



Wegen Rundungsdifferenzen können aufaddierte Werte leicht von 100% abweichen.  
(In Klammern): Wert mit starker Streuung; Variationskoeffizient > 10%.

Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

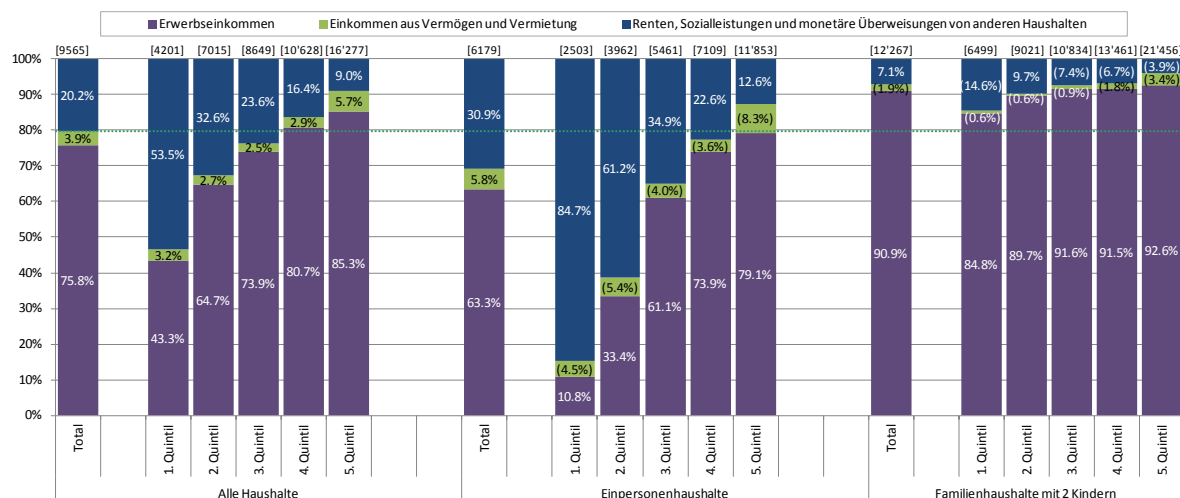
© BFS, Neuchâtel 2014

Auch bei den verschiedenen Haushaltstypen blieb die Einkommensstruktur im Beobachtungszeitraum 1998 bis 2009-2011 weitgehend unverändert. Werden die Haushaltstypen nach Einkommensgruppen differenziert, zeigen sich jedoch Unterschiede. So variiert bei Alleinlebenden (und in geringerem Ausmass auch bei Paarhaushalten ohne Kinder) die Einkommenszusammensetzung besonders stark mit der Einkommenshöhe. Einpersonenhaushalte der untersten Einkommensgruppe leben durchschnittlich zu knapp über einem Zehntel von Erwerbseinkommen und zu fast 85% von Transfereinkommen (Abbildung 3.6), letztere umfassen grösstenteils Renten der AHV/IV. Bei einkommensschwachen Familienhaushalten<sup>8</sup> ist der Anteil der Erwerbseinkommen dagegen höher und variiert 2009-2011 je nach Haushaltgrösse zwischen 80 und 85%. Dies lässt sich dadurch erklären, dass in Familienhaushalten oft mehrere Personen mit Erwerbseinkommen zum Einkommen des Haushalts beitragen. In Einperson- und Paarhaushalten ist andererseits die Konzentration an Rentnerinnen und Rentnern grösser, besonders in den unteren Einkommensquintilen.

Werden die Auswertungen auf die Erwerbshaushalte beschränkt, sind die Unterschiede nach Einkommensgruppen vergleichsweise weniger ausgeprägt (Abbildung 3.7).

<sup>8</sup> Familienhaushalte: Untersucht wurden jeweils Paarhaushalte mit 1 bis 3 Kindern.

**Abbildung 3.6: Zusammensetzung des Bruttoeinkommens nach Haushaltstyp und Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 2009-2011, alle Haushalte**  
(in Eckklammern: Frankenbeträge (Mittelwerte) zu Preisen 2011)



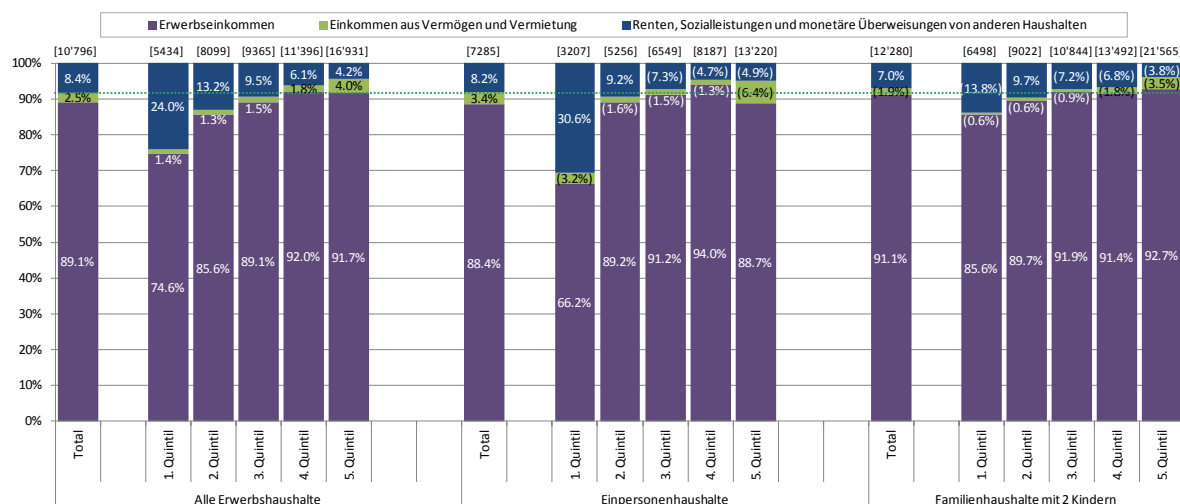
Wegen Rundungsdifferenzen können aufaddierte Werte leicht von 100% abweichen.

(In Klammern): Wert mit starker Streuung: Variationskoeffizient > 10%.

Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

© BFS, Neuchâtel 2014

**Abbildung 3.7: Zusammensetzung des Bruttoeinkommens nach Haushaltstyp und Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 2009-2011, Erwerbshaushalte**  
(in Eckklammern: Frankenbeträge (Mittelwerte) zu Preisen 2011)



Wegen Rundungsdifferenzen können aufaddierte Werte leicht von 100% abweichen.

(In Klammern): Wert mit starker Streuung: Variationskoeffizient > 10%.

Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

© BFS, Neuchâtel 2014



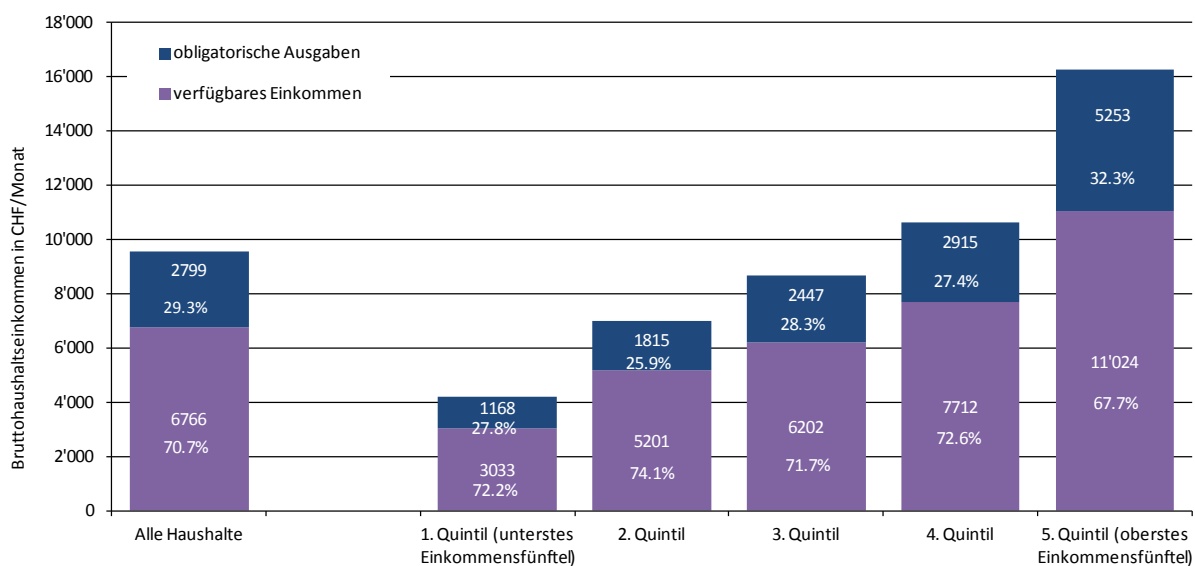
## 3.2 Obligatorische Ausgaben und Konsum

### 3.2.1 Vom Brutto- zum verfügbaren Einkommen: obligatorische Ausgaben

Im Durchschnitt geben die schweizerischen Haushalte 2009-2011 29,3% ihres Bruttoeinkommens für die obligatorischen Ausgaben (Steuern, Sozialversicherungen usw.)<sup>9</sup> aus. Überdurchschnittlich hohe Ausgaben hat das 5. Einkommensquintil mit 32,3%, anteilmässig die tiefsten das 2. Quintil mit 25,9% des Bruttoeinkommens. Das nach Abzug dieser obligatorischen Ausgaben verbleibende verfügbare Einkommen beträgt durchschnittlich 6766 Franken und bewegt sich für die fünf Einkommensgruppen zwischen 3033 und 11'024 Franken (Abbildung 3.8). Eine auf Erwerbshaushalte beschränkte Analyse ergibt ein ähnliches Bild, allerdings mit einem leicht höheren Bruttoeinkommen (Abbildung 3.9).

**Abbildung 3.8: Obligatorische Ausgaben und verfügbares Einkommen nach Einkommenshöhe, zusammengesetzte Stichproben 2009-2011, alle Haushalte**

in Frankenbeträgen zu Preisen 2011 und in % des Bruttoeinkommens



Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

© BFS, Neuchâtel 2014

Durchschnittlich 12,1% des Bruttoeinkommens aller Haushalte werden für Steuern und 9,7% für Sozialversicherungen aufgewendet, wobei die prozentuale Belastung durch diese Ausgaben für die verschiedenen Einkommensklassen sehr unterschiedlich ausfällt (vgl. Abbildung 3.10). Die Prämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung fallen bei den unteren Einkommen vergleichsweise stark ins Gewicht (ohne Prämienverbilligungen machen die Prämien im untersten Einkommensfünftel über vier Zehntel der gesamten obligatorischen Ausgaben aus, gegenüber weniger als einem Zehntel im obersten Einkommensfünftel<sup>10</sup>). Mit zunehmendem Einkommen kommt dagegen den Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern eine grössere Bedeutung zu. Die Steuern belasten durch ihre progressive Ausgestaltung vor allem höhere Einkommen überproportional. Die beiden untersten Einkommensquint-

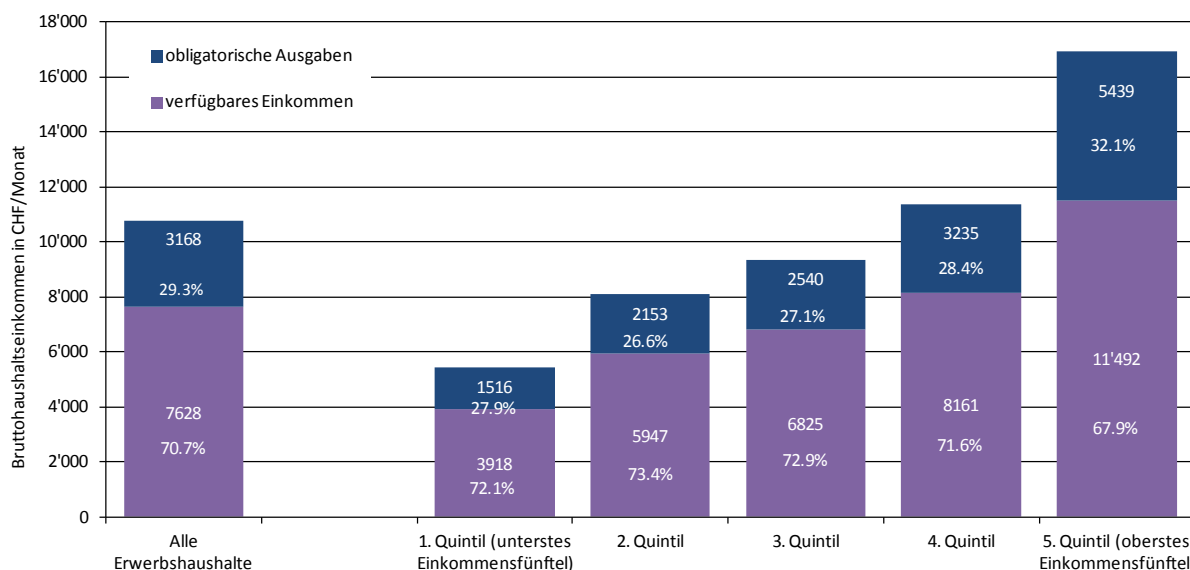
<sup>9</sup> Vgl. Glossar → obligatorische Ausgaben bzw. verfügbares Einkommen.

<sup>10</sup> Es wird jeweils der Bruttobetrag der Grundversicherungsprämien erfasst. Die Prämienverbilligungen, welche gemäss BAG von fast 30% der Bevölkerung bezogen werden (vgl. [www.bag.admin.ch](http://www.bag.admin.ch) > Themen > Krankenversicherung > Statistiken), fliessen einkommensseitig als «Sozialleistungen und Taggelder» in die Rubrik «Renten und Sozialleistungen» ein. In einzelnen Fällen, bei denen dem Haushalt nur die Nettoprämie bekannt ist, wird nur diese erfasst und ausgewiesen.

Durch die einkommensseitige Anrechnung der KV-Prämienverbilligungen wird bei dieser Darstellungsart der Anteil der Krankenkassenprämien am Total der Zwangsausgaben höher ausgewiesen, als wenn nur die Nettoprämien einfliessen würden. Besonders für einkommensschwache Haushalte sind die Prämienverbilligungen von grosser Bedeutung. Dieses Konzept der Bruttoausgaben wird aber – in Übereinstimmung mit internationalen Definitionen – bei allen Transferleistungen eingesetzt.

tile unterscheiden sich hinsichtlich der prozentualen Steuerbelastung allerdings kaum.<sup>11</sup>

**Abbildung 3.9: Obligatorische Ausgaben und verfügbares Einkommen nach Einkommenshöhe, zusammengesetzte Stichproben 2009-2011, Erwerbshaushalte**  
in Frankenbeträgen zu Preisen 2011 und in % des Bruttoeinkommens



Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

© BFS, Neuchâtel 2014

Die Entwicklung der obligatorischen Ausgaben zwischen 1998 und 2009-2011 (Abbildung 3.11) zeigt insgesamt eine stetige anteilmässige Zunahme seit der Jahrtausendwende. Besonders ausgeprägt ist die Zunahme der Belastung im obersten Einkommensquintil sowie, seit 2000–2002, im einkommensschwächsten Fünftel, bedingt vor allem durch den proportional stärkeren Anstieg der Prämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (wobei es sich hier um Bruttoprämien handelt, vgl. Fussnote 10).

Die obligatorischen Ausgaben der mittleren Einkommensquintile veränderten sich über den Beobachtungszeitraum nur geringfügig. Eine deutlich höhere Belastung durch einzelne Komponenten im Vergleich zu den übrigen Einkommensgruppen ist hier nicht erkennbar.

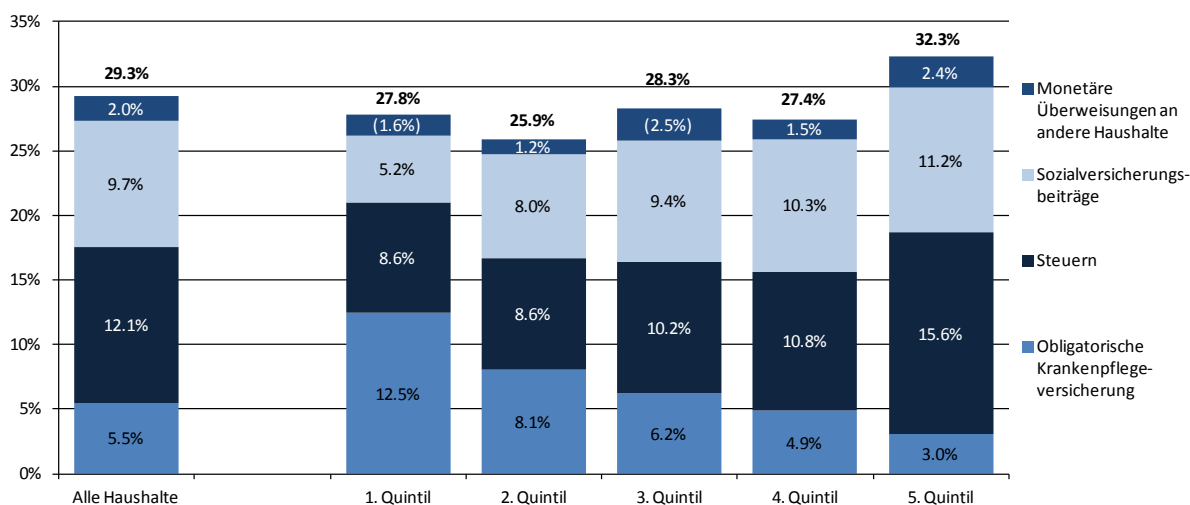
Bei den Erwerbshaushalten gleicht die Struktur und Entwicklung der obligatorischen Ausgaben jener der Gesamtbevölkerung, mit Ausnahme der vergleichsweise höheren Belastung durch Sozialversicherungsbeiträge.

Mit der anteilmässigen Zunahme der obligatorischen Ausgaben der Haushalte in der Schweiz geht erwartungsgemäss eine anteilmässige Abnahme der verfügbaren Einkommen einher: Das durchschnittliche verfügbare Einkommen nimmt während der Beobachtungsperiode zwar leicht zu, jedoch weniger stark als das durchschnittliche Bruttoeinkommen.<sup>12</sup> Unter Berücksichtigung der Teuerung verzeichnet Letzteres gegenüber 1998 einen Zuwachs von rund 7% und das durchschnittliche verfügbare Einkommen einen Zuwachs von rund 4%. Gemessen am Bruttoeinkommen ist also ein anteilmässiger Rückgang der verfügbaren Einkommen festzustellen; dies insbesondere beim obersten und in etwas geringerem Ausmass auch beim untersten Einkommensquintil (vgl. auch Abbildung 3.12).

<sup>11</sup> Die absoluten durchschnittlichen Steuerbeträge sind im untersten Einkommensquintil zwar tiefer als im 2. Quintil, ihr Anteil am jeweiligen Bruttoeinkommen jedoch nicht. Neben mathematischen Gründen (bedeutend tieferes durchschnittliches Bruttoeinkommen im untersten Quintil) kann dies z.T. mit der heterogenen Zusammensetzung des untersten Einkommensquintils erklärt werden. Neben Arbeitslosen sind hier auch Gruppen mit höherer relativer Steuerbelastung enthalten, z.B. Haushalte, die von Vermögen leben.

<sup>12</sup> Für eine detailliertere Darstellung der jährlichen Entwicklung verschiedener Einkommensstufen sei auf Abbildung 4.1 verwiesen. Es handelt sich dort jedoch um äquivalenzbereinigte Einkommensbeträge.

**Abbildung 3.10: Zusammensetzung der obligatorischen Ausgaben nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 2009-2011, alle Haushalte**  
in % des Bruttoeinkommens



(In Klammern): Wert mit starker Streuung: Variationskoeffizient > 10%.

«Monetäre Überweisungen an andere Haushalte»: Bezahlte Alimente und Unterstützungsbeiträge an andere Haushalte.

«Sozialversicherungsbeiträge»: Beiträge an Alters- und Hinterbliebenenversicherung (AHV), Invaliditätsversicherung (IV) und Erwerbsersatzordnung (EO), Arbeitslosenversicherungsbeiträge (ALV), Unfallversicherungsbeiträge (UVG), Pensionskassenbeiträge (BVG) und andere Sozialversicherungsbeiträge.

«Steuern»: Direkte Bundessteuer, kantonale und kommunale Einkommens- und Vermögenssteuern, Kirchensteuer und Quellensteuer.

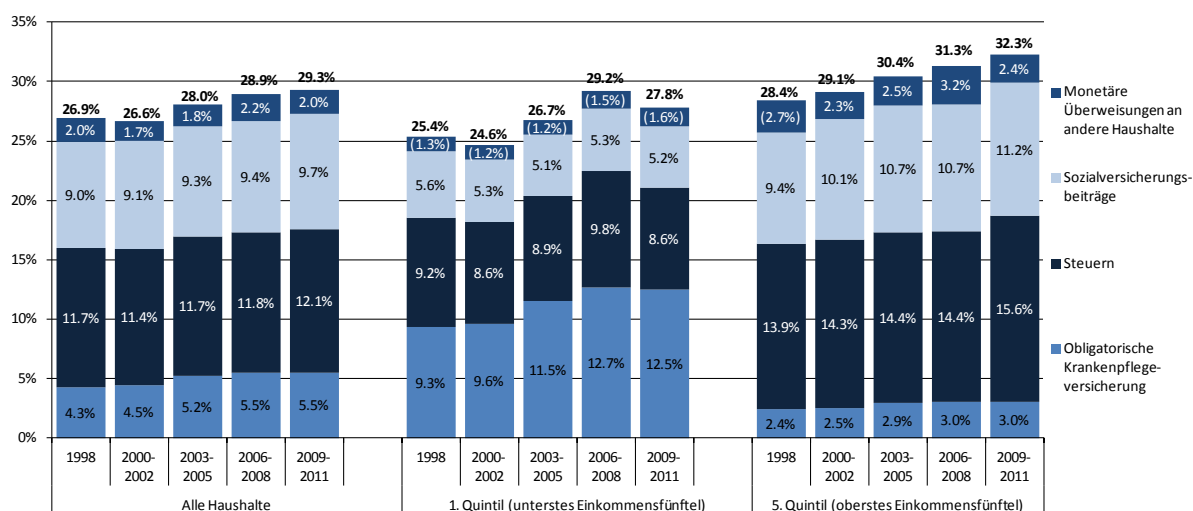
«Obligatorische Krankenpflegeversicherung»: Prämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung und Prämien für die private Unfallversicherung.

Die *Transferausgaben* entsprechen im vorliegenden Bericht der Summe dieser vier Rubriken.

Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

© BFS, Neuchâtel 2014

**Abbildung 3.11: Entwicklung der obligatorischen Ausgaben nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 1998 bis 2009-2011, alle Haushalte**  
in % des Bruttoeinkommens



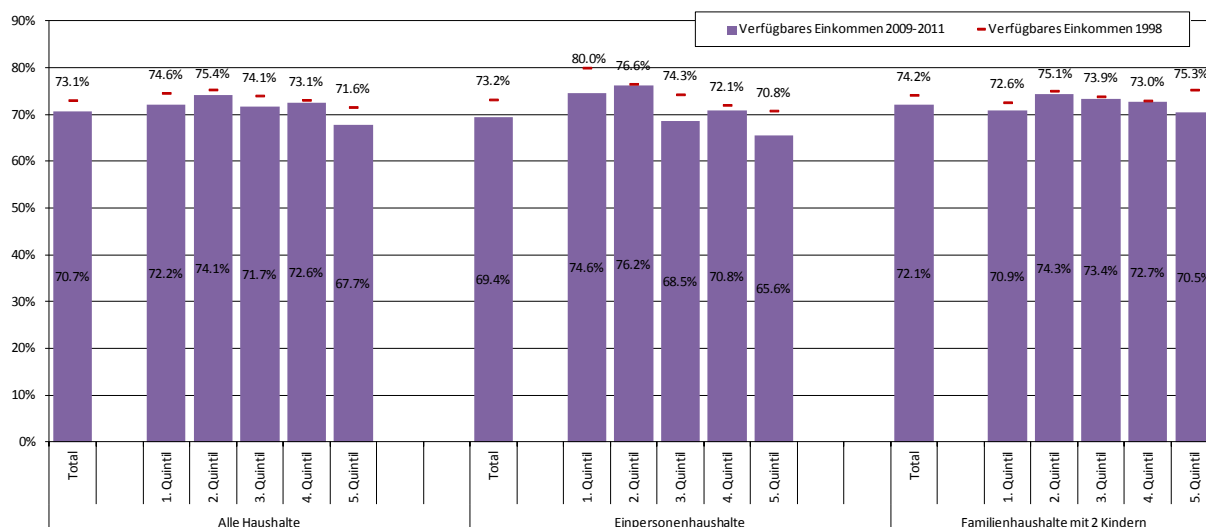
Wegen Rundungsdifferenzen können aufaddierte Werte leicht vom Total der Prozentanteile abweichen.

(In Klammern): Wert mit starker Streuung: Variationskoeffizient > 10%.

Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

© BFS, Neuchâtel 2014

**Abbildung 3.12: Verfügbares Einkommen nach Haushaltstyp und Einkommensquintil, 1998 und 2009-2011, alle Haushalte**  
in % des Bruttoeinkommens



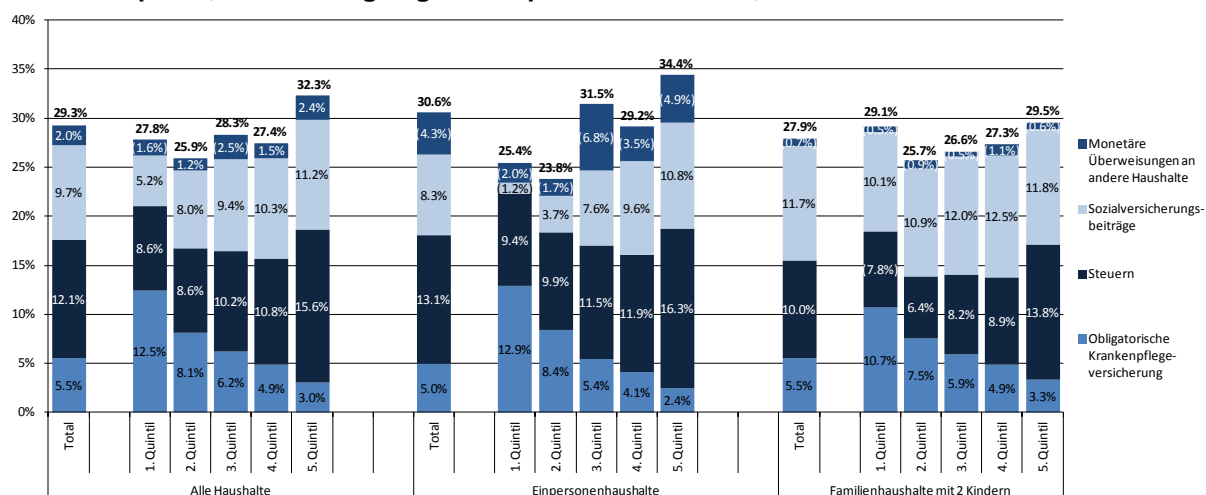
(In Klammern): Wert mit starker Streuung; Variationskoeffizient > 10%.

Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

© BFS, Neuchâtel 2014

Die Struktur der obligatorischen Ausgaben der verschiedenen Haushaltstypen ist sehr ähnlich. Nach Einkommen differenziert zeigt sich 2009-2011 in fast allen Haushaltstypen eine relativ grössere Belastung der untersten und insbesondere der obersten Einkommensquintile im Vergleich zu den mittleren Einkommensfünfteln. Nur bei Einpersonenhaushalten werden die untersten beiden Einkommensquintile leicht weniger belastet als die höheren Einkommensklassen. Dies ist sowohl bei den Erwerbshaushalten wie in der Gesamtbevölkerung zu beobachten (vgl. Abbildungen 3.13 und 3.14).

**Abbildung 3.13: Zusammensetzung der obligatorischen Ausgaben nach Haushaltstyp und Einkommensquintil, zusammengesetzte Stichproben 2009-2011, alle Haushalte**



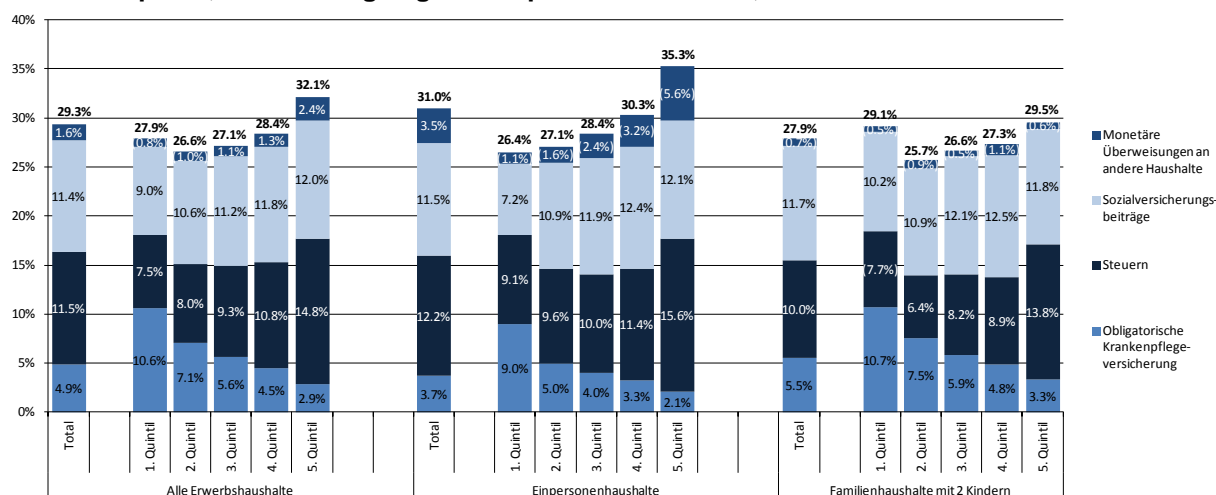
Wegen Rundungsdifferenzen können aufaddierte Werte leicht vom Total der Prozentanteile abweichen.

(In Klammern): Wert mit starker Streuung; Variationskoeffizient > 10%.

Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

© BFS, Neuchâtel 2014

**Abbildung 3.14: Zusammensetzung der obligatorischen Ausgaben nach Haushaltstyp und Einkommensquintil, zusammengesetzte Stichproben 2009-2011, Erwerbshaushalte**



Wegen Rundungsdifferenzen können aufaddierte Werte leicht vom Total der Prozentanteile abweichen.  
(In Klammern): Wert mit starker Streuung; Variationskoeffizient > 10%.

Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

© BFS, Neuchâtel 2014

Die durch die progressive Ausgestaltung des Steuersystems überproportional steigende Steuerbelastung bei steigendem Einkommen fällt bei Familien, wenn auch auf tieferem Niveau, etwas deutlicher aus als bei Einpersonenhaushalten<sup>13</sup>, während bei Letzteren die Ausgaben durch Sozialversicherungsbeiträge mit zunehmendem Einkommen vergleichsweise stärker ins Gewicht fallen. Erwartungsgemäss zahlen (vor allem die einkommensstarken) Einpersonenhaushalte auch verhältnismässig mehr Transfergelder an andere Haushalte.

Die proportionale Zunahme der obligatorischen Ausgaben zwischen 1998 und 2009-2011 zeigt sich in allen Haushaltstypen etwa gleichermassen, in Einpersonenhaushalten etwas stärker. Eine Ausnahme bilden Familienhaushalte mit einem Kind: In diesen Haushalten blieben die obligatorischen Ausgaben fast unverändert. Diese Feststellung gilt sowohl für die Erwerbshaushalte als auch für sämtliche schweizerische Haushalte.

### 3.2.2 Entwicklung und Struktur der Konsumausgaben

2009-2011 belaufen sich die gesamten Konsumausgaben der schweizerischen Haushalte im Mittel auf 5437 Franken pro Monat. Dabei sind die Konsumausgaben des obersten Einkommensfünftels mit 7551 Franken pro Monat mehr als doppelt so hoch wie diejenigen des untersten Einkommensfünftels (3458 Franken). Gleichzeitig nimmt der Anteil der Konsumausgaben am Bruttoeinkommen mit zunehmendem Einkommen deutlich ab: von 82,3% (unterstes Einkommensquintil) auf 46,4% (vgl. auch Abbildung 3.18).

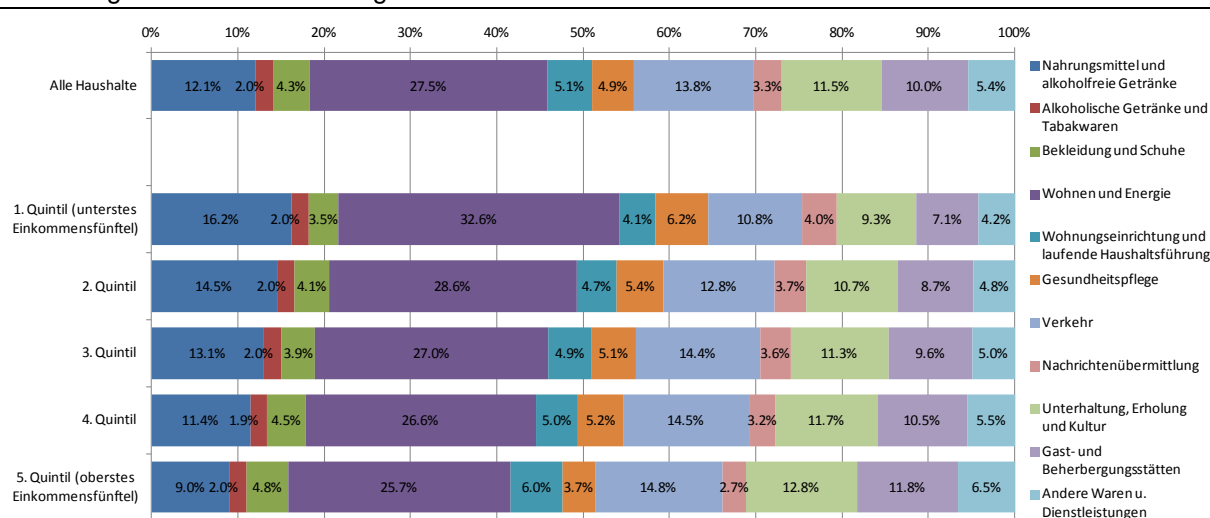
Wie aus der Struktur der Konsumausgaben<sup>14</sup> (Abbildung 3.15) ersichtlich, stellen 2009-2011 die Ausgaben für Wohnen und Energie mit 27,5% der gesamten Konsumausgaben den wichtigsten Konsum-

<sup>13</sup> Zu den Familienhaushalten mit 3 Kindern sind auf Grund der starken Streuung (Variationskoeffizienten > 10%, vgl. Glossar → Variationskoeffizient) allerdings keine zuverlässigen Aussagen möglich.

<sup>14</sup> Die Codierung der Ausgaben entspricht den Hauptgruppen der international gebräuchlichen COICOP-Klassifikation (Classification of Individual Consumption by Purpose); vgl. <http://unstats.un.org>.

posten im Budget der Haushalte dar<sup>15</sup>, gefolgt von den Ausgaben für Verkehr (13,8% der Konsumausgaben). Weitere wichtige Posten waren die Ausgaben für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke sowie die Ausgaben für Unterhaltung, Erholung und Kultur und für Gast- und Beherbergungsstätten. Die Struktur der Konsumausgaben variiert stark mit dem Einkommensniveau. In finanziell weniger gut gestellten Haushalten belasten die Ausgaben zur Deckung der materiellen Grundbedürfnisse das Budget überproportional: Nahrungsmittel- und Wohnkosten (ohne Wohnungseinrichtung) machen 2009-2011 zusammen fast die Hälfte der gesamten Konsumausgaben aus (16,2% bzw. 32,6%). Im Gegensatz dazu gab das wohlhabendste Fünftel durchschnittlich nur 9,0% seiner gesamten Konsumausgaben für Nahrungsmittel und 25,7% für das Wohnen aus. Entsprechend grösser ist der Anteil, der für weitergehende Bedürfnisse wie auswärtige Verpflegung und Übernachtung oder Unterhaltung, Erholung und Kultur übrigbleibt.

**Abbildung 3.15: Zusammensetzung der Konsumausgaben nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 2009-2011, alle Haushalte**  
in % der gesamten Konsumausgaben



Wegen Rundungsdifferenzen können aufaddierte Werte leicht von 100% abweichen.  
(In Klammern): Wert mit starker Streuung; Variationskoeffizient > 10%.

Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

© BFS, Neuchâtel 2014

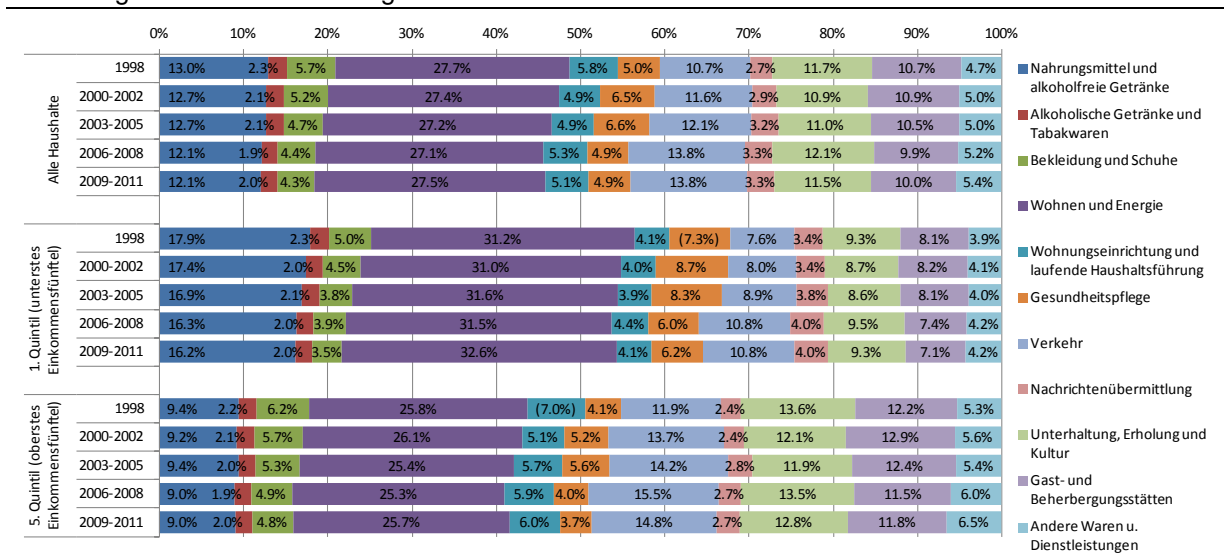
Unter Berücksichtigung der Teuerung hat das gesamte Konsumniveau im Zeitraum zwischen 1998 und 2009-2011 in absoluten Beträgen um rund 4% zugenommen (und damit in gleichem Umfang wie die verfügbaren Einkommen; vgl. S. 23). In den mittleren drei Einkommensquintilen betrug die Zunahme gar je rund 6%. Der Anteil der Konsumausgaben am Bruttoeinkommen ist im selben Zeitraum jedoch leicht geschrumpft, da das Bruttoeinkommen vergleichsweise stärker gestiegen ist (um rund 7%, vgl. auch Abbildung 3.18).

Abbildung 3.16 zeigt die Zusammensetzung der Budgets von 1998 bis 2009-2011 für das oberste und unterste Einkommensfünftel. Die prozentuale Zusammensetzung der Konsumausgaben hat in diesem Zeitraum leichte Veränderungen erfahren. Gesamthaft gesehen geben die Haushalte anteilmässig etwas weniger für Bekleidung, Nahrungsmittel und (zum Teil) Wohnen und etwas mehr für Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie, ab 2000-2002, für Unterhaltung, Erholung und Kultur aus. Es lässt sich also tendenziell eine Verlagerung von den grundlegenden Bedürfnissen zu weitergehenden Be-

<sup>15</sup> Neben der Nettomiete oder den Hypothekarzinsen werden unter der Rubrik «Wohnen und Energie» verschiedene Nebenkosten sowie Ausgaben für Energie und kleinere Reparaturen subsumiert, jeweils für den Hauptwohnsitz und eventuell vorhandene Nebenwohnsitze, wobei Letztere nur etwas über 5% der Haushalte betreffen (vgl. BFS 2013j). Fiktive Mieten werden hier nicht dazu gezählt. Ebenso wenig gehören Amortisationen der Hypothek sowie allfällige grössere Renovationen und Ausbauten des Wohnsitzes bzw. der Hauskauf in diesen Posten, sondern werden gemäss internationalen Normen als Investition betrachtet.

dürfnissen wie Mobilität und Freizeit feststellen. Dieser Trend ist mit Ausnahme der Wohnkosten (vgl. unten) sowohl im wohlhabendsten wie im einkommensschwächsten Fünftel zu beobachten. Auf Erwerbshaushalte beschränkte Analysen ergeben ein ähnliches Bild (Abbildung 3.17).

**Abbildung 3.16: Zusammensetzung der Konsumausgaben nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 1998 bis 2009-2011, alle Haushalte in % der gesamten Konsumausgaben**



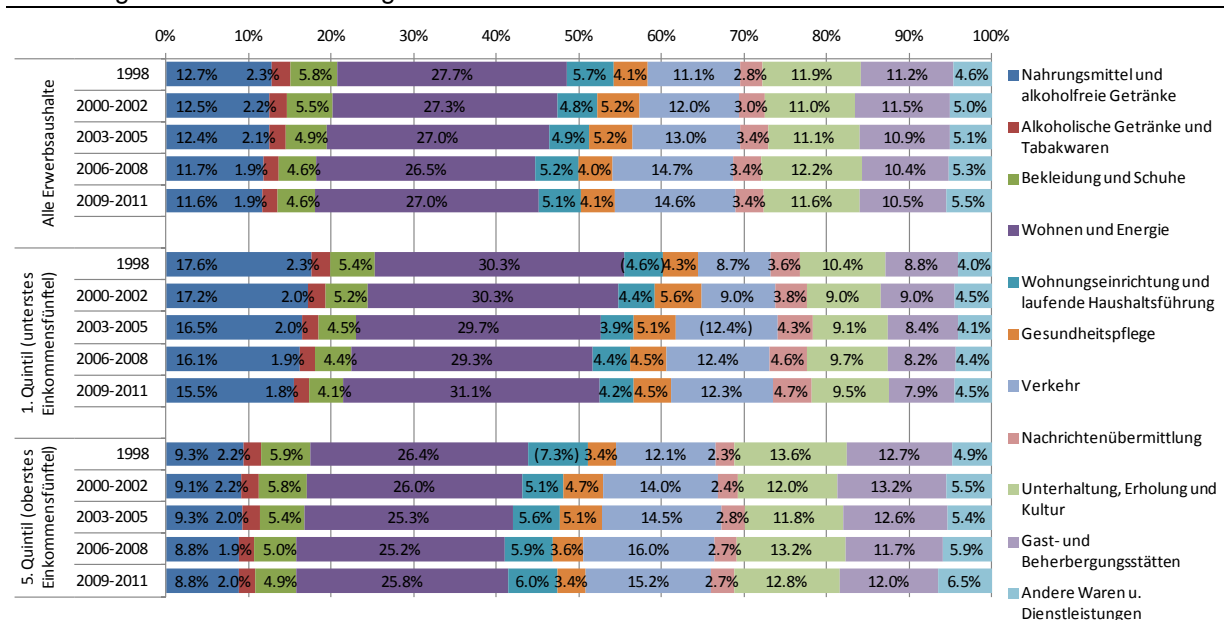
Wegen Rundungsdifferenzen können aufaddierte Werte leicht von 100% abweichen.

(In Klammern): Wert mit starker Streuung: Variationskoeffizient > 10%.

Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

© BFS, Neuchâtel 2014

**Abbildung 3.17: Zusammensetzung der Konsumausgaben nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 1998 bis 2009-2011, Erwerbshaushalte in % der gesamten Konsumausgaben**



Wegen Rundungsdifferenzen können aufaddierte Werte leicht von 100% abweichen.

(In Klammern): Wert mit starker Streuung: Variationskoeffizient > 10%.

Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

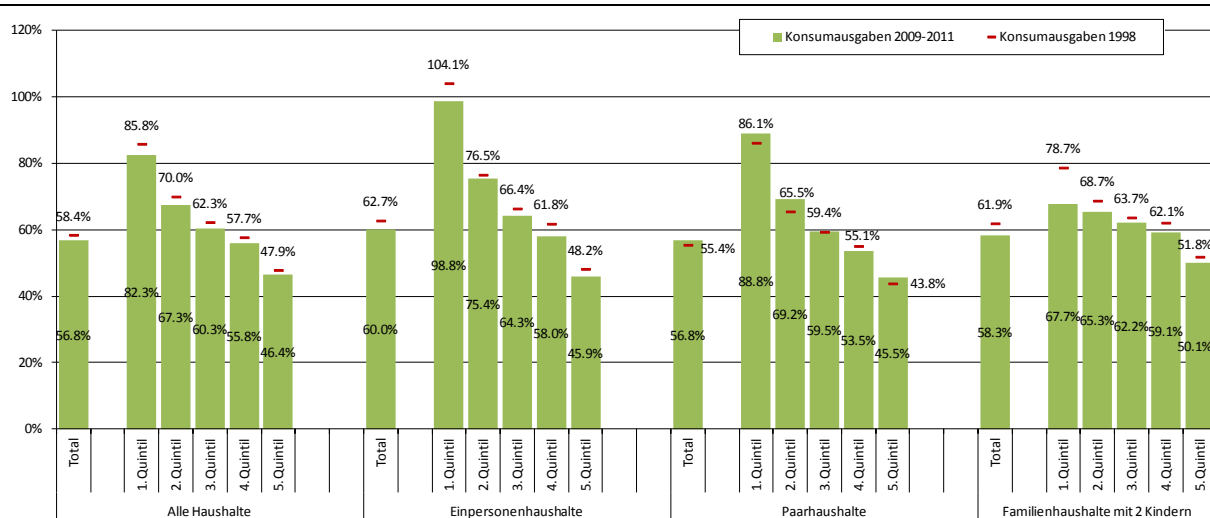
© BFS, Neuchâtel 2014

Die Zusammensetzung des Konsums variiert mit der Haushaltgröße und -zusammensetzung. Erwartungsgemäss geben Familienhaushalte mit Kindern anteilmässig mehr für Nahrungsmittel und Be-

kleidung aus als Alleinlebende, die ihrerseits prozentual mehr Geld für Wohnen und Energie aufwenden als Paar- und Familienhaushalte. Das Budget für Gast- und Beherbergungsstätten ist in Paarhaushalten vergleichsweise am höchsten.

Im Zeitverlauf hat sich die Höhe der gesamten Konsumausgaben auch auf Stufe der einzelnen Haushaltstypen meist nicht deutlich verändert – gemessen am Bruttoeinkommen weisen einzig Paarhaushalte einen Zuwachs ihrer Konsumausgaben zwischen 1998 und 2009-2011 auf (Abbildung 3.18). In den restlichen Haushaltstypen ist der Anteil der Konsumausgaben am Bruttoeinkommen leicht rückläufig, besonders in den unteren Einkommensquintilen sowie in Familienhaushalten mit 2 oder 3 Kindern. In Letzteren ist dies auf den im Vergleich zu den Konsumausgaben höheren Anstieg der Bruttoeinkommen zurückzuführen.

**Abbildung 3.18: Konsumausgaben nach Haushaltstyp und Einkommensquintil, 1998 und 2009-2011, alle Haushalte**  
in % des Bruttoeinkommens



(In Klammern): Wert mit starker Streuung; Variationskoeffizient > 10%.

Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

© BFS, Neuchâtel 2014

Der Anteil des gesamten Konsumbudgets am Bruttoeinkommen ist nach wie vor bei den Einpersonenhaushalten und in den unteren Einkommensquintilen besonders hoch.

Die tendenzielle Verlagerung von den grundlegenden Bedürfnissen wie Essen und (zum Teil) Wohnen zu weitergehenden Bedürfnissen wie Mobilität und Freizeit findet sich im Beobachtungszeitraum auch in den einzelnen Haushaltstypen wieder. Eine Ausnahme bilden die Einpersonenhaushalte: Sowohl die Ausgaben für Nahrungsmittel, Wohnen und Energie als auch jene für weitergehende Bedürfnisse erfuhren hier seit 1998 einen leichten Zuwachs. Der Anteil der Wohnkosten am gesamten Konsumbudget ist bei Einpersonenhaushalten im gesamten Beobachtungszeitraum überdurchschnittlich hoch.

### 3.2.3 Wohn- und Mobilitätskosten

An dieser Stelle soll kurz auf die Entwicklung der Wohn- und Mietkosten sowie der Ausgaben für Verkehr näher eingegangen werden.

Wie oben erwähnt, stellen die Ausgaben für Wohnen und Energie<sup>16</sup> den wichtigsten Posten im Konsumbudget dar. Sie belaufen sich 2009-2011 auf durchschnittlich 1495 Franken pro Monat und wirken sich nebst den obligatorischen Ausgaben entscheidend auf die finanzielle Situation der Haushalte aus,

<sup>16</sup> Definition vgl. Fussnote 15.



zumal diese beiden Ausgabekomponenten zusammen fast die Hälfte des Bruttoeinkommens der schweizerischen Haushalte ausmachen (Wohnen und Energie 15,6%, obligatorische Ausgaben 29,3% des Bruttoeinkommens).

Gesamthaft gesehen waren die prozentualen Ausgaben für Wohnen und Energie bis 2006-2008 gemessen am gesamten Konsumbudget leicht rückläufig (Abbildung 3.16), die letzte Beobachtungsperiode bestätigt diese Tendenz jedoch nicht: Unter Berücksichtigung der Teuerung haben die Wohn- und Energiekosten sowohl in absoluten Frankenbeträgen als auch relativ zum Bruttoeinkommen und zum Total der Konsumausgaben seit 2006-2008 leicht zugenommen. Diese Entwicklung ist in allen Einkommensquintilen zu beobachten. Auch unter den Erwerbshaushalten ist dieselbe Tendenz festzustellen.

Die – wenn auch geringe – Zunahme der prozentualen Ausgaben für Wohnen und Energie in der letzten Beobachtungsperiode ist auch in allen Haushaltstypen nachzuweisen, ebenso die rückläufige Tendenz dieser Ausgaben bis 2006-2008, mit Ausnahme der Einpersonenhaushalte: In diesen wächst der (im Übrigen überdurchschnittlich hohe) Wohnkostenanteil kontinuierlich seit 1998. Die nicht eindeutige Entwicklung der Ausgabenanteile für Wohnen und Energie legt nahe, dass sich die deutlichen Miet- und Immobilienpreissteigerungen der letzten Jahre (vgl. Abschnitt 2.4) noch nicht bzw. lediglich teilweise in den Budgets der Haushalte niedergeschlagen haben.

Unter der Rubrik «Verkehr» werden alle Ausgaben im Zusammenhang mit öffentlichem (Bahn, Flugzeug, Schiff, Taxi, Bus, Metro) oder privatem Verkehr (Benzin, Pflegemittel, Kauf, Miete und Reparatur von Fahrzeugen, Parkgebühren, Autobahnvignetten, Fahrstunden, usw.) verbucht.<sup>17</sup> Sie belaufen sich 2009-2011 durchschnittlich auf 752 Franken pro Monat, was 7,9% des Bruttoeinkommens entspricht. Bezogen auf die gesamten Konsumausgaben machen sie wie erwähnt 13,8% des Konsumbudgets aus (Abbildung 3.16).

Die Ausgaben für Verkehr haben von 1998 bis 2006-2008 sowohl in absoluten Beträgen als auch prozentual zum Bruttoeinkommen und zum Total der Konsumausgaben zugenommen. In der letzten Beobachtungsperiode (2009-2011) sind jedoch kaum Veränderungen zur Vorperiode nachzuweisen. Diese Entwicklung ist tendenziell in allen Einkommensgruppen festzustellen. Auch unter den Erwerbshaushalten und in den untersuchten Haushaltstypen sind dieselben Tendenzen erkennbar.

### 3.2.4 Sparen

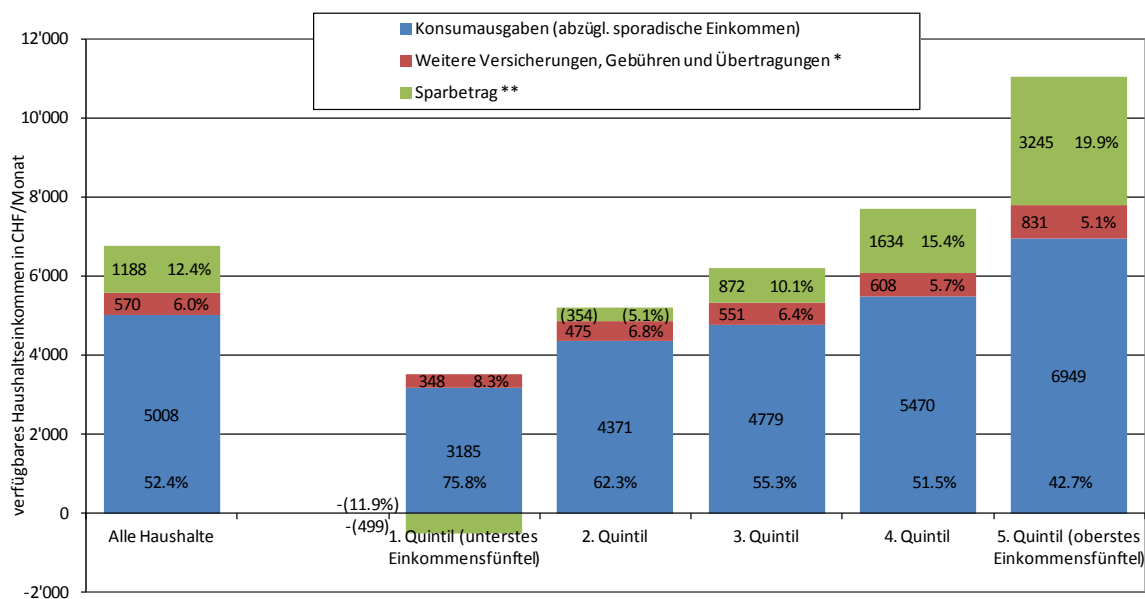
Haben alle Einkommensgruppen noch die Möglichkeit, Ersparnisse zu bilden? Gesamthaft sparen Haushalte 12,4% ihres Bruttoeinkommens. Je höher das Einkommen ist, desto grösser ist der Anteil dieses Sparbetrags: Die einkommensstärksten Haushalte konnten durchschnittlich rund ein Fünftel ihres Bruttoeinkommens sparen (Abbildung 3.19).<sup>18</sup>

---

<sup>17</sup> Detailliertere Ausführungen vgl. BFS 2013j.

<sup>18</sup> Der Sparbetrag wird indirekt berechnet, indem alle Einkommen (im vorliegenden Fall das Bruttoeinkommen) eines Haushalts zusammengezählt werden und davon alle Ausgaben (obligatorische Ausgaben, Konsumausgaben und übrige Prämien, Gebühren und Übertragungen) abgezogen werden. Spareinlagen, Einzahlungen in die 3. Säule, Wertschriftenkäufe, Investitionen, Amortisationen u.ä. werden nicht als Ausgaben betrachtet und sind somit im Sparbetrag enthalten. Um die Lesbarkeit der Grafik nicht zu erschweren, werden hier die sporadischen Einkommen (wie z.B. erhaltene Geschenke, Verkäufe und Rückerstattungen) bei den Konsumausgaben abgezogen.

**Abbildung 3.19: Verfügbares Einkommen, Konsumausgaben und Sparbetrag pro Monat nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 2009-2011, alle Haushalte**  
in Frankenbeträgen zu Preisen 2011 und in % des Bruttoeinkommens



(In Klammern): Wert mit starker Streuung: Variationskoeffizient > 10%.

\* Zusatzversicherungen der Krankenpflegeversicherung, übrige Versicherungsbeiträge, Gebühren, Spenden, gemachte Geschenke und Einladungen (ohne Wohnkosten, die bereits in den Konsumausgaben enthalten sind).

\*\*Der Sparbetrag wird indirekt berechnet, indem alle Einkommen (im vorliegenden Fall das Bruttoeinkommen) eines Haushalts zusammengezählt werden und davon alle Ausgaben (obligatorische Ausgaben, Konsumausgaben und übrige Prämien, Gebühren und Übertragungen) abgezogen werden. Spareinlagen, Einzahlungen in die 3. Säule, Wertschriftenkäufe, Investitionen, Amortisationen u.ä. werden nicht als Ausgaben betrachtet und sind somit im Sparbetrag enthalten. Um die Lesbarkeit der Grafik nicht zu erschweren, werden hier die sporadischen Einkommen (wie z.B. erhaltene Geschenke, Verkäufe und Rückerstattungen) bei den Konsumausgaben abgezogen.

Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

© BFS, Neuchâtel 2014

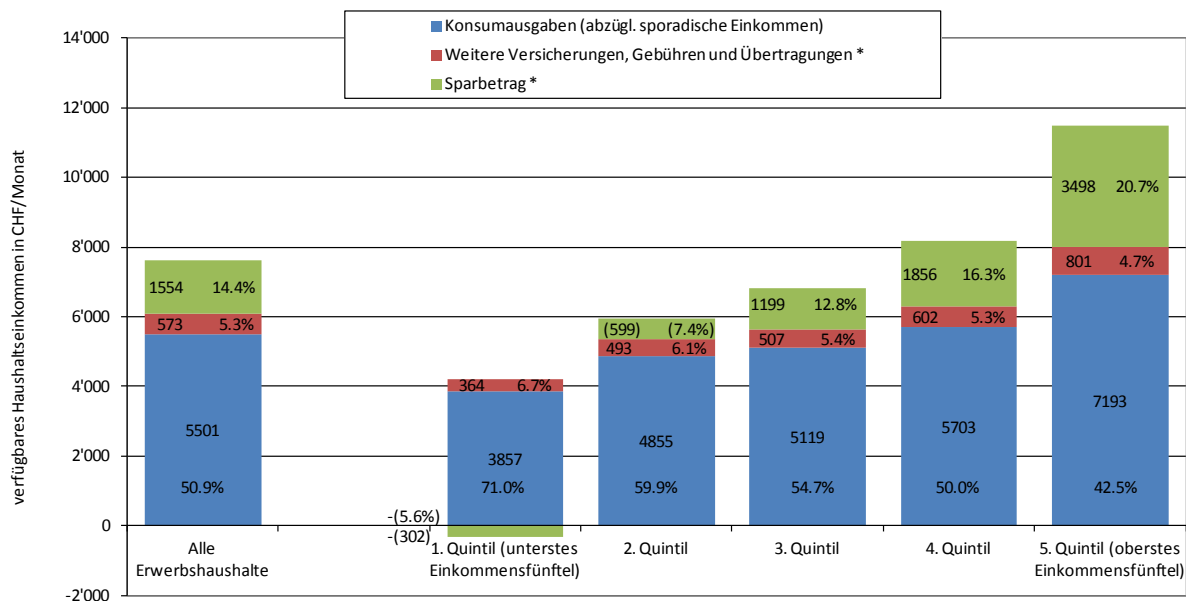
Das einkommensschwächste Quintil bildet hingegen im Durchschnitt keine Ersparnisse: Die Gesamtausgaben überstiegen hier die Summe der Einnahmen. Dies steht nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem verhältnismässig hohen Anteil von Rentnerhaushalten in dieser Einkommensgruppe, bei denen der Vermögensverzehr vermutlich einen Teil des Haushaltsbudgets finanziert. Neben Phasen, in denen vorher Angespartes ausgegeben wird, können aber auch längerfristige Schuldensituationen darunter zu finden sein. Wenn man nur Erwerbshaushalte betrachtet, ergibt die Analyse allerdings ein tendenziell ähnliches Bild (Abbildung 3.20).<sup>19</sup>

Insgesamt betrachtet hat die Entwicklung des Sparbetrags im Beobachtungszeitraum keine grösseren Veränderungen erfahren (Abbildung 3.21): Seit der Jahrtausendwende ist bis 2006-2008 tendenziell ein leichter Rückgang des Sparbetrags zu verzeichnen (sowohl in absoluten Beträgen als auch in Prozent des Bruttoeinkommens), der vor allem im untersten Einkommensquintil deutlich ausfällt. 2009-2011 ist in allen Einkommensgruppen hingegen wieder eine leichte Zunahme zu beobachten. Zu detaillierteren Auswertungen sind auf Grund der starken Streuung<sup>20</sup> des Sparbetrags statistisch gesicherte Aussagen nur beschränkt möglich.

<sup>19</sup> Auch Selbständige und Erwerbshaushalte, die teils von Vermögensverzehr leben, sind im untersten Einkommensquintil vergleichsweise stärker vertreten, was den negativen Sparbetrag in diesem Quintil der Erwerbshaushalte z.T. erklären dürfte.

<sup>20</sup> Variationskoeffizienten > 10%, vgl. Glossar. Im Zeitvergleich fallen die Unterschiede im Sparbetrag manchmal ziemlich markant aus, oft sind sie aber statistisch nicht signifikant.

**Abbildung 3.20: Verfügbares Einkommen, Konsumausgaben und Sparbetrag pro Monat nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 2009-2011, Erwerbshaushalte**  
in Frankenbeträgen zu Preisen 2011 und in % des Bruttoeinkommens



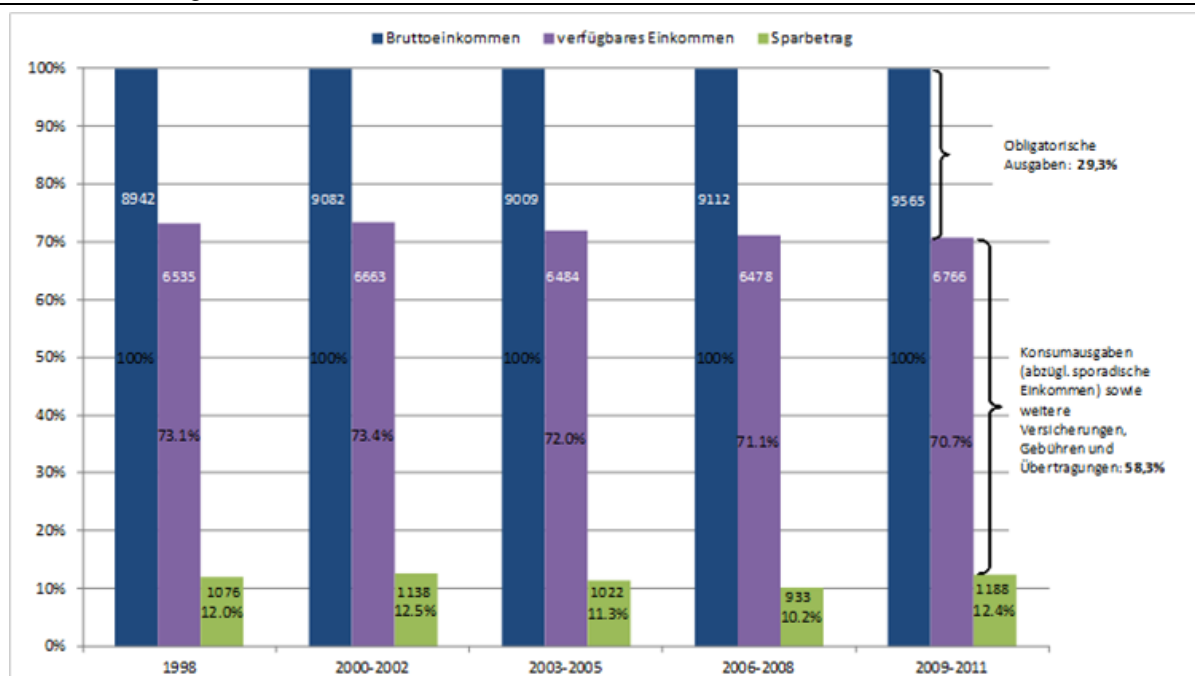
(In Klammern): Wert mit starker Streuung: Variationskoeffizient > 10%.

\*vgl. Legende zu Abbildung 3.19.

Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

© BFS, Neuchâtel 2014

**Abbildung 3.21: Entwicklung der verfügbaren Einkommen und des Sparbetrags, zusammengelegte Stichproben 1998 bis 2009-2011, alle Haushalte**  
in Frankenbeträgen zu Preisen 2011 und in % des Bruttoeinkommens



«Weitere Versicherungen, Gebühren und Übertragungen»: Zusatzversicherungen der Krankenpflegeversicherung, übrige Versicherungsbeiträge, Gebühren, Spenden, gemachte Geschenke und Einladungen (ohne Wohnkosten, die bereits in den Konsumausgaben enthalten sind).

Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

© BFS, Neuchâtel 2014

## 4 Einkommensverteilung und -ungleichheit

Die in Kapitel 3 beschriebene Entwicklung zentraler Einkommenskomponenten liefert den Hintergrund für die folgende Analyse der Einkommensverteilung und -ungleichheit. Das Ausmass der Umverteilung wird über die Veränderung der Einkommensungleichheit vor und nach staatlichen Transfers untersucht. Das Primäreinkommen<sup>21</sup> wird dabei als Einkommen vor staatlichen Transfers, das verfügbare Einkommen als Einkommen nach Transfers betrachtet. Daneben wird mit dem Bruttoeinkommen eine Zwischenstufe in diesem Umverteilungsprozess dargestellt, in der mit den Sozialleistungen einseitig bereits ein Teil der staatlichen Transfers berücksichtigt ist (vgl. Tabelle «Übersicht der Einkommenskomponenten und Einkommensstufen» auf Seite 14. Es entspricht dem höchsten Betrag, der einem Haushalt monatlich theoretisch zufließt.

Die Einkommensungleichheit wird anhand der gebräuchlichsten Ungleichheitsmasse, des Quintilverhältnisses S80/S20 und des Gini-Koeffizienten, beschrieben.

Die Analysen basieren wiederum auf den Daten der Haushaltsbudgeterhebung (vgl. Kasten «Datenquelle und Stichproben» auf Seite 14). Im Gegensatz zur Darstellung der Einkommen und Ausgaben der Haushalte (Kapitel 0) erfolgt die Analyse der Einkommensverteilung und -ungleichheit auf individueller Ebene und auf Basis eines bedarfsgewichteten Einkommens (vgl. Glossar → Äquivalenzeinkommen). Diese Gewichtung ermöglicht den Vergleich des Lebensstandards von Haushalten unterschiedlicher Grösse und Zusammensetzung.

Die Untersuchung stützt sich auf die Einzeljahre 1998 bis 2011: Da nicht nach einzelnen Einkommenskomponenten unterschieden wird, kann in diesem Teil der Analysen auf ein Zusammenlegen der Daten aus verschiedenen Jahren verzichtet werden.

### 4.1 Ungleichheit vor und nach staatlichen Transfers

#### 4.1.1 Quintilverhältnis S80/S20

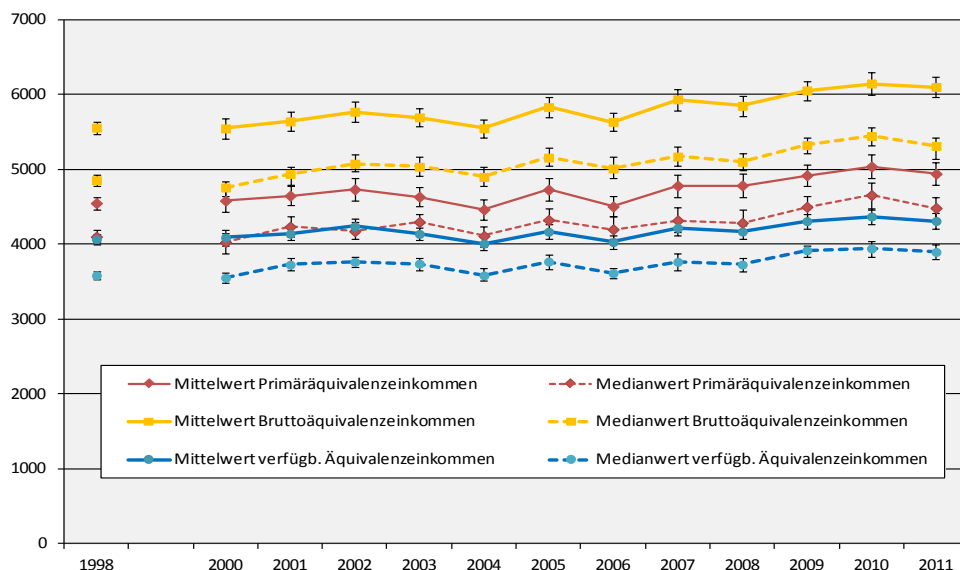
Das durchschnittliche verfügbare monatliche Äquivalenzeinkommen ist in der Gesamtbevölkerung zwischen 1998 und 2011 um 6% von 4066 auf 4310 Franken gestiegen (zu Preisen von 2011, vgl. Abbildung 4.1). Im untersten Einkommensfünftel (ärmste 20% der Bevölkerung) beläuft es sich im Jahr 2011 auf 1767, im obersten (reichste 20%) auf 7776 Franken. Wird dieser Betrag durch den ersten geteilt, erhält man das sogenannte Quintilverhältnis von 4,4, d.h. das durchschnittliche verfügbare Äquivalenzeinkommen der reichsten 20% der Bevölkerung ist 4,4-mal so hoch wie dasjenige der ärmsten 20%.

#### **Quintilverhältnis**

Das Quintilverhältnis S80/S20 vergleicht den Einkommensanteil der reichsten 20% der Bevölkerung mit jenem der ärmsten 20%. Je stärker dieser Quotient von 1 abweicht, desto ungleicher sind die Einkommen zwischen diesen Bevölkerungsgruppen verteilt. Da die Bewertung der Ungleichheit beim Quintilverhältnis auf den beiden äusseren 20% der Einkommensverteilung beruht, wird es üblicherweise um weitere Ungleichheitsmasse ergänzt, die die gesamte Verteilung berücksichtigen (z.B. Gini-Koeffizient).

<sup>21</sup> Entsprechend der Definition in der Haushaltsbudgeterhebung setzt sich das Primäreinkommen zusammen aus Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Einkommen aus Vermietung und Vermögen (vgl. Glossar → Primäreinkommen).

**Abbildung 4.1: Entwicklung der Primär- und der verfügbaren Äquivalenzeinkommen 1998 bis 2011, Gesamtbevölkerung**  
 Monatliche Frankenbeträge zu Preisen von 2011



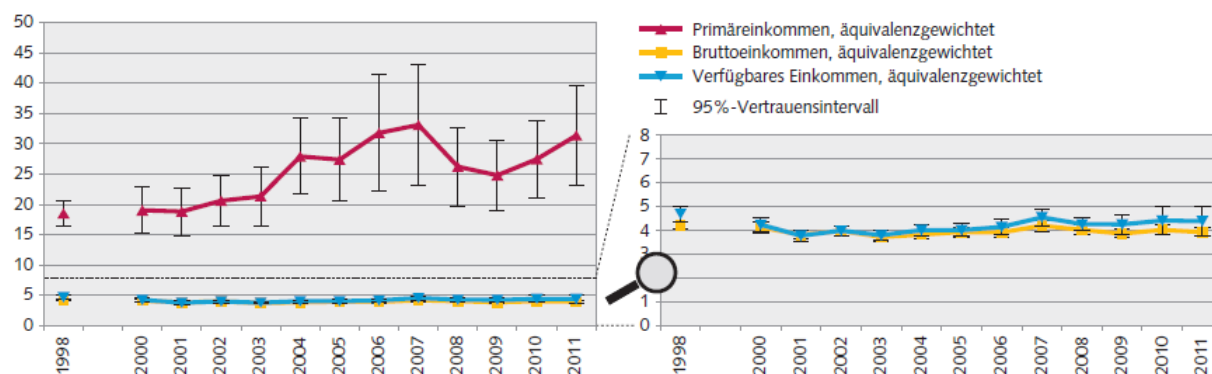
|---| 95%-Vertrauensintervall

Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

© BFS, Neuchâtel 2014

Die Quintilverhältnisse S80/S20 (Abbildungen 4.2 und 4.3) zeigen eine im Vergleich zum verfügbaren Einkommen deutlich ungleichere Verteilung des Primäreinkommens in der Gesamtbevölkerung: Das Primäreinkommen der reichsten 20% der Bevölkerung ist je nach Jahr zwischen 19- und 33-mal so hoch wie dasjenige der ärmsten 20%, das verfügbare Einkommen dagegen nur zwischen 3,8- und 4,7-mal so hoch. Bei Personen in Erwerbshaushalten<sup>22</sup> fallen die Unterschiede zwischen den Einkommen vor und nach staatlichen Transfers deutlich geringer aus.

**Abbildung 4.2: Entwicklung der Quintilverhältnisse (S80/S20) 1998 bis 2011, Gesamtbevölkerung**



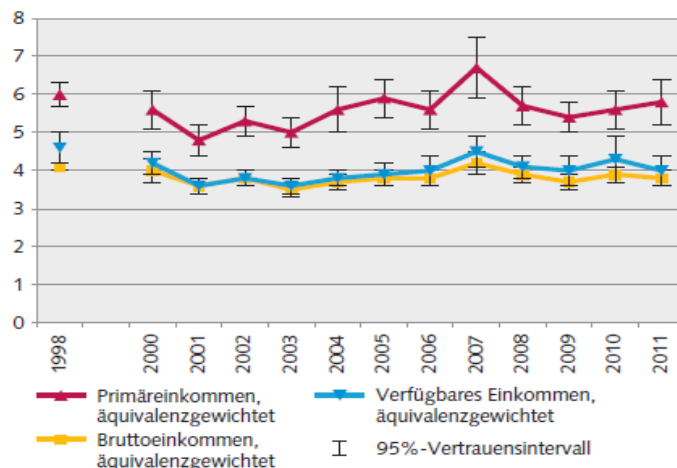
Der Einkommensanteil der oberen und unteren 20% der Bevölkerung wird hier anhand der Mittelwerte und nicht der Summen verglichen; negative Einkommen wurden in den Berechnungen berücksichtigt.

Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

© BFS, Neuchâtel 2014

<sup>22</sup> Die Haushalte werden aufgrund der Merkmale ihrer → *Referenzpersonen* (d.h. des Haushaltsmitglieds, das am meisten zum Gesamteinkommen des Haushalts beiträgt) in Erwerbs- oder Rentnerhaushalte eingeteilt. Als *Rentnerhaushalte* gelten alle Haushalte, deren Referenzperson eine AHV-, IV- oder Frührente bezieht und nicht erwerbstätig ist. Alle übrigen Haushalte werden als *Erwerbshaushalte* klassiert (inklusive Referenzpersonen in Ausbildung).

**Abbildung 4.3: Entwicklung der Quintilverhältnisse (S80/S20) 1998 bis 2011, Personen in Erwerbshaushalten**



Der Einkommensanteil der oberen und unteren 20% der Bevölkerung wird hier anhand der Mittelwerte und nicht der Summen verglichen; negative Einkommen wurden in den Berechnungen berücksichtigt.

Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

© BFS, Neuchâtel 2014

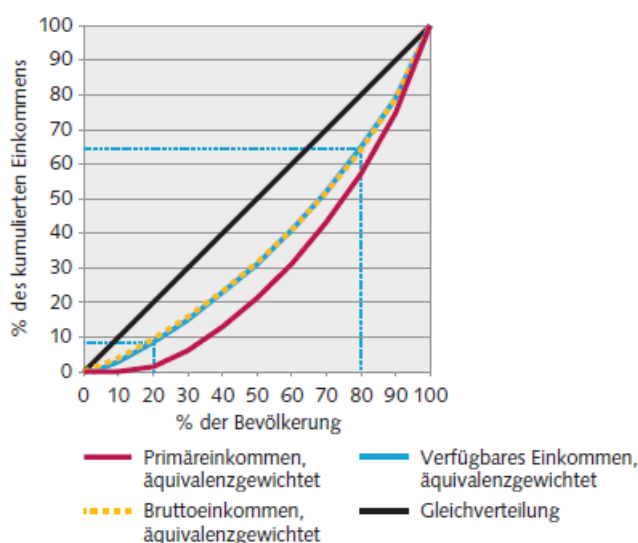
#### 4.1.2 Lorenzkurve und Gini-Koeffizient

Die Lorenzkurve zeigt, dass die Personen mit den 20% höchsten verfügbaren Äquivalenzeinkommen im Jahr 2011 36% des kumulierten verfügbaren Äquivalenzeinkommens erhalten (das niedrigste Einkommensfünftel hingegen 8%, vgl. Abbildung 4.4).

##### Lorenzkurve

Das Konzept der Lorenzkurve setzt die relativen kumulierten Häufigkeiten der Bevölkerung zu den nach Grösse geordneten, relativen kumulierten Häufigkeiten ihrer Einkommen in Beziehung. Damit können Aussagen darüber gemacht werden, welcher Anteil der Bevölkerung über welchen Anteil am Gesamteinkommen verfügt. Es gilt: Je ungleicher die Verteilung ist, desto weiter liegt die Lorenzkurve von der Diagonalen (Gleichverteilung) entfernt.

**Abbildung 4.4: Lorenzkurve der Einkommensverteilung 2011, Gesamtbevölkerung**

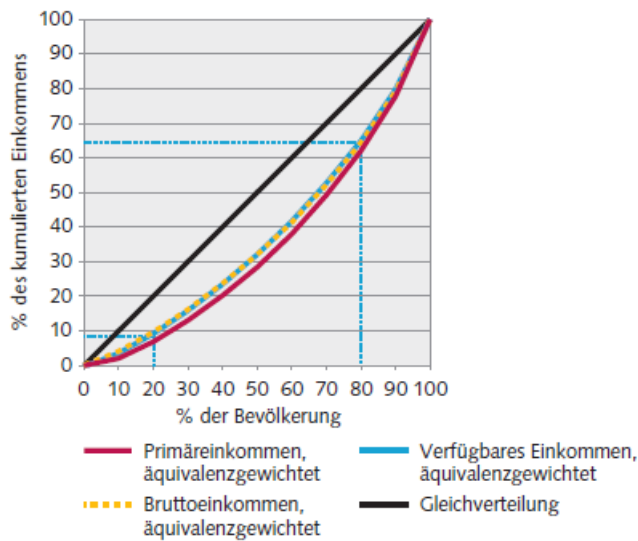


Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

© BFS, Neuchâtel 2014

Auch die Lorenzkurve lässt die im Vergleich zum verfügbaren Einkommen (blaue Kurve) ungleichere Verteilung der Primäreinkommen (rote Kurve) erkennen (Abbildungen 4.4 und 4.5).

**Abbildung 4.5: Lorenzkurve der Einkommensverteilung 2011, Personen in Erwerbshaushalten**



Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

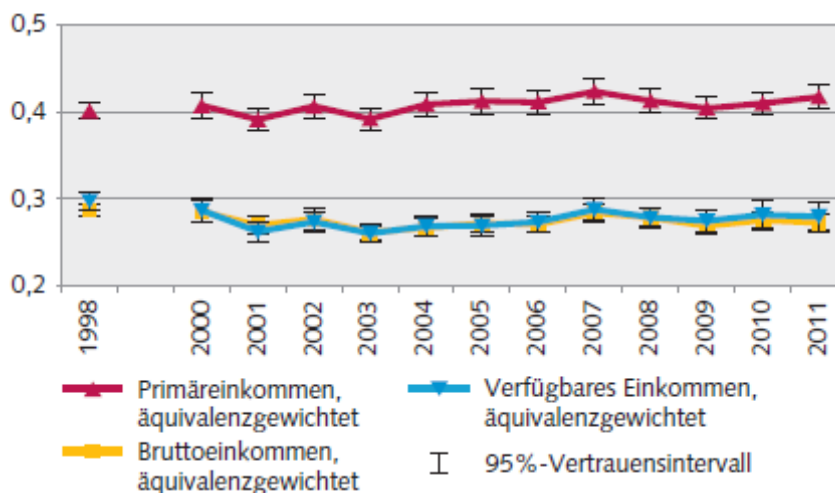
© BFS, Neuchâtel 2014

Der Gini-Koeffizient (Abbildungen 4.6 und 4.7) zeigt für die Gesamtbevölkerung ebenfalls wesentlich höhere Werte für das Primäreinkommen (0,39 bis 0,42) als für das verfügbare Einkommen (0,26 bis 0,30).

### Gini-Koeffizient

Der Gini-Koeffizient basiert auf dem Konzept der Lorenzkurve und entspricht dem Verhältnis der Fläche zwischen der Diagonalen und der Lorenzkurve zur gesamten Fläche unterhalb der Diagonalen (Dreiecksfläche). Verfügen alle Personen über gleich hohe Einkommen, so fällt die Lorenzkurve mit der Diagonalen zusammen und es ergibt sich ein Gini-Koeffizient von 0. Verfügt eine Person über das gesamte Einkommen, so verläuft die Lorenzkurve entlang der beiden Achsen und der Gini-Koeffizient beträgt 1.

**Abbildung 4.6: Entwicklung der Gini-Koeffizienten 1998 bis 2011, Gesamtbevölkerung**

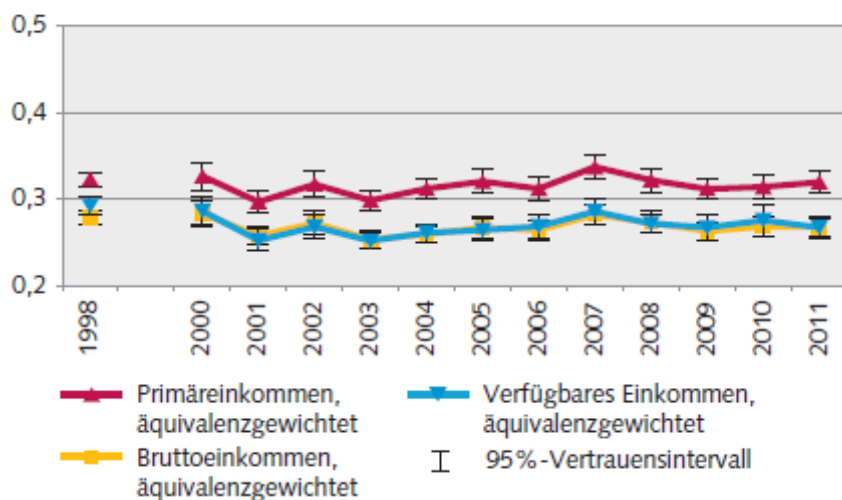


Berechnungen einschliesslich der negativen Einkommen.

Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

© BFS, Neuchâtel 2014

**Abbildung 4.7: Entwicklung der Gini-Koeffizienten 1998 bis 2011, Personen in Erwerbshaushalten**



Berechnungen einschliesslich der negativen Einkommen.

Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

© BFS, Neuchâtel 2014

### 4.1.3 Umverteilung bei Erwerbshaushalten

Quintilverhältnis S80/S20, Lorenzkurve und Gini-Koeffizient lassen eine deutliche Ungleichheitsreduktion von den marktabhängigen Primäreinkommen (Erwerbs- und Vermögenseinkommen) zu den verfügbaren Einkommen (Einkommen nach Berücksichtigung staatlicher Transferleistungen und -ausgaben) erkennen. Diese Reduktion fällt bei Personen in Erwerbshaushalten erwartungsgemäss geringer aus, da deren Primäreinkommen weniger ungleich verteilt sind als jene der Gesamtbevölkerung, welche auch die Rentnerhaushalte beinhaltet. Dies lässt sich wiederum erklären mit der für Rentnerhaushalte grösseren Bedeutung staatlicher Transferleistungen (AHV/IV, berufliche Vorsorge) im Vergleich zu Erwerbseinkommen. Die ungleichere Verteilung der Primäreinkommen in der Gesamtbevölkerung resultiert aus einem im Vergleich zu Erwerbshaushalten grösseren Anteil an Haushalten ohne Erwerbseinkommen.

## 4.2 Entwicklung der Einkommensungleichheit

Wenngleich der Grad der Ungleichheit in den verschiedenen Einkommensstufen im Zeitraum von 1998 bis 2011 insgesamt betrachtet weitgehend stabil blieb, zeigen sich dennoch Tendenzen einer Veränderung der Ungleichheit, die je nach verwendetem Ungleichheitsmass unterschiedlich ausfällt.<sup>23</sup> Gini-Koeffizient und Quintilverhältnis S80/S20 zeigen im betrachteten Zeitraum insgesamt weder für Personen in Erwerbshaushalten noch für die Gesamtbevölkerung eine grosse Variation der Ungleichheit: Tendenziell sind eine leichte Abnahme bis 2001 sowie eine leichte Zunahme der Ungleichheit in den Jahren 2003 bis 2007 zu beobachten (vgl. Abbildungen 4.2, 4.3, 4.6 und 4.7). Zusatzauswertungen des BFS liefern Hinweise darauf, dass der tendenzielle Anstieg der Ungleichheit in den Primäreinkommen in den Jahren 2003 bis 2007 vor allem auf eine Zunahme der Ungleichheit in den unteren Einkommensbereichen zurückgeht und mit der staatlichen Umverteilung, insbesondere den Sozialleistungen, weitgehend kompensiert werden konnte.<sup>24</sup>

<sup>23</sup> Die Entwicklung der Ungleichheit von 1998 bis 2011 zeigt nur für einzelne Jahre deutliche Unterschiede, die anhand der Vertrauensintervalle (vgl. S. 3, Kasten «Genauigkeit der Schätzwerte») gekennzeichnet sind. Überschneiden sich die Vertrauensintervalle für zwei aufeinanderfolgende Jahre, kann nicht mit hinreichender Sicherheit von einer Veränderung ausgegangen werden.

<sup>24</sup> Vgl. BFS 2012a, S. 32.



Hier wird deutlich, dass die Entwicklung der betrachteten Einkommensstufen zu einem Teil auch mit gesamtwirtschaftlichen Einflüssen erklärt werden kann. So ist etwa die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Zuge der konjunkturellen Entwicklung (vgl. Abbildung 2.5) vor allem für Veränderungen im unteren Bereich der Einkommensverteilung bedeutsam. Änderungen auf dem Arbeitsmarkt wirken auf die personelle Einkommensverteilung, indem sie die Möglichkeiten zur Generierung von Erwerbseinkommen verändern und damit auch die Zusammensetzung von Primär-, Brutto- und verfügbarem Einkommen beeinflussen. Vor allem der Ersatz von Erwerbseinkommen durch Transferleistungen der Arbeitslosenversicherung führt zu Veränderungen im Primäreinkommen und im verfügbaren Einkommen.

Für den Übergang vom Primär- zum verfügbaren Einkommen bedeutsam sind neben Steuern vor allem Transferleistungen, die einen mindernden Einfluss auf die Ungleichheit haben. Ihr Anteil bestimmt zusammen mit der Progressivität des Steuersystems wesentlich das Ausmass der Umverteilung. Da den Transferleistungen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten vor allem in den unteren Einkommenssegmenten eine grössere Bedeutung zukommt, ist auch die Umverteilung durch staatliche Massnahmen bzw. die Reduktion der Unterschiede zwischen Vor- und Nachtransfereinkommen grösser.

Von 2007 bis 2009 nahm die Ungleichheit tendenziell wieder ab. Seit 2009 ist hingegen wieder eine, wenn auch geringe, tendenzielle Zunahme der Ungleichheit in den Einkommen vor staatlichen Transfers erkennbar, die unter anderem auf die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 und 2009 zurückzuführen sein dürfte. Diese Schwankungen werden mit der staatlichen Umverteilung jedoch nicht auf die Nachtransfereinkommen übertragen: Nach Umverteilung bleibt die Ungleichheit in den jüngeren Beobachtungsjahren nahezu konstant.

## 5 Internationaler Vergleich

Für den internationalen Vergleich werden die Daten aus der Erhebung EU-SILC verwendet (vgl. Kasten «Datenquelle und Stichproben»). Im Gegensatz zur HABE bildet jeweils das Vorjahr die Referenzperiode für die Einkommensdaten, d.h. die in der Befragung SILC 2012 erhobenen Einkommensdaten beziehen sich beispielsweise auf das Jahr 2011.

Der europäische Vergleich basiert auf dem verfügbaren Äquivalenzeinkommen (vgl. Glossar → Äquivalenzeinkommen) mit Daten des jüngsten verfügbaren Befragungszeitraums (2012), wobei die «fiktive Miete» (d. h. der Nutzungswert des Objekts nach Abzug der effektiv bezahlten Wohnkosten) im verfügbaren Äquivalenzeinkommen nicht berücksichtigt ist.

### Datenquelle und Stichproben

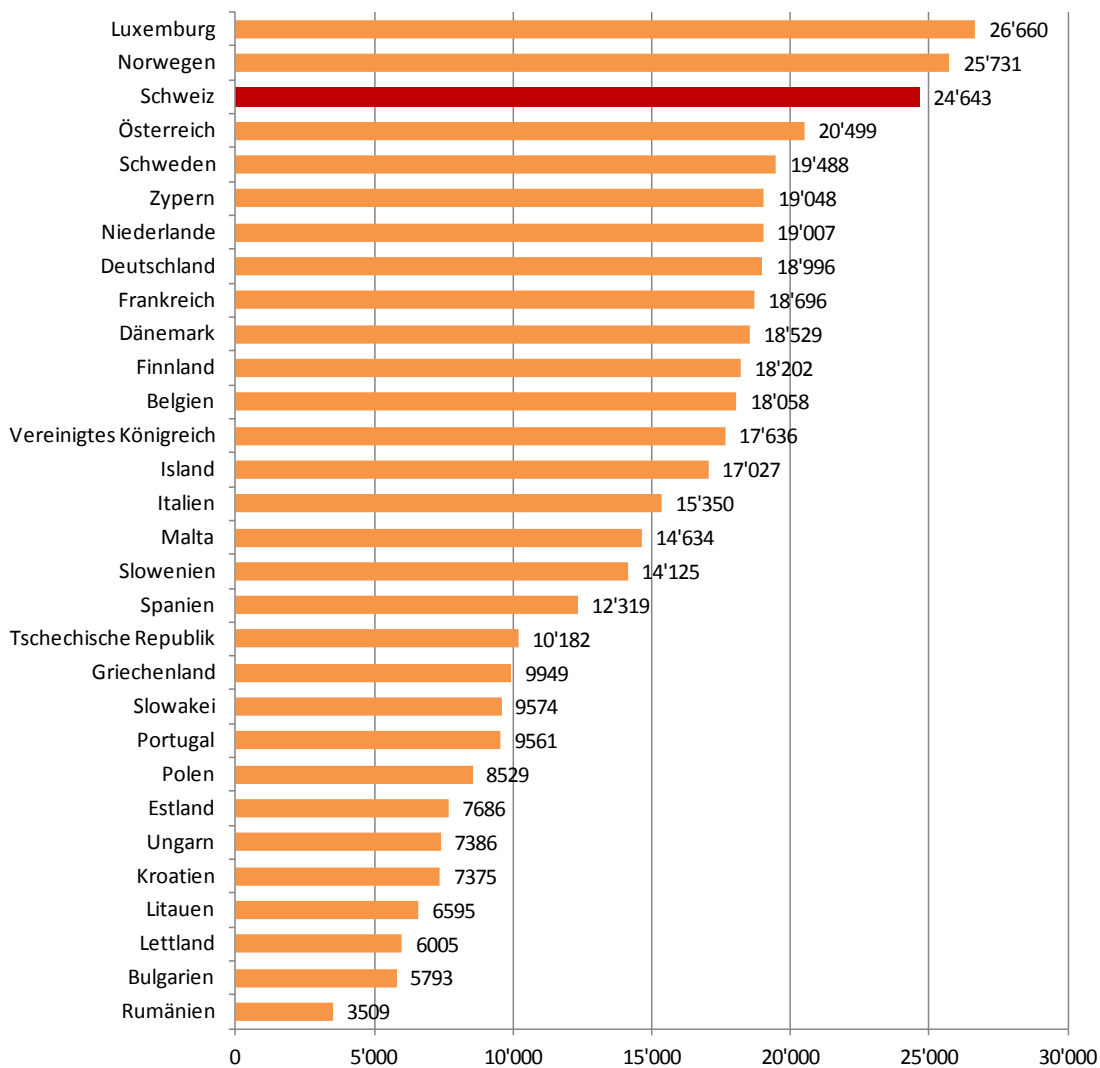
Die Auswertungen basieren auf den Daten der Erhebung über die Einkommen und die Lebensbedingungen SILC (Statistics on Income and Living Conditions). Es handelt sich um eine europaweit koordinierte Erhebung, die jedes Jahr in über 30 Ländern durchgeführt wird. Ziel der Erhebung ist die Untersuchung der Einkommensverteilung, der Armut, der sozialen Ausgrenzung und der Lebensbedingungen anhand von europaweit vergleichbaren Indikatoren. Grundgesamtheit ist die ständige Wohnbevölkerung in Privathaushalten. Die an der Erhebung teilnehmenden Personen werden während vier aufeinanderfolgenden Jahren befragt. Auf diese Weise können wesentliche Veränderungen der Lebensverhältnisse einzelner Personen beschrieben und die Entwicklung der Lebensbedingungen untersucht werden.

In der Schweiz wird die Erhebung seit 2007 als telefonische Befragung bei rund 7'000 Haushalten durchgeführt. Detailliertere Angaben zur Erhebung sind im Statistikportal des BFS abrufbar: <http://www.silc.bfs.admin.ch>

### 5.1 Verteilung des verfügbaren Äquivalenzeinkommens

2012 beläuft sich das verfügbare Median-Äquivalenzeinkommen in der Schweiz, ausgedrückt in Kaufkraftstandards (vgl. Glossar → Kaufkraftstandard), auf 24'643. Damit liegt es im europäischen Vergleich auf dem dritten Platz hinter Luxemburg (26'660) und Norwegen (25'731). Die Schweiz weist ein 2,6-mal so hohes medianes verfügbares Äquivalenzeinkommen auf wie Portugal (9'561), ein 1,6-mal so hohes wie Italien (15'350) und ein 1,3-mal so hohes wie Deutschland (18'996) und Frankreich (18'696, vgl. Abbildung 5.1).

**Abbildung 5.1: Median des verfügbaren Äquivalenzeinkommens, 2012**  
In Kaufkraftstandard



Quelle: Eurostat - EU-SILC 2012 (Version vom 02.12.13)

© BFS, Neuchâtel 2014

## 5.2 Ungleichheit in der Verteilung des verfügbaren Äquivalenzeinkommens

Die Ungleichheit in der Einkommensverteilung kann anhand verschiedener Indikatoren gemessen werden (vgl. Kapitel 4.1.1 und 4.1.2).

Das Quintilverhältnis S80/S20 setzt das gesamte Einkommen der reichsten 20% der Bevölkerung ins Verhältnis zum gesamten Einkommen der ärmsten 20% der Bevölkerung. Je höher diese Zahl ist, desto ungleicher ist die Einkommensverteilung.

In der Schweiz ist 2012 gemäss der Erhebung SILC die Summe der Einkommen des reichsten Einkommensfünftels 4,4-mal so hoch wie jene des ärmsten Einkommensfünftels (vgl. Abbildung 5.2). In Europa variiert dieser Indikator zwischen 3,2 und 7,2 (EU-27: 5,1).<sup>25</sup> In den Nachbarländern der

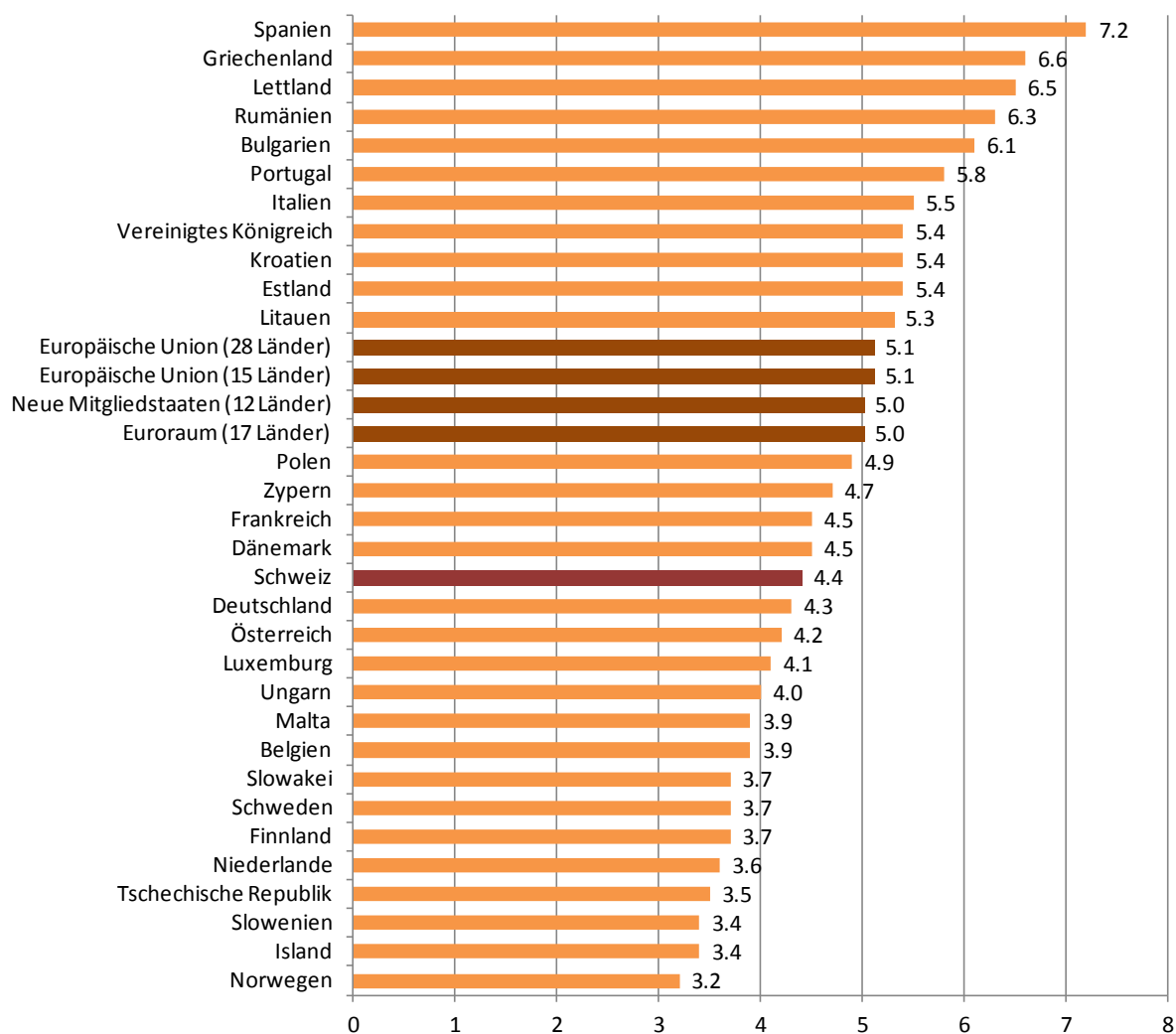
<sup>25</sup> Eine detaillierte Länderliste mit Beitrittsstatus sowie Detailtabellen sind im Statistikportal des BFS aufgeführt: Bundesamt für Statistik > Themen > 20 - Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung > Lebensstandard, soziale Situation und Armut > Daten, Indikatoren > Wirtschaftliche Situation > Einkommensverteilung

Schweiz beläuft sich das Quintilverhältnis auf 4,2 (Österreich), auf 4,3 (Deutschland), auf 4,5 (Frankreich) und auf 5,5 (Italien). Die grössten Einkommensungleichheiten weisen Spanien, Griechenland, Lettland, Rumänien, Bulgarien und Portugal auf. In Norwegen, Island, Slowenien, in der Tschechischen Republik und in den Niederlanden sind die Ungleichheiten am geringsten.

Der Gini-Koeffizient ist ein weiterer synthetischer Indikator für die Ungleichheit der Einkommensverteilung.<sup>26</sup> Je höher der Gini-Koeffizient, desto grösser die Einkommensungleichheit.

Gemäss den Resultaten der SILC-Erhebung 2012 liegt die Schweiz im europäischen Vergleich mit 28,7 in Bezug auf die Ungleichheit in der Einkommensverteilung im Durchschnitt. Bei unseren Nachbarn variiert der Gini-Koeffizient zwischen 27,6 (Österreich), 28,3 (Deutschland), 30,5 (Frankreich) und 31,9 (Italien). In der Europäischen Union beträgt der Gini-Koeffizient im Durchschnitt 30,6.

**Abbildung 5.2: Quintilverhältnis S80/S20 des verfügbaren Äquivalenzeinkommens, 2012**



Quelle: Eurostat - EU-SILC 2012 (Version vom 02.12.13) © BFS, Neuchâtel 2014

<sup>26</sup> Vgl. auch Kapitel 4.1.2. Im Gegensatz zu den dort aufgeführten Ergebnissen (Werte zwischen 0 und 1) wird der Gini-Koeffizient beim europäischen Vergleich auf 100 normiert.

# 6 Regionale Verteilung der Einkommen

## 6.1 Untersuchte Einkommen

Die Eidgenössische Steuerverwaltung erhebt bei den kantonalen Veranlagungsbehörden jedes Jahr umfassende Daten über die Einkommen der natürlichen Personen. Diese Daten ermöglichen eine differenzierte statistische Auswertung auf regionaler Ebene (Kantone oder Gemeinden). In den Daten der Jahre 2003 bis 2006 zu den Steuerpflichtigen mit einem steuerbaren Einkommen unterhalb der Freigrenze wurden jedoch noch gewisse Lücken festgestellt. Die grössten Mängel wurden beseitigt<sup>27</sup>.

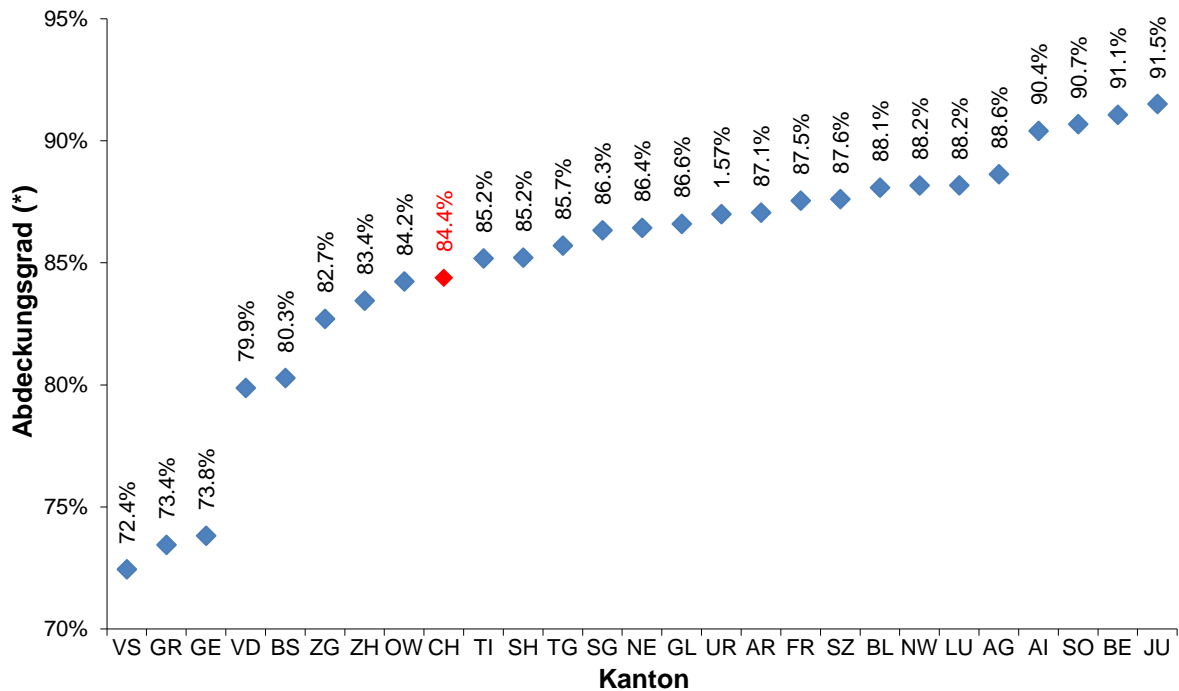
In diesem Kapitel werden die jüngsten Daten der Steuerstatistik aus dem Jahr 2010 betrachtet und die Entwicklung der Einkommensverteilung seit 2003 beziehungsweise seit 2007 aufgezeigt. Die Daten werden auf regionaler Ebene analysiert. Dazu werden die Einkommen ausgehend vom Wohnort der Steuerpflichtigen am Ende des Steuerjahrs verteilt. Für die regionale Untersuchung wurde der Stand der Gemeinden und Kantone am 1.1.2010 gemäss den Angaben des Bundesamts für Statistik (BFS) berücksichtigt.

Die Analyse dieses Kapitels beschränkt sich auf Steuerpflichtige, die einer «normalen» Besteuerung unterliegen (siehe Kasten). Diese machten 2010 etwa 84 % der Veranlagungen für die direkte Bundessteuer aus (ohne Quellensteuerveranlagungen von nicht in der Schweiz wohnhaften Personen). Der Deckungsgrad in den Kantonen war 2010 unterschiedlich hoch (siehe Abbildung 6.1). Er reichte von 72,4 % (Wallis), 73,4 % (Graubünden) und 73,8 % (Genf) bis zu 90,4 % (Appenzell Innerrhoden), 90,7 % (Solothurn), 91,1 % (Bern) und 91,5 % (Jura). Dabei ist zu beachten, dass es sich bei einem Teil der von der Untersuchung ausgeschlossenen Steuerpflichtigen um im Ausland lebende Personen handelt, die der direkten Bundessteuer unterliegen, weil sie in der Schweiz beispielsweise eine Zweitwohnung besitzen. Ihr Ausschluss aus der Referenzbevölkerung wirkt sich positiv auf die Interpretation der Ergebnisse aus. Die Beschränkung der Analyse auf die normal besteuerten Haushalte hat leider auch zur Folge, dass ein Teil der in der Schweiz wohnhaften Personen und insbesondere gewisse reiche Steuerpflichtige nicht berücksichtigt werden. Dies ist bei denjenigen der Fall, die pauschal besteuert werden oder in einem Drittland Einkommen erzielen (beispielsweise durch den Besitz einer Liegenschaft), sowie denen, die in der Schweiz nicht besteuert werden, weil zwischen der Schweiz und dem betreffenden Land ein Doppelbesteuerungsabkommen besteht.

---

<sup>27</sup>Korrigiert wurden die Daten der Kantone Graubünden und Freiburg aus den Jahren 2003 bis 2006. Dazu wurden im Fall vom Graubünden Daten von Steuerpflichtigen, die einer normalen Besteuerung unterliegen, aber keine Steuern bezahlen, nach dem Zufallsprinzip eliminiert, um ungefähr den gleichen Anteil wie im Jahr 2007 zu erhalten. Für den Kanton Freiburg wurden Daten von Steuerpflichtigen, die einer normalen Besteuerung unterliegen, aber keine Steuern bezahlen, nach dem Zufallsprinzip verdoppelt, um ihre Zahl um 4922, 4648, 4559 beziehungsweise 4489 Einheiten zu erhöhen. Zudem wurden im Kanton Genf die Daten des Jahres 2003 von Steuerpflichtigen, die einer normalen Besteuerung unterliegen, aber keine Steuern bezahlen, durch die Daten von 2004 und im Kanton Tessin die Daten der Jahre 2003/2004 durch jene von 2005 ersetzt.

**Abbildung 6.1: Anteile der berücksichtigten Veranlagungen, 2010**



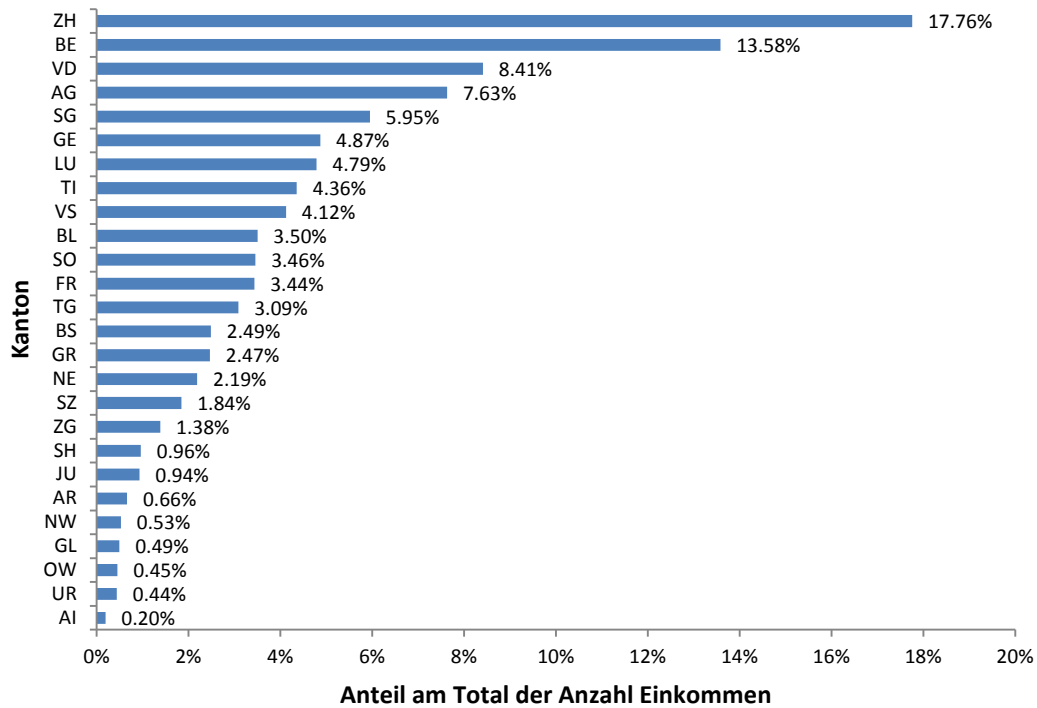
(\*): % der berücksichtigten Steuerpflichtigen im Vergleich zu allen Normal-, Sonder-, sowie Quellenbesteuerten der in der Schweiz wohnhaften Steuerpflichtigen

Quelle: Steuerdaten direkte Bundessteuer 2010; eigene Auswertung.

Gesamt-schweizerisch wurden für das Jahr 2010 Daten von 4 374 610 Steuerpflichtigen ausgewertet. In der Abbildung 6.2 ist die Verteilung der Steuerpflichtigen nach Kantonen dargestellt. Die Kantone Bern und Zürich vereinen zusammen mehr als 30 % der untersuchten Einkommen (Zürich 17,76 % und Bern 13,58 %). Im Vergleich zum Jahr 2003 ist die Anzahl Einkommen in der Schweiz im Durchschnitt jährlich um 0,92 % gestiegen (siehe Abbildung 6.3). Überdurchschnittlich gross war der Zuwachs in den Kantonen Freiburg (+1,97 % im Durchschnitt pro Jahr), Schwyz (+1,54 %), Aargau (+1,53 %), Appenzell Innerrhoden (+1,52 %) und Thurgau (+1,47 %). Moderater fiel die Zunahme hingegen in den Kantonen Glarus (+0,48 % im Durchschnitt pro Jahr), Genf (+0,48 %), Waadt (+0,37 %), Basel-Landschaft (+0,32 %), Uri (+0,27 %) und Neuenburg (+0,22 %) aus; in den Kantonen Appenzell Ausserrhoden (-0,05 %) und Basel-Stadt (-0,52 %) wurde gar ein Negativwachstum verzeichnet.

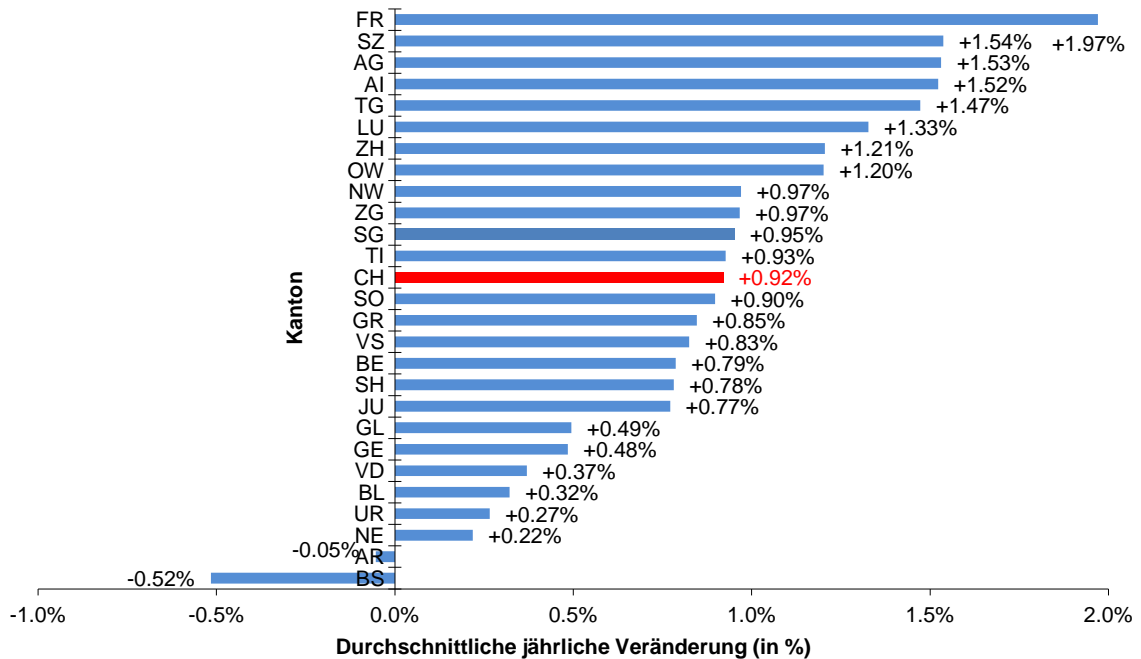
Dabei ist zu beachten, dass ein beachtlicher Teil der berücksichtigten Steuerpflichtigen nicht durch die direkte Bundessteuer belastet wird, da ihr steuerbares Einkommen null beträgt oder unterhalb der Freigrenze liegt. Die Schwelle für die Berücksichtigung der steuerbaren Einkommen lag 2010 für Alleinstehende ohne unterstützungspflichtige Kinder bei 15 900 Franken und für Verheiratete und Alleinstehende mit einem oder mehreren unterstützungspflichtigen Kindern bei 27 000 Franken. Gesamt-schweizerisch bezahlten 20,7 % der normal veranlagten Steuerpflichtigen im Jahr 2010 keine Steuern. Der Anteil variierte von Kanton zu Kanton und reichte von 15,8 % im Kanton Nidwalden bis zu 26,1 % im Kanton Wallis (siehe Abbildung 6.4).

**Abbildung 6.2: Verteilung der berücksichtigten Steuerpflichtigen nach Kantonen, 2010**



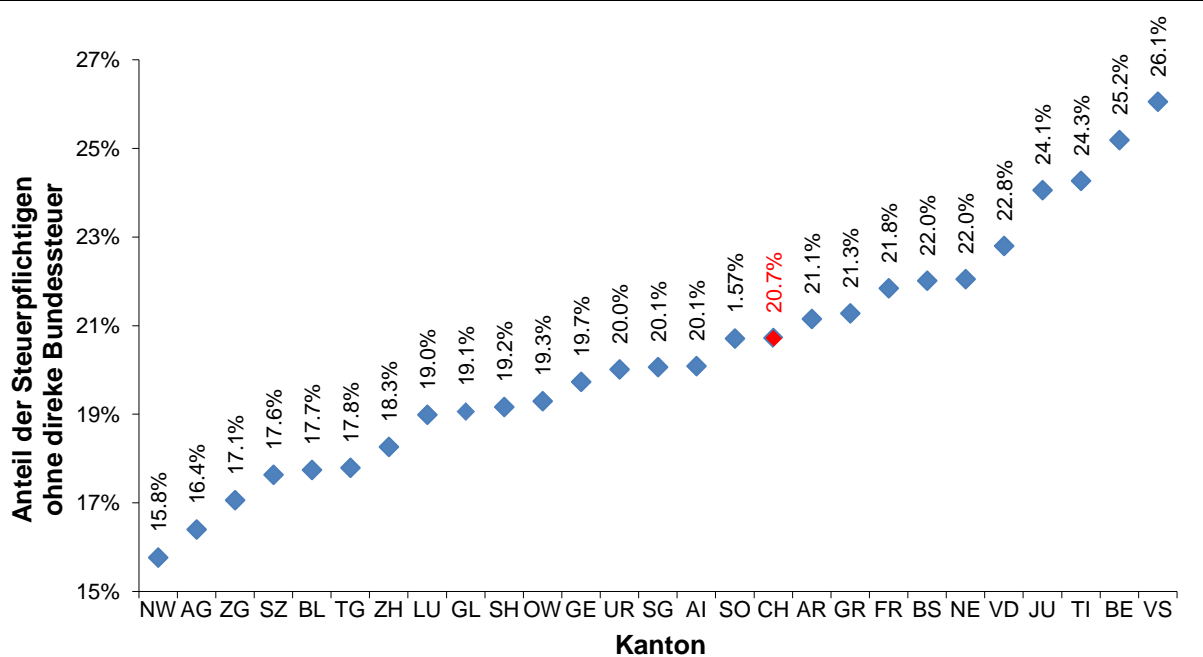
Quelle: Steuerdaten direkte Bundessteuer 2010; eigene Auswertung.

**Abbildung 6.3: Durchschnittliches jährliches Wachstum der Zahl der Einkommen 2003 bis 2010**



Quelle: Steuerdaten direkte Bundessteuer 2010; eigene Auswertung.

**Abbildung 6.4: Anteil der normal veranlagten Steuerpflichtigen ohne Belastung durch die direkte Bundessteuer, 2010**



Quelle: Steuerdaten direkte Bundessteuer 2010; eigene Auswertung.

Als Mass für das Einkommen gilt das «Reineinkommen» der Steuerpflichtigen (siehe Kasten). Die nicht steuerbaren Einkünfte werden dem «Reineinkommen» nicht angerechnet. Man kann daher von einer gewissen Unterschätzung der tatsächlichen Einkommen ausgehen. Zu den vorgesehenen steuerfreien Einkünften zählen die Kapitalgewinne auf beweglichem Privatvermögen und die Unterstützung aus öffentlichen oder privaten Mitteln. Die Unterschätzung könnte deshalb bei den wohlhabenden Steuerpflichtigen grösser sein, da sie eher Kapitalgewinne erzielen. Aber auch die Einkommen von Steuerpflichtigen, die Sozialhilfe oder eine andere Unterstützung aus öffentlichen oder privaten Mitteln erhalten, dürften eventuell unterschätzt werden. So werden etwa volljährige Kinder, deren Eltern noch unterhaltspflichtig sind, in den Daten berücksichtigt, ohne dass der finanziellen Unterstützung der Eltern Rechnung getragen wird.

Das Einkommensniveau wird auch durch die Steuerabzüge beeinflusst, die den Steuerpflichtigen gewährt werden (mit Ausnahme bestimmter Sozialabzüge, die bei der Berechnung des Reineinkommens zum steuerbaren Einkommen hinzugerechnet werden; siehe Kasten). Das Reineinkommen kann beispielsweise durch eine Liegenschaftsrenovation oder einen Pensionskasseneinkauf stark verringert werden. Wenn das steuerbare Einkommen null beträgt, kann hingegen die tatsächliche finanzielle Situation der Steuerpflichtigen aufgrund des berücksichtigten Reineinkommens etwas überschätzt werden, da dieses ausgehend von einem steuerbaren Einkommen von null berechnet wird, obwohl das Einkommen nach Berücksichtigung aller Steuerabzüge negativ sein kann. Liegt das steuerbare Einkommen unterhalb der Freigrenze, so muss das für die Berechnung des Reineinkommens verwendete steuerbare Einkommen als approximativ betrachtet werden, da die Steuerpflichtigen bei diesen Veranlagungen möglicherweise weniger bestrebt sind, alle ihnen zustehenden Steuerabzüge geltend zu machen. Zudem haben die Steuerverwaltungen unter Umständen ein kleineres Interesse daran, die deklarierten Beträge zu berichtigen, wenn die Korrekturen keine Auswirkungen auf die Höhe der zu bezahlenden Steuern haben.

Im Jahr 2010 bewegte sich die durchschnittliche Zahl der Personen, die ein Steuerhaushalt umfasst, auf kantonaler Ebene zwischen 1,57 (Basel-Stadt) und 1,84 (Freiburg) (siehe Tabelle 6.1). Im Zeitraum von 2003 bis 2010 ist sie in allen Kantonen zurückgegangen. Am grössten war die Abnahme in den Kantonen Glarus (-0,15 Basispunkte), Appenzell Innerrhoden (-0,14), St. Gallen (-0,12), Schaffhausen (-0,11), Nidwalden (-0,11) und Schwyz (-0,10). Um die materiellen Wohlstandsunterschiede



der Steuerhaushalte zu verdeutlichen, wird die Zahl der «Äquivalenzpersonen», die ein Steuerhaushalt umfasst, betrachtet. Dabei werden alle Personen unterschiedlich gewichtet, je nachdem ob es sich um alleinstehende Erwachsene (Gewichtung mit 1), in einer Partnerschaft lebende Erwachsene (Gewichtung mit 0,75) oder um Kinder oder unterstützte Personen (Gewichtung mit 0,3) handelt. Analysiert wird ihr «reines Äquivalenzeinkommen» (siehe Kasten). Die durchschnittliche Zahl der Äquivalenzpersonen in den Kantonen bewegte sich im Jahr 2010 zwischen 1,23 (Basel-Stadt) und 1,33 (Uri) und ist im Vergleich zu 2003 ebenfalls leicht zurückgegangen (zwischen 0,01 und 0,05 Basispunkten).

**Tabelle 6.1: Grösse der Steuerhaushalte (Steuerpflichtige) mit einer normalen Veranlagung, 2010 und Entwicklung seit 2003**

Kt.	Haushalte (Steuerpflichtige)			Personen in den Haushalten				Äquivalenzpersonen in den Haushalten					
	Gesamtzahl		Stand 2010	Gesamtzahl		Zahl pro Haushalt		Gesamtzahl		Zahl pro Haushalt			
	Stand 2010	Veränderung 2003-2010 (% pro Jahr)		Stand 2010	Veränderung 2003 à 2010 (% pro Jahr)	Stand 2010	Veränderung 2003-2010 (% pro Jahr)	Stand 2010	Veränderung 2003 à 2010 (% pro Jahr)	Stand 2010	Veränderung 2003-2010 (Basispunkte)		
(1)	(2)	(2)/(1)	(3)	(3)/(1)	(3)/(1)	(3)/(1)	(3)/(1)	(3)/(1)	(3)/(1)	(3)/(1)			
ZH	776'761	17.76%	+1.21%	1'304'777	17.29%	+0.92%	1.68	-0.03	985'343	17.49%	+1.01%	1.27	-0.03
BE	594'148	13.58%	+0.79%	996'234	13.20%	+0.23%	1.68	-0.07	755'655	13.42%	+0.50%	1.27	-0.02
LU	209'565	4.79%	+1.33%	367'538	4.87%	+1.00%	1.75	-0.04	272'357	4.84%	+1.16%	1.30	-0.02
UR	19'286	0.44%	+0.27%	35'096	0.47%	-0.24%	1.82	-0.07	25'595	0.45%	+0.03%	1.33	-0.03
SZ	80'701	1.84%	+1.54%	140'863	1.87%	+0.77%	1.75	-0.10	104'704	1.86%	+1.18%	1.30	-0.02
OW	19'842	0.45%	+1.20%	34'814	0.46%	+0.52%	1.75	-0.08	25'772	0.46%	+0.90%	1.30	-0.02
NW	23'214	0.53%	+0.97%	39'636	0.53%	+0.10%	1.71	-0.11	29'805	0.53%	+0.58%	1.28	-0.03
GL	21'639	0.49%	+0.49%	36'621	0.49%	-0.69%	1.69	-0.15	27'698	0.49%	-0.04%	1.28	-0.03
ZG	60'561	1.38%	+0.97%	103'448	1.37%	+0.55%	1.71	-0.05	77'852	1.38%	+0.78%	1.29	-0.04
FR	150'279	3.44%	+1.97%	276'024	3.66%	+1.44%	1.84	-0.07	199'006	3.53%	+1.68%	1.32	-0.05
SO	151'170	3.46%	+0.90%	256'101	3.39%	+0.19%	1.69	-0.09	193'412	3.43%	+0.52%	1.28	-0.02
BS	108'891	2.49%	-0.52%	170'791	2.26%	-1.00%	1.57	-0.05	133'439	2.37%	-0.73%	1.23	-0.03
BL	153'210	3.50%	+0.32%	271'573	3.60%	-0.06%	1.77	-0.05	200'430	3.56%	+0.07%	1.31	-0.03
SH	42'170	0.96%	+0.78%	71'748	0.95%	-0.12%	1.70	-0.11	54'107	0.96%	+0.35%	1.28	-0.02
AR	29'038	0.66%	-0.05%	50'768	0.67%	-0.41%	1.75	-0.04	37'663	0.67%	-0.22%	1.30	-0.02
AI	8'599	0.20%	+1.52%	15'455	0.20%	+0.45%	1.80	-0.14	11'290	0.20%	+1.01%	1.31	-0.04
SG	260'323	5.95%	+0.95%	460'134	6.10%	+0.00%	1.77	-0.12	339'401	6.03%	+0.49%	1.30	-0.02
GR	107'970	2.47%	+0.85%	182'549	2.42%	+0.16%	1.69	-0.08	138'009	2.45%	+0.52%	1.28	-0.05
AG	333'714	7.63%	+1.53%	591'811	7.84%	+0.85%	1.77	-0.09	436'736	7.75%	+1.19%	1.31	-0.04
TG	134'989	3.09%	+1.47%	241'222	3.20%	+0.65%	1.79	-0.10	177'057	3.14%	+1.07%	1.31	-0.03
TI	190'651	4.36%	+0.93%	324'868	4.30%	+0.77%	1.70	-0.02	244'381	4.34%	+0.80%	1.28	-0.03
VD	367'896	8.41%	+0.37%	651'827	8.64%	-0.03%	1.77	-0.05	478'805	8.50%	+0.10%	1.30	-0.04
VS	180'310	4.12%	+0.83%	314'232	4.16%	+0.57%	1.74	-0.03	233'573	4.15%	+0.71%	1.30	-0.01
NE	95'780	2.19%	+0.22%	168'495	2.23%	-0.14%	1.76	-0.05	124'103	2.20%	-0.02%	1.30	-0.02
GE	212'972	4.87%	+0.48%	368'144	4.88%	+0.10%	1.73	-0.05	273'290	4.85%	+0.27%	1.28	-0.01
JU	40'931	0.94%	+0.77%	72'331	0.96%	+0.27%	1.77	-0.06	53'264	0.95%	+0.49%	1.30	-0.02
CH	4'374'610	100%	+0.92%	7'547'100	100%	+0.43%	1.73	-0.06	5'632'747	100%	+0.66%	1.29	-0.02

Quelle: Steuerdaten direkte Bundessteuer 2010; eigene Auswertung.

### Die berücksichtigten Einkommen

In diesem Kapitel werden die in der Statistik der direkten Bundessteuer erfassten Einkommen untersucht. Die Einkommen der Ehepartner bilden eine Einheit. Dazu kommen noch allfällige Einkommen von unterhaltsberechtigten minderjährigen Kindern (mit Ausnahme der Erwerbseinkommen, für die die Kinder getrennt besteuert werden). Volljährige Kinder werden in der Statistik separat erfasst, unabhängig davon, ob ihre Eltern noch unterhaltspflichtig sind oder nicht. Sind die Eltern noch unterhaltspflichtig, so werden sehr geringe oder Null-Einkommen zu diesen Einheiten hinzugerechnet.

Untersucht werden nur die Einkommen von natürlichen Personen, die der «normalen» Besteuerung unterliegen (Besteuerung, bei der das steuerbare Einkommen identisch ist mit dem für den Steuersatz massgebenden Einkommen), unabhängig davon, ob sie einen Steuerbetrag entrichten müssen oder nicht (eine Steuer für steuerbare Einkommen wird erst ab einem bestimmten Schwellenwert erhoben). Nicht berücksichtigt werden die Einkommen von Personen, die einer Sonderbesteuerung unterliegen. Dazu gehören in der Schweiz besteuerte Einkommen von Personen mit Wohnsitz im Ausland, die wirtschaftlich mit der Schweiz verbunden sind, zum Beispiel weil sie hier eine Zweitwohnung besitzen. Ebenfalls darunter fallen die Einkommen bestimmter in der Schweiz wohnhafter Personen, wie die Einkommen von Steuerpflichtigen, die nicht für das volle Jahr besteuert werden (etwa nach einer Trennung oder einem Todesfall), die pauschal besteuert werden (Besteuerung für nichterwerbstätige

Ausländerinnen und Ausländer mit Wohnsitz in der Schweiz) oder bei denen ein Teil des im Ausland erwirtschafteten Einkommens in der Schweiz nicht besteuert wird, weil mit dem betreffenden Land ein Doppelbesteuerungsabkommen besteht. Ausgenommen sind auch die Einkommen von Personen, die im Ausland wohnhaft sind und an der Quelle besteuert werden (Grenzgänger/innen, Künstler/innen, Verwaltungsratsmitglieder usw.) oder die in der Schweiz über eine Kurzaufenthaltsbewilligung verfügen.

Berücksichtigt wird das in der Steuerstatistik berechnete **«Reineinkommen»** der Steuerpflichtigen. Dabei handelt es sich jedoch nicht um das Reineinkommen im Sinne des Gesetzes, sondern um einen statistisch ermittelten Wert, bei dem zum steuerbaren Einkommen die Steuerabzüge für Kinder oder unterstützte Personen, für Versicherungsprämien und Sparzinsen und für Erwerbseinkommen des zweitverdienenden Ehegatten hinzugerechnet werden.

Damit der materielle Wohlstand für Haushalte unterschiedlicher Grösse verglichen werden kann, wird das Reineinkommen durch einen Äquivalenzfaktor dividiert. Das Verhältnis zwischen dem reinen Einkommen und dem Äquivalenzfaktor stellt das **«reine Äquivalenzeinkommen»** dar. Für alleinstehende Erwachsene ist der Wert des Äquivalenzfaktors gleich 1, für Verheiratete 1,5; für jedes Kind (minderjährig - oder volljährig) und jede weitere durch den Steuerpflichtigen unterstützte Person wird ein Wert von 0,3 hinzugerechnet. So entspricht zum Beispiel das reine Äquivalenzeinkommen eines Paarhaushaltes mit zwei unterstützungspflichtigen Kindern dem durch den Faktor 2,1 ( $1,5+0,3+0,3$ ) dividierten reinen Einkommen.

## 6.2 Verteilung der Einkommen

### 6.2.1 Die regionalen Einkommensunterschiede

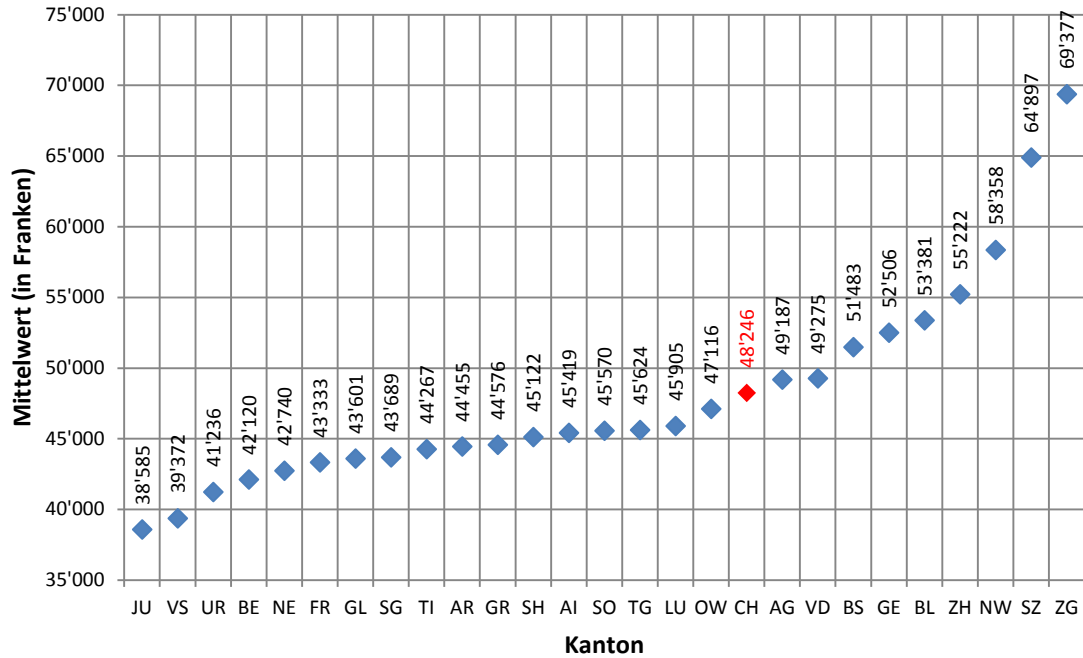
Die Einkommen sind ungleich über die Schweiz verteilt. Die Abbildungen 6.5 und 6.6 ermöglichen einen Vergleich der Mittel- und der Medianwerte der Kantone für das Jahr 2010. Die Mittelwerte bewegen sich zwischen 38 585 Franken (Jura) und 69 377 Franken (Zug) und die Medianwerte (die gegenüber sehr hohen Einkommen einzelner Steuerpflichtiger robuster sind) zwischen 36 100 Franken (Jura) und 49 500 Franken (Zug). Der Mittel- und der Medianwert für die ganze Schweiz betragen 48 246 Franken beziehungsweise 42 000 Franken.

Die thematischen Karten der Abbildungen 6.7 und 6.8 ermöglichen, die Mittel- und die Medianwerte der Gemeinden zu vergleichen. Die Gemeinden werden ausgehend von der Grösse des Mittel-/Medianeinkommens in 7 Klassen eingeteilt:

- die 5 % der Gemeinden mit dem tiefsten Mittel- und Medianeinkommen, auf der Karte marineblau wiedergegeben;
- die 15 % der Gemeinden mit einem Mittel-/Medianeinkommen zwischen den 5 und 20 % der tiefsten Einkommen, auf der Karte kobaltblau wiedergegeben;
- die 20 % der Gemeinden mit einem Mittel-/Medianeinkommen zwischen den 20 und 40 % der tiefsten Einkommen, auf der Karte hellblau wiedergegeben;
- die 20 % der Gemeinden mit einem Mittel-/Medianeinkommen zwischen den 40 und 60% der tiefsten Einkommen, auf der Karte grün wiedergegeben;
- die 20 % der Gemeinden mit einem Mittel-/Medianeinkommen zwischen den 60 und 80 % der tiefsten Einkommen, auf der Karte gelb wiedergegeben;
- die 15% der Gemeinden mit einem Mittel-/Medianeinkommen zwischen den 80. und 95 % der tiefsten Einkommen, auf der Karte orange wiedergegeben;
- und die 5 % der Gemeinden mit dem höchsten Mittel-/Medianeinkommen, auf der Karte rot wiedergegeben.

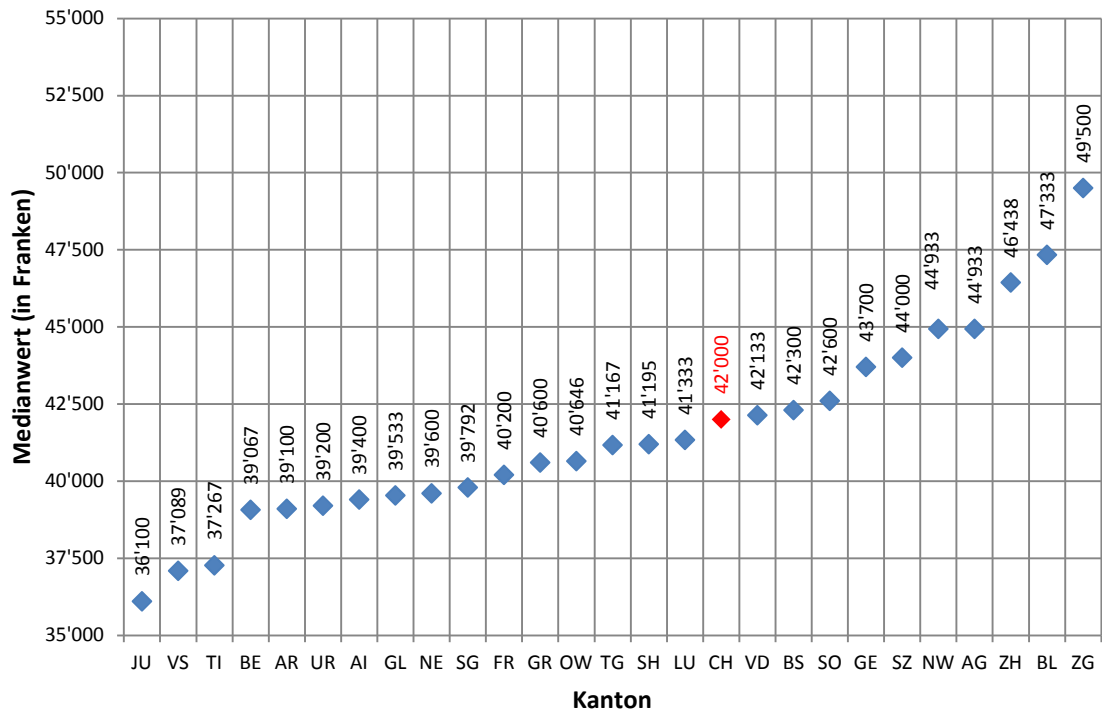
Gesamthaft betrachtet weisen die Gemeinden in den alpinen und voralpinen Regionen sowie im Jura-bogen die niedrigsten Einkommen auf. Am höchsten sind die Einkommen im Norden der Schweiz (Region Zürich, Zug, Aargau und Basel), in der Genferseeregion und in gewissen Tourismusregionen.

**Abbildung 6.5: Mittelwerte der reinen Äquivalenzeinkommen nach Kantonen, 2010**



Quelle: Steuerdaten direkte Bundessteuer 2010; eigene Auswertung.

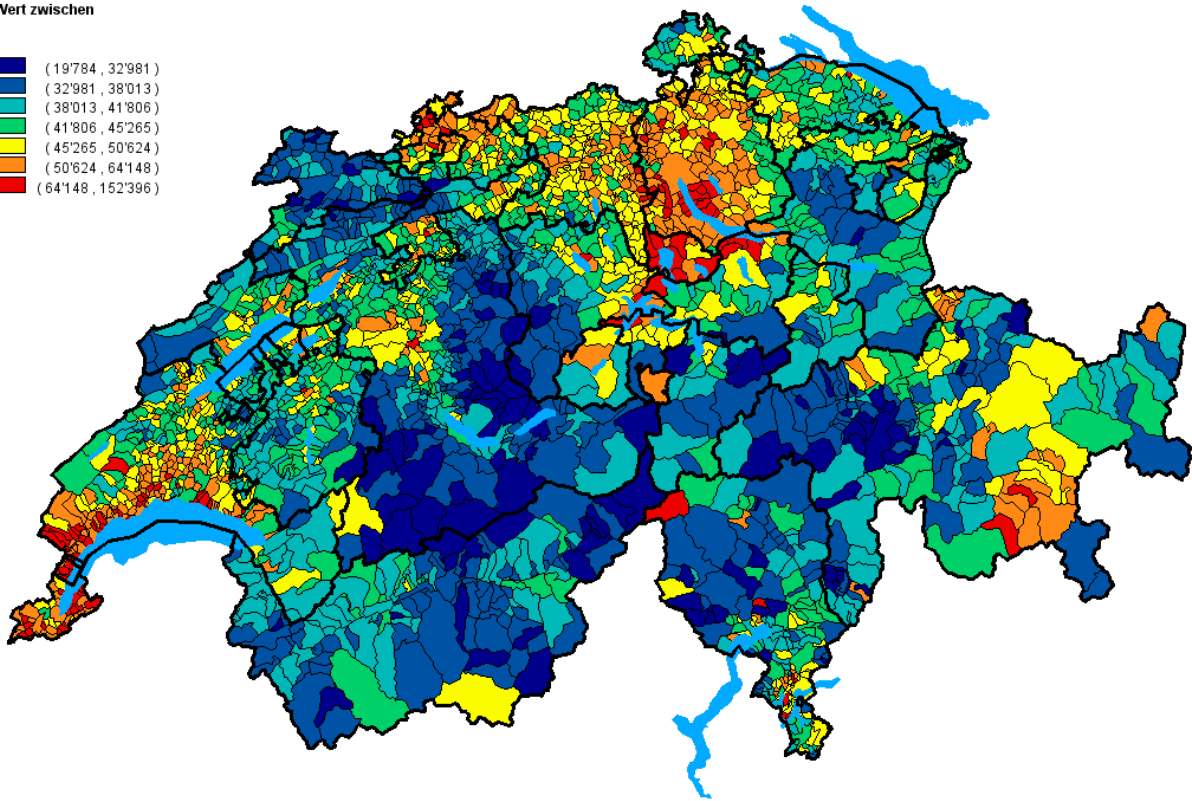
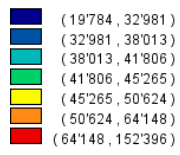
**Abbildung 6.6: Medianwerte der reinen Äquivalenzeinkommen nach Kantonen, 2010**



Quelle: Steuerdaten direkte Bundessteuer 2010; eigene Auswertung.

**Abbildung 6.7: Durchschnittliches reines Äquivalenzeinkommen in den Gemeinden, 2010**

Wert zwischen

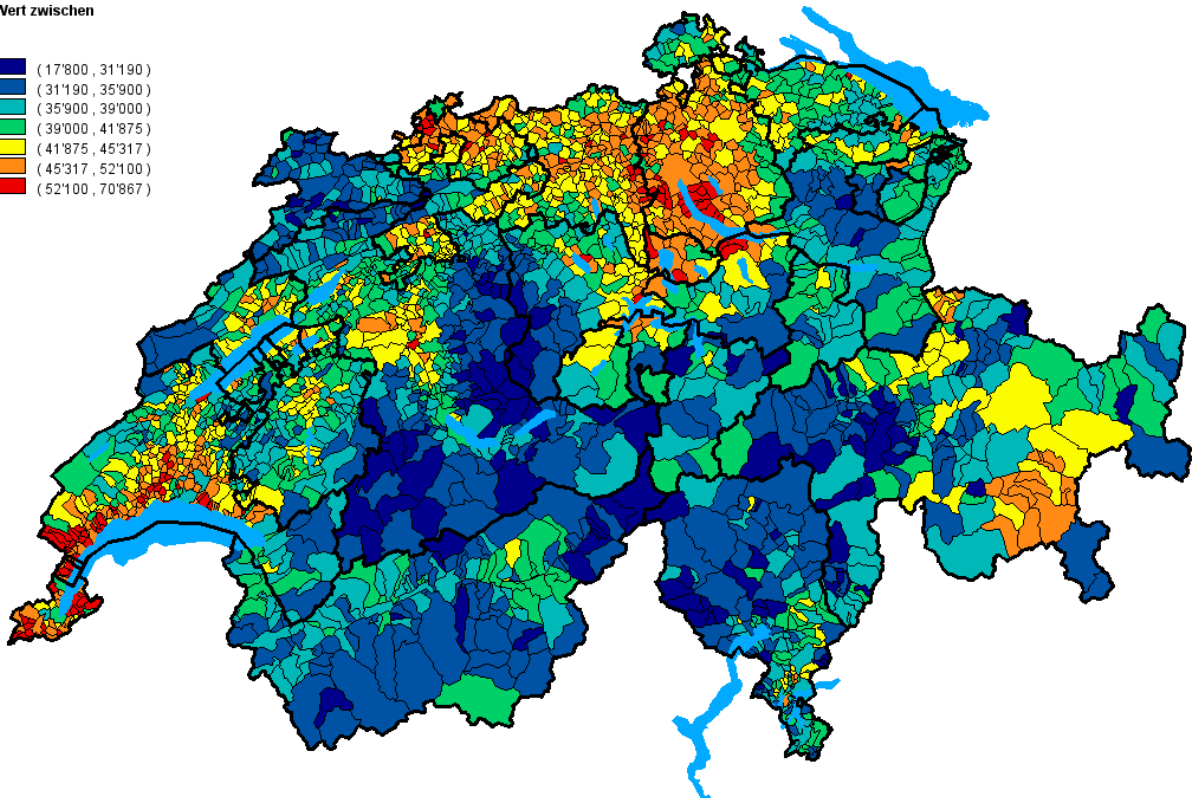
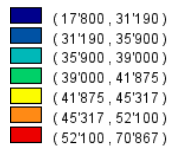


Quelle: Steuerdaten direkte Bundessteuer 2010; eigene Auswertung.

Quelle/Source: ESTV, 2010 Kartengrundlage: ©BFS, ThemaKart

**Abbildung 6.8: Medianwerte der reinen Äquivalenzeinkommen nach Gemeinden, 2010**

Wert zwischen



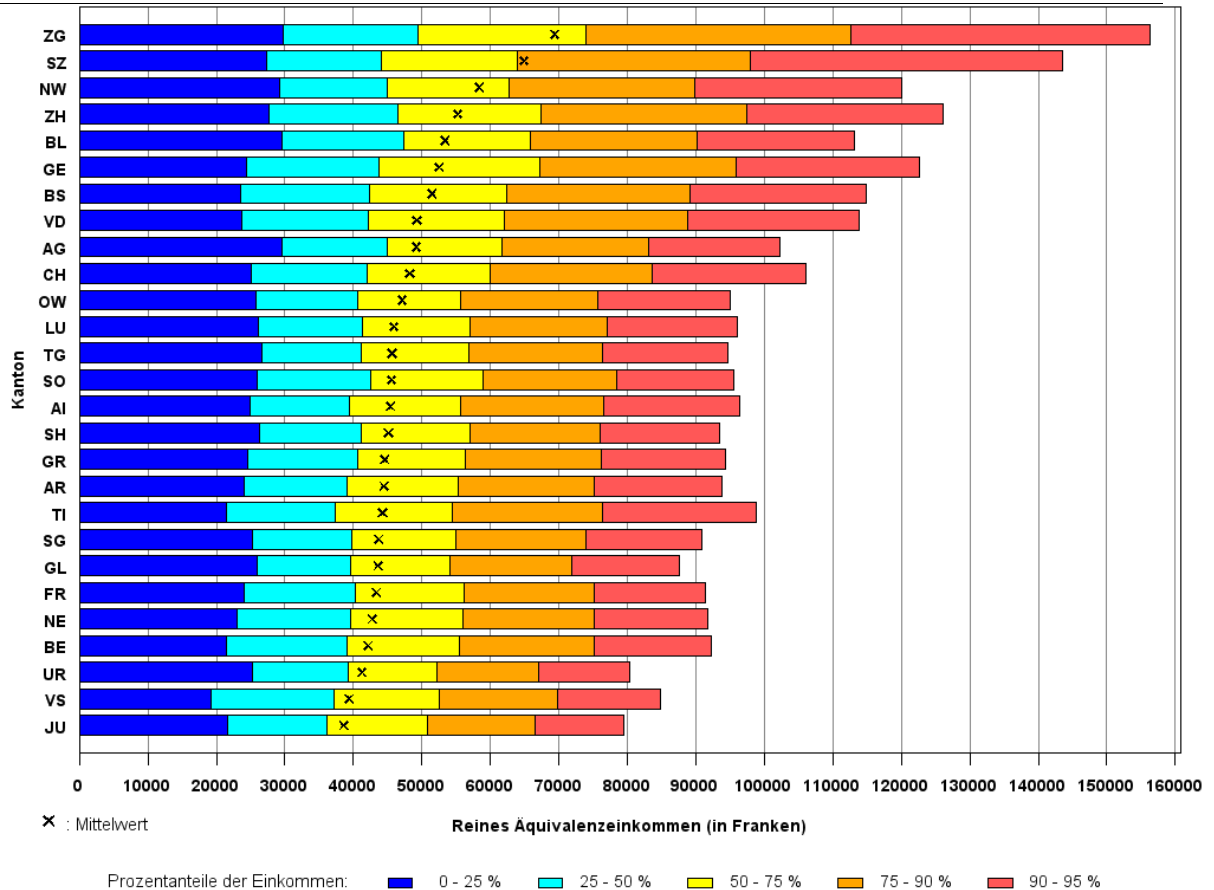
Quelle: Steuerdaten direkte Bundessteuer 2010; eigene Auswertung.

Quelle/Source: ESTV, 2010 Kartengrundlage: ©BFS, ThemaKart

## 6.2.2 Einkommensungleichheit in den Kantonen

Die Abbildung 6.9 zeigt die Verteilung der Einkommen in den Kantonen bis zum 95. Perzentil (jedes Kantons). Die grösste Streuung weisen die Beträge in den Kantonen Zug (das 95. Perzentil liegt dort bei 156 300 Franken) und Schwyz (143 600 Franken) auf. In den Kantonen Jura (das 95. Perzentil liegt dort bei 79 500 Franken) und Uri (80 400 Franken) ist die Streuung nur fast halb so gross.

Abbildung 6.9: Verteilung der reinen Äquivalenzeinkommen in den Kantonen, 2010



Quelle: Steuerdaten direkte Bundessteuer 2010; eigene Auswertung.

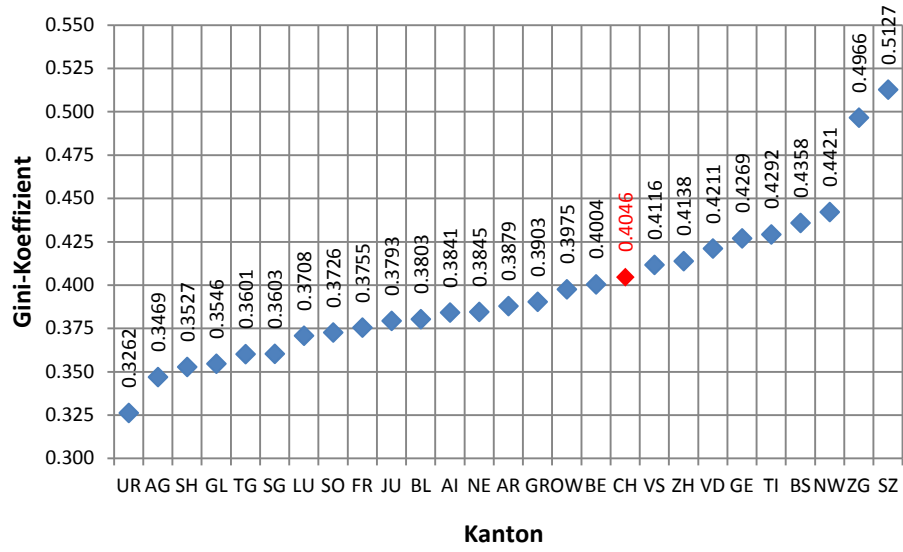
Bemerkung: Die Kantone sind in absteigender Reihenfolge der Mittelwerte aufgeführt.

Lesebeispiel: Im Kanton Zug sind 25 % der reinen Äquivalenzeinkommen tiefer als 29 800 Franken (1. Quartil), 50 % tiefer als 49 500 Franken (Median), 75 % tiefer als 73 900 Franken (3. Quartil), 90 % tiefer als 112 700 Franken (9. Dezil) und 95 % tiefer als 156 300 Franken (95. Perzentil).

Der Gini-Koeffizient wird oft als Indikator für die Ungleichheit verwendet. Er variiert zwischen 0 und 1. Je näher er bei 1 liegt, desto ungleicher ist die Verteilung. In Abbildung 6.10 sind die auf Kantonsebene berechneten Gini-Koeffizienten dargestellt. Am ungleichsten sind die Einkommen in den Kantonen Schwyz (Gini-Koeffizient von 0,5127) und Zug (0,4966) und am wenigsten ungleich in den Kantonen Uri (0,3262) und Aargau (0,3469) verteilt.

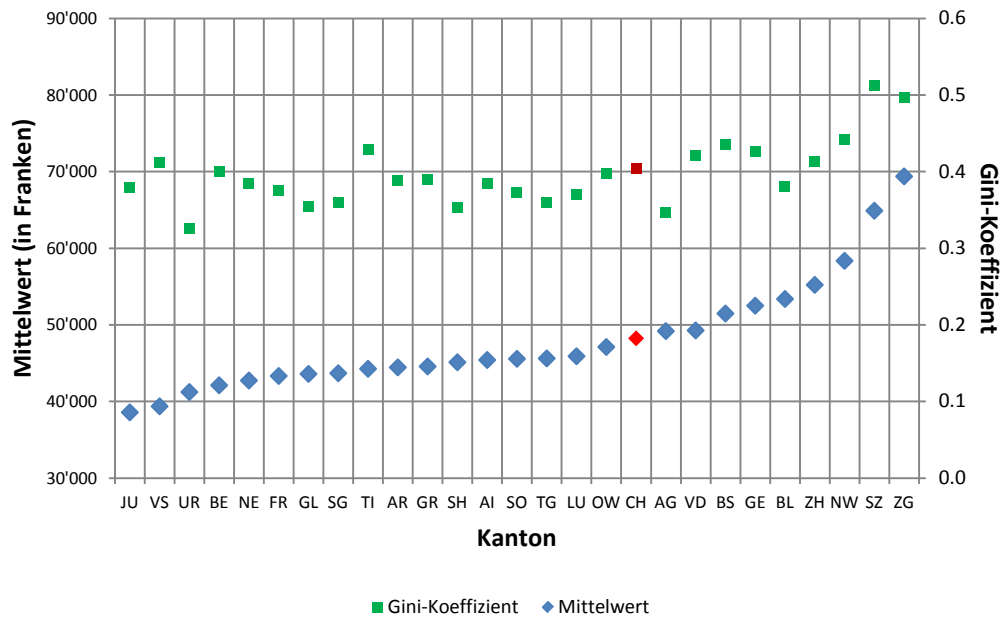
Die Ungleichheit ist im Allgemeinen in den einkommensstarken Kantonen am höchsten (Korrelation von +0,77 zwischen dem Gini-Koeffizienten und dem Mittelwert) (siehe Abbildung 6.11). Eine Ausnahme stellen jedoch die Kantone Basel-Landschaft und Aargau dar, die einen Gini-Koeffizienten unter jenem für alle Einkommen der Schweiz aufweisen, während das Durchschnittseinkommen über dem schweizerischen Mittel liegt. In diesem Sinn ebenfalls speziell sind die Kantone Tessin und Valais, die eine höhere Ungleichheit aufweisen, obwohl das Einkommensniveau unter dem schweizerischen Durchschnitt liegt.

Abbildung 6.10: Gini-Koeffizienten der reinen Äquivalenzeinkommen nach Kantonen, 2010

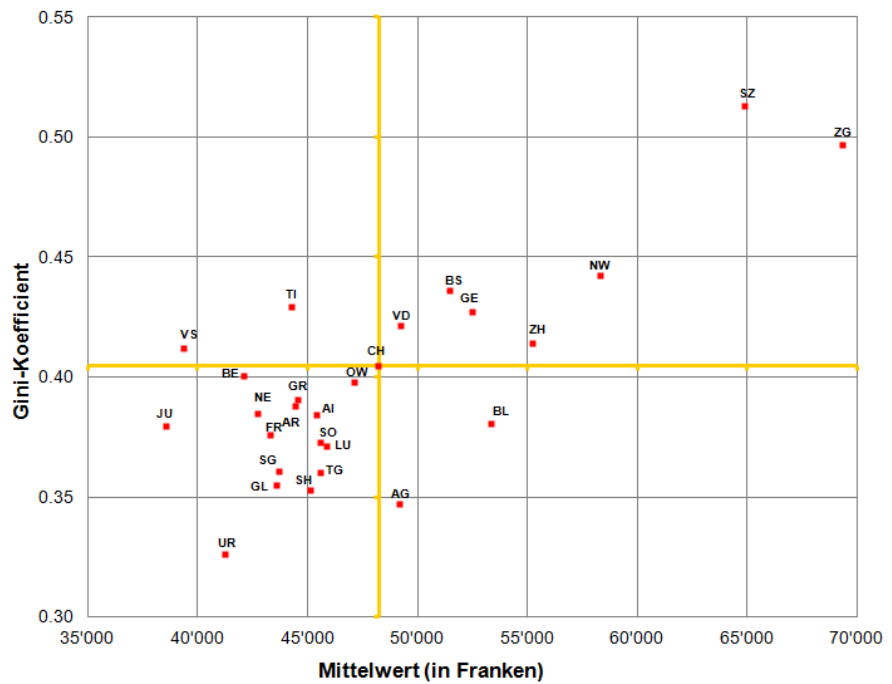


Quelle: Steuerdaten direkte Bundessteuer 2010; eigene Auswertung.

**Abbildung 6.11: Vergleich der Mittelwerte und der Ungleichheiten der reinen Äquivalenzeinkommen der Kantone, 2010**



Kt.	Mittelwert	Gini-Koeffizient
ZH	55'222	0.4138
BE	42'120	0.4004
LU	45'905	0.3708
UR	41'236	0.3262
SZ	64'897	0.5127
OW	47'116	0.3975
NW	58'358	0.4421
GL	43'601	0.3546
ZG	69'377	0.4966
FR	43'333	0.3755
SO	45'570	0.3726
BS	51'483	0.4358
BL	53'381	0.3803
SH	45'122	0.3527
AR	44'455	0.3879
AI	45'419	0.3841
SG	43'689	0.3603
GR	44'576	0.3903
AG	49'187	0.3469
TG	45'624	0.3601
TI	44'267	0.4292
VD	49'275	0.4211
VS	39'372	0.4116
NE	42'740	0.3845
GE	52'506	0.4269
JU	38'585	0.3793
CH	48'246	0.4046
Korrelationskoeffizient		0.77



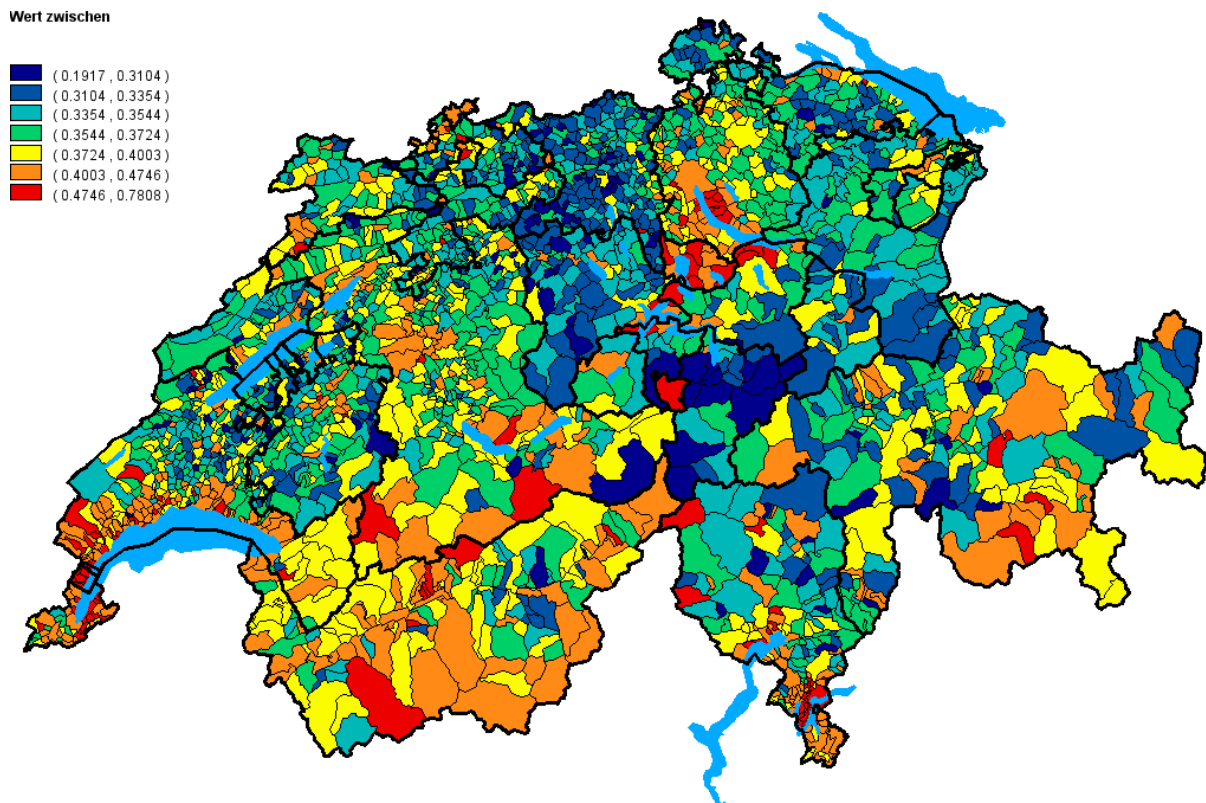
Quelle: Steuerdaten direkte Bundessteuer 2010; eigene Auswertung.

### 6.2.3 Einkommensungleichheit in den Gemeinden

Die thematische Karte der Schweiz in Abbildung 6.12 zeigt die Werte der Gini-Koeffizienten der Einkommensverteilung einer jeden Gemeinde. Die Gemeinden werden nach den gleichen Grundsätzen eingeteilt wie bei der Darstellung der Mittel- und Medianeinkommen nach Gemeinden.

Die Einkommensungleichheit fällt rund um die grossen Städte, in der Genfer- und Zürichseeregion sowie in den alpinen Gemeinden im Berner Oberland, dem Wallis und der Waadt am ausgeprägtesten aus. Die Korrelation zwischen Gini und Durchschnittseinkommen ist in den Gemeinden allerdings weniger gross als in den Kantonen (Korrelation von +0,33; siehe Abbildung 6.13).

**Abbildung 6.12: Gini-Koeffizienten der reinen Äquivalenzeinkommen nach Gemeinden, 2010**

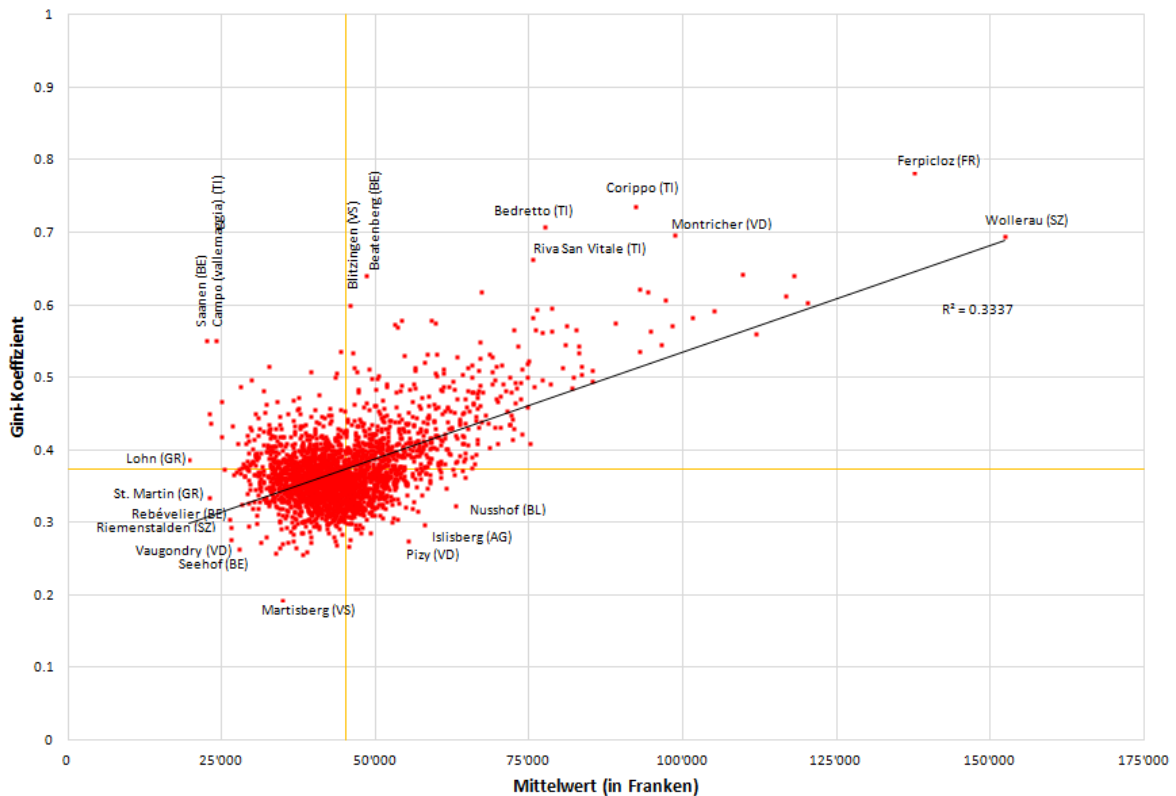


Quelle/Source: ESTV, 2010 Kartengrundlage: © BFS, ThemaKart

Quelle: Steuerdaten direkte Bundessteuer 2007-2010; eigene Auswertung.



**Abbildung 6.13: Vergleich der Mittelwerte und der Ungleichheiten der reinen Äquivalenzeinkommen der Gemeinden, 2010**



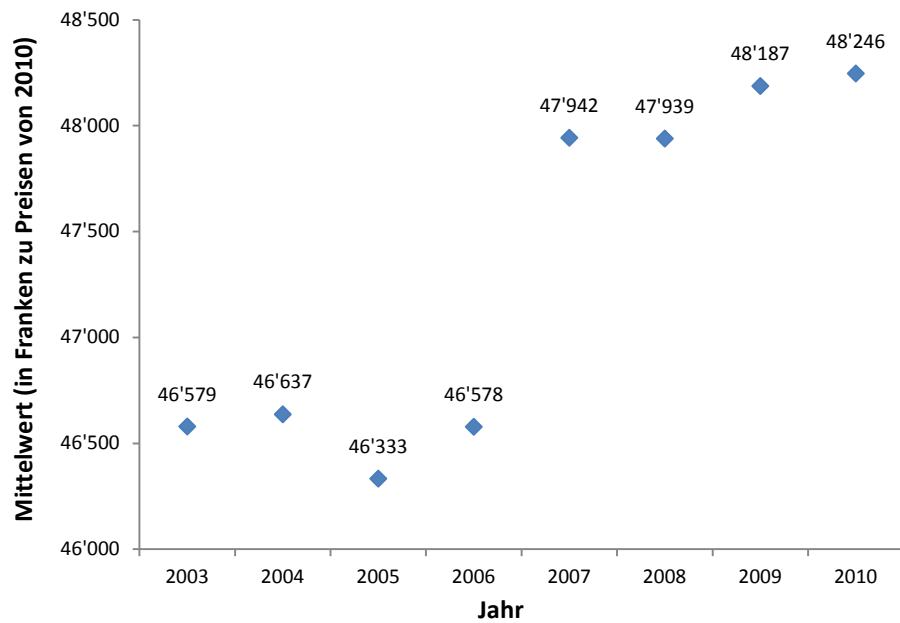
Quelle: Steuerdaten direkte Bundessteuer 2010; eigene Auswertung.

## 6.3 Entwicklung der Einkommensverteilung

### 6.3.1 Gesamtschweizerische Entwicklung

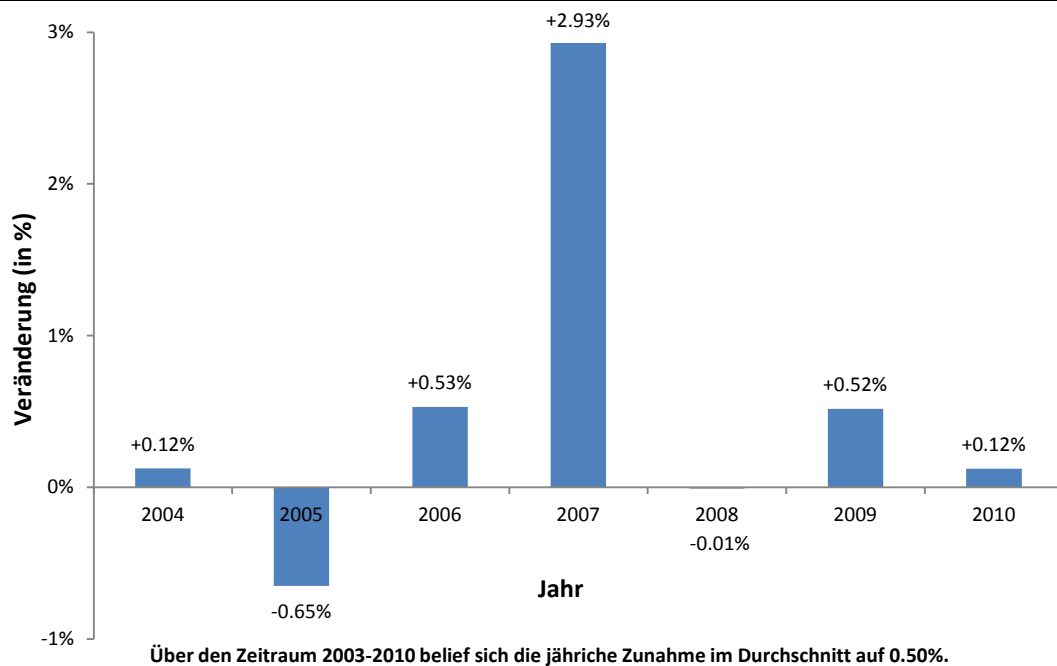
Im Zeitraum von 2003 bis 2010 ist das Einkommensniveau real (d.h. nach Berücksichtigung des Anstiegs des Landesindex der Konsumentenpreise) nur geringfügig angestiegen; der Mittelwert (geometrisches Jahresmittel) hat jährlich lediglich um 0,50 % (nominal jährlich um 1,43 %) und der Medianwert pro Jahr nur um 0,33 % (nominal jährlich um 1,25 %) zugenommen. Zunahmen wurden insbesondere in den Jahren 2006/2007 und 2009 verzeichnet, während die realen Einkommen in den übrigen Jahren stagniert oder im Jahr 2005 gar abgenommen haben (siehe Abbildung 6.14 bis 6.17). Es gilt zu beachten, dass bei den Daten der Jahre 2003 bis 2006 für einkommensschwache Steuerpflichtige, die keine direkte Bundessteuer bezahlen, möglicherweise Qualitätsdefizite bestehen (in diesen Jahren wurde die Anpassung an die neuen Vorgaben des interkantonalen Finanzausgleichs vorgenommen). Die diesbezüglichen Ergebnisse sind daher vorsichtig zu interpretieren.

**Abbildung 6.14: Entwicklung der durchschnittlichen reinen Äquivalenzeinkommen in der Schweiz, 2003 bis 2010 (zu Preisen von 2010)**



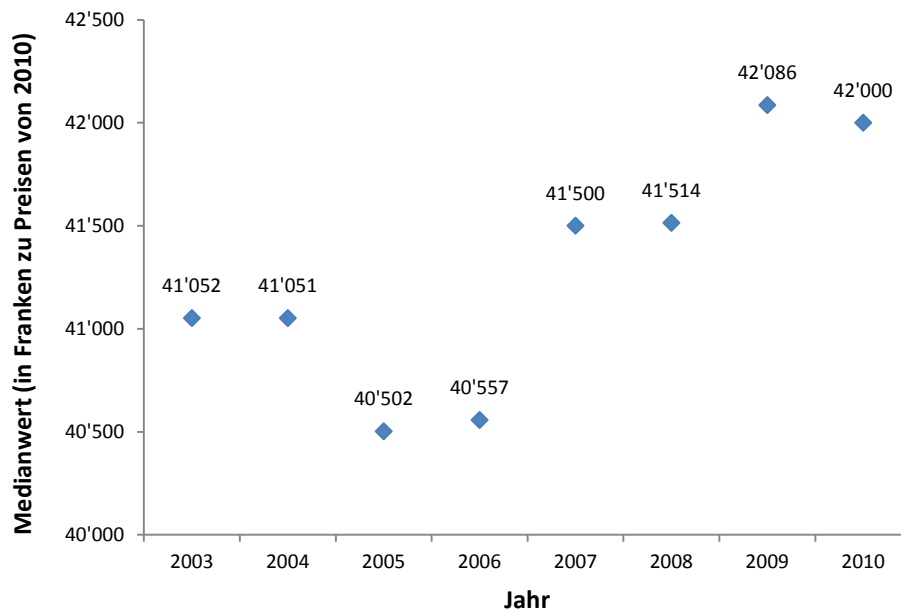
Quelle: Steuerdaten direkte Bundessteuer 2003-2010; eigene Auswertung.

**Abbildung 6.15: Jährliche Veränderung der durchschnittlichen reinen Äquivalenzeinkommen in der Schweiz, 2003 bis 2010 (zu Preisen von 2010)**



Quelle: Steuerdaten direkte Bundessteuer 2003-2010; eigene Auswertung.

**Abbildung 6.16: Entwicklung der reinen Äquivalenzeinkommen in der Schweiz, Medianwerte 2003 bis 2010 (zu konstanten Preisen, Referenzjahr 2010)**



Quelle: Steuerdaten direkte Bundessteuer 2003-2010; eigene Auswertung.

**Abbildung 6.17: Jährliche Veränderung der Medianwerte der reinen Äquivalenzeinkommen in der Schweiz 2003 bis 2010 (zu konstanten Preisen, Referenzjahr 2010)**

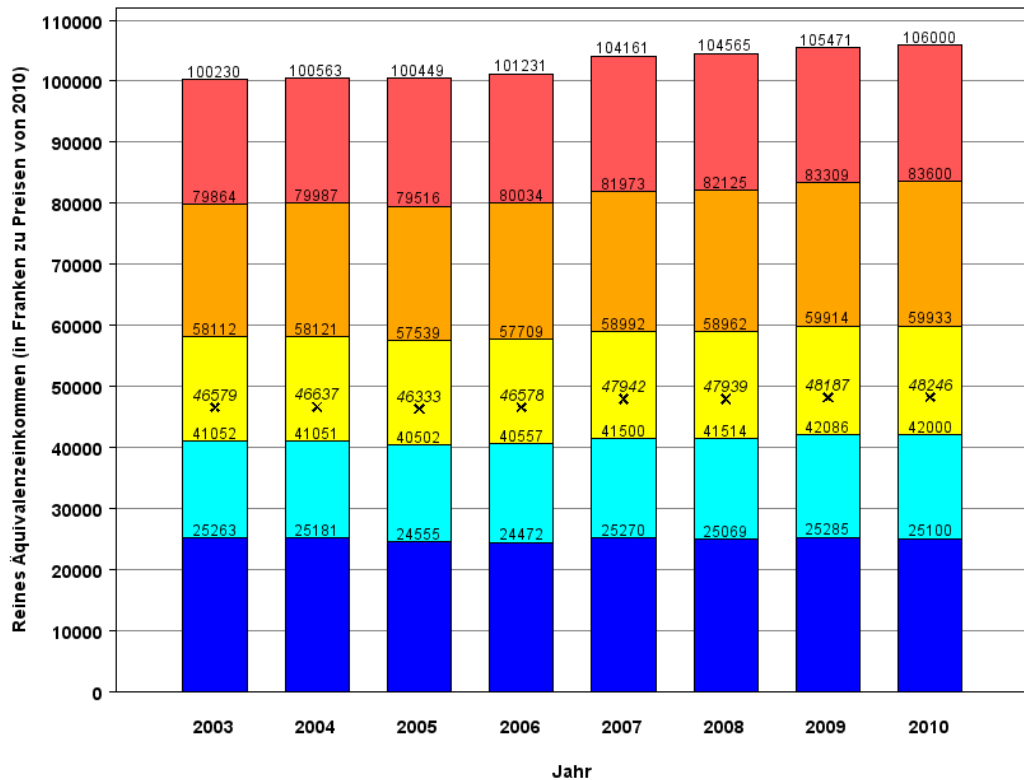


Quelle: Steuerdaten direkte Bundessteuer 2003-2010; eigene Auswertung.

Die Abbildung 6.18 zeigt die Entwicklung der Einkommensverteilung von 2003 bis 2010, indem die Werte ausgewählter Perzentilen für die verschiedenen Jahre dargestellt werden. Dabei wird deutlich, dass die oberen Perzentilen in den betrachteten 7 Jahren stärker zugenommen haben: Real ist das 95. Perzentil von 100 200 auf 106 000 Franken (+0,80 % pro Jahr), das 9. Dezil von 79 900 auf 83 600 Franken (+0,66 % pro Jahr), das 3. Quartil von 58 100 auf 60 000 Franken (+0,44 % pro Jahr) und der Medianwert von 41 100 auf 42 000 Franken (+0,33 pro Jahr) angestiegen. Für das 1. Quartil wurde hingegen in diesem Zeitraum real ein Rückgang von 25 300 auf 25 100 Franken (-0,09 % pro

Jahr) gemessen. Zu beachten ist, dass der Rückgang bei der Einkommensverteilung in den Jahren 2005/2006 möglicherweise auf Mängel bei der Datenqualität (bei einkommensschwachen Steuerpflichtigen, die keine Steuern zu entrichten haben) in den Jahren 2003 und 2004 zurückzuführen ist.

**Abbildung 6.18: Entwicklung der Verteilung der reinen Äquivalenzeinkommen 2003 bis 2010 (zu Preisen von 2010)**



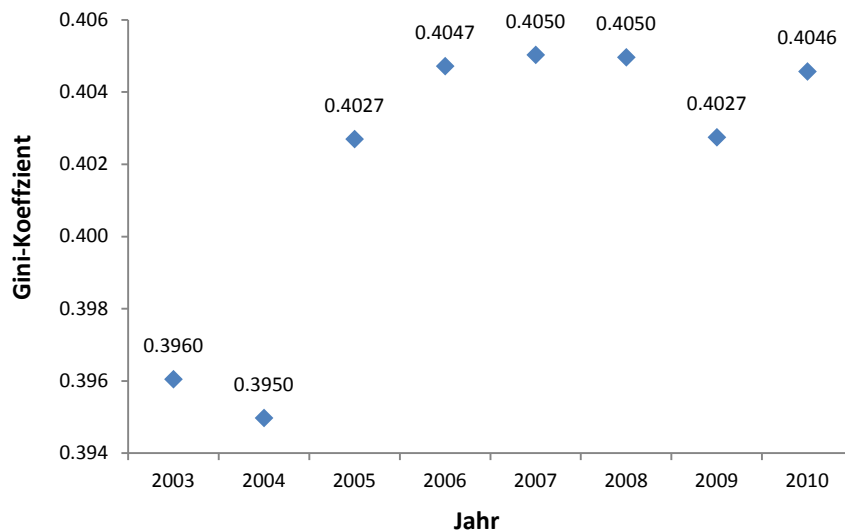
x : Mittelwert

Prozentanteile der Einkommen: ■ 0 - 25 % ■ 25 - 50 % ■ 50 - 75 % ■ 75 - 90 % ■ 90 - 95 %

Quelle: Steuerdaten direkte Bundessteuer 2003-2010; eigene Auswertung.

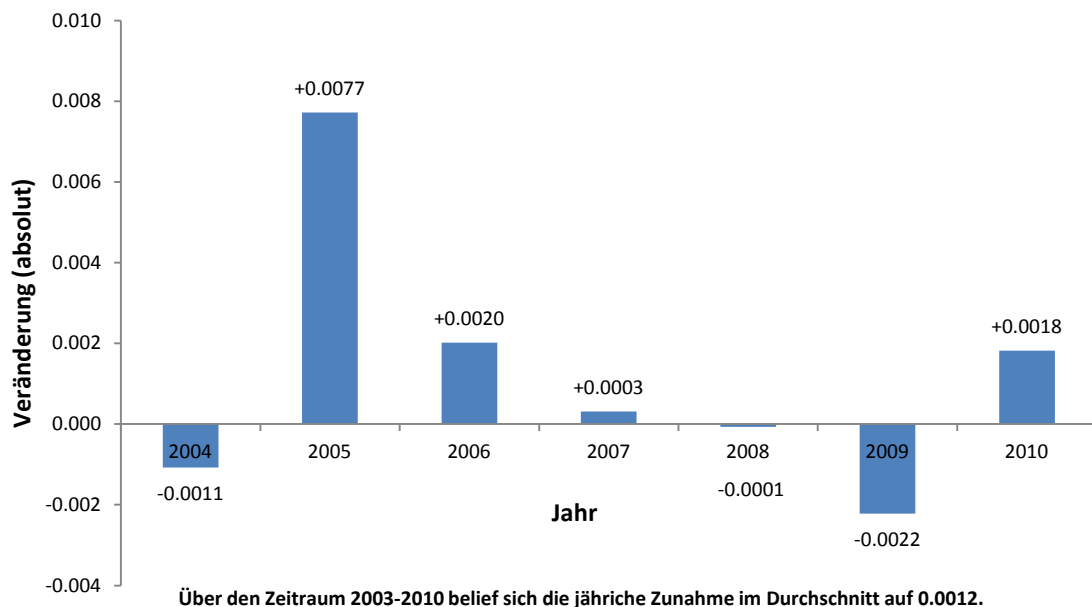
Der Gini-Koeffizient weist seit 2006 nur kleine Veränderungen auf (zwischen 0,4046 und 0,4050). Eine Ausnahme stellt das Jahr 2009 dar, wo ein deutlicher Rückgang der Ungleichheit gemessen wurde (Koeffizient 0,4027) (siehe Abbildungen 6.19 und 6.20). Die tiefen Werte der Jahre 2003, 2004 und 2005 lassen sich nicht abschliessend beurteilen, da sie möglicherweise auf die teilweise reduzierte Datenqualität der einkommensschwachen Steuerpflichtigen, die keine Steuern bezahlen, zurückzuführen sein könnten.

**Abbildung 6.19: Entwicklung der Gini-Koeffizienten der reinen Äquivalenzeinkommen in der Schweiz 2003 bis 2010**



Quelle: Steuerdaten direkte Bundessteuer 2003-2010; eigene Auswertung.

**Abbildung 6.20: Jährliche Veränderung der Gini-Koeffizienten der reinen Äquivalenzeinkommen in der Schweiz 2003 bis 2010**



Quelle: Steuerdaten direkte Bundessteuer 2003-2010; eigene Auswertung.

### 6.3.2 Entwicklung auf Kantons- und Gemeindeebene

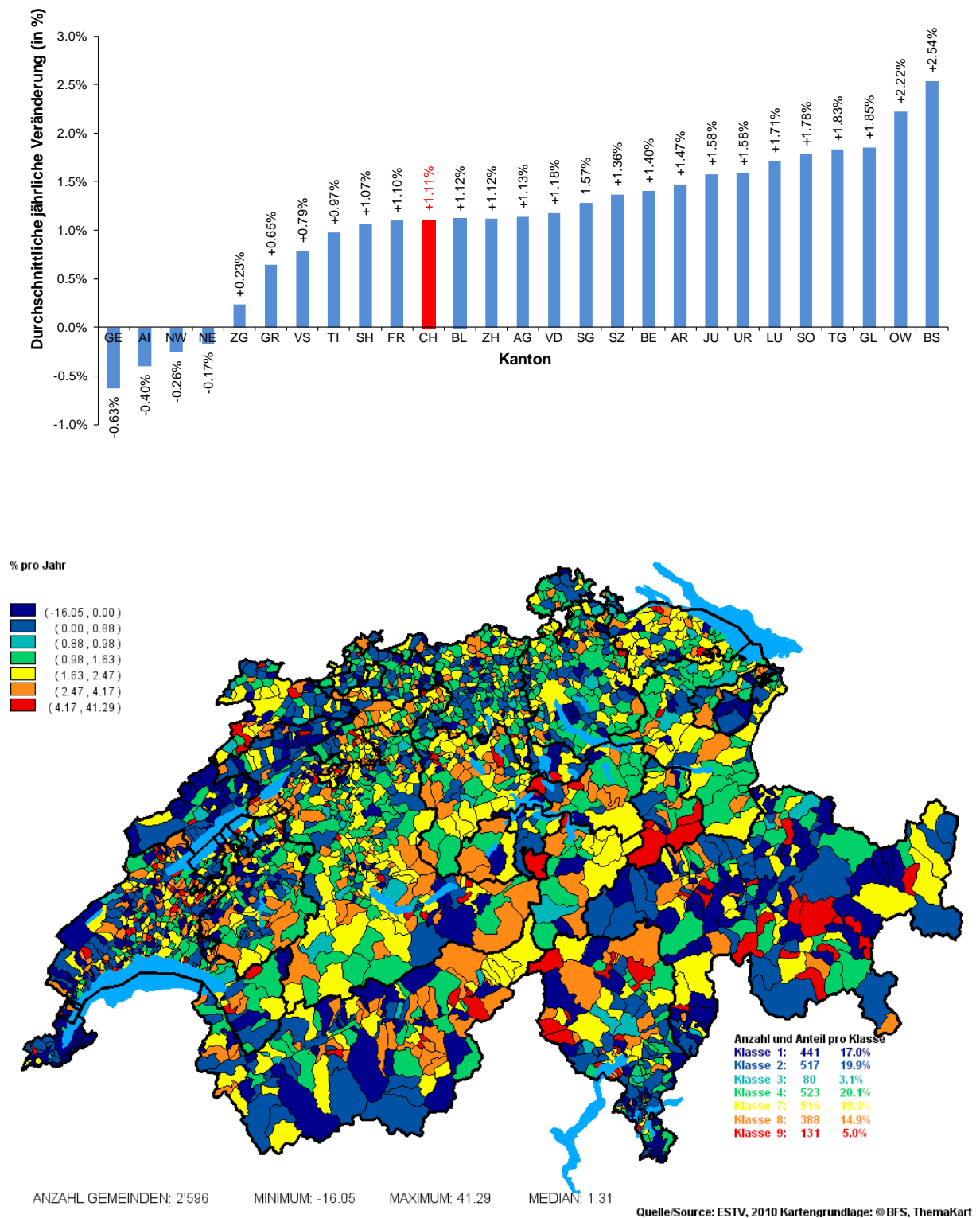
Die nachfolgenden Abbildungen vermitteln ein Bild über die unterschiedlichen Entwicklungen des Einkommensniveaus in den verschiedenen Landesteilen. Angegeben sind die jüngsten jährlichen Veränderungsdaten von 2007 bis 2010, die Mittel- und Medianwerte (geometrisches Jahresmittel) und die Gini-Koeffizienten (arithmetisches Jahresmittel) auf Kantons- oder Gemeindeebene. In kleinen Gemeinden kann der Zu- oder Wegzug einzelner einkommensstarker Steuerpflichtiger zu merklichen Veränderungen der Durchschnittseinkommen und der Gini-Koeffizienten führen.

Der stärkste Einkommenszuwachs der Schweiz wurde in den Kantonen Basel-Stadt (Mittelwert +2,54 % pro Jahr; Medianwert +1,80 % pro Jahr) und Obwalden (Mittelwert +2,22 % pro Jahr; Medianwert +2,11 % pro Jahr) verzeichnet. In den Kantonen Genf, Appenzell Innerrhoden, Nidwalden und Neuenburg ist der Mittelwert zurückgegangen; in den Kantonen Zug, Graubünden und Wallis hat er zugenommen, jedoch weniger als die Lebenshaltungskosten (+0,88 % im Durchschnitt pro Jahr). Der Medianwert ist in allen Kantonen nominal angestiegen, in den Kantonen Neuenburg, Genf, Appenzell Ausserrhoden, Tessin und Graubünden real jedoch nicht (dort ist die Zunahme kleiner als jene der Lebenshaltungskosten).

Die Entwicklung des Einkommensniveaus in den Gemeinden wird auf den thematischen Karten der Schweiz ersichtlich. Im Zeitraum von 2007 bis 2010 hat das Durchschnittseinkommen in 17,0 % der Gemeinden nominal abgenommen (Gemeinden auf der Karte marineblau wiedergegeben). In 19,9 % der Gemeinde hat es zugenommen, jedoch weniger als die Lebenshaltungskosten (Gemeinden auf der Karte kobaltblau wiedergegeben). Der Medianwert der Einkommen ist in 13,6 % der Gemeinden zurückgegangen und in 20,7 % der Gemeinden ist er weniger als die Lebenshaltungskosten angestiegen.

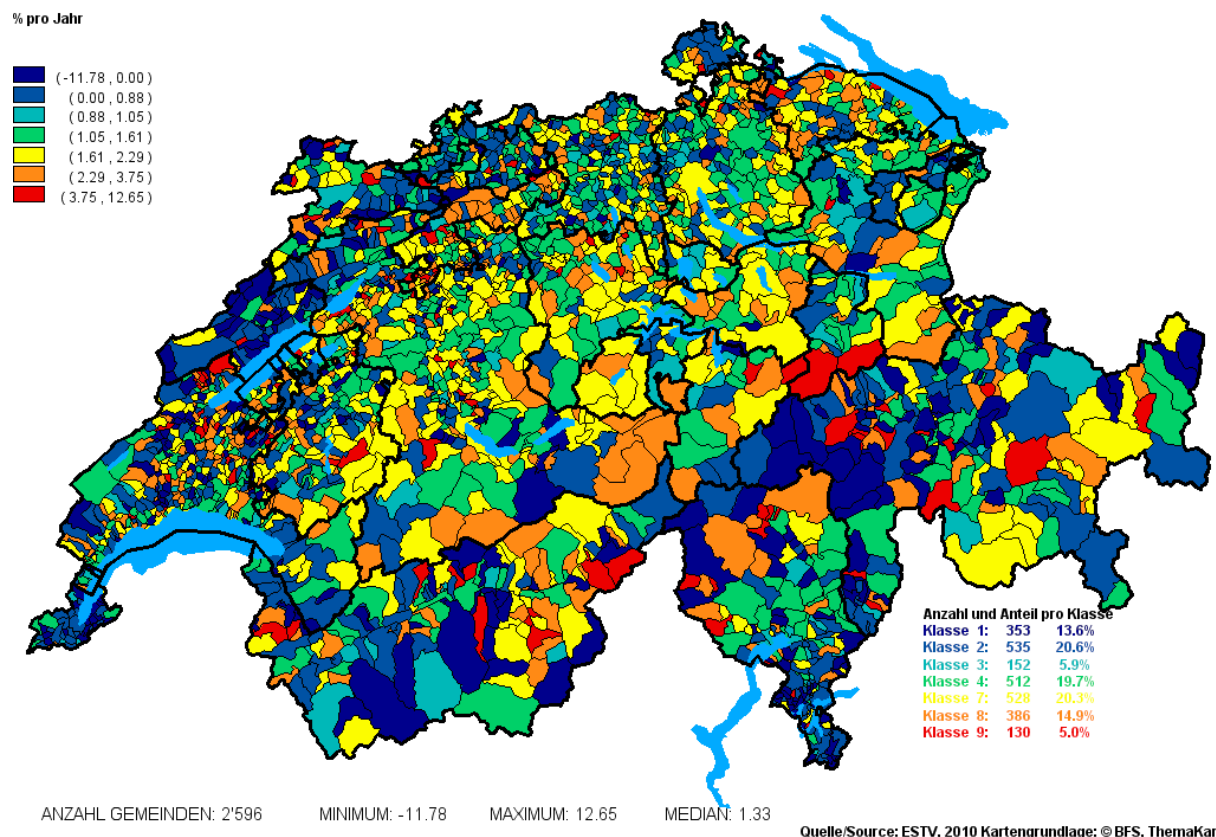
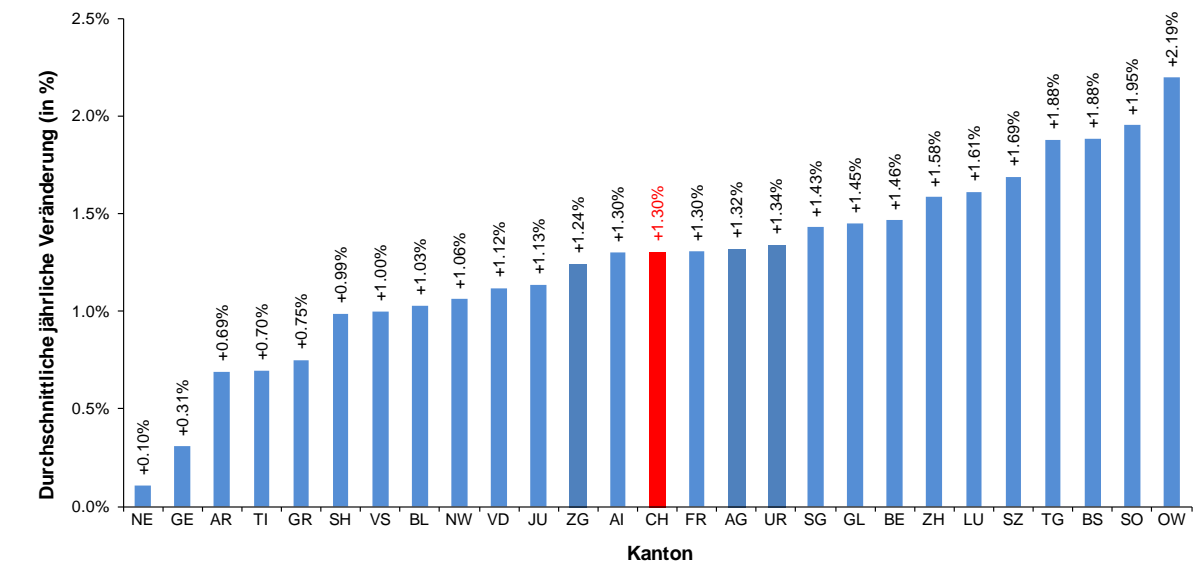
Gemessen am Gini-Koeffizienten ist die Ungleichheit seit 2007 in 14 Kantonen angestiegen, insbesondere im Tessin, Glarus und Appenzell Ausserrhoden, und hat in 12 Kantonen abgenommen, vor allem in Appenzell Innerrhoden und Nidwalden. Auf Gemeindeebene hat die Ungleichheit, basierend auf den Schätzungen, in 42,4 % der Schweizer Gemeinden abgenommen.

**Abbildung 6.21: Durchschnittliche jährliche Veränderung der nominalen Mittelwerte der reinen Äquivalenzeinkommen 2007 bis 2010, nach Kantonen und Gemeinden**



Quelle: Steuerdaten direkte Bundessteuer 2007-2010; eigene Auswertung.

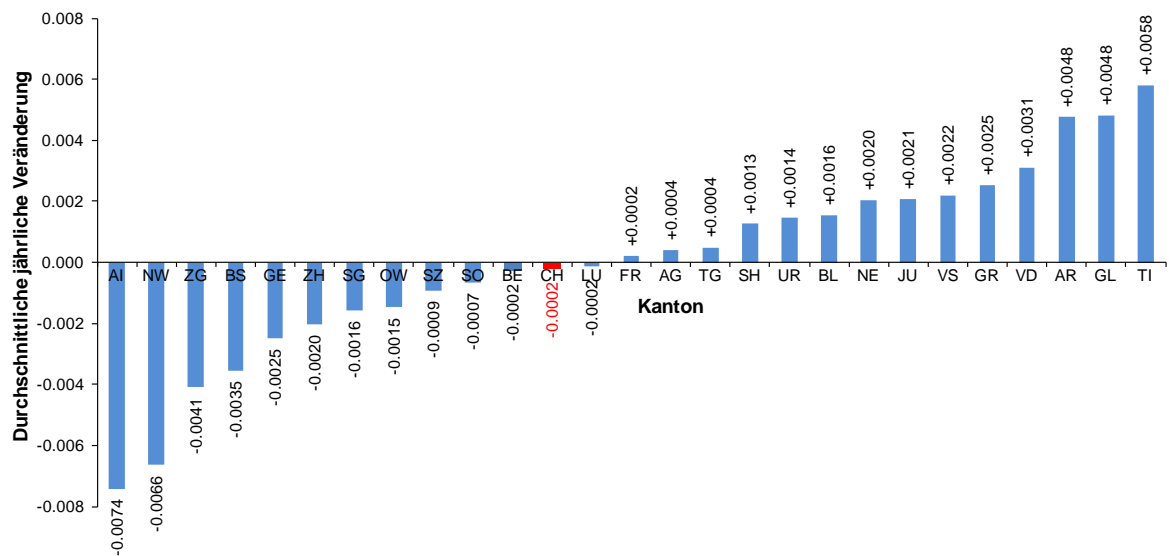
Abbildung 6.22: Durchschnittliche jährliche Veränderung der nominalen Medianwerte der reinen Äquivalenzeinkommen 2007 bis 2010, nach Kantonen und Gemeinden



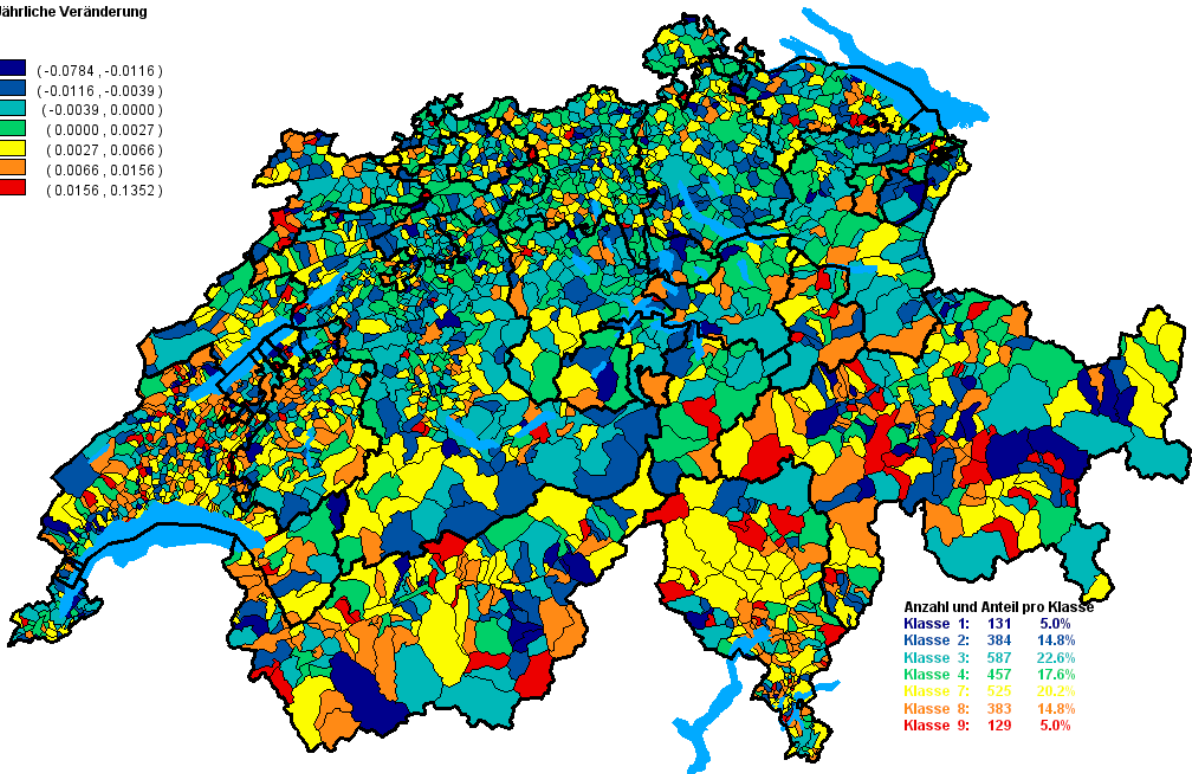
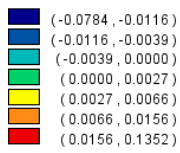
Quelle: Steuerdaten direkte Bundessteuer 2007-2010; eigene Auswertung.



**Abbildung 6.23: Durchschnittliche jährliche Veränderung des Gini-Koeffizienten der reinen Äquivalenzeinkommen 2007 bis 2010, nach Kantonen und Gemeinden**



**Jährliche Veränderung**



**Anzahl und Anteil pro Klasse**

Klasse 1:	131	5.0%
Klasse 2:	384	14.8%
Klasse 3:	587	22.6%
Klasse 4:	457	17.6%
Klasse 7:	525	20.2%
Klasse 8:	383	14.8%
Klasse 9:	129	5.0%

ANZAHL GEMEINDEN: 2'596    MINIMUM: -0.0784    MAXIMUM: 0.1352    MEDIAN: 0.0011

Quelle/Source: ESTV, 2010 Kartengrundlage: © BFS, ThemaKart

Quelle: Steuerdaten direkte Bundessteuer 2007-2010; eigene Auswertung.

# 7 Verteilung der Vermögen

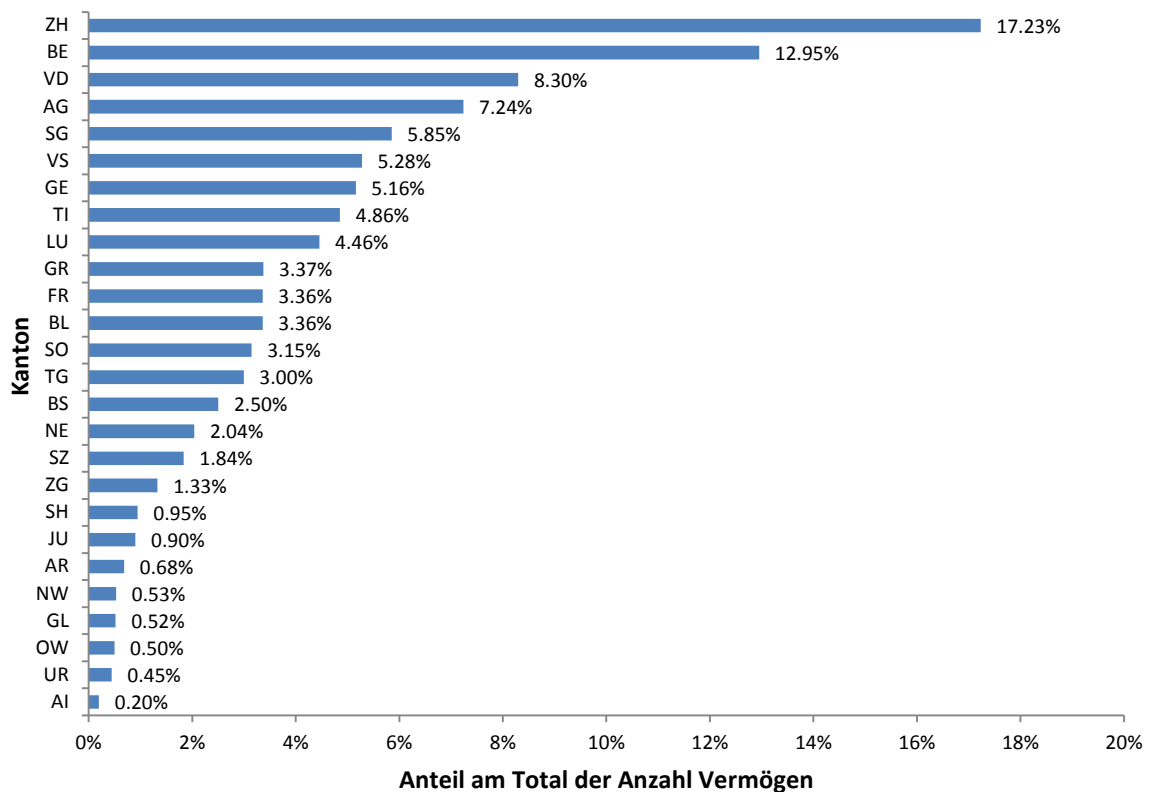
## 7.1 Untersuchte Vermögen

Seit 2003 erhebt die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) bei den kantonalen Veranlagungsbehörden jedes Jahr aggregierte Daten über das Vermögen der Steuerpflichtigen. Diese Daten beruhen auf einer für alle Kantone einheitlichen Vermögensdefinition, die den Vorgaben des Finanzausgleichs entspricht (siehe nachfolgenden Text im Kasten)

In diesem Kapitel werden die neusten verfügbaren Informationen der Steuerstatistik ausgewertet, um die Vermögen der natürlichen Personen in den Kantonen vergleichen zu können (Jahr 2010). Zudem wird die Vermögensentwicklung seit 2003 analysiert. Insgesamt wurden im Jahr 2010 in der Schweiz 4 950 398 Vermögenseinheiten erfasst. In der Abbildung 7.1 ist die Verteilung der Vermögen nach Kantonen dargestellt. Die Kantone Zürich und Bern vereinen zusammen mehr als 30 % der Vermögenseinheiten (Zürich 17,23 % und Bern 12,95 %).

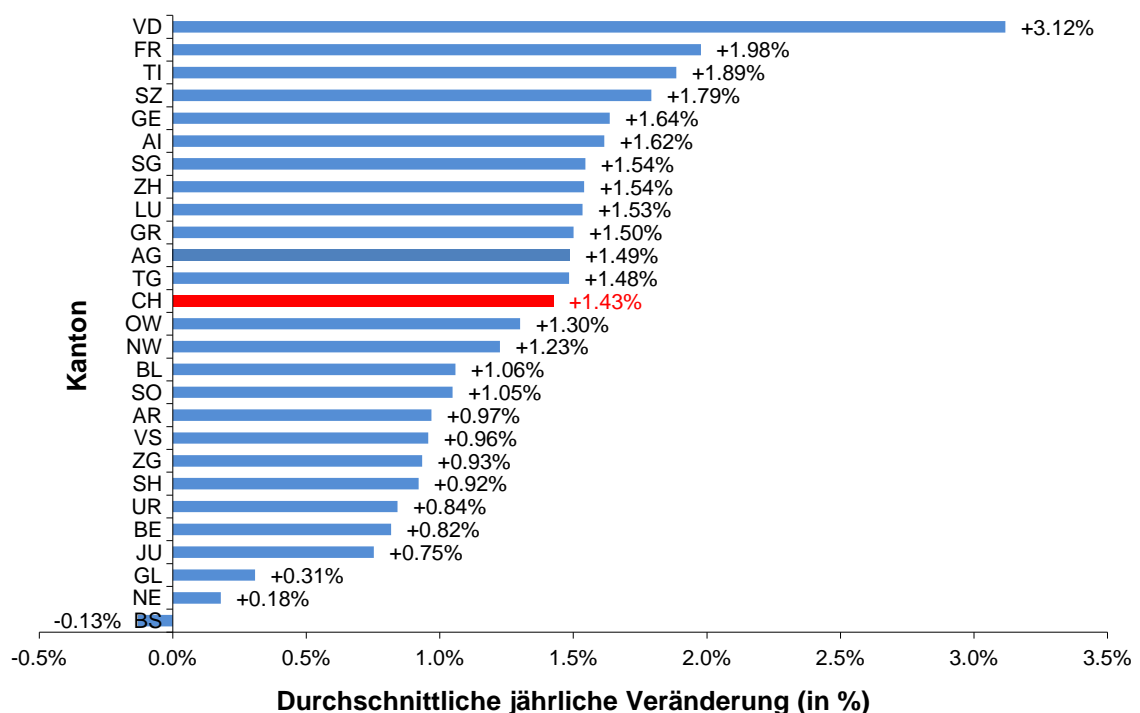
Im Vergleich zu 2003 hat die Anzahl Vermögen in der Schweiz jährlich im Durchschnitt um 1,43 % zugenommen (siehe Abbildung 7.2). Im Kanton Waadt war der Zuwachs besonders gross (+3,12 % im Durchschnitt pro Jahr), während in den Kantonen Neuenburg (+0,18 % im Durchschnitt pro Jahr) und Glarus (+0,31 % im Durchschnitt pro Jahr) nur eine moderate Zunahme und in Basel-Landschaft gar ein Negativwachstum zu verzeichnen war (die Anzahl kantonale Vermögen nahm jährlich im Durchschnitt um 0,13 % ab).

**Abbildung 7.1: Verteilung der berücksichtigten Vermögenseinheiten nach Kantonen, 2010**



Quelle: Vermögenssteuerstatistik der ESTV, 2010; eigene Auswertung.

**Abbildung 7.2: Durchschnittliches jährliches Wachstum der Zahl der Vermögenseinheiten, 2003 bis 2010**



Quelle: Vermögenssteuerstatistik der ESTV, 2010; eigene Auswertung.

### Der Begriff Vermögen in der Steuerstatistik

Im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA) haben die kantonalen Veranlagungsbehörden der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) jährlich Informationen über das Vermögen der Steuerpflichtigen zu melden. Die ESTV veröffentlicht die erhobenen Informationen jedes Jahr auf ihrer Internetseite.

Gemeldet wird das Reinvermögen (Aktiven abzüglich Passiven, vor Berücksichtigung der für die Vermögenssteuer zulässigen Sozialabzüge) der natürlichen Personen am 31. Dezember. Die Meldungen erfolgen in aggregierter Form nach Vermögensstufen und enthalten keine sozioökonomischen Angaben über die Vermögensbesitzerinnen und -besitzer wie Alter, Zivilstand (alleinstehend oder verheiratet) oder Wohnsitzstaat (Schweiz oder Ausland).

Bemessungsgrundlage für die Vermögenssteuer ist nur ein Teil des Reinvermögens der privaten Haushalte. Bestimmte Vermögensteile werden in der Statistik nicht (insbesondere die Ansprüche aus der 2. und 3. Säule) oder nur teilweise (wie der Sparteil bei rückkaufsfähigen Lebensversicherungen) berücksichtigt. Zudem werden die Immobilien in der Statistik gemäss dem kantonalen Steuerwert (die Bewertung kann von Kanton zu Kanton variieren, was kantonale Vergleiche etwas verzerrt) und nicht gemäss dem in der Regel viel höheren Verkehrswert erfasst. Da schliesslich die Steuerstatistik auf den Steuererklärungen der Steuerpflichtigen beruht, ist es möglich, dass gewisse Vermögensteile nicht immer deklariert werden.

Wenn eine natürliche Person in mehreren Kantonen über Vermögen verfügt, werden die Vermögensbeträge in der Statistik auf die verschiedenen Kantone aufgeteilt. Befindet sich das Vermögen einer natürlichen Person im Ausland, werden nur die in der Schweiz steuerpflichtigen Vermögensteile berücksichtigt. Die analysierten Vermögensdaten betreffen somit die «Vermögensmenge» pro Kanton, die – um Missverständnisse zu vermeiden – auch «**kantonales Vermögen**» genannt wird.

## 7.2 Verteilung der Vermögen

Gestützt auf die Zahl der erfassten Vermögen betrug das Durchschnittsvermögen in der Schweiz am 31. Dezember 2010 290 000 Franken. Allerdings sind die Differenzen über die Kantone hinweg ausgeprägt (siehe Abbildung 7.3). Das Vermögen im vermögensstärksten Kanton (Nidwalden mit einem Durchschnittsvermögen von 885 000 Franken) ist nahezu siebenmal höher als jenes im vermögensschwächsten Kanton (Jura mit einem Durchschnittsvermögen von 127 000 Franken).

*Nidwalden, Schwyz und Zug sind die reichsten Kantone*

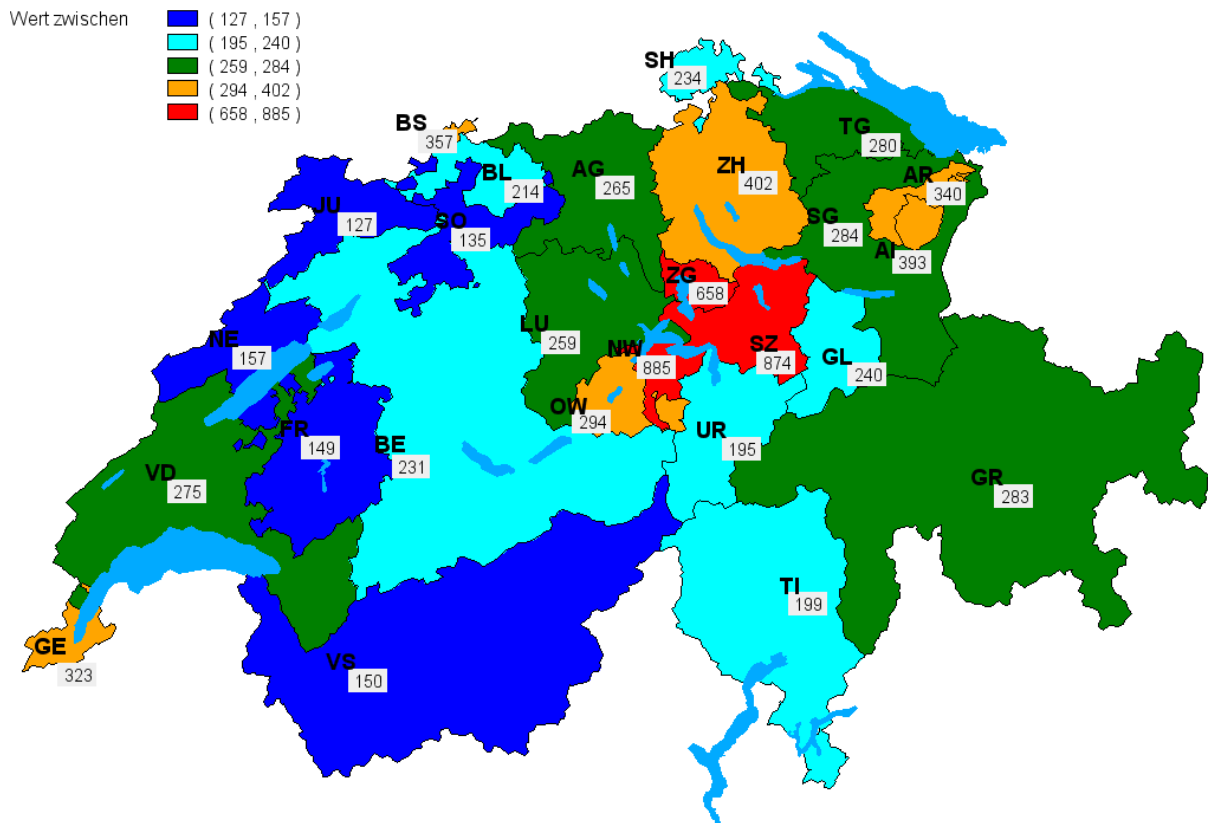
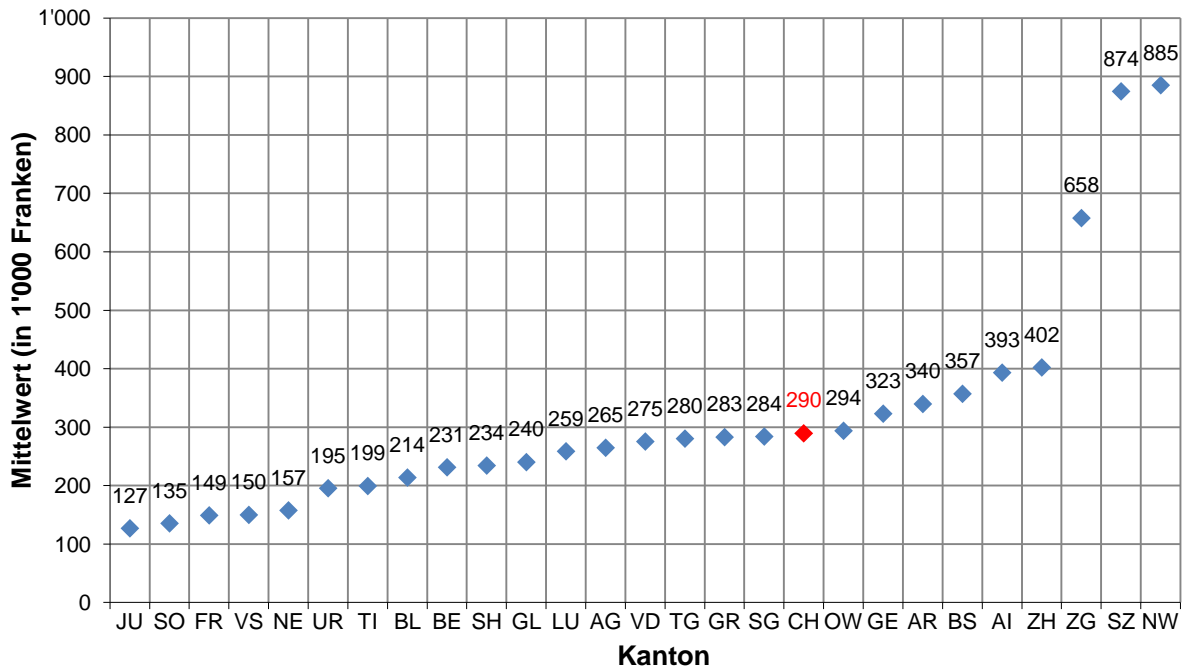
In den Kantonen Nidwalden, Schwyz und Zug liegt das Durchschnittsvermögen mit 885 000 Franken, 874 000 Franken beziehungsweise 658 000 Franken deutlich über dem schweizerischen Durchschnitt.

Werte über dem schweizerischen Durchschnitt verzeichnen auch die Kantone Zürich (402 000 Franken), Appenzell Innerrhoden (393 000 Franken), Basel-Stadt (357 000 Franken) Appenzell Ausserrhoden (340 000 Franken), Genf (323 000 Franken) und Obwalden (294 000 Franken).

*Jura, Solothurn, Freiburg, Wallis und Neuenburg sind die ärmsten Kantone*

Der vermögensschwächste Kanton ist der Jura (127 000 Franken). Ebenfalls bescheiden sind die Vermögen in den Kantonen Solothurn (135 000 Franken), Freiburg (149 000 Franken), Wallis (150 000 Franken) und Neuenburg (157 000 Franken) und in etwas kleinerem Mass in den Kantonen Uri (195 000 Franken), Tessin (199 000 Franken), Basel-Landschaft (214 000 Franken), Bern (231 000 Franken), Schaffhausen (234 000 Franken) und Glarus (240 000 Franken).

Abbildung 7.3 : Durchschnittliches kantonales Vermögen, in 1000 Franken, 2010



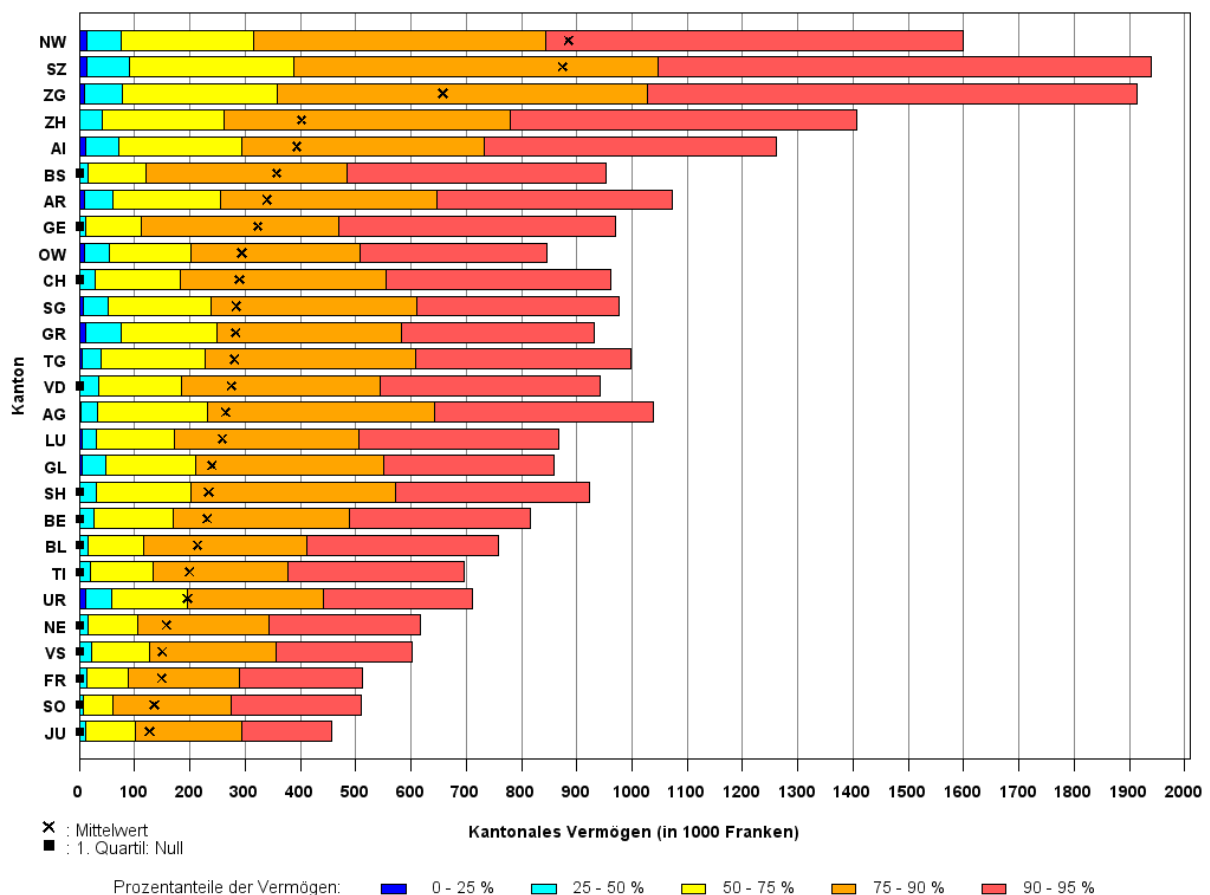
Quelle: Vermögenssteuerstatistik der ESTV, 2010; eigene Auswertung.

## Ungleiche Verteilung der Vermögen

In Abbildung 7.4 ist die Verteilung der Vermögen innerhalb der Kantone bis zum 95. Perzentil (jedes Kantons) dargestellt. Über alle Kantone hinweg betragen die Vermögen bei ungefähr einem Viertel (25,5 %) null (1. Quartil). Die eine Hälfte der Vermögen liegt unter und die andere Hälfte über 29 000 Franken (Median), und ein Viertel der Vermögen liegt über 183 000 Franken (3. Quartil). Im obersten Vermögensquartil (die 25 % höchsten Vermögen) weisen die Beträge eine grosse Streuung auf: 10 % der Vermögen liegen über 556 000 Franken (9. Dezil) und 5 % über 951 000 Franken (95. Perzentil).

Die grösste Streuung weisen die Vermögen in den Kantonen Schwyz (das 95. Perzentil beträgt 1 940 000 Franken), Zug (1 914 000 Franken), Nidwalden (1 599 000 Franken), Zürich (1 406 000 Franken) und Appenzell Innerrhoden (1 262 000 Franken) auf. In den Kantonen Jura (das 95. Perzentil beträgt dort 458 000 Franken), Solothurn (510 000 Franken), Freiburg (513 000 Franken), Wallis (601 000 Franken) und Neuenburg (617 000 Franken) ist die Streuung der Beträge hingegen zwei- bis viermal kleiner.

**Abbildung 7.4: Ungleichheiten in der Verteilung der kantonalen Vermögen, 2010**



Quelle: Vermögenssteuerstatistik der ESTV, 2010; eigene Auswertung.

Bemerkung: Die Kantone sind in absteigender Reihenfolge der kantonalen Vermögen (Mittelwerte) aufgeführt. Die Perzentile wurden, gestützt auf den aggregierten Daten, mittels quadratischer Interpolation berechnet.

Lesebeispiel: Im Kanton Nidwalden liegen 25 % der kantonalen Vermögen unter 14 000 Franken (1. Quartil), 50 % unter 75 000 Franken (Median), 75 % unter 315 000 Franken (3. Quartil) und 90 % unter 845 000 Franken (9. Dezil) und 95 % unter 1 599 000 Franken (95. Perzentil).

Die Vermögen bis zum 95. Perzentil machen nur 38 % der Gesamtmasse der Vermögen aus. Ein grosser Teil der Vermögensmasse konzentriert sich nämlich auf wenige sehr grosse Vermögen. Gesamtschweizerisch betragen 62 % der Vermögensmasse auf die obersten 5 % der Vermögen, 48 % auf die obersten 2 % der Vermögen und 40 % auf das oberste 1 % der Vermögen. Die Konzentration der Vermögen in den Kantonen ist in Tabelle 7.1 dargestellt. Am ausgeprägtesten ist sie in den Kantonen Nidwalden (64 % der Vermögensmasse vereinen sich auf 1 % der Vermögen), Basel-Stadt (57 % der Vermögensmasse vereinen sich auf 1 % der Vermögen) und Schwyz (56 % der Vermögensmasse vereinen sich auf 1 % der Vermögen). Moderater ist die Konzentration hingegen im Kanton Uri (22 % der Vermögensmasse vereinen sich auf 1 % der Vermögen).

**Tabelle 7.1: Konzentration der Vermögensmasse auf die hohen kantonalen Vermögen, 2010**

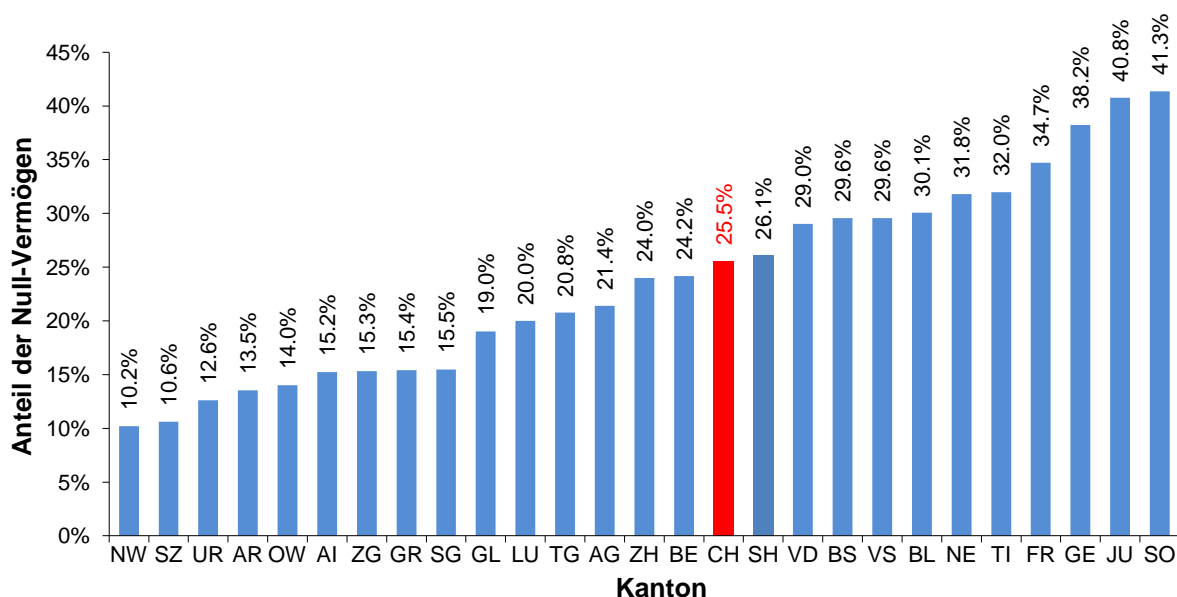
Anteil der Vermögen	Prozentanteil der Gesamtmasse der Vermögen																										
	ZH	BE	LU	UR	SZ	OW	NW	GL	ZG	FR	SO	BS	BL	SH	AR	AI	SG	GR	AG	TG	TI	VD	VS	NE	GE	JU	CH
Top 5%	61	57	60	44	74	60	79	50	67	64	67	76	64	51	58	58	53	51	51	54	61	60	51	59	75	56	62
Top 4%	57	53	56	40	71	57	77	46	64	60	63	73	60	46	54	54	50	47	46	50	57	56	47	54	71	52	58
Top 3%	53	48	51	36	68	53	74	42	59	55	58	69	56	41	50	50	45	43	41	46	53	51	42	49	67	47	54
Top 2%	47	43	46	30	64	48	70	36	54	50	51	64	49	35	45	44	40	37	35	40	47	46	36	43	61	41	48
Top 1%	37	35	37	22	56	39	64	28	44	41	42	57	41	26	37	35	31	29	27	32	37	37	27	33	51	33	40

Quelle: Vermögenssteuerstatistik der ESTV, 2010.

Bemerkung: Die Prozentanteile werden, gestützt auf den aggregierten Daten, mittels quadratischer Interpolation berechnet.

Zu beachten ist auch, dass ein beachtlicher Teil der Steuerpflichtigen kein steuerbares Vermögen vorweist. Auf nationaler Ebene betragen 25,5 % der kantonalen Vermögen null. Die Unterschiede zwischen den Kantonen sind jedoch gross. Im Kanton Nidwalden sind lediglich 10,2 % der kantonalen Vermögen null, im Kanton Schwyz 10,6 % und in Uri 12,6 %. Hingegen beträgt der Anteil der kantonalen Null-Vermögen im Kanton Genf 38,2 %, im Jura 40,8 % und im Kanton Solothurn 41,3 % (siehe Abbildung 7.5).

**Abbildung 7.5: Anteil der kantonalen Null-Vermögen, 2010**



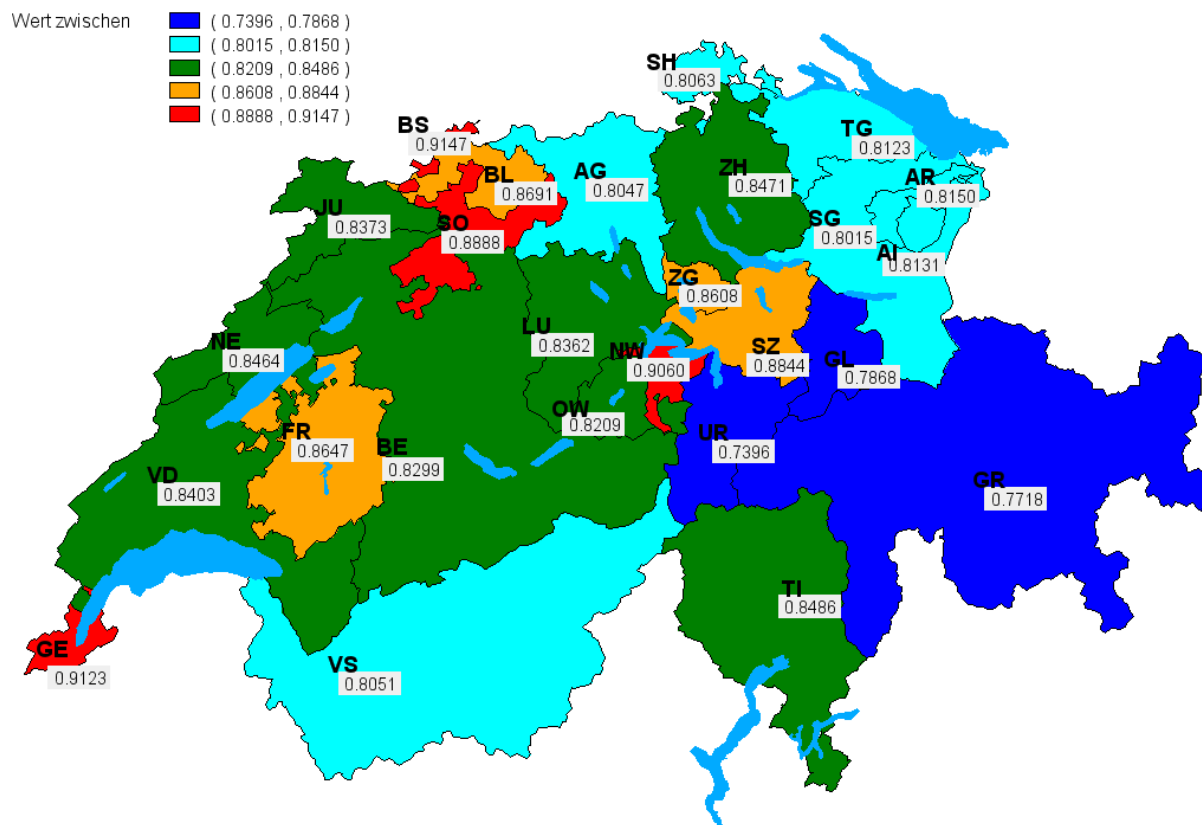
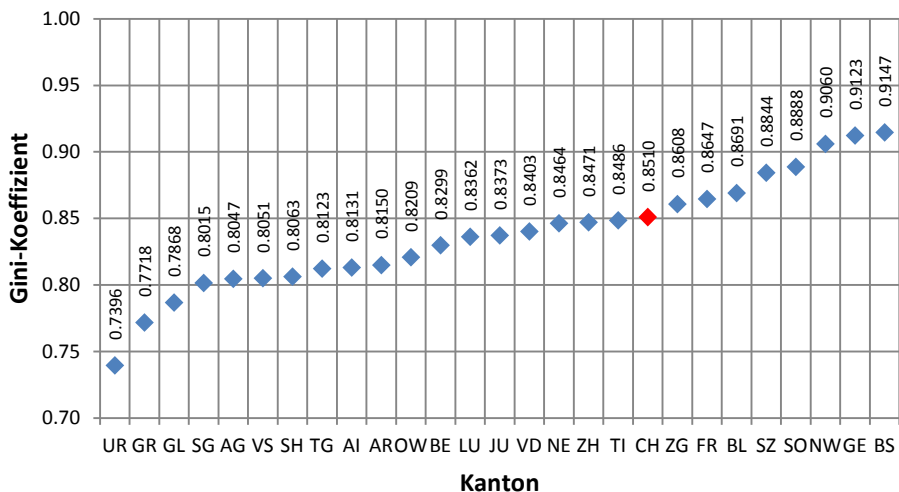
Quelle: Vermögenssteuerstatistik der ESTV, 2010; eigene Auswertung.

Als Indikator für die Ungleichheit wird oft der Gini-Koeffizient verwendet. Er variiert zwischen 0 und 1. Je näher er bei 1 liegt, desto grösser ist die Ungleichverteilung. Die Gini-Koeffizienten der kantonalen Vermögen sind in Abbildung 7.6 dargestellt. Für die gesamten Vermögen der Schweiz beträgt der Gini-Koeffizient 0,851, was auf eine grosse Ungleichheit hinweist.

Basel-Stadt, Genf, Nidwalden und Solothurn weisen die höchste, Uri, Graubünden und Glarus die tiefste Ungleichheit auf

Die Vermögen sind in den Kantonen Basel-Stadt (Ungleichheit von 0,915), Genf (0,912), Nidwalden (0,906) und Solothurn (0,889) am ungleichsten verteilt. Auch in den Kantonen Schwyz (0,884), Basel-Landschaft (0,869), Freiburg (0,865) und Zug (0,861) liegt die Vermögensungleichheit über dem schweizerischen Durchschnitt. Am wenigsten ungleich ist die Verteilung in den Kantonen Uri (Ungleichheit 0,740), Graubünden (0,772) und Glarus (0,787).

Abbildung 7.6: Gini-Koeffizienten der kantonalen Vermögen, 2010

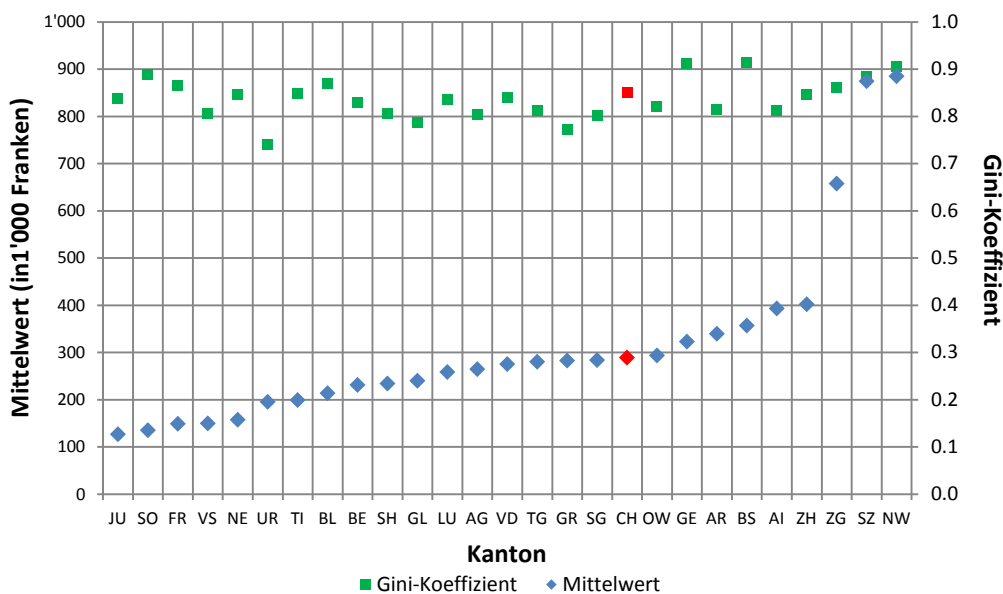


Quelle: Vermögenssteuerstatistik der ESTV, 2010; eigene Auswertung.

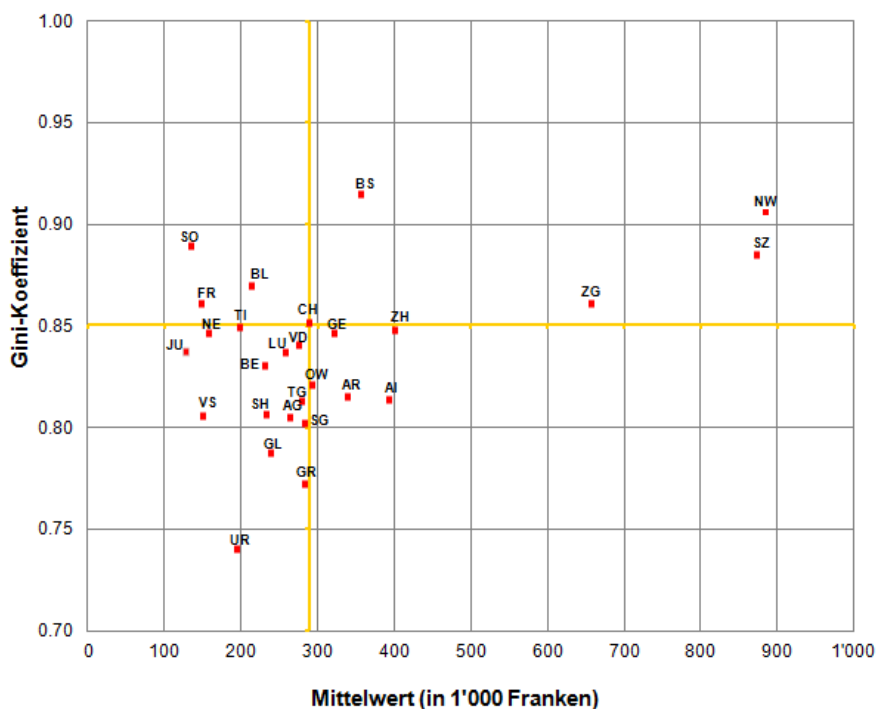


In den vermögensstarken Kantonen ist die Ungleichheit im Allgemeinen grösser (Korrelation von +0.40 zwischen dem Gini-Koeffizienten und dem Durchschnittsvermögen der Kantone) (siehe Abbildung 7.7). Eine Ausnahme stellen jedoch die beiden Appenzeller Halbkantone dar, die einen Gini-Koeffizienten unter jenem der gesamten Vermögen der Schweiz aufweisen, während das Durchschnittsvermögen über dem schweizerischen Durchschnitt liegt. In diesem Sinn speziell sind auch die Kantone Solothurn, Basel-Landschaft und Freiburg, die eine grössere Ungleichheit aufweisen, obwohl das Durchschnittsvermögen unter dem schweizerischen Durchschnitt liegt.

**Abbildung 7.7: Vergleich der Mittelwerte und der Ungleichheiten der kantonalen Vermögen, 2010**



Kt.	Mittelwert (in 1'000 Franken)	Gini-Koeffizient
ZH	402	0.8471
BE	231	0.8299
LU	259	0.8362
UR	195	0.7396
SZ	874	0.8844
OW	294	0.8209
NW	885	0.9060
GL	240	0.7868
ZG	658	0.8608
FR	149	0.8647
SO	135	0.8888
BS	357	0.9147
BL	214	0.8691
SH	234	0.8063
AR	340	0.8150
AI	393	0.8131
SG	284	0.8015
GR	283	0.7718
AG	265	0.8047
TG	280	0.8123
TI	199	0.8486
VD	275	0.8403
VS	150	0.8051
NE	157	0.8464
GE	323	0.9123
JU	127	0.8373
CH	290	0.8510
Korrelationskoeffizient		0.40

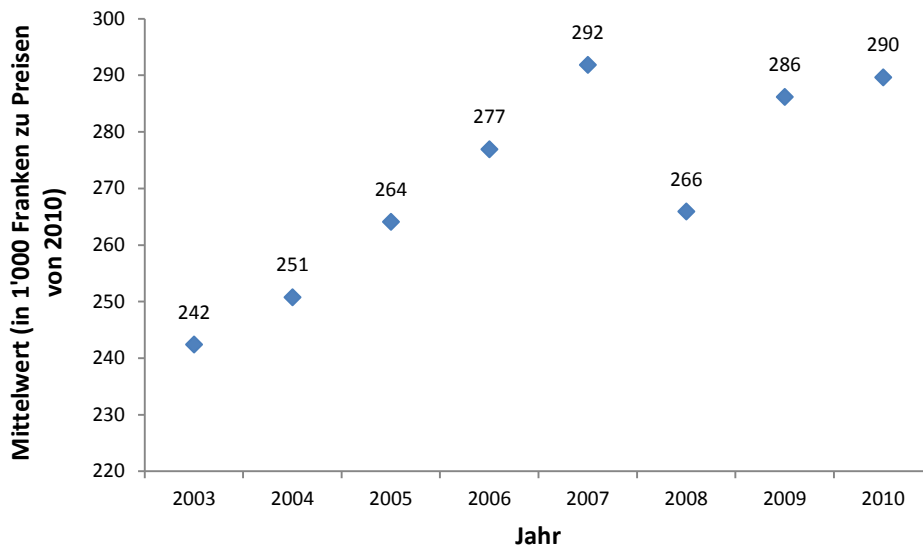


Quelle: Vermögenssteuerstatistik der ESTV, 2010; eigene Auswertung.

### 7.3 Entwicklung der Vermögensverteilung

Im Zeitraum von 2003 bis 2010 hat das Durchschnittsvermögen (geometrisches Jahresmittel) gesamtschweizerisch jährlich nominal um 3,52 % oder real um 2,57 % (nach Berücksichtigung des Anstiegs des Landesindex der Konsumentenpreise) zugenommen (siehe Abbildungen 7.8 und 7.9). Im Jahr 2008 wurde infolge der Finanzkrise ein starker Rückgang des Durchschnittsvermögens verzeichnet (real um -8,88 %). Die gesamten privaten Aktiven sind in diesem Jahr im Mittel real um 26 000 Franken geschrumpft (in Preisen von 2010). Am 31. Dezember 2010 hatte sich die wirtschaftliche Lage wieder stabilisiert und das Vermögensniveau (290 000 Franken pro Vermögen) entsprach nahezu wieder dem Niveau von Ende 2007 (292 000 Franken pro Vermögen, zu Preisen von 2010).

**Abbildung 7.8: Entwicklung der Mittelwerte der kantonalen Vermögen in der Schweiz 2003 bis 2010 (zu Preisen von 2010)**



Quelle: Vermögenssteuerstatistik der ESTV, 2003-2010; eigene Auswertung.

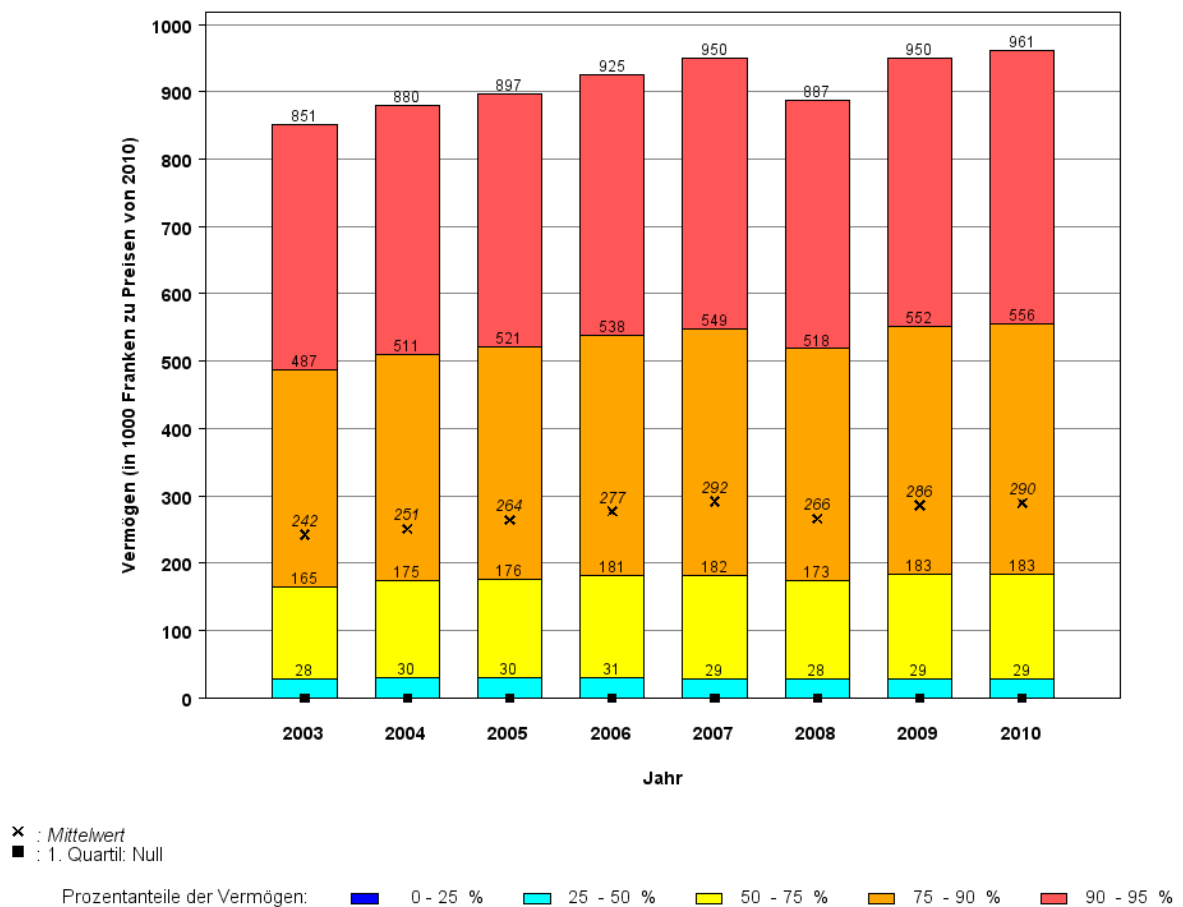
**Abbildung 7.9: Jährliche Veränderung der Mittelwerte der kantonalen Vermögen in der Schweiz 2003 bis 2010 (zu Preisen von 2010)**



Quelle: Vermögenssteuerstatistik der ESTV, 2003-2010; eigene Auswertung.

Abbildung 7.10 zeigt die Entwicklung der Vermögensverteilung von 2003 bis 2010, indem die Werte ausgewählter Perzentile für die verschiedenen Jahre dargestellt werden. Dabei wird deutlich, dass die oberen Vermögensperzentile in den betrachteten 7 Jahren stärker zugenommen haben als der Medianwert, was sich in einer grösseren Streuung der Vermögensverteilung auf der rechten Seite der Abbildung zeigt. Real ist das Medianvermögen in diesem Zeitraum von 28 000 auf 29 000 Franken (+0,51 % pro Jahr) angestiegen, während das 3. Quartil von 165 000 auf 183 000 Franken (+1,48 % pro Jahr), das 9. Dezil von 487 000 auf 556 000 Franken (+1,91 % pro Jahr) und das 95. Perzentil von 851 000 auf 961 000 Franken (+1,75 % pro Jahr) gestiegen sind. Der Mittelwert, der durch die grossen Vermögen beeinflusst wird, verzeichnete in diesem Zeitraum eine Zunahme von 242 000 auf 290 000 Franken (+2,57 % pro Jahr).

**Abbildung 7.10: Entwicklung der Verteilung der kantonalen Vermögen 2003 bis 2010 (zu Preisen von 2010)**



Quelle: Vermögenssteuerstatistik der ESTV, 2003-2010; eigene Auswertung.

Bemerkung: Die Perzentile werden gestützt auf den aggregierten Daten mittels quadratischer Interpolation berechnet.

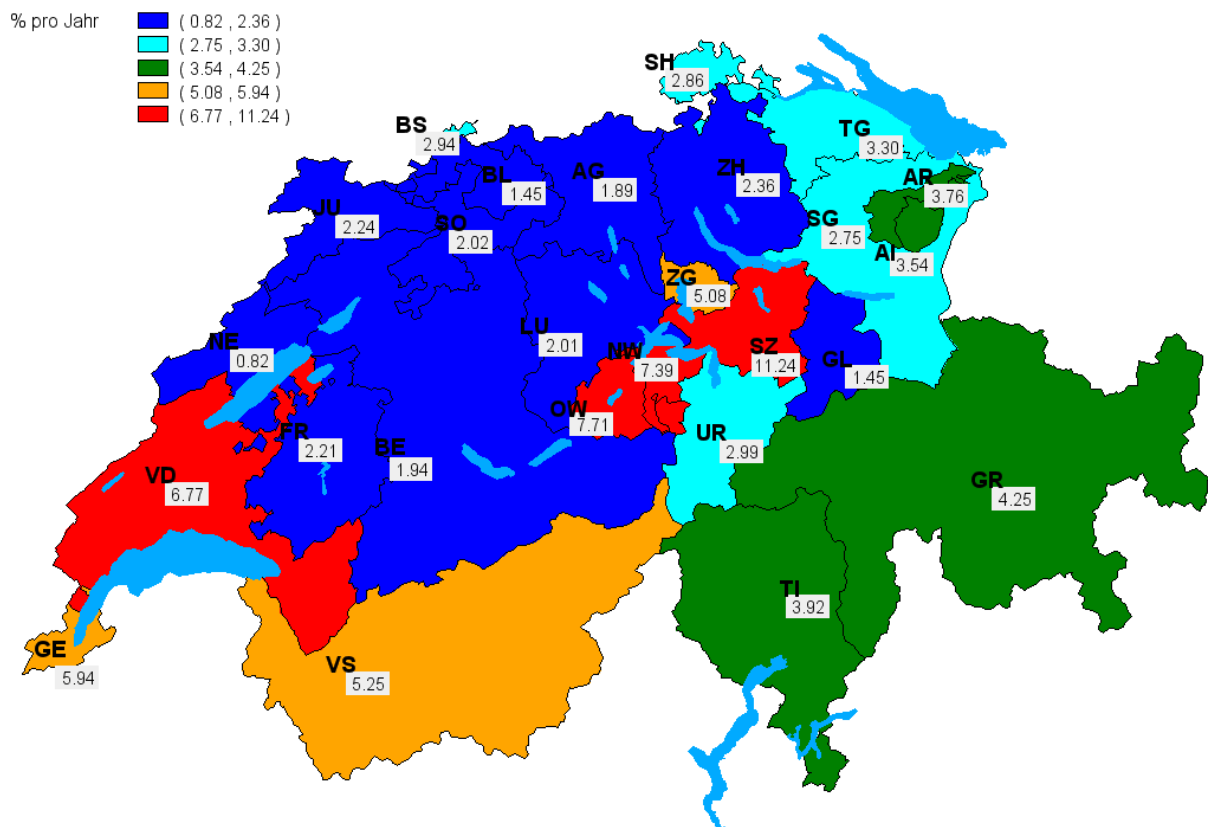
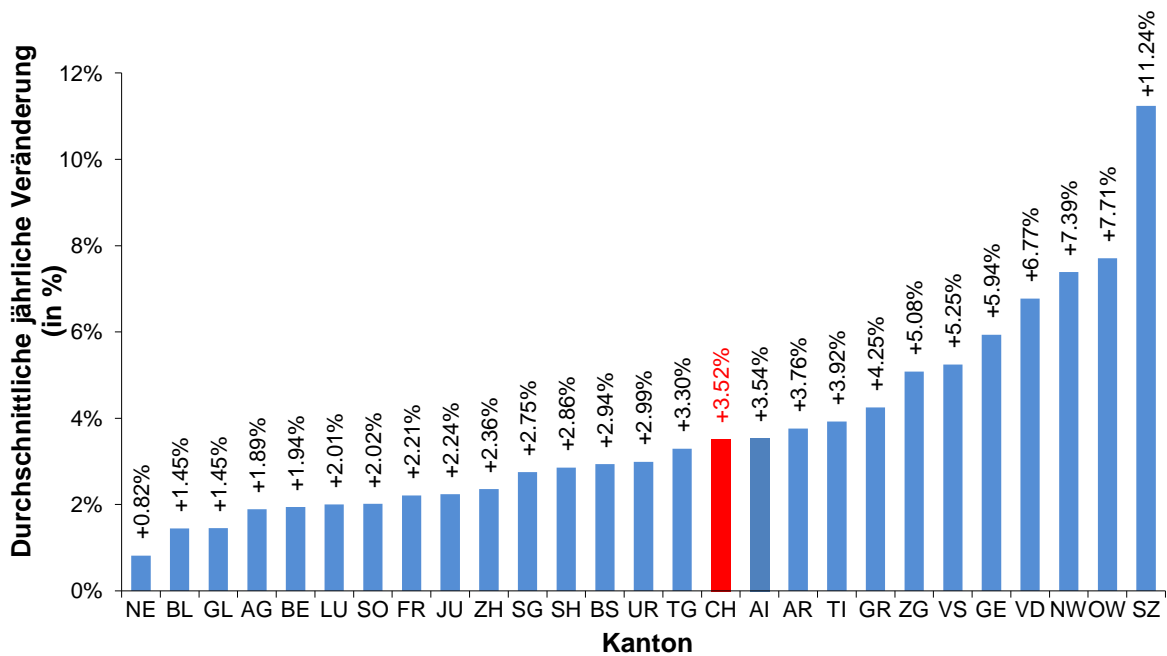
### Die Zunahme der Vermögen ist regional unterschiedlich

In Abbildung 7.11 ist die nominale Zunahme (geometrisches Jahresmittel) der Vermögen in den verschiedenen Kantonen dargestellt. Die Zunahme der Vermögen war kleiner als jene der Lebenshaltungskosten (+0,92 % pro Jahr von 2003 bis 2010; Quelle: BFS, Neuchâtel) In den Kantonen Schwyz (+11,24 %), Obwalden (+7,71 %), Nidwalden (+7,39 %), Waadt (+6,77 %), Genf (+5,94 %), Wallis (+5,25 %) und Zug (+5,08 %) wurden die grössten Vermögenszunahmen gemessen.

In den Ostschweizer Kantonen (auf der thematischen Karte grün wiedergegeben) entspricht die Teue-

rung in etwa jener auf nationaler Ebene (+3,52 %). In den Kantonen der Nordwestschweiz (auf der thematischen Karte hellblau wiedergegeben) sind die Vermögen etwas weniger stark gewachsen als im schweizerischen Durchschnitt.

**Abbildung 7.11: Durchschnittliche jährliche Veränderung der nominalen Mittelwerte der kantonalen Vermögen 2003 bis 2010**



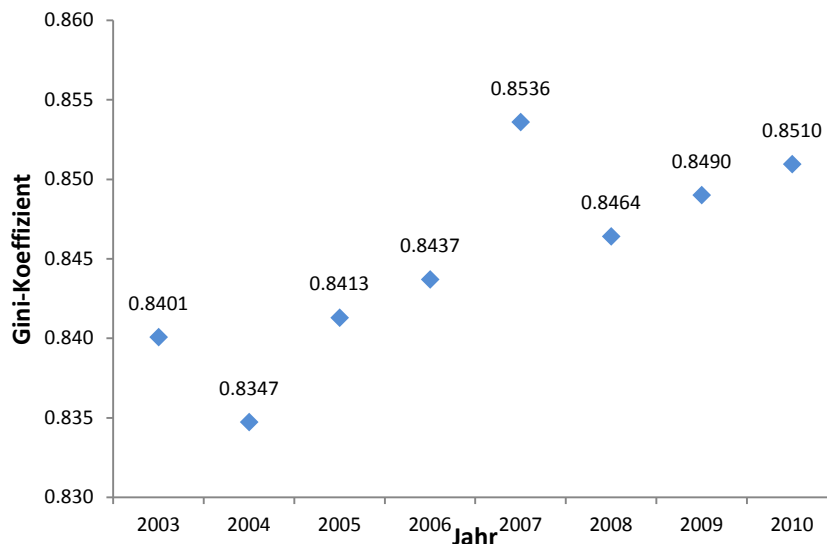
Quelle: Vermögenssteuerstatistik der ESTV, 2003-2010; eigene Auswertung.

*Eine ungleichere Verteilung der Vermögen ausser in den Kantonen Waadt, Wallis und Luzern*

Im gleichen Zeitraum hat die Ungleichverteilung der Vermögen trotz zweimaliger Abnahme in den Jahren 2004 und 2008 (siehe Abbildungen 7.12 und 7.13) schweizweit insgesamt zugenommen. Die Zunahme fiel jedoch sehr bescheiden aus: Der Gini-Koeffizient ist von 0,8401 im Jahr 2003 auf 0,8510 im Jahr 2010 angestiegen, das entspricht einem durchschnittlichen Anstieg von +0,0016 (algebraisches Mittel).

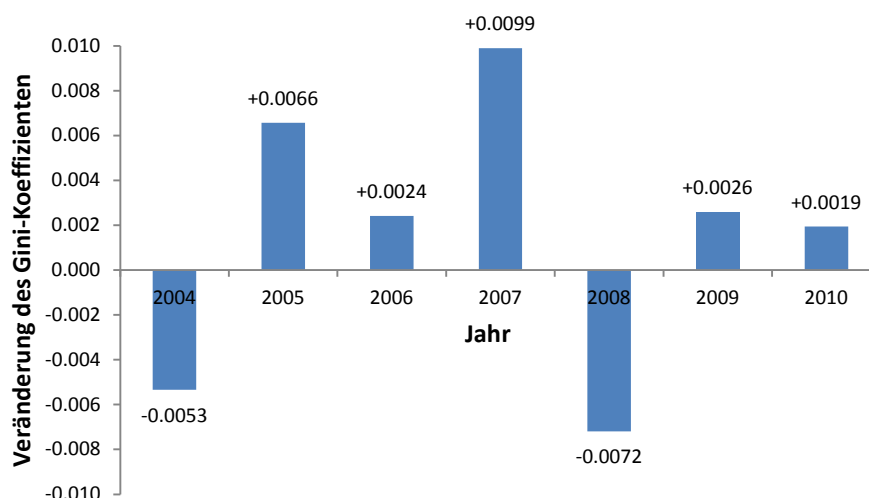
Zwischen 2003 und 2010 hat die Ungleichverteilung nur in den Kantonen Waadt, Wallis und Luzern abgenommen (siehe Abbildung 7.14), wobei der Rückgang in der Waadt am deutlichsten ausfiel (-0,0099 pro Jahr). Leicht angestiegen (unter dem schweizerischen Durchschnitt von 0,0016 pro Jahr) ist die Ungleichheit in den Kantonen Schwyz, Zürich, Neuenburg, Basel-Stadt und Glarus. Am stärksten zugenommen hat die Vermögensungleichheit in diesem Zeitraum in den Kantonen Graubünden (+0,0050 pro Jahr), Appenzell Ausserrhoden (+0,0052) und insbesondere im Tessin (+0,0116).

**Abbildung 7.12: Entwicklung der Gini-Koeffizienten der kantonalen Vermögen in der Schweiz, 2003 bis 2010**



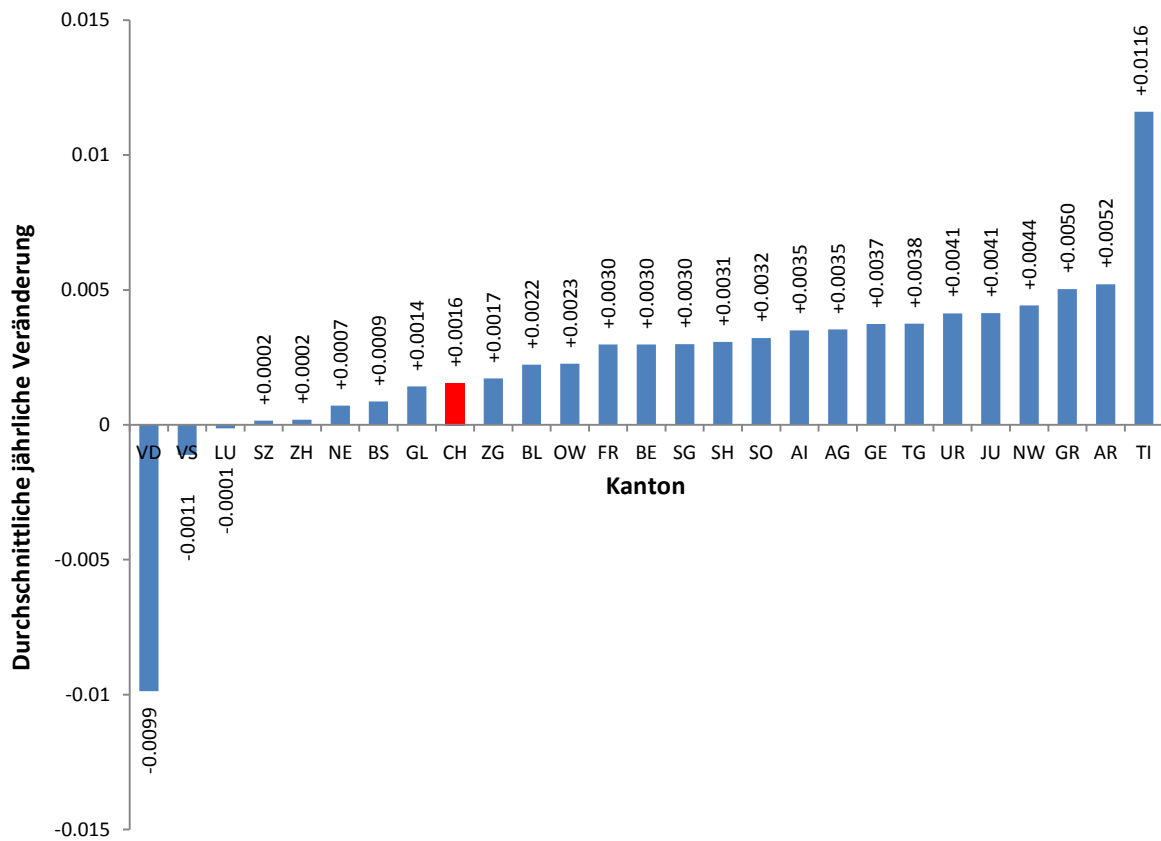
Quelle: Vermögenssteuerstatistik der ESTV, 2003-2010; eigene Auswertung.

**Abbildung 7.13: Jährliche Veränderung der Gini-Koeffizienten der kantonalen Vermögen in der Schweiz 2003 bis 2010**



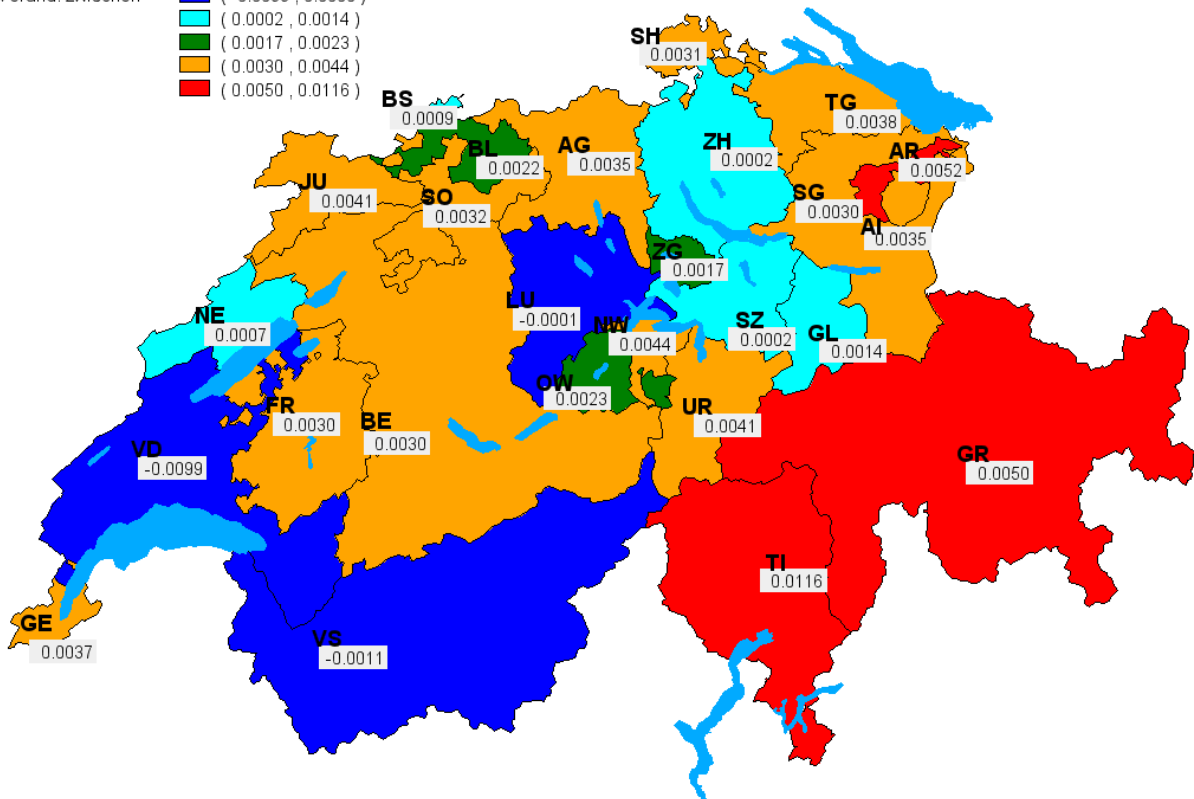
Quelle: Vermögenssteuerstatistik der ESTV, 2003-2010; eigene Auswertung.

Abbildung 7.14: Durchschnittliche jährliche Veränderung der Gini-Koeffizienten der kantonalen Vermögen, 2003 bis 2010



Veränd. zwischen

- (-0.0099, 0.0000)
- (0.0002, 0.0014)
- (0.0017, 0.0023)
- (0.0030, 0.0044)
- (0.0050, 0.0116)



Quelle: Vermögenssteuerstatistik der ESTV, 2003-2010; eigene Auswertung.

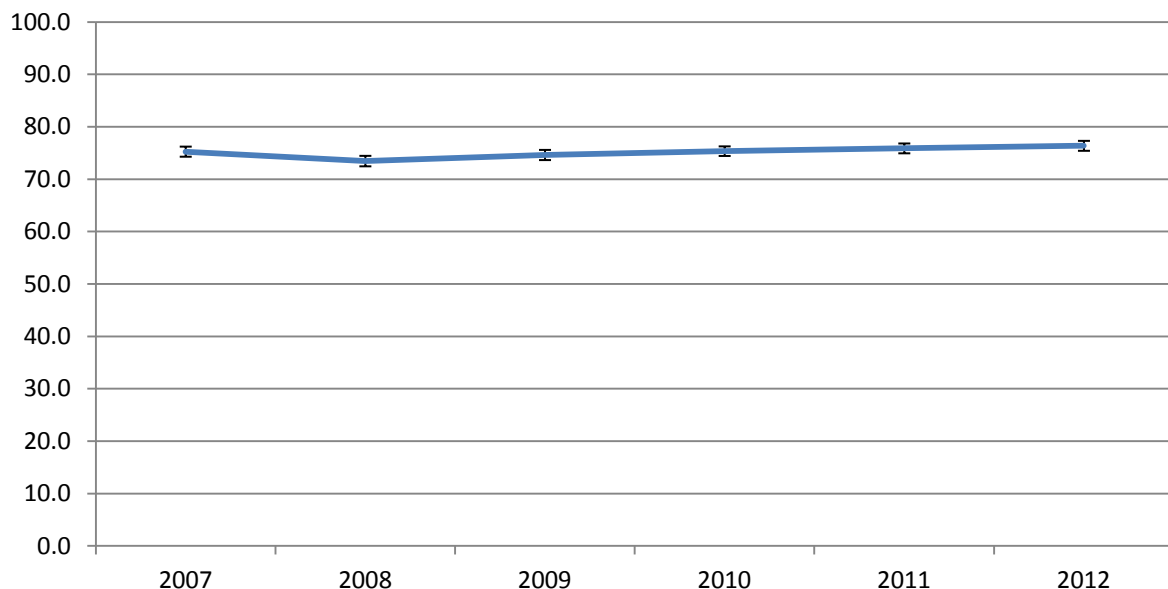
## 8 Immaterieller Wohlstand: Wohlbefinden und Lebensqualität

Unter Wohlstand wird meist die materielle Situation einer Person oder einer ganzen Bevölkerung verstanden. Die materielle Lage ist zwar ein wichtiger – nach breiter Ansicht dennoch nur ein – Teilaspekt des persönlichen Wohlbefindens bzw. der gesamten Lebensqualität. Immaterielle Faktoren wie Gesundheit, Bildung, soziale Netze, Umweltfaktoren oder Sicherheit rücken als weitere Dimensionen eines breiten Wohlfahrtsansatzes zunehmend ins Zentrum des politischen und öffentlichen Interesses und ergänzen wirtschaftliche Kennziffern wie das BIP oder das verfügbare Einkommen.<sup>28</sup> Für die Quantifizierung dieser Aspekte sind gemäss Stiglitz et al. (2009) ein Set von sowohl objektiven als auch subjektiven Daten heranzuziehen.

Subjektive Dimensionen des Wohlbefindens werden durch Umfragen erhoben. Verbreitet ist die Frage nach der Lebenszufriedenheit,<sup>29</sup> die eine eindimensionale, umfassende Einschätzung der Befragten über ihr Wohlbefinden erfasst. Die interviewten Personen werden bei der Frage zur Lebenszufriedenheit gebeten, auf einer Skala von null bis zehn anzugeben, wie zufrieden sie mit ihrem Leben im Allgemeinen sind.

Gemäss der SILC-Befragung des BFS („Statistics on Income and Living Conditions“) waren 2012 in der Schweiz 76.4% der Bevölkerung mit ihrem Leben sehr zufrieden.<sup>30</sup> 2007 waren es noch 75.3% (vgl. Abbildung 8.1).

**Abbildung 8.1: Anteil der über 15-jährigen Personen, die mit ihrem Leben im Allgemeinen sehr zufrieden sind, Entwicklung 2007-2012**



Quelle: BFS (2014h)

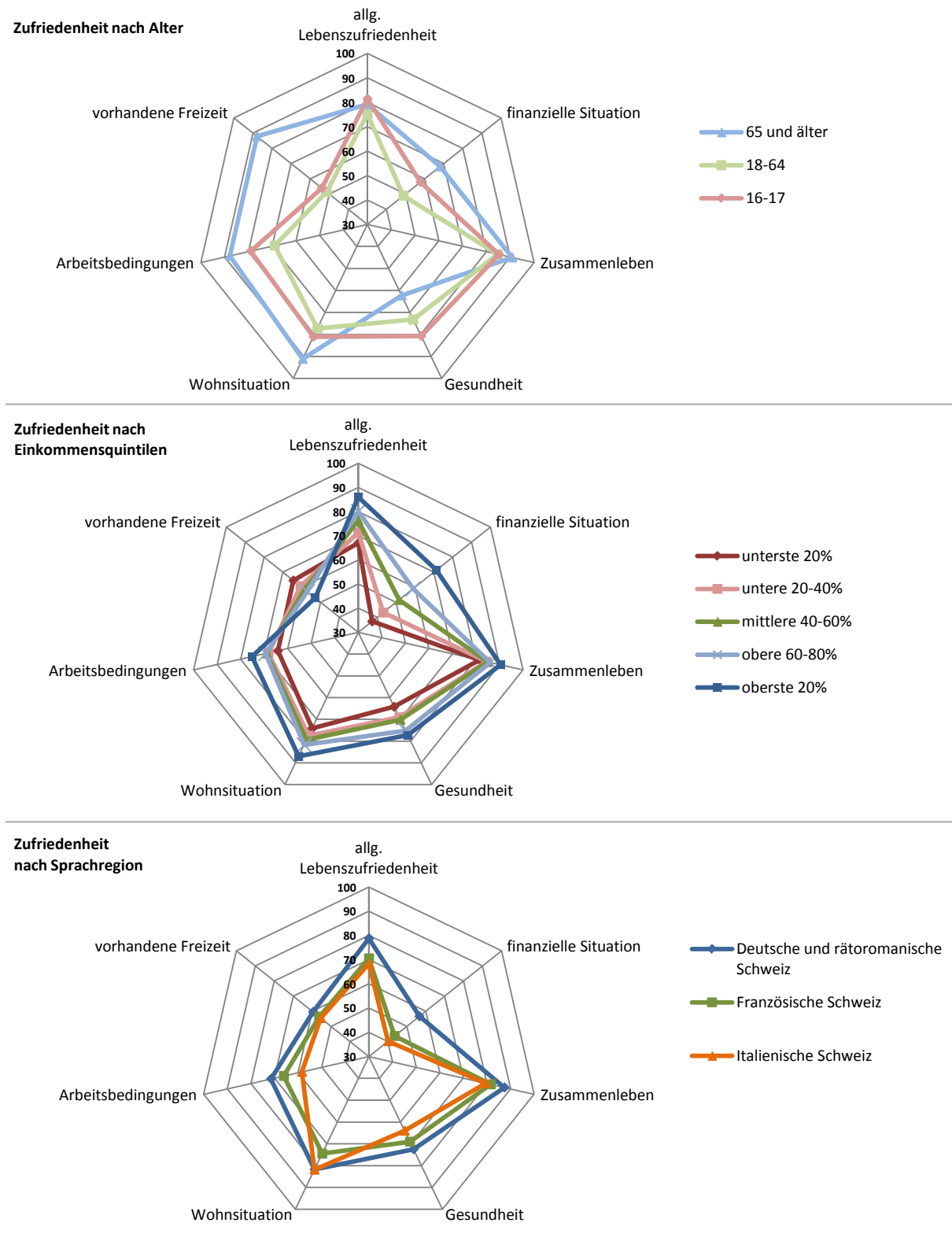
<sup>28</sup> Jüngstes Beispiel ist der vom im 2008 amtierenden französischen Präsidenten (Nicolas Sarkozy) in Auftrag gegebene „Stiglitz-Sen-Fitoussi-Report“ (Stiglitz et al. 2009). Der Bericht zeigt die Grenzen des BIP als Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung und des sozialen Fortschritts auf und skizziert mögliche Ansätze für eine umfassendere Messung des Wohlstandes. Auch die OECD („Better Life Initiative: Measuring Well-Being and Progress“) und die EU („GDP and beyond“) haben diesbezügliche Diskussionen in Gang gesetzt. Für die Schweiz ist mit den MONET-Nachhaltigkeitsindikatoren des BFS ebenfalls ein breites „Wohlfahrts-Monitoringinstrument“ vorhanden.

<sup>29</sup> Die OECD z.B. verwendet diese Frage zur Erstellung ihres „Better Life Index“.

<sup>30</sup> D.h. sie gaben auf einer Skala von null („gar nicht zufrieden“) bis zehn („volumfänglich zufrieden“) mindestens acht von zehn Punkten an.

Es zeigt sich, dass die subjektiv wahrgenommene Lebensqualität stark mit dem verfügbaren Einkommen korreliert. Während bei den 20% ärmsten der Bevölkerung nur 67% eine hohe Lebenszufriedenheit aufweisen, sind es bei den obersten 20% rund 86%. Die Lebenszufriedenheit unterscheidet sich somit deutlich stärker nach Einkommens- als nach Altersgruppen oder Sprachregionen (vgl. Abbildung 8.2).

**Abbildung 8.2: Zufriedenheit bezüglich der persönlichen Situation, nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen 2012**



Quelle: BFS (2013h); eigene Darstellung.

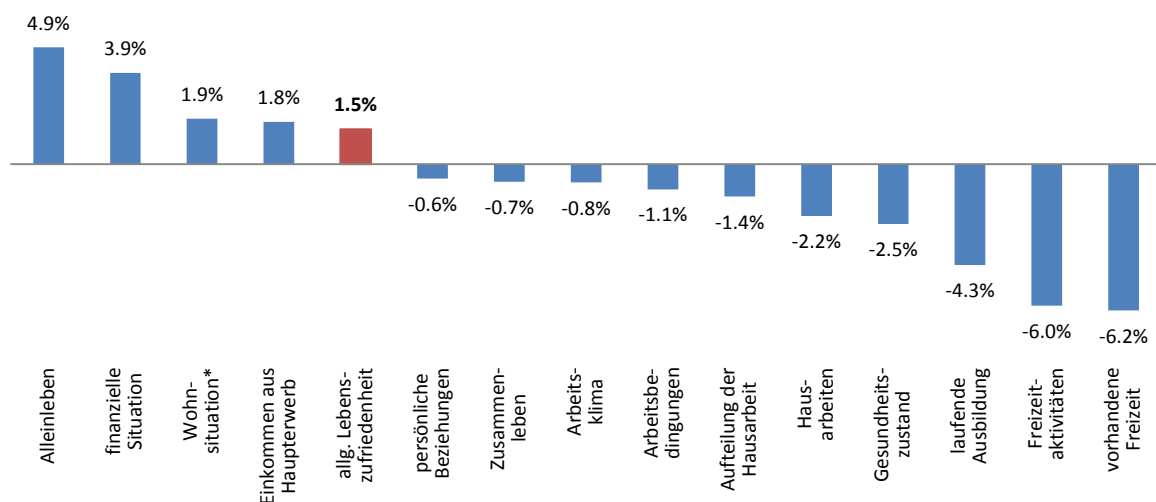


Neben der allgemeinen Lebenszufriedenheit wird im SILC-Survey auch die Zufriedenheit mit der persönlichen Situation in verschiedenen Lebensbereichen abgefragt, die gemäss wissenschaftlichen Erkenntnissen wichtige Determinanten der allgemeinen Lebenszufriedenheit darstellen.

Aus Abbildung 8.2 lassen sich bei einem Vergleich verschiedener sozio-demografischer Bevölkerungsgruppen einige interessante Aspekte herauskristallisieren: Erstens, die ältere Bevölkerung weist eine ausserordentlich hohe allgemeine Lebenszufriedenheit auf, die sich nicht massgeblich von der anderer Altersklassen unterscheidet. Zwar ist die Zufriedenheit bezüglich dem selbst wahrgenommenen Gesundheitszustand unterdurchschnittlich, allerdings werden die finanzielle Situation, die Wohnverhältnisse, das Zusammenleben, die Arbeitsbedingungen und insbesondere die verfügbare Freizeit von einem Grossteil der älteren Bevölkerung als sehr zufriedenstellend wahrgenommen. Zweitens nimmt die Zufriedenheit bezüglich der eigenen finanziellen Situation, der Gesundheit, Wohnverhältnisse und Arbeitsbedingungen mit zunehmendem Einkommen sukzessive zu. Mit zunehmendem Einkommen sinkt jedoch die Zufriedenheit bezüglich der vorhandenen Freizeit. Drittens zeigen sich auch regionale Unterschiede. Deutschschweizer sind sowohl im Gesamten als auch in Teilbereichen ihrer Lebenssituation zufriedener als die französischsprachige- und italienischsprachige Schweiz, was unter anderem auch auf die unterschiedliche Einkommenssituation zurück zu führen sein dürfte. Trotz gewisser Unterschiede zwischen den verschiedenen sozioökonomischen Gruppen zeigt die Umfrage eine allgemein hohe allgemeine Lebenszufriedenheit auf.

Wie hat sich das Wohlbefinden in den verschiedenen Teilbereichen in den letzten Jahren entwickelt? Ein Vergleich der Statistiken 2007 und 2012 zeigt auf, dass der Teil der Bevölkerung, welcher mit dem Alleinleben (sofern Alleinstehend), der finanziellen Situation bzw. dem Arbeitseinkommen und den Wohnverhältnissen hoch zufrieden ist, deutlich zugenommen hat. Unzufriedener geworden ist die Bevölkerung bezüglich ihres Gesundheitszustandes, ihrer laufenden Ausbildung (sofern sie gerade in Ausbildung ist) und der Quantität und Qualität der Freizeit. Der Anteil der Personen, welche mit ihrer verfügbaren Freizeit zufrieden sind, sank im betreffenden Zeitraum um mehr als 6% (vgl. Abbildung 8.3). Die Ergebnisse legen nahe, dass die verbesserte finanzielle Situation teilweise auf Kosten von weniger Freizeit „erkauft“ wurde.<sup>31</sup>

**Abbildung 8.3: Anteil der Bevölkerung mit hoher Zufriedenheit bezüglich der persönlichen Situation, Veränderungsraten 2007-2012**



Quelle: BFS (2013h); \*2008-2012

<sup>31</sup> Diese Hypothese wird durch die im genannten Zeitraum gestiegene Erwerbsquote gestützt (vgl. S. 6f.).

## 9 Grenzen der Wohlstandsanalysen

### 9.1 Regionale Unterschiede in den Lebenshaltungskosten – Reich in Uri oder arm in Genf?

Regionale Unterschiede in den Einkommen, Vermögen oder der Wertschöpfung finden in der Finanz- und Steuerpolitik (z.B. kantonaler oder nationaler Finanzausgleich) hohe Beachtung. Bei einem regionalen Vergleich von Einkommen und Vermögen könnte man voreilig schliessen, dass die regionalen Disparitäten innerhalb der Schweiz beträchtlich sind. Allerdings sollte bei regionalen Verteilungsanalysen nicht vergessen werden, dass ein Einkommensfranken in Uri nicht gleich viel Wert ist wie ein Einkommensfranken in Genf.

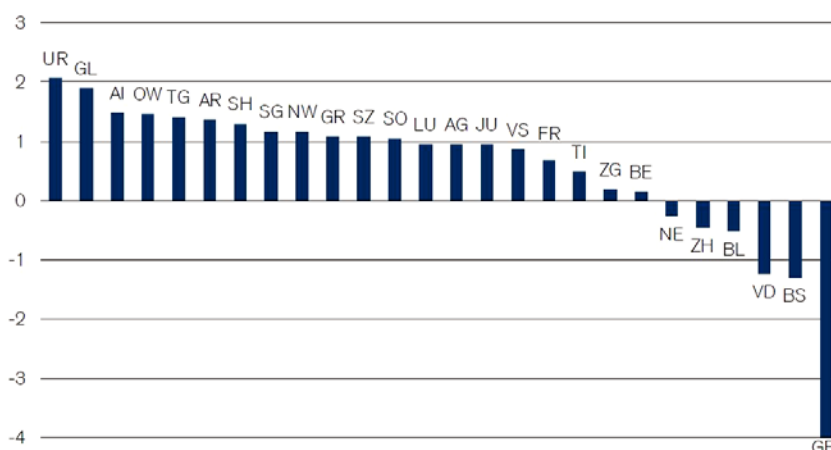
Aufgrund unterschiedlicher Lebenshaltungskosten werden bei einem internationalen Vergleich (z.B. des BIP pro Kopf) die nationalen Werte in Kaufkraftparitäten umgerechnet (vgl. Abschnitt 5.1). Für die Schweizer Regionen existieren jedoch keine solchen Preisindizes. Der Landesindex der Konsumentenpreise wird nur für die Gesamtschweiz berechnet. Interessante Einblicke in das regionale Lebenshaltungskosten-Gefälle gibt jedoch die Publikation der Credit Suisse (2011) „Wohnen und Pendeln: Wo lebt sich's am günstigsten?“. Die Publikation geht nicht nur der Frage nach, wie sich die regional unterschiedlichen Wohnkosten in den verfügbaren Einkommen auswirken, sondern berücksichtigt weitere – überwiegend standortgebundene – Leistungen der öffentlichen Hand (Prämienvorbereitung und Familienzulagen), Steuern und Abgaben (Einkommens- und Vermögenssteuern, Sozial- und Krankenversicherungsbeiträge) und Fixkosten (Miet- und Immobilienpreise, Nebenkosten, Pendlerkosten ins nächste Zentrum). Dieser Ansatz unterscheidet sich zwar fundamental von Kaufkraftparitäten-Indizes. Für eine Untersuchung der regionalen Wohlstandsunterschiede ist die Studie von Credit Suisse dennoch von Interesse, da alle diese Faktoren für eine Beurteilung des materiellen Wohlstands relevant sind. Zu berücksichtigen gilt jedoch bei der Interpretation der Ergebnisse, dass das Angebot an öffentlichen Gütern (Schulen und andere Bildungseinrichtungen, Spitäler, ÖV-Angebot etc.) je nach Region stark schwanken kann. Diese öffentlichen Güter können je nach Haushalt einen wichtigen Teil des Konsums ausmachen, werden jedoch in der vorliegenden Analyse nicht berücksichtigt.

Der nach Berücksichtigung dieser Transfereinkommen, Steuern, Abgaben und Fixkosten resultierende Betrag bildet das „frei verfügbare Einkommen“. Dieses berechnet Credit Suisse in ihrer Studie für verschiedene Falltypen von Haushalten und eine Vielzahl von Gemeinden in der Schweiz. Der aus den Berechnungen abgeleitete synthetische Index RDI („Regional Disposable Income“) zeigt auf, in welchen Kantonen das „frei verfügbare Einkommen“ für eine breite Bevölkerungsschicht am höchsten ist (vgl. Abbildung 9.1).

Demnach lebt es sich in Uri am günstigsten. Gemäss Autoren liegt dies an der günstigen Steuerbelastung, moderaten Prämien für die obligatorische Krankenpflegeversicherung und unterdurchschnittlichen Wohnkosten. Auffällig ist, dass auf den ersten neun Plätzen ausschliesslich Kantone der Zentral- und Ostschweiz vertreten sind. Besonders teuer ist das Leben in den beiden Stadtkantonen Basel-Stadt und Genf. Die Autoren der Studie nennen hier die hohen Wohnkosten, die sich vor allem in den Landeszentren stark auf die Budgets der Mittelstandshaushalte niederschlagen würden (vgl. CS 2011, S. 12).

Etwas eingängiger lassen sich die Preisunterschiede darstellen, wenn man das verfügbare Einkommen identischer Haushalte an verschiedenen Wohnorten vergleicht. In Tabelle 9.1 werden für drei Haushaltstypen und fünf Wohngemeinden die verfügbaren Einkommen exemplarisch aufgezeigt. Während bei den Alleinstehenden die Unterschiede in den verfügbaren Einkommen noch relativ moderat sind, zeigen sich für Ehepaare und Familien starke Unterschiede.

**Abbildung 9.1: Frei verfügbares Einkommen in den Schweizer Kantonen, synthetischer Index 2011**



Quelle: Credit Suisse (2011). Bemerkungen: Ohne Pendlerkosten; synthetischer Indikator mit CH = 0.

**Tabelle 9.1: Lebenshaltungskosten und verfügbares Einkommen, idealtypische Haushalte, nach verschiedenen Wohnorten, 2011**

	Haushaltstyp		
	Alleinstehend	Ehepaar (ohne Kinder)	Familie (mit 2 Kindern)
<i>Erwerbstätigkeit</i>	1 Person	2 Personen	1 Person
<i>Einkommen</i>	75'000	250'000	150'000
<i>Vermögen</i>	50'000	600'000	300'000
<i>Wohnsituation</i>	Mietwohnung 60 m <sup>2</sup>	EFH hoher Ausbaustandard	EFH mittlerer Ausbaustandard

frei verfügbares Einkommen			
Gemeinde	Alleinstehend	Ehepaar	Familie
<i>Genf</i>	24'900	-33'600	-7'900
<i>Zürich</i>	32'600	19'300	21'200
<i>Lausanne</i>	28'700	39'900	34'900
<i>Bern</i>	30'600	55'600	45'200
<i>Altdorf</i>	35'300	105'700	73'100

Index Lebenshaltungskosten, Altdorf = 100			
Gemeinde	Alleinstehend	Ehepaar	Familie
<i>Genf</i>	126	197	205
<i>Zürich</i>	107	160	167
<i>Lausanne</i>	117	146	150
<i>Bern</i>	112	135	136
<i>Altdorf</i>	100	100	100

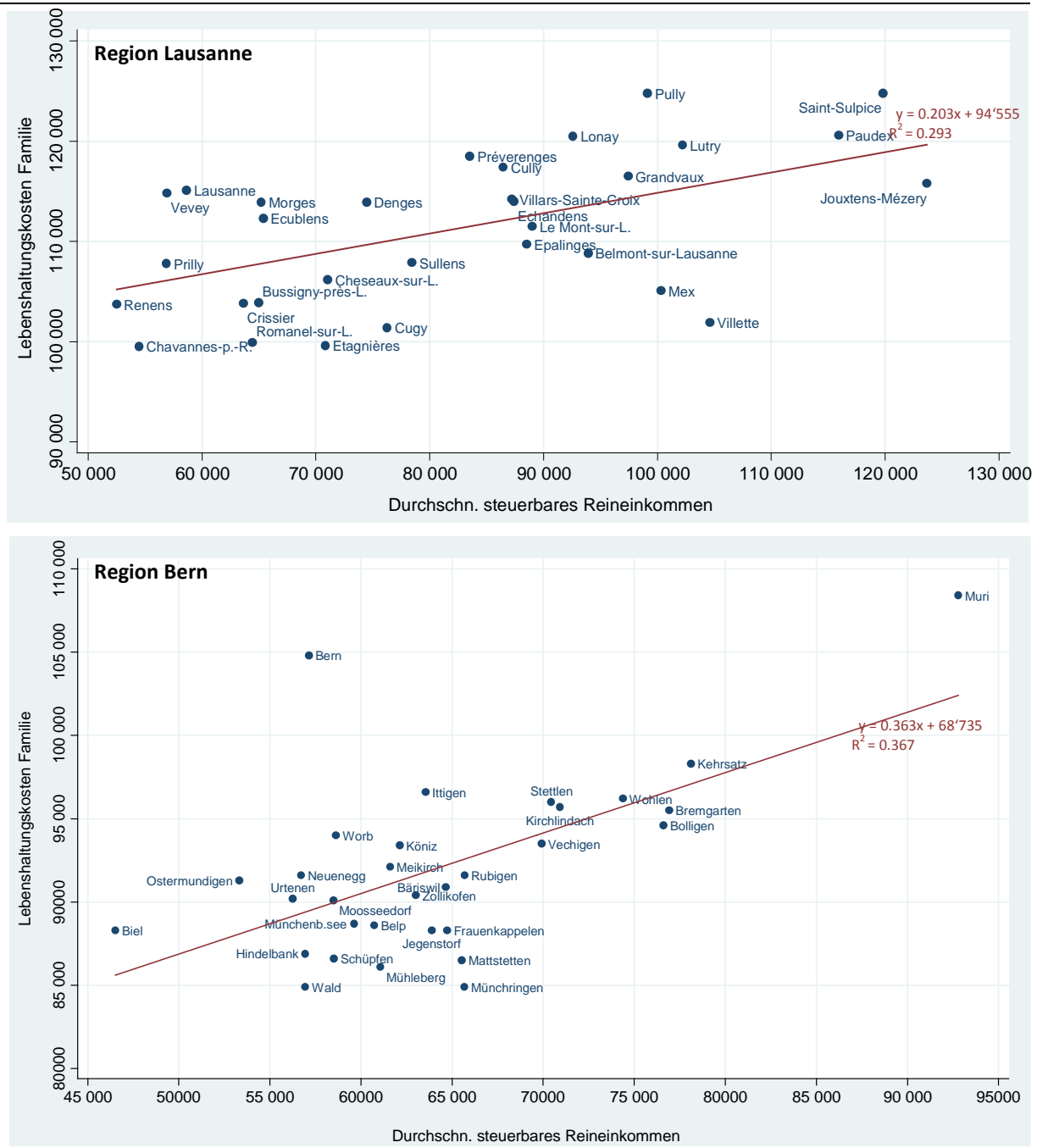
Quelle: Credit Suisse (2011), eigene Berechnungen.

So beträgt beispielsweise das frei verfügbare Einkommen eines Ehepaares mit einem Bruttoeinkommen von 250'000 Franken in Altdorf mehr als 100'000 Franken, während es in Zürich weniger als 20'000 Franken sind. In Genf wäre das verfügbare Einkommen dieses Haushalts sogar deutlich negativ – er könnte sich dort erst gar nicht den unterstellten Lebensstandard leisten. Bei einem direkten Vergleich der Lebenshaltungskosten zeigt sich, dass diese für Ehepaare und Familien in Genf doppelt so hoch sind wie in Altdorf. In Zürich sind die Lebenshaltungskosten für diese Haushaltstypen etwa 2/3 höher, in Lausanne rund 50% und in Bern immerhin 1/3 höher als in Altdorf.

Welche Implikationen ergeben sich aus den Studienergebnissen für die Verteilung des Wohlstandes in der Schweiz? Erstens zeigen die Zahlen eindrücklich auf, dass zur Verwirklichung eines bestimmten

Lebensstandards je nach Wohngemeinde ein ganz unterschiedliches Einkommen nötig ist. Ein Einkommensfranken in Uri ist insofern nicht gleich viel Wert wie ein Einkommensfranken in Genf. Zweitens lässt sich aufgrund des starken Gefälles bei den Lebenshaltungskosten die ungleiche regionale Einkommensverteilung teilweise relativieren. Wie zwei Beispiele mit Gemeinden rund um Lausanne und Bern zeigen (vgl. Abbildung 9.2) besteht eine erkennbar positive – und statistisch hoch signifikante – Korrelation zwischen dem Einkommensniveau in den Gemeinden und den dortigen Lebenshaltungskosten (dargestellt durch die des typisierten Familienhaushalts mit zwei Kindern).

**Abbildung 9.2: Steuerbares Reineinkommen und Lebenshaltungskosten am Beispiel von 30 Gemeinden rund um Lausanne bzw. Bern**



Quelle: Credit Suisse (2011); ESTV (2013); eigene Berechnungen.

In reicheren Gemeinden sind die Lebenshaltungskosten in der Tendenz höher als in ärmeren Nachbargemeinden. Werden die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten berücksichtigt, fallen die Wohlstandsunterschiede somit geringer aus, als die reinen – auf nominalen Werten basierenden –

Einkommensdaten suggerieren. Gemäss den geschätzten Korrelationen bringt ein um ein Franken höheres Gemeinde-Durchschnittseinkommen für den spezifischen Familientyp 0.2 bis 0.36 Franken höhere Lebenshaltungskosten mit sich. Dies würde bedeuten, dass die regionalen Einkommensunterschiede nach Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenshaltungskosten im Mittel 20% (Region Lausanne) bzw. 36% (Region Bern) tiefer ausfallen würden.

## 9.2 Einkommensmobilität – Heute arm, morgen reich?

Das Einkommen eines Haushalts unterliegt innerhalb eines Lebenszyklus starken Schwankungen: Typischerweise steigen mit dem Eintritt ins Berufsleben die Lohneinkünfte stark an und erreichen kurz vor der Pensionierung ihr Maximum, um danach wieder zu sinken (vgl. Moser 2006). Unterbrochen werden die typischen Einkommensmuster durch kurzfristige Einschnitte wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Auszeit oder Arbeitsreduktion aufgrund von Weiterbildung, Kindererziehung oder Erbschaft. Eine Querschnittsanalyse des Wohlstands und deren Verteilung zu einem bestimmten Zeitpunkt erlaubt insofern lediglich eine grobe Untersuchung des aktuellen Ist-Zustands der Bevölkerung. Eine solche Betrachtung sagt jedoch wenig über die tatsächlichen Wohlstandsverhältnisse und damit die Ungleichheit innerhalb einer Gesellschaft aus. Schellenbauer (2013) gibt hierzu ein eingängiges Beispiel: In einer Welt, in der die Löhne lediglich vom Alter des Erwerbstätigen abhängen und ansonsten völlig gleich verteilt sind, ergibt sich in einem Jahresquerschnitt aufgrund der Altersunterschiede innerhalb der Gesellschaft eine substantielle Ungleichverteilung.

Verteilungsgerechtigkeit kann man folglich auch aus einer lebenszeitlichen Perspektive betrachten. Studienergebnisse zeigen, dass über eine lebenszeitlichen Perspektive Einkommen deutlich gleichverteilter sind, als über eine Jahresperspektive, da sich Phasen mit hohem Einkommen durch Phasen mit niedrigem Einkommensbezug teilweise ausgleichen. Über einen Lebenszyklus hinweg sind die Einkommen von Personen also mobil, man spricht in diesem Zusammenhang von Einkommensmobilität.

Eine neue Studie aus dem Kanton Zürich (Moser 2013) gibt detailliert Einblick über das Ausmass dieser Einkommensmobilität.<sup>32</sup> Für seine Analyse ordnet Moser (2013) die Zürcher Haushalte jeweils getrennt für die Jahre 2001 und 2010 nach ihrem Einkommen in fünf gleich grosse Gruppen (Quintile). Die Einkommensmobilität lässt sich sodann mithilfe einer Matrix grafisch darstellen (vgl. Abbildung 9.3). Haushalte, welche sich zu beiden Zeitpunkten im gleichen Quintil befinden, haben keine Einkommensmobilität erfahren, sie befinden sich auf der Diagonalen der Matrix. Aufsteiger befinden sich im rechten oberen (grünen) Bereich der Matrix und Einkommensabsteiger im unteren linken (roten) Feld.

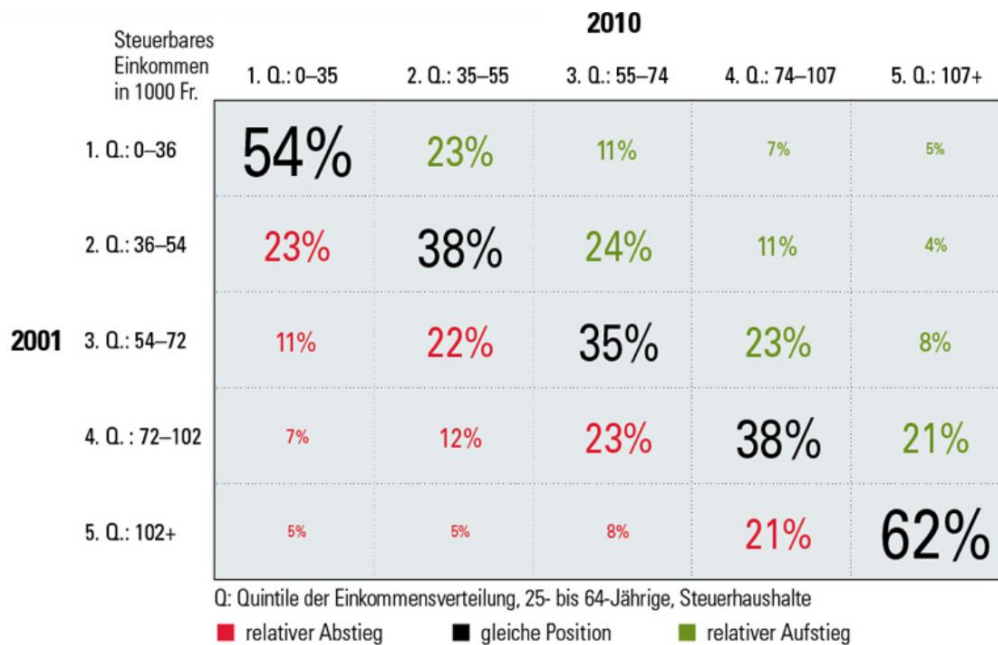
Die Analyse deckt eine durchwegs hohe Einkommensmobilität auf: So verbleiben beispielsweise über den betrachteten Horizont lediglich 54% der Haushalte im untersten Einkommensquintil, die restlichen 46% der Haushalte steigen in eine höhere Einkommensklasse auf. Immerhin 5% der in 2001 zur ärmsten Einkommensschicht gehörenden Haushalte befinden sich 2010 bei den Top-20%-Einkommensbezieher. Umgekehrt findet auch Einkommensmobilität nach unten statt: Nur 62% der im Jahr 2001 einkommensstärksten Haushalte befinden sich auch noch 2010 im Top-Einkommenssegment. Noch höher ist die Durchlässigkeit bei den mittleren Einkommensgruppen. Bei einer Auswertung der Einkommensmobilität nach Altersgruppen zeigt sich ein relativ deutliches Bild: Je älter, desto grösser ist der Anteil der Haushalte, die in der Einkommensklasse absteigen und desto

---

<sup>32</sup> Genau genommen wird die Mobilität von steuerbaren Einkommen untersucht. Die steuerbaren Einkommen sind aufgrund verschiedenster Abzüge in der Regel substantiell geringer als die Brutto-Haushaltseinkommen und können je nach Steuerperiode auch bei gleichbleibendem Bruttoeinkommen innerhalb eines Haushalts stark variieren. Insbesondere Abzüge für Unterhaltskosten (Renovation des Eigenheims) oder Einkäufe bei der Pensionskasse werden selten vorgenommen, fallen dann aber betragsmässig stark ins Gewicht. Die Ergebnisse der Analyse sind unter diesem Vorbehalt zu betrachten. Allerdings kommt eine frühere Studie (De Coulon und Zürcher 2004), welche mit Haushaltsbefragungs-Daten aus den 1990er Jahren durchgeführt wurde, zu sehr ähnlichen Ergebnissen wie Moser (2013).

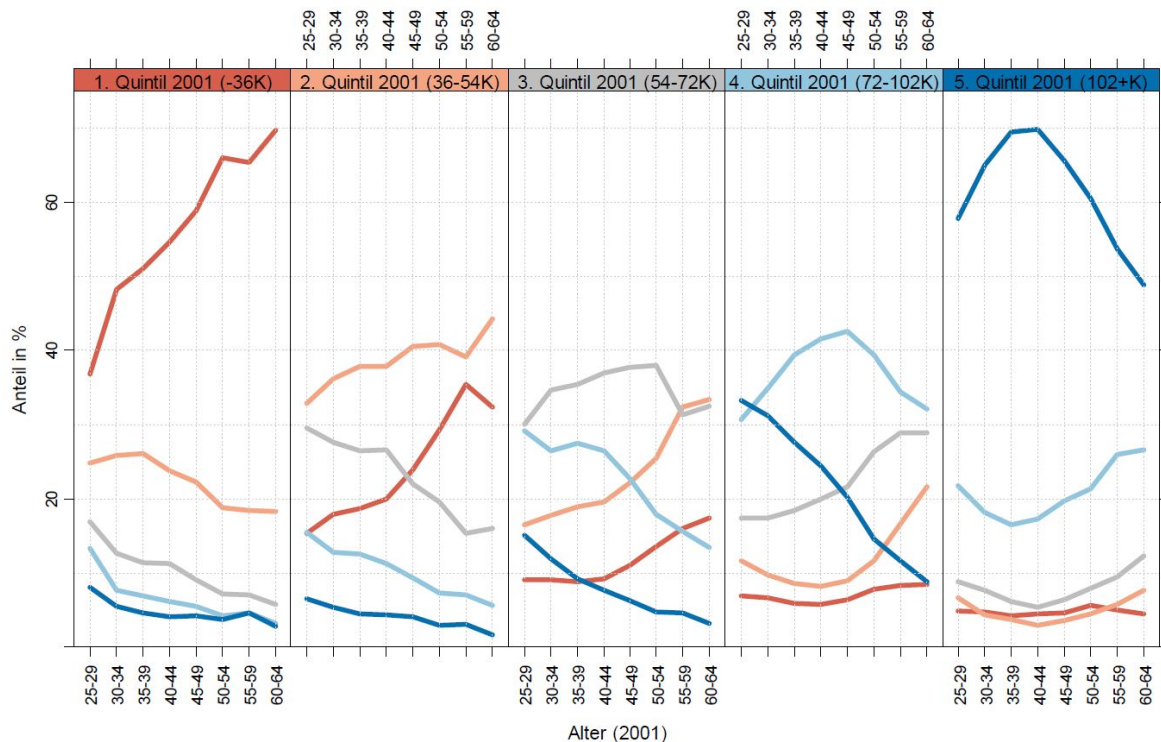
geringer der Anteil der Aufsteiger (vgl. Abbildung 9.4). Die Mobilität der jungen Haushalte ist umgekehrt recht hoch: Von den 25-29-Jährigen, die sich 2001 im untersten Einkommensquintil befanden, waren 2010 nur noch 38% in derselben Klasse.

**Abbildung 9.3: Einkommensmobilität über den Zeitraum 2001-2010 im Kanton Zürich**



Quelle: Moser (2013); grafische Aufbereitung: Avenir Suisse / NZZ

**Abbildung 9.4: Einkommensmobilität nach Altersgruppen, 2001-2010**



**Lesehilfe:** Dargestellt sind die Überganganteile zwischen den Quintilen 2001 (Panels) und 2010 (Linien). Die analogen Quintile der beiden Jahre sind jeweils gleich eingefärbt. 100% entsprechen jeweils dem Total einer Altersklasse in einem Startquintil. So befanden sich von den 60- bis 64-jährigen Haushalten im 2. Quintil 2001 rund 45% zehn Jahre später immer noch in dieser Einkommensklasse, 32% sind ins 1. Quintil abgestiegen und 2% sind einkommensmässig ins 5. Quintil aufgestiegen.

Quelle: Moser (2013).

Welche Schlüsse lassen sich aus der Studie ziehen? Erstens, die Ergebnisse reihen sich gemäss Moser gut in die vergleichbarer Auslandstudien ein; das Ausmass der Einkommensmobilität in Zürich ist somit vergleichbar mit der europäischer Nachbarländer oder der USA. Zweitens, Mobilität geht in beide Richtungen, die zürcherische Gesellschaft legt also eine gewisse soziale Durchlässigkeit zu tage. Dies zeigt sich insbesondere bei den jungen und einkommensschwachen Haushalten: Die Haushalte im untersten Quintil versteuerten nach zehn Jahren im Schnitt etwa 10'000 Franken mehr, während es im dritten Quintil nur 700 Franken waren. Im obersten Quintil sind es hingegen 18'000 Franken weniger. In diesem Quintil gab es mehr Haushalte mit schrumpfenden Einkommen als solche mit wachsendem (Moser 2013; 10). Drittens, die Einkommensungleichheit wird bei einer Querschnitts-Verteilungsanalyse deutlich überschätzt: Gemessen am Gini vermindert sich bei einer Betrachtung der Durchschnittseinkommen über den 10-Jahreszeitraum gegenüber einer einjährigen Analyse die Ungleichheit um 9% (von 0.45 auf 0.41).

### 9.3 Umverteilung: Sämtliche Staatsaktivitäten zählen

Bei Umverteilungsfragen rückt zumeist das Steuer- und Transfersystem in den Vordergrund. Der Fokus liegt dabei einnahmeseitig insbesondere bei den Einkommens- und Vermögenssteuern – welche ausgeprägt progressiv wirken (d.h. die prozentuale Belastung steigt mit zunehmendem Einkommen) – und auf den Mehrwertsteuern sowie den anderen Verbrauchssteuern, die in Bezug auf das Einkommen einen regressiven Charakter aufweisen. Auf der Ausgabenseite stehen aus Umverteilungssicht die monetären Transfers im Vordergrund.

Für eine umfassende Übersicht der Umverteilung wären einkommenseitig auch öffentliche Leistungen in Form von Realtransfers zu berücksichtigen (erhaltene Sachleistungen des Staates wie z.B. Gesundheitsleistungen oder die kostenlose Inanspruchnahme von Bildungseinrichtungen) sowie der Kollektivkonsum öffentlicher Güter (wie z.B. Landesverteidigung). Solche nichtmonetäre Leistungen sind empirisch schwer erfassbar und können daher nicht in Berechnungen zur Einkommensverteilung und -umverteilung integriert werden.<sup>33</sup> Dies gilt es bei der Interpretation der vorliegenden Ergebnisse im Auge zu behalten.

Engler (2009) hat den Versuch unternommen, eine Gesamtschau der Umverteilung sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite vorzunehmen. Ausgangspunkt bildet dabei die Staatsrechnung. Die Autorin lagert jede Ausgaben- und Einnahmeposition auf die Bevölkerung um, so auch beispielsweise die Schuldzinsen, welche die öffentliche Hand zu entrichten hat.

Engler kommt zum Schluss, dass die Ausgabenseite im Querschnittsvergleich eine bedeutende Determinante der gesamten Umverteilung ist (vgl. Abbildung 9.5). Bei der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zeigt sich, dass insbesondere die zwei untersten Quintile der Einkommensverteilung (also die einkommensschwächsten 40% der Bevölkerung) in hohem Ausmass von ausgabenseitigen staatlichen Massnahmen profitieren. Unterschiede bestehen insbesondere im Leistungsbezug des Systems der sozialen Sicherheit (vgl. Abschnitt 3.1). Beim Konsum öffentlicher Güter zeigt sich allerdings eine relative Gleichverteilung der Nutzung über die Einkommensklassen hinweg.<sup>34</sup>

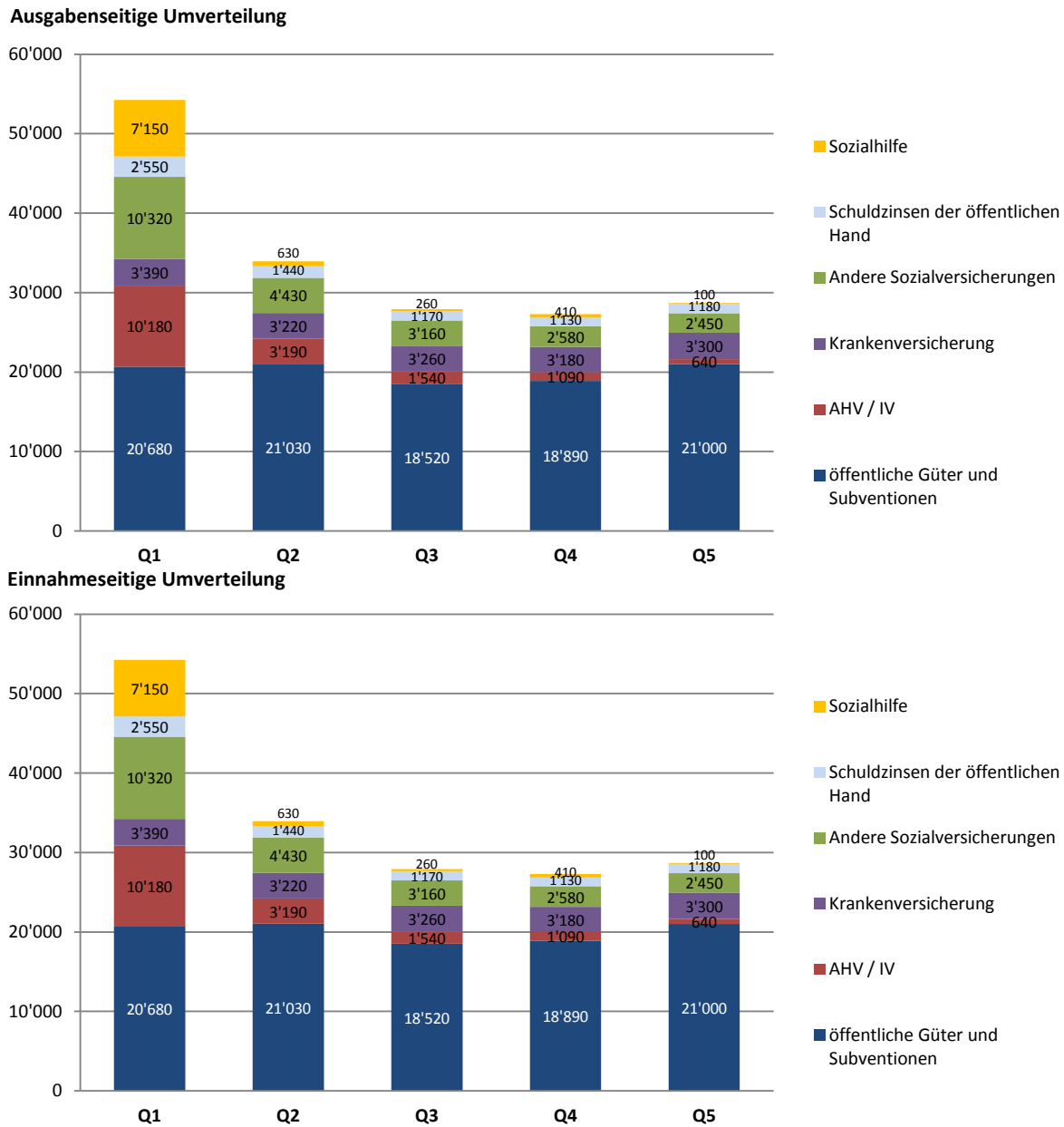
Einnahmeseitig zeigt sich eine gesamthaft starke Progression, wobei dies nicht nur für die Einkommens- und Gewinnsteuern gilt, sondern auch für die AHV/IV und weitere Sozialversicherungen. Die

<sup>33</sup> Detailliertere Ausführungen vgl. BFS 2012b.

<sup>34</sup> Allerdings sind zur Zuordnung dieser Leistungen diverse Annahmen nötig, weshalb diese Position mit Vorsicht zu interpretieren ist. Ein weiteres Problem stellt sich bei der Inzidenzfrage. Bei dieser steht im Vordergrund, wer letztendlich eine Steuer zu tragen hat. Zuordnungsschwierigkeiten ergeben sich hierbei vor allem bei den Unternehmenssteuern.

Analyse von Engler zeigt somit auf, dass substantielle Umverteilung zugunsten der unteren Einkommenschichten sowohl einnahmen- als auch ausgabenseitig erfolgt.

**Abbildung 9.5: Ausgaben- und Einnahmenseitige Umverteilung (in Äquivalenzfranken), Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, 2005<sup>35</sup>**



Quelle: Daten aus Engler (2011, Tabelle 2.11); jedoch ohne Berücksichtigung der Beiträge an die berufliche Vorsorge, da diese in der Regel keine interpersonelle Umverteilung verursachen.

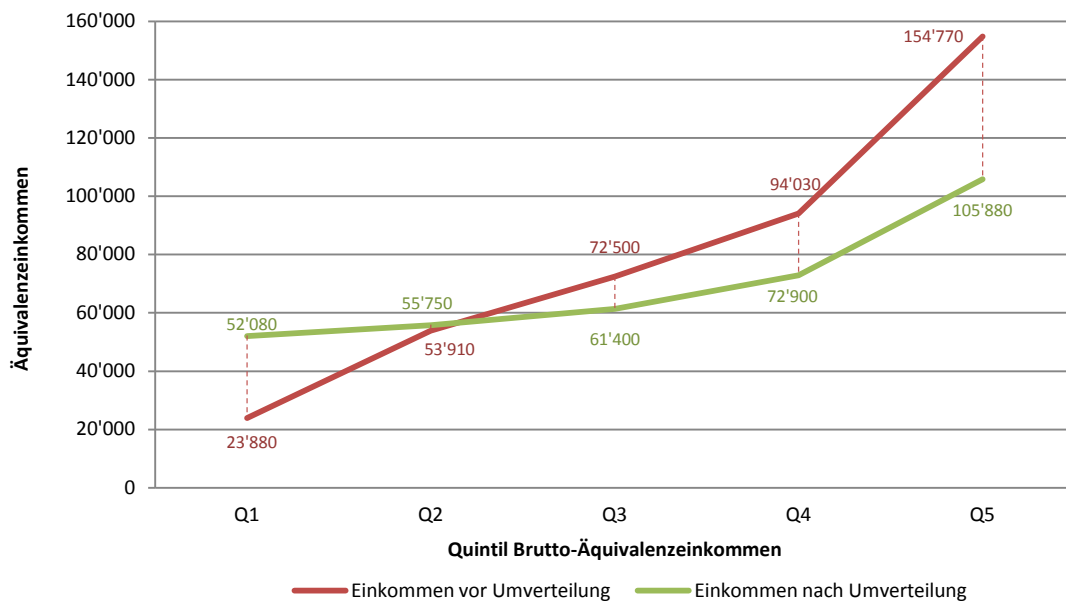
Vergleicht man die Einkommen nach staatlichen Transfers gegenüber den Einkommen vor Transfers ergibt sich – was aufgrund der obigen Ergebnisse wenig überrascht – eine ausgeprägt egalitäre Ver-

<sup>35</sup> Bemerkung: Kategorie „öffentliche Güter und Subventionen“ umfasst allgemeine Verwaltung, Justiz, Polizei, nationale Verteidigung, Internationale Beziehungen, Regionalplanung, Umwelt sowie Subventionen. Kategorie „andere Sozialversicherungen“ umfasst Arbeitslosenversicherung, Familien- und Kinderzulagen, Unfallversicherung und Erwerbsausfallentschädigung. „Andere Steuern“ beinhaltet Mehrwertsteuern, Mineralölsteuern, Steuern auf Tabakprodukte, Verrechnungssteuern, Stempelabgaben, Liegenschaftssteuern, Motorfahrzeugsteuern, Zölle, Abgaben und Konzessionen, Erbschafts- und Schenkungssteuern sowie weitere Vermögens- und Verbrauchssteuern.



teilung (vgl. Abbildung 9.6). So liegen beispielsweise die Sekundäreinkommen des untersten Quintils und des dritten Quintils der Erwerbsbevölkerung nur sehr wenig auseinander: Die Differenz beträgt gerade einmal 18%, dies obwohl die Primäreinkommen des dritten Quintils dreimal so hoch sind wie die des ersten Quintils. Diese schwache Zunahme des verfügbaren Einkommens lässt sich auch mit einer anderen Zahl eindrücklich festhalten: Jeder Franken zusätzliches Einkommen wird zwischen dem ersten und dritten Quintil im Durchschnitt mit einem Grenzsteuersatz von 80% belastet.<sup>36</sup> Auch die Einkommensschere der Top-20%-Einkommensbezieher gegenüber den ärmsten 20% reduziert sich durch einnahme- und ausgabenseitige Umverteilungsmassnahmen markant: das Q5/Q1-Verhältnis der Primäreinkommen beträgt 6.5, während das der Sekundäreinkommen nur noch beim Faktor zwei liegt.

**Abbildung 9.6: Einkommen vor und nach Umverteilung (in Äquivalenzfranken), Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, 2005**



Quelle: Daten aus Engler (2009, Tabelle 2.11); ohne Berücksichtigung der beruflichen Vorsorge.

Bei der Untersuchung von Engler (2009) ist zu berücksichtigen, dass es sich um eine Querschnittsbetrachtung handelt, was vor allem bei Umverteilungsanalysen von Sozialversicherungen – welche einen stark intertemporalen Versicherungscharakter aufweisen – problematisch ist (vgl. hierzu auch die Diskussion im vorangehenden Abschnitt). Engler vertieft daher ihre Analyse, indem sie einen Vergleich verschiedener Alterskohorten durchführt. Dabei kommt sie zum Ergebnis, dass ein Grossteil der Umverteilung intrapersonell ist: Im Durchschnitt sind ältere Haushalte ausgeprägte Leistungsempfänger, während ihnen zu Zeiten der Erwerbsphase ein bedeutender Teil des Vorsteuereinkommens entzogen wird. Vor allem die Umverteilung über Sozialversicherungsbeiträge und -leistungen dient hauptsächlich dazu, über eine lebenszeitliche Perspektive Einkommensunterschiede zu glätten und weniger dazu, Umverteilung im klassischen Sinne zu betreiben. Vor diesem Hintergrund sind die aufgezeigten hohen Umverteilungswirkungen zu relativieren. Allerdings zeigt die Analyse von Engler eindrücklich auf, dass das erzielte Einkommen, aber auch dessen Verwendung nur sehr eingeschränkt frei verfügbar ist. Dies, weil einerseits ein bedeutender Anteil des Einkommens als Zwangssparen auf spätere Lebensphasen verschoben wird und andererseits, weil ein Grossteil der konsumierten Güter und Dienstleistungen staatlich bereitgestellt wird und die Haushalte diesbezüglich in ihrer Konsumfreiheit eingeschränkt sind.

<sup>36</sup> Der durchschnittliche Grenzsteuersatz entspricht  $\Delta T / \Delta Y(\text{Brutto})$ . Mit:  $\Delta Y(\text{Brutto}) = 72'500 - 23'880 = 48'620$  und  $\Delta T = [\Delta Y(\text{Brutto}) - \Delta Y(\text{Netto})] = 48'620 - (61'400 - 52'080) = 39'300$ . Folglich beträgt der durchschnittliche Grenzsteuersatz zwischen dem ersten und dritten Quintil 80.8% ( $= 39'300 / 48'620$ ).

# Glossar

## **Angebotspreise**

Angebotspreise sind von Transaktionspreisen zu unterscheiden. Angebotspreise drücken die Preisvorstellungen der Immobilienanbieter aus, welche sich aus Inseraten (Printmedien, Internetplattformen) entnehmen lassen.

## **Äquivalenzeinkommen**

Das Äquivalenzeinkommen wird ausgehend vom Haushaltseinkommen berechnet. Dabei wird die Haushaltsgrösse über die Äquivalenzskala des Haushalts berücksichtigt. Um die Skaleneffekte zu berücksichtigen (eine vierköpfige Familie muss nicht vier Mal so viel ausgeben wie eine Einzelperson, um denselben Lebensstandard zu erreichen), werden die Personen im Haushalt gewichtet: Die älteste Person mit 1,0, Personen von 14 Jahren und mehr mit 0,5 und jedes Kind unter 14 Jahren mit 0,3 (Werte entsprechen der neuen OECD-Äquivalenzskala). Die äquivalente Haushaltsgrösse entspricht der Summe der Personengewichte. Mit dieser Gewichtung lassen sich die Einkommen von Personen in unterschiedlich grossen Haushalten besser vergleichen. Die Analysen erfolgen auf Ebene der Personen und nicht auf jener der Haushalte.

## **Arbeitslosenquote**

Zahl der registrierten Arbeitslosen am Stichtag geteilt durch die Zahl der Erwerbspersonen (seit 1. Jan. 2010: 4'322'899 Personen) gemäss Strukturerhebung 2010 der Eidg. Volkszählung, multipliziert mit 100.

## **Arbeitsproduktivität**

Die Arbeitsproduktivität ist als durchschnittlicher Output pro Arbeitseinsatz zu verstehen. Zur Berechnung der Arbeitsproduktivität wird angenommen, dass die erzielte Gesamtproduktion lediglich durch den Einsatz des Arbeitsinputs erfolgt, obwohl er nicht allein zur Wertschöpfung beiträgt. Sie besagt, wie effizient der Produktionsfaktor Arbeit ist.

## **Bruttohaushaltseinkommen**

Das Bruttohaushaltseinkommen fasst die Einkommen sämtlicher Mitglieder eines Privathaushalts zusammen. Dazu gehören Löhne und andere Arbeitseinkommen (inklusive jährliche Zulagen und Naturalleistungen), Renten (von AHV, IV und Pensionskassen), Sozialleistungen, Zinsen, Dividenden und andere Vermögenseinkommen sowie Überweisungen von anderen Haushalten. Zu letzteren werden nebst Bargeldüberweisungen auch Naturalleistungen gerechnet.

## **Bruttoinlandprodukt**

Das BIP ist ein Mass für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft. Es misst den Wert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen, soweit diese nicht als Vorleistungen für die Produktion anderer Waren und Dienstleistungen verwendet werden – also die sog. Wertschöpfung. Das BIP wird zu laufenden Preisen und zu Preisen des Vorjahres errechnet. Zu Preisen des Vorjahres wird die reale Wirtschaftsentwicklung im Zeitablauf frei von Preiseinflüssen dargestellt.

## **Gini-Koeffizient**

Der Gini-Koeffizient basiert auf dem Konzept der Lorenzkurve und entspricht dem Verhältnis der Fläche zwischen der Diagonalen und der Lorenzkurve zur gesamten Fläche unterhalb der Diagonalen (Dreiecksfläche). Verfügten alle Personen über gleich hohe Einkommen, so fällt die Lorenzkurve mit der Diagonalen zusammen und es ergibt sich ein Gini-Koeffizient von 0. Verfügt eine Person über das gesamte Einkommen, so verläuft die Lorenzkurve entlang der beiden Achsen und der Gini-Koeffizient beträgt 1.

## **Kaufkraftstandard:**

Der Kaufkraftstandard (KKS) ist eine Währungseinheit, die die von Land zu Land unterschiedlichen

Preisniveaus beseitigt. Der KKS ermöglicht es, in allen Ländern gleich viele Güter und Dienstleistungen zu kaufen. Somit können mit dieser Währung die wirtschaftlichen Indikatoren (bspw. das Medianeinkommen) verschiedener Länder verglichen werden.

### **Obligatorische Ausgaben**

→ Verfügbares Einkommen

### **Perzentile**

Perzentile dienen wie zum Beispiel Dezile oder Quintile dazu, Verteilungen zu beschreiben (siehe auch → Quantil). Dazu wird die beobachtete Population nach dem interessierenden Merkmal (bspw. Einkommen) geordnet und in 100 gleich grosse Teile aufgeteilt. Das X%-Perzentil gibt sodann an, welchen Wert das interessierende Merkmal der Personengruppe hat, welche sich auf der Skala von 0 bis 100 an Stelle X befindet.

### **Primäreinkommen**

Das Primäreinkommen wird in der Haushaltsbudgeterhebung als die Summe vom Erwerbseinkommen sämtlicher Mitglieder eines Privathaushalts (inklusive Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer, aber ohne diejenigen der Arbeitgeber) und deren Einkommen aus Vermietung und Vermögen definiert. Oder anders ausgedrückt: Zur Berechnung des Primäreinkommens werden vom Bruttohaushaltseinkommen die → Transferleistungen subtrahiert.

### **Quantil, Quantilverhältnisse**

Dezile und Quintile (allgemein Quantile) dienen dazu, Verteilungen zu beschreiben. Dazu wird die beobachtete Population nach dem interessierenden Merkmal (bspw. Einkommen) geordnet und in 10 bzw. 5 gleich grosse Teile aufgeteilt. Anschliessend können die Einkommensanteile (Summen, Mittelwerte oder Grenzwerte) berechnet werden, über welche jedes Zehntel bzw. Fünftel der Bevölkerung verfügt. Bei Gleichverteilung wären diese Anteile jeweils konstant ein Zehntel bzw. ein Fünftel. In der Realität ist dies jedoch nicht der Fall, d.h. die Einkommen wie auch die Vermögen sind ungleich verteilt. Ein Mass dieser Ungleichverteilung sind Quantilverhältnisse. Dabei werden hier die Summen, Mittelwerte oder Grenzwerte innerhalb der Quantile betrachtet: Die reichsten 20% der Bevölkerung haben zusammen X-mal so viel wie die ärmsten 20%. Diese Verhältniszahl X wird dann mit S80/S20 bezeichnet.

### **Quintile**

Währenddem sich der Median im Zentrum der Einkommensverteilung befindet, teilen die Quintile die Anzahl der Einkommen in fünf gleiche Teile. Auf diese Weise haben 20% der Haushalte Einkommen von weniger als dem ersten Quintil, 20% der Haushalte haben Einkommen zwischen dem 1. und dem 2. Quintil usw.

### **Referenzperson**

Die Referenzperson ist in der Haushaltsbudgeterhebung (HABE) dasjenige Haushaltsmitglied, das am meisten zum Gesamteinkommen des Haushalts beiträgt und somit die wirtschaftlichen Lebensbedingungen des Haushalts am meisten beeinflusst. Werden die Haushalte nach Personenmerkmalen gegliedert, so ist das Merkmal der Referenzperson massgebend. Wenn zum Beispiel die Referenzperson unselbständig erwerbend ist (siehe unten), gehört der Haushalt in die Kategorie der unselbständig erwerbenden Haushalte, selbst wenn er Personen enthält, die einer selbständigen Erwerbstätigkeit nachgehen oder die Renten beziehen.

### **Transaktionspreise**

Beim Transaktionspreis handelt es sich um den im Zuge einer Handänderung bezahlten Preis für eine Immobilie.

### **Transferausgaben**

Als Transferausgaben gelten im vorliegenden Bericht alle obligatorischen Abgaben, also staatliche oder staatlich geregelte Ausgaben wie z.B. Sozialversicherungsbeiträge (AHV, IV, EO,

ALV, UVG, BVG), Steuern, Krankenkassen-Grundversicherungsprämien sowie bezahlte Alimente und andere regelmässige Unterstützungsbeiträge an andere Haushalte.

### **Transferleistungen/-einkommen**

Als Transferleistungen/-einkommen gelten im vorliegenden Bericht staatliche oder staatlich geregelte Renten und Sozialleistungen (beispielsweise Renten der AHV/IV und der Pensionskassen, Taggelder der EO, der ALV der SUVA und der Krankenkasse, kantonale Prämienverbilligungen für die Krankenkassen-Grundversicherung, Mietzuschüsse, Stipendien, Familienzulagen und Sozialhilfe) sowie erhaltene Alimente und andere regelmässige Überweisungen von anderen Haushalten.

### **Umverteilung**

Umverteilung dient typischerweise als Mittel, um von der Gesellschaft als zu stark empfundene Ungleichheit zu reduzieren, indem von den Wohlhabenden Mittel abgeschöpft werden, um diese den weniger gut Gestellten zukommen zu lassen (Transferzahlungen). Dem Sozialstaat stehen dazu verschiedene Instrumente mit Umverteilungswirkung zur Verfügung: Steuerprogression, Plafonierung der AHV-Renten, Stipendien, Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfeleistungen usw. Ein bedeutender Teil der Umverteilung erfolgt über soziale Sachtransfers, welche in den vorliegenden Umverteilungs-Analysen nicht berücksichtigt werden können.

### **Variationskoeffizient**

Der Variationskoeffizient ist eine Angabe zur Genauigkeit einer Schätzung. Er ist definiert als Quotient aus geschätzter Standardabweichung eines zu schätzenden Parameters und dessen geschätztem Wert. Man kann dies auch als relative Standardabweichung auffassen, das heisst, das Verhältnis der geschätzten Standardabweichung eines interessierenden Parameters zum geschätzten Parameter.

### **Verfügbares Einkommen**

Das verfügbare Einkommen wird berechnet, indem man vom Bruttoeinkommen die obligatorischen Ausgaben abzieht. Dabei handelt es sich um Auslagen wie die Sozialversicherungsbeiträge (AHV/IV-Beiträge, berufliche Vorsorge usw.), die direkten Steuern, die Krankenkassenprämien (Grundversicherung) und die regelmässigen Transferzahlungen an andere Haushalte (z.B. Alimente).

### **Vertrauensintervall**

Ein Vertrauensintervall gibt einen geschätzten Bereich von Werten an, der einen unbekanntem Populationsparameter enthalten soll. Dabei wird der geschätzte Bereich aus einer gegebenen Stichprobe berechnet. Wenn voneinander unabhängige Zufallsstichproben wiederholt unter denselben Bedingungen aus derselben Population gezogen werden und jedes Mal ein Vertrauensintervall berechnet wird, dann wird ein gewisser Anteil dieser Vertrauensintervalle den unbekanntem Populationsparameter enthalten. Vertrauensintervalle sind üblicherweise so berechnet, dass dieser Anteil 95 % beträgt. Man spricht dann von einem 95%-Vertrauensintervall. Die Breite des Vertrauensintervalls liefert einen Hinweis auf die Genauigkeit der Schätzung für den unbekanntem Parameter. Ein sehr breites Intervall kann darauf hindeuten, dass eine grössere Stichprobe erhoben werden sollte, um eine zuverlässige Schätzung des interessierenden Parameters zu erhalten.

# Literatur

- Bundesamt für Statistik (2005). Evaluation de différentes mesures de l'inégalité. Mandat réalisé pour l'OFS par Yves Flückiger (Laboratoire d'économie appliquée de l'Université de Genève) et Ramses Abul Naga (Université de Lausanne). Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- Bundesamt für Statistik (2007). Finanzielle Situation der privaten Haushalte. Zusammensetzung und Verteilung der Einkommen. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- Bundesamt für Statistik (2011). Statistischer Sozialbericht Schweiz 2011. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates Rossini „Legislatur. Sozialbericht“ (2002 P 01.3788). Neuchâtel: BFS.
- Bundesamt für Statistik (2012a). Einkommensungleichheit und staatliche Umverteilung. Zusammensetzung, Verteilung und Umverteilung der Einkommen der privaten Haushalte. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- Bundesamt für Statistik (2012b). Analysen zu Verteilungswirkungen staatlicher Massnahmen: theoretische und methodische Grundlagen. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- Bundesamt für Statistik (2013a): Bruttoinlandprodukt pro Einwohner – T 4.2.18. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik. Abgerufen am 23.01.2014 unter: [Homepage BFS](#)
- Bundesamt für Statistik (2013b): Bruttoinlandprodukt (BIP) nach Grossregion und Kanton 2008-2011 – T 4.6.1. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik. Abgerufen am 23.01.2014 unter: [Homepage BFS](#)
- Bundesamt für Statistik (2013c): Erwerbstätige nach Altersgruppe und ausgewählten Nationalitäten – T 03.02.01.13 Neuchâtel: Bundesamt für Statistik. Abgerufen am 23.01.2014 unter: [Homepage BFS](#)
- Bundesamt für Statistik (2013d): Zerlegung der Wachstumsrate des BIP pro Einwohner – T 4.2.19. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik. Abgerufen am 23.01.2014 unter: [Homepage BFS](#)
- Bundesamt für Statistik (2013e): Monatlicher Bruttolohn (Zentralwert, Q1, Q3, P10, P90 ) nach Grossregionen. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik. Abgerufen am 23.01.2014 unter: [Homepage BFS](#)
- Bundesamt für Statistik (2013f): Landesindex der Konsumentenpreise. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik. Abgerufen am 23.01.2014 unter: [Homepage BFS](#)
- Bundesamt für Statistik (2013g): Durchschnittlicher Mietpreis in Franken nach Kanton und Zimmerzahl, 2000-2011. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik. Abgerufen am 23.01.2014 unter: [Homepage BFS](#)
- Bundesamt für Statistik (2013h): Erhebung über die Einkommen und die Lebensbedingungen, SILC-2007-2012 Version 05.11.2013, inkl. fiktive Miete. Abgerufen am 06.02.2014 unter: [Homepage BFS](#)
- Bundesamt für Statistik (2013i). Die «Mitte» im Fokus – Die Entwicklung der mittleren Einkommensgruppen von 1998 bis 2009. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- Bundesamt für Statistik (2013j). Haushaltserhebung 2011. Kommentierte Ergebnisse und Tabellen. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- Bundesamt für Wohnungswesen (2014): Der Wohnungsmarkt auf einen Blick – Preisentwicklung: Eigentumswohnungen. Grenchen: Bundesamt für Wohnungswesen. Abgerufen am 23.01.2014 unter: [Homepage BWO](#)
- Credit Suisse (2011): Swiss Issues Regionen – Wo wohnt sich's am günstigsten? Zürich: Credit Suisse.
- De Coulon, Augustin, und Boris A. Zürcher (2004): Low Pay Mobility in the Swiss Labour Market. In: Minimum Wages, Low Pay and Unemployment, Hrsg. D. E. Meulders, R. Plasman und F. Rycx. Palgrave McMillan.
- EFV (2013): Steuerwettbewerb und Immobilienpreise in den Kantonen – Die Kapitalisierung interkantonalen Steuerbelastungsunterschiede in den Immobilienpreisen. Bern: Eidgenössische Finanzver-

waltung. Abrufbar unter: [Homepage EFV](#)

ECOPLAN (2004): Verteilung des Wohlstands in der Schweiz. Bern: Eidgenössische Steuerverwaltung. Abrufbar unter: [Homepage ESTV](#)

Jenkins, Stephen P. und Philippe van Kerm (2009). «The Oxford handbook of economic inequality» In: Wiemer Salverda, Brian Nolan und Timothy M. Smeeding (Hrsg.). The Measurement of Economic Inequality. Oxford: Oxford University Press. Kapitel 3.

Moser, Peter (2006): Einkommen und Vermögen im Lebenszyklus. Eine Querschnitts-Kohortenanalyse der Zürcher Staatssteuerdaten 1991-2003. statistik.info 01/2006, Statistisches Amt Kanton Zürich.

Moser, Peter (2013): Wie durchlässig ist die Gesellschaft? Einkommensmobilität im Kanton Zürich 2001 bis 2010. statistik.info 2013/08, Statistisches Amt Kanton Zürich.

Pisati, Maurizio (2007). "SPMAP: Stata Module to Visualize Spatial Data." Statistical Software Components S456812, Boston College Department of Economics, revised 14 Mar 2008.

Schellenbauer, Patrick (2013): Wer hat, dem wird nicht immer gegeben. Zürich: Avenir Suisse. Abgerufen am 07.02.2014 unter: [avenir suisse](#)

Seco (2013): BIP und Verwendungskomponenten – Implizite Preisindizes, Veränderungsraten in % gegenüber dem Vorjahr. Bern: Staatssekretariat für Wirtschaft. Abgerufen am 23.01.2014 unter: [Homepage Seco](#)

SIX Swiss Exchange (2014a): Historische Schlusskurse SPI-Familie Indizes (TR). Zürich: SIX Swiss Exchange. Abgerufen am 23.04.2014 unter: [Homepage SIX](#)

SIX Swiss Exchange (2014b): Historische Schlusskurse SMI-Familie Indizes (PR / TR). Zürich: SIX Swiss Exchange. Abgerufen am 23.04.2014 unter: [Homepage SIX](#)

SNB (2014a): Statistisches Monatsheft März 2014. Zürich: Schweizerische Nationalbank.

SNB (2014b): Vermögen der privaten Haushalte. Zürich: Schweizerische Nationalbank.

Stiglitz, Joseph E., Amartya Sen and Jean-Paul Fitoussi: Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. Verfügbar unter: [www.stiglitz-sen-fitoussi.fr](http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr)

The Canberra Group (2011). Canberra Group Handbook on Household Income Statistics. Second Edition, Ottawa. Abrufbar unter: [Homepage UNECE](#)

#### **Weiterführende Informationen des BFS auf dem Statistikportal:**

[www.bfs.admin.ch](http://www.bfs.admin.ch) → Themen → 20 - Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung → Einkommen, Verbrauch und Vermögen

[www.bfs.admin.ch](http://www.bfs.admin.ch) → Themen → 20 - Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung → Lebensstandard, soziale Situation und Armut

#### **Weiterführende Statistiken der ESTV:**

[www.estv.admin.ch](http://www.estv.admin.ch) → Dokumentation → Zahlen und Fakten → Steuerstatistiken